

Wiener Stadt- und
Landesbibliothek

57291 F

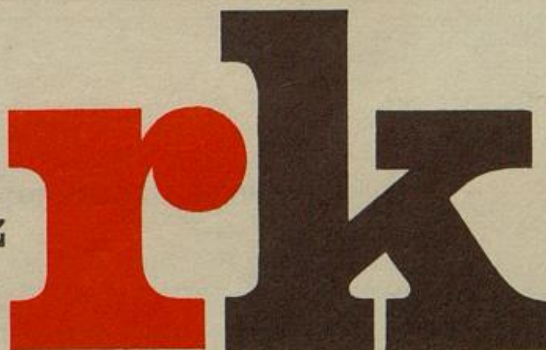
MA 9 - SD 25 - 2 - 7611 - 39532 - 45

F 57.291
Feb. 1982

rk 11

198

rathaus · korrespondenz



Chef vom Diens : 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

gegründet 1861

Montag, 1. Februar 1982

Blatt 264

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Tonfilmprojektoren für Pensionistenheime
ausgesendet: Mehr Badespaß mit Bäderpaß
(grau) Neue Radwege

Kommunal: Aufbahrungshalle im Jugendstil
(rosa) Wiener Stromnetz: Leistungsfähigkeit verdoppelt
Großeinsatz gegen Frostaufbrüche

Lokal: Donau: Hochwasser
(orange) 30 Truthähne in Penzing

Nur
über FS: 29.1. Sperre in der Althanstraße
 30.1. Gasrohrgebrecchen in Hietzing
 Todesopfer bei Zimmerbrand
 Regen und Wind: Bisher 110 Feuerwehreinsätze
 1.2. Bürgermeister-Pressegespräch mit Fröhlich-Sandner
 Regen, Wind: Insgesamt 185 Feuerwehreinsätze
 Derzeit keine Hochwassergefahr für Wien
 Hohe-Wand-Wiese: Lift in Betrieb

.....
Bereits am 31. Jänner 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mehr Badespaß mit Bäderpaß

=++++

1 Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Eines der beliebtesten
Freizeitvergnügen in Wien ist Schwimmen - im Winter genauso wie im
Sommer. Für alle begeisterten Baderatten wurde daher der große
Bäderpaß geschaffen, der ein Jahr hindurch zum Eintritt in alle
städtischen Hallen- und Sommerbäder berechtigt. Für Erwachsene
kostet er 1.200, für Jugendliche 600 und für Kinder 350 Schilling.
Den Bäderpaß erhält man in der MA 44, Bäder, Wien 7, Hermannsgasse
24 - 26, an Werktagen von 8 bis 13 Uhr. Ein Lichtbild sollte man
gleich mitbringen.

Wer übrigens nur die Hallenbäder besuchen will, kann sich einen
kleinen Bäderpaß besorgen, der ein Jahr lang für alle städtischen
Hallenbäder gilt und für Erwachsene 800, für Jugendliche 400 und für
Kinder 250 Schilling kostet. (Schluß) hs/gg

NNNN

.....
Bereits am 31. Jänner 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Neue Radwege

=++++

2 #Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Im Bauprogramm der Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) für das heurige Jahr sind auch mehrere neue Radwege vorgesehen. Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN informierte in einem Gespräch mit der "RATHAUSKORRESPONDENZ" über die einzelnen Vorhaben, die heuer realisiert beziehungsweise in Angriff genommen werden:

Die Praterstraße und die Aspernbrückengasse im 2. Bezirk erhalten einen Radweg. Damit besteht dann eine direkte Radwegverbindung vom Donaukanal über die Aspernbrücke, Aspernbrückengasse, Praterstraße und Praterstern zur Hauptallee. Ein weiterer Abschnitt des künftigen Radweges vom Praterstern Richtung stadtauswärts wird heuer im Bereich des Mexikoplatzes gebaut.

Im 19. Bezirk errichtet die MA 28 einen Radweg von Nußdorf entlang des Donaukanals bis zur Gürtelbrücke. Die Fortsetzung dieses Radweges entlang des Donaukanals in Richtung Urania wird von der Geschäftsgruppe "Umwelt und Freizeit" ausgestaltet.

Auch im 22. Bezirk sind im heurigen Jahr neue Radwege vorgesehen: Eine mehr als drei Kilometer lange Route verläuft im Zuge des Biberhaufenweges, und ein mehr als einen Kilometer langer Abschnitt wird im Bereich der U-Bahn-Linie U 1 zwischen der Endstation Kagran und der Alten Donau verwirklicht.

Im 10. Bezirk werden als Vorsorge für eine spätere Radwegverbindung zwischen Favoriten und dem 4. Bezirk die untere Favoritenstraße und der Columbusplatz mit Radwegen ausgestattet.#

Auch im Rahmen von Brückenbauten entstehen neue Radwege: Die Brigittenaauer Brücke, die heuer im Herbst dem Verkehr übergeben werden kann, besitzt ebenso einen Radweg wie die in Bau befindliche Roßauer Brücke über den Donaukanal, die im Jahr 1983 fertig sein wird. (Schluß) ger/gg

.....
Bereits am 29. Jänner 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Tonfilmprojektoren für Pensionistenheime

Utl.: Umfangreiche Aktivitäten für Pensionistenheimbewohner

=++++

14 Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Die Aktivitäten im Rahmen der Wiener Pensionistenheime werden ab sofort um eine weitere Einrichtung bereichert. Dank einer Initiative von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER erhalten sämtliche 15 Heime aus den Budgetmitteln der Magistratsabteilung 13 (Bildung und außerschulische Jugendbetreuung) Tonfilmprojektoren mit dem entsprechenden Zubehör. Freitag wurden die ersten Geräte im Pensionistenheim "An der Türkenschanze" in Wien-Währing übergeben. An der Überreichung nahmen Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner, Stadtrat Univ.Prof. Dr. Alois STACHER als Präsident des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime und Kuratoriums-Geschäftsführer Gemeinderat Herbert DINHOF teil.

Zwtl.: "Maßgeschneidert" für Senioren

Das Bildungsangebot ist für die Senioren sozusagen "maßgeschneidert", sagte Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner. Es gibt bereits ein umfangreiches Sortiment an Großdruckbüchern, die vor allem für sehbehinderte oder bettlägrige Senioren geeignet sind. Lesehilfen und Haltevorrichtungen erleichtern das Umblättern der Bücherseiten. Besonders beliebt bei den Bewohnern der Pensionistenheime sind die musikalischen Darbietungen, die vom Konservatorium der Stadt Wien durchgeführt werden. Die nun zur Verfügung gestellten Tonfilmprojektoren ermöglichen anschauliche Vorträge und Reiseberichte.

Univ.Prof.Dr. Stacher wies unter anderem darauf hin, daß man seitens des Kuratoriums im Rahmen der Aktivierung der Pensionistenheimbewohner bemüht sei, unter Mithilfe von Animatoren, Beschäftigungstherapeuten und Sozialarbeitern, die Pensionäre zu verschiedenen, ihren Wünschen entsprechenden Aktivitäten zu motivieren. Neben handwerklichen Betätigungen, wie z.B. malen, zeichnen, emaillieren, weben, schneiden und töpfern bestehen auch Möglichkeiten des Musizierens, Theaterspielens, Singens und der sportlichen Betätigung. (Schluß) zi/bs

Donau: Hochwasser

Utl.: Hochwasser-Dauerdienst eingerichtet

=++++

4 Wien, 1.2. (RK-LOKAL) In der Nacht auf Montag, um 21.30 Uhr, wurde der Hochwasser-Dauerdienst der Magistratsabteilung 45 eingerichtet. Nachdem Tauwetter und starke Regenfälle die Zubringer-Flüsse anschwellen ließen, führt nun auch die Donau in Wien Hochwasser. Der Pegelstand bei der Reichsbrücke ist seit Sonntag vormittag (3.68 Meter) sprunghaft gestiegen: Montag, um vier Uhr früh, wurde ein Stand von 6.80 Meter abgelesen; seither ist er gleichbleibend. Man hofft, daß damit der Höchststand erreicht wurde. (Forts.) am/ap

NNNN

30 Truthähne in Penzing

=++++

5 #Wien, 1.2. (RK-LOKAL) In Penzing können sich die Freunde von Truthahnschnitzeln ihren Gusto holen: 30 Tiere scharren dort, 19 gibt es in Floridsdorf und neun in Liesing. Das hat die allgemeine Viehzählung in Wien vom 3. Dezember 1981 ergeben. Gezählt wurden auch 1.449 Pferde, 446 Rinder, 7.019 Schweine, 125 Schafe, 44 Ziegen und 9.143 Stück Federvieh.#

Verglichen mit dem Jahre 1980 (hochgerechnete Stichprobenergebnisse des Statistischen Zentralamtes) ist die Zahl der Pferde von 1.684 um 235 auf 1.449 zurückgegangen. 1981 wurden 446 Rinder gezählt, ein Jahr zuvor waren es 481. Die Zahl der Schweine ist im selben Zeitraum von 9.934 auf 7.019 zurückgegangen (1979 gab es in Wien 7.737 Schweine), jene der Schafe von 281 auf 125. Es gibt 44 Ziegen (1980: 70) und 9.143 Stück Geflügel (1980: 17.381).

Die meisten Pferde gab es auch bei der letzten Zählung im 2. Bezirk mit 1.052, mit großem Abstand gefolgt von der Landstraße mit 126 und der Donaustadt mit 82. 61 Pferde stehen in den Stallungen im 1. Bezirk - hier befindet sich die Spanische Hofreitschule. Bei den Rindern folgen nach dem 3. Bezirk Simmering (40) und Liesing mit 39 Tieren. Die weitaus meisten Schweine gab es in Favoriten mit 4.626, das sind um 256 mehr als 1980. An zweiter Stelle mit 1.187 Schweinen rangiert die Donaustadt. Der "schafreichste" Bezirk Wiens ist ebenfalls Favoriten (70), gefolgt von Liesing (30 Tiere). Beim Geflügel errangen Floridsdorf (3.208) und die Donaustadt (2.629) die beiden ersten Plätze. (Schluß) and/bs

NNNN

Aufbahrungshalle im Jugendstil

=++++

6 #Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Die Aufbahrungshalle beim 2. Tor des Zentralfriedhofes im 11. Bezirk wird derzeit vergrößert und modernisiert. Sie erhält einen neuen Anbau, die bestehenden Gebäude werden umgebaut. Die neue Halle soll mehrfache Funktionen erfüllen: sie soll allen Anforderungen eines Bauwerkes entsprechen, das einerseits den Bedürfnissen des Friedhofbetriebes und andererseits den Veranstaltungen von Trauerfeiern gewidmet ist. Außerdem soll die Architektur des Jugendstils beibehalten bleiben.#

Die ursprüngliche Halle wurde vom Architekten Megele 1905 - 34 Jahre nach der Inbetriebnahme des Zentralfriedhofes - errichtet und ist ein typisches Jugendstilwerk. Aus dem Jahr 1936 stammt der nicht stilgerechte Erweiterungsbau, der nun ebenfalls in den Umbau einbezogen ist. Wie die Bauleitung der "RATHAUSKORRESPONDENZ" versicherte, wird sich das gesamte Ensemble, bestehend aus der ursprünglichen Halle, dem ersten Erweiterungsbau und dem neuen Zubau in Jugendstilarchitektur präsentieren. Die neue Aufbahrungshalle wird statt der bisher 17 kleinen Aufbahrungslogen in acht repräsentative, in sich geschlossene Zeremonienhallen umgestaltet, die einen ungestörten Ablauf von gleichzeitig abgehaltenen Trauerfeierlichkeiten ermöglichen. Außerdem wird das Bauwerk über moderne Betriebsräume und entsprechende hygienische Einrichtungen verfügen. Über eine neue Auffahrtsrampe werden die Trauergäste direkt zum Haupteingang der Halle zufahren können.

Die komplette Erhaltung der Jugendstilarchitektur bedeutet einen großen technischen Aufwand. Da bei den Umbauarbeiten soweit wie möglich auch die bestehenden Fundamente und die Untergeschoßmauern zur Lastübernahme herangezogen werden, waren aufwendige Gründungsarbeiten mit sogenannten Injektionsbohrpfählen und Brunnengründungen erforderlich. Die neue Aufbahrungshalle wird Ende 1983 fertiggestellt sein. (Schluß) ba/gg

NNNN

Wiener Stromnetz: Leistungsfähigkeit verdoppelt (1)

Utl.: Umstellung von 5 auf 10 kV abgeschlossen

=++++

7 #Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener E-Werke haben im Lauf der letzten zwanzig Jahre ihr gesamtes Mittelspannungsnetz von 5 auf 10 kV (Kilovolt) umgestellt und dessen Leistungsfähigkeit damit verdoppelt. Dieses Programm, das ohne nennenswerte Störungen durchgeführt und nunmehr planmäßig abgeschlossen wurde, läßt sich in seiner Größenordnung und Bedeutung mit der Erdgasumstellung vergleichen, die ja eine Verdoppelung der Kapazität des Gasrohrnetzes bewirkte. Mit einem Unterschied allerdings: Da in den Wohnungen selbst keine Änderungen notwendig waren, verlief die Umschaltung des Mittelspannungsnetzes von 5 auf 10 kV praktisch unbemerkt von der Öffentlichkeit. #

Das Wiener Stadtwerke-Magazin "24 Stunden" berichtet in seiner jüngsten Ausgabe über dieses großangelegte Umstellungsprogramm der E-Werke.

Seit der Gründung der Wiener E-Werke zu Beginn unseres Jahrhunderts war die Versorgung im Stadtgebiet im sogenannten Mittelspannungsnetz (das Verteilnetz von den Umspannwerken zu den Netztransformatoren) hauptsächlich mit einer Spannung von 5 kV erfolgt. Sie erwies sich während eines Zeitraums von mehr als einem halben Jahrhundert als ausreichend, um dem ständig steigenden Stromverbrauch gerecht zu werden. Erst in den Fünfziger Jahren begannen sich trotz einer laufenden Verdichtung des Stromnetzes die Grenzen der Versorgung mit 5 kV abzuzeichnen. Im Frühjahr 1960 wurde deshalb damit begonnen, das 5 kV-Netz schrittweise auf die höhere - und leistungsfähigere - 10 kV-Spannung umzuschalten. Damals waren etwa 3.100 Netzstationen (wo die Umwandlung auf die für die Abnehmer erforderliche Niederspannung erfolgt) im Betrieb. Begonnen wurde im Westen Wiens, es folgte der Versorgungsbereich nördlich der Donau. Bis zu 400 Netzstationen wurden pro Jahr umgestellt. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Stromnetz: Leistungsfähigkeit verdoppelt (2)

=++++

8 Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Den Abschluß bildet schließlich das älteste Netzgebiet Wiens in Simmering, wo die Anpassung der Kabelstrecken und Netzstationen an die Erfordernisse des 10 kV-Betriebes rund zwei Jahre in Anspruch nahm und im vergangenen Jahr abgeschlossen werden konnte.

Heute befindet sich in Wien kein Umspannwerk mehr mit einer 5 kV-Anspeisung. Das Wiener 10 kV-Netz hat in der Zwischenzeit eine Dichte von über 6.000 Netzstationen erreicht. Durch die Verdoppelung der Übertragungsleistung des Mittelspannungsnetzes durch eine höhere Spannung waren für diesen Zweck keine zusätzlichen Kabeltrassen erforderlich. (Schluß) ger/bs

NNNN

Großeinsatz gegen Frostaufbrüche

=++++

13 Wien, 1.2. (RK-KOMMUNAL) Die Temperaturschwankungen der vergangenen Tage mit Wechsel zwischen Frost- und Tauwetter verursachten auf zahlreichen Wiener Straßen eine neuerliche Welle von Frostaufbrüchen. Eine Reparatur war in den letzten Tagen wegen des nassen Wetters zunächst nicht möglich. Seit heute, Montag, ist die Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion - Büro für Sofortmaßnahmen und dem mobilen Bürgerdienst im Großeinsatz, um die aufgetretenen Frostschäden vorerst mit Kaltmischgut provisorisch zu sanieren. Dies teilte Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mit. Die definitive Instandsetzung der Frostaufbrüche kann aus technischen Gründen erst in der wärmeren Jahreszeit erfolgen.

Die MA 28 inspiziert zusammen mit dem Büro für Sofortmaßnahmen und dem Bürgerdienst die Straßen, um Frostschäden möglichst rasch feststellen und beheben zu können. 25 Reparaturtrupps sind pausenlos unterwegs. In Anbetracht der Länge des Wiener Straßennetzes von rund zweieinhalbtausend Kilometer ist dabei allerdings auch die Mithilfe der Bevölkerung wünschenswert: Meldungen über Frostschäden nehmen die Stadtinformation (Telefon 43 89 89), die Magistratsabteilung 28 (46 19 91/Klappe 321) und die Außenstellen des Bürgerdienstes entgegen.

Die Temperaturschwankungen des heurigen Winters setzen den Straßen arg zu: Bereits zu Jahresbeginn hatte es eine erste Welle von Frostaufbrüchen gegeben. Die MA 28 mußte damals innerhalb weniger Tage rund 50.000 Frostschäden provisorisch instandsetzen. (Schluß) ger/gg

NNNN

.....
Bereits am 1. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

ÖVP Wien: Volksbegehren gegen Konferenzzentrum

=++++

14 Wien, 1.2. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche werden die ÖVP-Landtagsabgeordneten aus allen Bundesländern den Antrag zur Einleitung eines gesamtösterreichischen Volksbegehrens beim Innenminister abgeben, um die sozialistische Mehrheit im Parlament zu zwingen, sich noch einmal mit der Verzicht auf den Bau des Konferenzzentrums bei der UNO-City zu befassen. Dies erklärte am Montag Landespartei sekretär, Gemeinderat Anton FÜRST auf einer Pressekonferenz in Wien. Das Volksbegehren könne bereits unmittelbar nach Ostern, in der Woche vom 18. bis 25. April, durchgeführt werden, betonte Fürst, da es nicht zu verantworten ist, den Termin zu verzögern. Eine rasche Entscheidung ist sowohl im Interesse der Wirtschaft als auch der Bevölkerung, die schließlich bezahlen muß, notwendig.

Zwtl.: Frühlingsaktion "Daheim im Grätzel"

Weiter wurde die Aktion "Daheim im Grätzel", ein Schwerpunkt der Frühlingsarbeit der Wiener ÖVP vorgestellt. Gemeinderat Dr. Johannes HAWLIK stellte fest, daß es Ziel der Aktion ist, die Teilnahme der Wiener Bevölkerung anzuregen, die sich mit der kleinen, natürlich gewachsenen Stadtregion (Grätzel) befassen soll, damit sich ein Heimatgefühl entwickeln kann. In jedem Wiener Gemeindebezirk wird als Modell einer Stadt-Landschaft je ein solches Grätzel von der Aktion "Pro Wien" betreut werden. Neben Bestandaufnahme der Bedürfnisse der Bevölkerung sollen im Rahmen der Aktion auch die Nachbarschaftskontakte verbessert werden. (Schluß)
en/bs

NNNN

Neuer Flächenwidmungsplan für "Augustinerwald"

=++++

2 #Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Die Siedlung "Augustinerwald" gegenüber der "Hohe-Wand-Wiese" an der Grenze zu Mauerbach erhält nun einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Für die Bewohner endet damit nach intensiven Bemühungen von Planungsstadtrat Univ. Prof. Dr. Rudolf WURZER und dem Penzinger Bezirksvorstehern Müller und Bauer eine jahrzehntelang bestandene Rechtsunsicherheit: die Siedlung war nämlich zu Beginn dieses Jahrhunderts weitgehend "wild" auf einem sehr steilen Hang entstanden; es kostete beträchtliche Anstrengungen und verlangte den Willen zur Kooperation aller Beteiligten - Siedler und Stadtverwaltung, daß den rund 200 Siedlern nach der Beschlußfassung über den neuen Plan definitive Baubewilligungen erteilt werden können. #

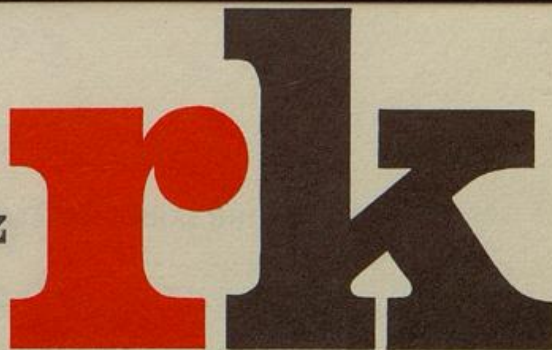
Der Planentwurf (Plannummer 5709) liegt vom 4. Februar bis 4. März während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht auf. An den "langen Donnerstagen" besteht bis 18 Uhr (Eintritt bis 17.30 Uhr) die Möglichkeit, sich über den neuen Plan zu informieren. Zusätzlich steht am 18. und 25. Februar sowie am 4. März jeweils von 14 bis 18 Uhr ein Mitarbeiter der MA 21 im kleinen Sitzungssaal der Bezirksvorstehung Penzing, 13, Hietzinger Kai 1-3, 1. Stock, für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Planungsstadtrat Wurzer erläuterte, daß die beste Lösung für den "Augustinerwald" in der Art einer "Stadtteilplanung" gesucht wurde. Das bedeutet, daß die Bewohner sehr intensiv in den Planungsprozeß einbezogen wurden. Die Bemühungen um eine rasche und möglichst vielen Menschen zugutekommende Bewältigung der Probleme wurde auch in einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung über die Pläne für den "Augustinerwald" ende vergangenen Jahres allgemein gewürdigt. (Schluß) and/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Dienstag, 2. Februar 1982

Blatt 274

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS DVP Wien: Volksbegehren gegen Konferenzzentrum
ausgesendet:

(grau)

Kommunal: Neuer Flächenwidmungsplan für "Augustinerwald"

(rosa)

Neue Spitzenzeitenlinie 7 A/15 A

28.748 Arbeitslose in Wien

Neues Rekordjahr im Wiener Fremdenverkehr

Politik: Wien will finanzielle Auswirkungen der Volkszählung

(rosa)

anfechten

Kultur: Stadtbibliothek erwirbt Zemlinsky-Poper

(gelb)

Nur 2.2. Schiedsrichterteam für "Polenmatch" nominiert

über FS: Meldungen über Frostschäden

Hohe Wand-Wiese: Schilift schon ab 9.30 Uhr in

Betrieb

Neue Spitzenzeitenlinie 7A/15A

=++++

6 #Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich der Autobuslinien 7 A (Reumannplatz - Meidling) und 15 A (Simmering - Schönbrunn) tritt am kommenden Montag, dem 8. Februar, eine wichtige Verbesserung in Kraft: Bei gleichbleibender Streckenführung dieser beiden Linien wird zusätzlich eine Verstärkerlinie unter der Bezeichnung 7 A/15 A eingerichtet, die von Montag bis Freitag während der Spitzenzeiten in der Früh und am Nachmittag in Zehn-Minuten-Intervallen auf der Strecke Altes Landgut/Favoritenstraße - Grenzackerstraße - Raxstraße - Wienerbergstraße - Schnellbahnstation Meidling und zurück verkehrt.#

Dies gab Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN der "RATHAUSKORRESPONDENZ" bekannt. Die neue Regelung bringt vor allem für die Beschäftigten in den im Bereich der Wienerbergstraße angesiedelten Betrieben eine Verbesserung des Verkehrsangebotes.

Außerdem werden ab Montag unter der Bezeichnung 15 A (mit Schrägstrich) an Werktagen in den Spitzenzeiten zusätzliche Busse auf der Strecke zwischen der U-Bahn-Station Meidling und der Eibesbrunnnergasse geführt. (Schluß) ger/bs

NNNN

28.748 Arbeitslose in Wien (1)

Utl.: Wiener Wirtschaft schnitt 1981 gut ab

=++++

7 #Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Nach vorläufigen Zahlen gab es Ende Jänner 1982 in Wien 28.748 Arbeitslose, davon rund 5.500 im Bauwesen, erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Um die Arbeitslosenrate in Wien heuer unter 3 Prozent halten zu können, ist ein Durchziehen des Sonderprogramms des Bundes und damit auch der Bau des Konferenzentrums notwendig.

MAYR erinnerte daran, daß der Bund für die derzeit in Schladming durchgeführten Schiweltmeisterschaften rund 500 Millionen an Infrastruktureinrichtungen investiert hat. Das bedeutet eine Pro-Kopf-Investition von 45.455 Schilling. So begrüßenswert diese Ausgaben für die rund 11.000 Einwohner des Gerichtsbezirks Schladming sind, so sollten auch Investitionen im Wiener Raum getätigt werden. Beim Konferenzzentrum gibt der Bund pro Kopf der Wiener Bevölkerung an reinen Baukosten 2.140 Schilling aus, einschließlich der Finanzierungskosten sind es 3.210 Schilling.

Rückblickend schnitt die Wiener Wirtschaft im Jahr 1981 im Vergleich zur österreichischen Wirtschaft relativ gut ab. Erstmals seit drei Jahren nahm die Zahl der unselbständig Beschäftigten - wenn auch sehr geringfügig - um 0,1 Prozent auf 764.367 Beschäftigte zu (Österreich: +0,4 Prozent). Für 1982 zeichnet sich jedoch für Wien und für Österreich eine Abnahme ab.#

Für die Entwicklung des Brutto-Urbanprodukts liegen wie für das Brutto-Inlandprodukt bloß Schätzungen vor. In beiden Fällen wird für 1981 ein "Wachstum" von Null angenommen. Dies ist für Wien ein kleiner "Erfolg", da in den letzten Jahren die Wiener Wirtschaft der österreichischen Entwicklung etwas "nachhinkte". Die Wiener Arbeitslosenrate betrug 1981 im Jahresdurchschnitt 2,1 Prozent (Österreich 2,4 Prozent). (Forts.) sei/ap

NNNN

28.748 Arbeitslose in Wien (2)

Utl.: Wirtschaft soll offene Stellen dem Arbeitsamt melden

=++++

8 Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR appellierte an die Wiener Wirtschaft, verstärkt die Dienste des Wiener Landesarbeitsamtes in Anspruch zu nehmen. In der Zeit der Hochkonjunktur wurde nur ein Teil der offenen Stellen beim Landesarbeitsamt gemeldet. Die derzeitige Situation am Arbeitsplatz könnte besser bewältigt werden, wenn alle Firmen ihre Wünsche sofort dem Landesarbeitsamt Wien bekanntgeben würden. Das Wiener Landesarbeitsamt hat im Vorjahr rund 112.000 Arbeitssuchende vermittelt - das ist bei einer Meldung von 118.000 offenen Stellen eine "Erfolgsbilanz" von 95 Prozent.

Mayr kündigte an, daß das Wiener Landesarbeitsamt ab 15. Februar dreimonatige "Überbrückungskurse" für Jugendliche durchführen wird, die im vergangenen Jahr keine Lehrstelle gefunden haben. Es gibt derzeit 180 Anmeldungen. Da der überwiegende Teil dieser jungen Menschen ein schlechtes Zeugnis hat oder über keinen Schulabschluß verfügt, soll in diesen Kursen versucht werden, vorhandene Schwächen auszubessern. Die Kosten für diese Kurse übernimmt das Landesarbeitsamt. Die Stadt Wien wird den beiden durchführenden Instituten WIFI und BFI eine Subvention von je 100.000 Schilling gewähren. (Schluß) sei/bs

NNNN

Stadtbibliothek erwirbt Zemlinsky-Oper

=++++

9 #Wien, 2.2. (RK-KULTUR) Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek konnte das Autograph der Oper "Kleider machen Leute" von Alexander von Zemlinsky erwerben. Das 1910 an der Volksoper uraufgeführte Werk war in den zwanziger Jahren die am häufigsten gespielte Oper Zemlinskys, der auch als Lehrer, Freund und Schwager Arnold Schönbergs in die Musikgeschichte einging. #

Die umfangreiche autographe Partitur enthält die erste Niederschrift von 1910 (in drei Akten) und die Entwürfe für die Umarbeitung zur zweiaktigen Fassung von 1921. Zemlinskys Werk erfuhr in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Renaissance. Sein Quartettschaffen wurde wiederentdeckt und auch in Wien mit großem Erfolg (vom La Salle-Quartett) aufgeführt. Deutsche Bühnen haben sich seiner Opernwerke angenommen: unter den Premieren des letzten Jahres war die Uraufführung von "Traumgörge" in Nürnberg.

Neben dem Zemlinsky-Autograph hat die Stadtbibliothek in letzter Zeit unter anderem noch größere Manuskripte von Josef Matthias Hauer und Edmund Eysler angekauft. (Schluß) gab/bs

NNNN

Neues Rekordjahr im Wiener Fremdenverkehr (1)

Utl.: 1981: 4,7 Millionen Gästeübernachtungen

=++++

10 #Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Wie die Präsidentin des Wiener Fremdenverkehrsverbandes, Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, ist es im Jahr 1981 gelungen, die Nächtigungszahlen des Rekordjahres 1980 noch um 2,2 Prozent zu übertreffen. Demnach konnte Wien im Jahr 1981 4,7 Millionen Gästeübernachtungen verzeichnen und somit seine Marktposition weiter ausbauen. #

Verglichen mit anderen österreichischen Bundesländern muß man die Wiener Ergebnisse unter Berücksichtigung der Tatsache sehen, daß Wien pro Gästenächtigung die bei weitem höchsten Umsätze erzielt. Dies muß angeführt werden, da in der Erfolgsbilanz des österreichischen Fremdenverkehrs leider ein reines "Köpfezählen" erfolgt, das keinerlei Aussagen über den Beherbergungsumsatz macht. Berechnungen zufolge läge Wien in einer Statistik, die den Beherbergungsumsatz berücksichtigt, hinter den Urlaubsländern Tirol, Salzburg und Kärnten an vierter Stelle, was ein Beweis für die hohe wirtschaftliche Bedeutung des Städtetourismus ist, stellte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER fest.

Der Erfolg 1981 verteilte sich nicht auf alle Hotelkategorien. Während die Fünf- und Viersternhotels 3,5 Prozent mehr Gäste verzeichneten, mußten die ein- und Zweisternhotels Einbußen von 3,4 Prozent hinnehmen. (Forts.) emw/ap

NNNN

Neues Rekordjahr im Wiener Fremdenverkehr (2)

Utl.: Mehr Wien-Besucher aus Japan, Italien und Schweden

=++++

11 #Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) In Prozentzahlen ausgedrückt, ergab sich bei Gästen aus Japan ein Plus von 19,5 Prozent. An zweiter Stelle folgen die Italiener (plus 17,6 Prozent), weiters Gäste aus Schweden (plus 14,9 Prozent), Frankreich (plus 14,4 Prozent), Belgien (plus 14 Prozent), Ungarn (plus 9,7 Prozent) und der Schweiz (plus 8,9 Prozent).#

Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER weiter ausführte, darf man touristische Erfolgskonten für Wien nicht als selbstverständlich ansehen. Zur weiteren Festigung der Marktposition Wiens werden daher viele Werbeaktivitäten gesetzt.

Wien-Ausstellungen in Mexiko, Kalifornien und Japan werden 1982 stattfinden, auch in Frankreich läuft derzeit der letzte Teil einer sehr erfolgreichen Werbetournee für Wien.

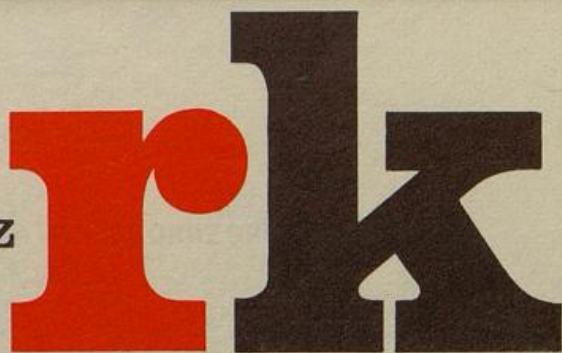
Zwtl.: Wien wird immer attraktiver

Wien wird immer attraktiver. Dazu tragen unter anderem auch die Altstadterhaltung und die vielfältigen kulturellen Angebote bei, die - über das ganze Jahr verteilt - den verschiedensten Zielgruppen Interessantes bringen. Auch wurde heuer erstmals versucht, den Wiener Fasching verstärkt als Wiener Spezialität international ins Bewußtsein zu bringen, schloß Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner. (Schluß) emw/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 3. Februar 1982

Blatt 283

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Wien will finanzielle Auswirkung der Volkszählung
(grau) anfechten

Kommunal:

(rosa)

Park-and-Ride-Standort in Heiligenstadt
Verkehrsbetriebe: Rückkauf von alten Fahrscheinen
"Langer Donnerstag" der Stadtverwaltung
Hatzl: Untersuchung angeordnet

Lokal:

(orange)

Diamantene Hochzeit in der Leopoldstadt
Bäume: Neuer Schutz vor Salzwasser?

Nur

über FS:

3.2. Gasrohrgebrechen in Währing
Kainz-Medaillen: Überreichung am Freitag
Großes Semesterferienkonzert der Jugendzentren

.....
Bereits am 2. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Wien will finanzielle Auswirkung der Volkszählung anfechten

=++++

13 #Wien, 2.2. (RK-POLITIK) Finanzstadtrat Hans MAYR kündigte Dienstag in einem ORF-Interview an, daß die Stadt Wien wegen der finanziellen Auswirkungen des Volkszählungsergebnisses den Verfassungsgerichtshof anrufen wird. Wien erhält aus dem Finanzausgleich wesentlich weniger Geld zurück, als es in den gemeinsamen Topf einzahlt. Es gehe also nicht darum, den anderen Bundesländern etwas wegzunehmen, sondern zu verhindern, daß Wien weitere Mittel abgibt.#

Den Gang zum Höchstgericht bezeichnete Mayr als "normales Verfahren". Viele Gebietskörperschaften haben in der Vergangenheit von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, um in einer Reihe von strittigen Problemen die Gerichte entscheiden zu lassen. So ging zum Beispiel das Bundesland Salzburg zweimal zum Verfassungsgerichtshof: Einmal nach der Volkszählung 1971 und einmal wegen der Verteilung der Bausparkassengelder. Die Städte Linz und Baden riefen den Verfassungsgerichtshof in Spitalsfinanzierungsfragen an, das Bundesland Oberösterreich wegen der Kostenübernahme einer Kraftfahrzeugsprüfungsstelle. (Schluß) sei/bs

NNNN

Diamantene Hochzeit in der Leopoldstadt

=++++

4 Wien, 3.2. (RK-LOKAL) Dem Ehepaar Henriette und Karl PFAFFENEDER gratulierten Dienstag Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER und Bezirksvorsteher Rudolf BEDNAR zur diamantenen Hochzeit.

Die Jubilare, die in Wien-Leopoldstadt wohnen, sind über 80 Jahre alt. 60 Jahre ihres Lebens haben sie gemeinsam verbracht. Der Ehe entsprangen 16 Kinder, von denen 9 noch am Leben sind. Das Ehepaar Pfaffeneder hat 35 Enkelkinder, 37 Urenkel und 2 Ur-Urenkelkinder.

Vizebürgermeister FRÖHLICH-SANDNER und Bezirksvorsteher Rudolf BEDNAR suchten das Jubelpaar in seiner Wohnung auf, um die Glückwünsche der Stadt Wien zu überbringen und ein Diplom zu überreichen. (Schluß) emw/ap

NNNN

Park-and-Ride-Standort in Heiligenstadt

=++++

5 #Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Vorsorge für einen künftigen Park-and-Ride-Standort enthält der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für den Bereich des Verkehrsknotens Heiligenstadt. Gleichzeitig werden auch Vorkehrungen für die Ansiedlung eines großen Druck- und Verlagsbetriebes an der Ostseite des Bahngeländes getroffen.#

Der Planentwurf (Plannummer 5707) liegt vom 4. Februar bis 4. März während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht auf. (An den "langen Donnerstagen" besteht bis 18 Uhr die Möglichkeit, sich zu informieren).

Der Park-and-Ride-Standort ist an der Mooslackengasse vorgesehen. Hier wird bis zu einer Höhe von zwölf Metern gebaut werden können. Von der Muthgasse ist ein Durchgang zu den Stationen von U-Bahn, Stadtbahn und Bundesbahn vorgesehen. (Schluß) and/gg

NNNN

Verkehrsbetriebe: Rückkauf von alten Fahrscheinen

=++++

6 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Montag, dem 8. Februar, beginnt bei den Wiener Verkehrsbetrieben der Rückkauf von alten Fahrscheinen und -karten. Wer noch Fahrkarten zum alten Tarif (vor dem 1. Jänner 1982) hat, kann diese in der Zeit vom 8. bis 26. Februar in den Bahnhöfen der Straßenbahn, den Autobusgaragen und in der Direktion der Verkehrsbetriebe (Wien, 4, Favoritenstraße 9) zurückverkaufen. Der Rückkauf erfolgt in den Bahnhöfen und Garagen von Montag bis Freitag jeweils in der Zeit von 14 bis 20 Uhr, in der Direktion von 8 bis 14.30 Uhr.

In der Abteilung für Tarifangelegenheiten in Wien 6, Rahlgasse 3, wird der Rückkauf von alten Fahrscheinen bis zum 25. Juni 1982 durchgeführt (Montag bis Freitag von 8 bis 14.30 Uhr).

Halbjahreswertmarken mit der Gültigkeit Oktober 1981 - März 1982 können ab 1. April in der Rahlgasse zum Preisausgleich (sie sind durch Tarifreform ja billiger geworden) vorgelegt werden.

In den Vorverkaufsstellen erfolgt kein Rückkauf.

Zwtl.: Ergänzungsfahrscheine bis 31. März

Wer noch alte Vorverkaufsfahrscheine hat, kann diese aber auch noch bis zum 31. März 1982 weiterverwenden: z u s a m m e n mit einem Ergänzungsfahrschein. Die Ergänzungsfahrscheine, die in allen Vorverkaufsstellen einzeln erhältlich sind, kosten zum Vorverkaufsfahrschein 1,90 Schilling, zum Kinder-Vorverkaufsfahrschein 1,50 Schilling, zum 4-Kurzstrecken-Fahrschein (pro Kurzstrecke!) 90 Groschen und zum Pensionistenfahrschein 1,10 Schilling. B e i d e Fahrscheine müssen entwertet werden! (Schluß) ger/ap

NNNN

"Langer Donnerstag" der Stadtverwaltung (1)

=++++

7 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Jeweils Donnerstag haben - vorerst versuchsweise - in ganz Wien magistratische Bezirks-Dienststellen und Dienststellen in der Zentralverwaltung zwischen 15.30 und 17.30 Uhr Parteienverkehr. Vor allem für Berufstätige wird es damit leichter, Behördenwege zu erledigen.

In den Bezirken stehen folgende Dienststellen zur Verfügung: Büros der Bezirksvorstehungen (soweit die Bezirksvorsteher oder deren Stellvertreter am Donnerstag nachmittags Sprechstunden abhalten); Magistratische Bezirksämter, Stadtkassen, Bezirksjugendämter, Tuberkulosefürsorgestellen, Außenstellen der Baupolizei, Standesämter sowie Sozialservicestellen. (Forts.)
schw/gg

NNNN

"Langer Donnerstag" der Stadtverwaltung (2)

=++++

8 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Zentral stehen am "langen Donnerstag" jeweils folgende Dienststellen zur Verfügung:

MA 21 - Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes

MA 22 - Umweltschutzberatung

MA 28 - Gehsteigerstellung, Aufgrabungsgenehmigungen

MA 31 - Herstellung von (Wasser-)Haus-Anschlußleitungen

MA 37 (Baupolizei) - Dezernate I und II für die Bezirke 1 bis 9
und 20

MA 43 (Friedhöfe) - Tarifstelle, Grabrechtsstelle, technisches
Referat, Sanierungsreferat, Gartenreferat

MA 46 - Verkehrspermanenzstelle, Landesfahrzeugprüfstelle

MA 50 (Wohnungswesen) - Vormerkgruppe-Außenstellen,
Wohnbeihilfenstellen, Wohnungsberatungszentrum

MA 52 - Wohnhäuserreferat, Tauschreferat

MA 61 - Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen.

In allen genannten Bezirks- und Zentraldienststellen dauert die Arbeitszeit bis 18 Uhr, Einlaß ist jedoch nur bis 17.30 Uhr.

Die Dienstzeit der Außenstellen des Bürgerdienstes (bisher bis 19 Uhr) endet aus Gründen der Einheitlichkeit ebenfalls um 18 Uhr.

In den Amtshäusern, in denen es Dienststellen mit einem "langen Donnerstag" gibt, sind die geänderten Amtsstunden angeschlagen.

(Schluß) schw/gg

NNNN

Bäume: Neuer Schutz vor Salzwasser?

=++++

10 #Wien, 3.2. (RK-LOKAL) Mit einer neuen Idee versucht das Stadtgartenamt nun, Salzschäden an Bäumen zu verhindern: Im Bereich der Straßenbahnhaltestellen entlang der Ringstraße wurden kürzlich Plastikplanen über die Baumscheiben gebreitet. Die Stadtgärnter hoffen, mit diesem Versuch das Eindringen von mit Salz versetztem Schneewasser in den Wurzelbereich verhindern zu können und so die Bäume vor Salzschäden zu schützen. Ob dieser Versuch erfolgreich ist, wird sich allerdings erst in Zukunft zeigen.# (Schluß) hs/gg

NNNN

Hatzl: Untersuchung angeordnet

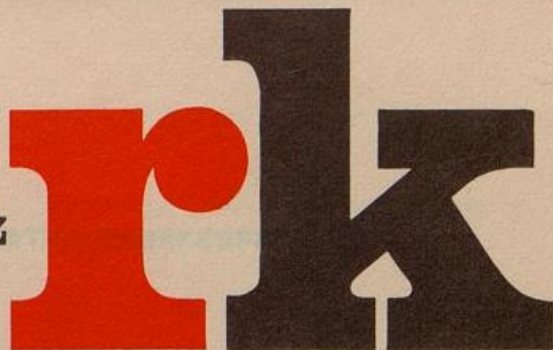
=++++

11 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Rasch reagiert hat Wohnbau-Stadtrat Johann HATZL auf den Bericht in einer Wiener Tageszeitung (Kurier), über einen Beamten der städtischen Wohnhäusererhaltung, der gleichzeitig an einer Immobilienverwaltungsgesellschaft beteiligt ist: Bereits gestern, Dienstag, wurde durch die Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision eine Untersuchung eingeleitet. Der Beamte, Ing. Herbert Z., - der übrigens heute Mittwoch nicht zum Dienst erschienen ist - wurde sofort bis zum Vorliegen des Untersuchungsergebnisses von der städtischen Wohnhäusererhaltung (MA 27) in eine andere Magistratsabteilung (MA 28) versetzt. (Schluß) red/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Donnerstag, 4. Februar 1982

Blatt 292

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Kanalbau in Döbling
(rosa) Bilanz des Vereins Niederösterreich-Wien
Endgültiges Ergebnis der Volkszählung 1981
Entschärfung von Unfallkreuzungen
FPÖ für vermehrte Kontrolle beim geförderten Wohnbau

Politik: Fröhlich-Sandner: Entwicklung Wiens im Interesse aller
(rosa) Bundesländer

Nur

über FS: 3.2. U 4: Ab sofort wieder Langzüge
4.2. Lkw-Zug prallte gegen Haus
"Künstler malen und zeichnen in Betrieben"

Kanalbau in Döbling

=++++

3 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Baukosten in Höhe von 2,570.000 S genehmigte der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz für den Umbau des Straßenkanals in der Eisenbahnstraße in Döbling. Der von der MA 30 (Kanalisation) erstellte Plan sieht die Errichtung eines 246 Meter langen Betonkanals nach dem Mischsystem mit Profil 70 mal 105 Zentimeter vor. Die Trasse des Kanals wird in der Eisenbahnstraße von der Mooslackengasse bis zum Haus Nr. 17 in einer mittleren Tiefe von zwei Meter verlaufen. (Schluß) we/ap

NNNN

Vom Baden bis zum Radfahren: Bilanz des Verein NÖ-Wien

=++++

4 #Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Der im Endausbau elf Kilometer lange Radweg Inzersdorf - Laxenburg, dessen erster Abschnitt heuer im Frühjahr fertig wird, wird von ihm mitfinanziert. Die Erholungsanlage um den Badeteich "Seeschlacht" in Langenzersdorf und der Ausbau des Windradlteichs in Guntramsdorf - beide Projekte wurden 1981 fertig - wurden von ihm gefördert. Ebenso unterstützt er die Sanierung des Harrach'schen Schloßparks in Bruck an der Leitha und stellt Geld für zahlreiche weitere Erholungsprojekte zur Verfügung: der 1974 gegründete Verein Niederösterreich-Wien, gemeinsame Erholungsräume, der für die Schaffung, Sicherung und Erhaltung von für Niederösterreich wie Wien gleichermaßen interessanten Erholungseinrichtungen sorgt. Vorsitzende des Vereins sind Freizeitstadtrat Peter SCHIEDER und der NÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin PRÖLL.#

Die Unterstützung des Baus des Radweges Inzersdorf - Laxenburg ist nur ein Beispiel für die Arbeit des Vereins im vergangenen Jahr. Der Radweg, der 1982 bis Vösendorf, 1983/84 bis Laxenburg führt, soll vom Verein mit 4,5 Millionen gefördert werden. Von Laxenburg aus kann man auf einem ebenfalls vom Verein geförderten Radweitwanderweg bis nach Kottlingbrunn radeln.

Ein neues Erholungsgebiet entsteht derzeit in Bruck an der Leitha: der alte Harrach'sche Schloßpark wird mit Mitteln des Vereins saniert und soll der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Finanzielle Unterstützung des Vereins gab es auch für Arbeiten auf der Donauinsel und für die Ausgestaltung des Erholungsgebiets Seeschlacht in Langenzersdorf, wo rund um einen Badeteich ein neues Freizeitzentrum entstand. Ebenso half Niederösterreich-Wien, gemeinsame Erholungsräume, im vergangenen Jahr bei der Ausgestaltung des Windradlteichs in Guntramsdorf zum attraktiven Badeteich. Sanierung der Schanzen am Rendezvousberg in Wien, Unterstützung für den Naturpark Föhrenberge, über eine halbe Million für die Schaffung einer Grünverbindung Lobau-Aspern und und Ausgestaltungsmaßnahmen am neuen Erholungsgebiet Laaer Wald in Wien gehören ebenfalls zu den Projekten des Vereins. (Schluß) hs/gg

Endgültiges Ergebnis der Volkszählung 1981

=++++

6 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL)

Gemeindebezirk	Wohnbevölkerung	Bürgerzahl österr. Staatsbürger
1	19.191	17.640
2	94.912	86.066
3	85.447	77.417
4	31.437	28.673
5	51.925	46.226
6	28.549	25.590
7	29.118	25.960
8	24.239	21.751
9	43.701	39.217
10	145.443	135.845
11	65.346	62.163
12	79.069	73.287
13	54.851	52.205
14	78.363	73.973
15	69.086	60.688
16	87.446	78.216
17	48.799	43.309
18	51.788	46.598
19	66.732	62.476
20	72.870	66.804
21	115.233	112.140
22	99.397	96.708
23	72.724	69.309
Wien	1,515.666	1,402.261

(Schluß) red/gg

Entschärfung von Unfallkreuzungen (1)

Utl.: Erfolgreiche Arbeit des Referats für Verkehrssicherheit

=++++

7 #Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Seit zwei Jahren gibt es im Rahmen der Magistratsabteilung 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) ein eigenes Referat für Verkehrssicherheit. Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieser Einrichtung stehen die - auf einer genauen Beobachtung und Analyse des Unfallgeschehens basierende - gezielte Sanierung lokaler Unfallschwerpunkte sowie die Verminderung möglicher Unfallgefahren bereits bei der Planung von organisatorischen oder baulichen Maßnahmen. An fünfhundert Stellen im Wiener Straßennetz wurden in den vergangenen zwei Jahren konkrete Unfalluntersuchungen durchgeführt und - wenn notwendig - Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit gesetzt. Genaue Vorher-Nachher-Untersuchungen geben Aufschluß über deren Erfolg: Die Unfallhäufigkeit ging in diesen Bereichen um dreißig bis neunzig Prozent zurück. Dies berichtete Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Donnerstag im Rahmen einer Pressekonferenz. Die als Voraussetzung für konkrete Verkehrssicherheitsmaßnahmen erforderliche detaillierte Analyse des Unfallgeschehens soll in Zukunft mit Hilfe von EDV noch weiter verfeinert und beschleunigt werden. Ein entsprechendes Projekt wird derzeit von der Magistratsdirektion und der Magistratsabteilung 46 geprüft. #

Zwtl.: 141 Verkehrstote im Jahr 1981

In Wien ereigneten sich 1981 7.464 Unfälle mit Personenschaden und 39.053 (polizeilich aufgenommene) Unfälle mit Sachschäden. Dabei wurden 9.750 Menschen verletzt und 141 getötet. (Forts.) ger/gg

NNNN

Entschärfung von Unfallkreuzungen (2)

=++++

8 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Von den Unfällen mit Personenschaden entfallen 31,9 Prozent auf Unfälle mit Fußgängern; 21,4 Prozent sind rechtwinkelige Zusammenstöße zwischen Fahrzeugen auf Kreuzungen ohne abzubiegen; 17,2 Prozent ereignen sich im gleichen Richtungsverkehr ohne abzubiegen (hauptsächlich Auffahrunfälle); 16,8 Prozent sind Abbiegeunfälle; bei 4,1 Prozent gibt es nur einen Unfallbeteiligten, 3,2 Prozent ereignen sich im entgegengesetzten Richtungsverkehr ohne abzubiegen (Frontalzusammenstöße), 3,1 Prozent mit stehenden Fahrzeugen und 2,3 Prozent bei Ein- und Ausfahrten. Bei knapp 2 Prozent der Unfälle mit Personenschaden sind Kinder beteiligt. Bei 7 Prozent der Unfälle ist Alkohol im Spiel. Die Zahl der Toten ist in den letzten fünf Jahren im jährlichen Durchschnitt um etwa ein Viertel geringer als vor 1976.

Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden schwankt in Wien seit 1973 zwischen 6.500 und 7.500 jährlich, wobei die Anzahl der Kraftfahrzeuge pro Jahr bis 1980 um rund 15.000 (1981 etwas geringer) zugenommen hat. Die Verletzten- und Totenrate weist bei den Fußgängern eine sinkende, bei den PKW-Insassen eine steigende Tendenz auf: Der Grund dafür, daß trotz ständiger Verbesserungen der lokalen Sicherheitsverhältnisse die Zahl der Unfälle in den letzten Jahren insgesamt weitgehend konstant blieb, liegt erst in zweiter Linie in der steigenden Verkehrsdichte, primär jedoch in der Zunahme der Geschwindigkeit der Autofahrer. Gezielten Geschwindigkeitskontrollen durch die Polizei kommt deshalb vom Standpunkt der Verkehrssicherheit größte Bedeutung zu.

Unfälle ereignen sich relativ häufiger in Nebenstraßen als auf den Haupttrouten. Ein großes Problem stellt auch vom Standpunkt der Verkehrssicherheit der ruhende Verkehr dar. Parkende Autos können die Sicht - sowohl auf andere Verkehrsteilnehmer als auch auf Verkehrszeichen - behindern. Falschparken als - indirekte - Unfallsursache wird häufig noch unterschätzt. (Forts.) ger/bs

Entschärfung von Unfallkreuzungen (3)

Utl.: Zahlreiche Sicherheitsmaßnahmen

=++++

9 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Die bisherigen Erfahrungen an rund fünfhundert Stellen in Wien zeigen, daß durch genau auf die spezifische Situation abgestimmte Maßnahmen das lokale Unfallrisiko deutlich herabgemindert werden kann. Die Bandbreite der gesetzten Maßnahmen reicht von verkehrstechnischen über verkehrsorganisatorische bis zu straßenbaulichen Maßnahmen. Zu den Schwerpunkten zählen die Regelung der Vorrangverhältnisse, die Adaptierung von Verkehrsampeln, Linksabbiegeregelungen und Schutzmaßnahmen für Fußgänger.

Neben der Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse in Bereichen, wo eine Unfallhäufung festgestellt werden muß, kommt natürlich der vorbeugenden Sicherheitsarbeit größte Bedeutung zu. Mögliche Gefahrenstellen sollen - bei Planungen, bei Neubauten - von vornherein vermieden werden. Bei allen Verkehrsmaßnahmen und -planungen erfolgt deshalb eine Rückkoppelung mit dem Referat für Verkehrssicherheit.

Ein dritter Aufgabenbereich des Verkehrssicherheitsreferates umfaßt schließlich die Erarbeitung von sicherheitstechnischen Richtlinien und Grundlagen sowie die Schulung und Weiterbildung von Verkehrsfachleuten. So werden zum Beispiel grundlegende Untersuchungen über die verkehrs- und sicherheitstechnische Ausstattung von Radwegen, über sicherheitgerechte Bodenmarkierungen und über die Verbesserung der Verkehrssicherheit bei Baustellen durchgeführt. (Forts. mgl.) ger/gg

NNNN

FPÖ für vermehrte Kontrolle beim geförderten Wohnbau

=++++

10 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch forderte Donnerstag GR. Friedrich KUCHAR im Namen der Wiener FPÖ eine vermehrte Kontrolle der Wohnbauträger, die öffentliche Mittel in Anspruch nehmen. Diese Kontrolle solle sowohl in Form einer begleitenden Kontrolle durch Zivilingenieure als auch einer nachvollziehenden Kontrolle durch das Kontrollamt der Stadt Wien geschehen. Außerdem forderte Kuchar eine Entpolitisierung der Wohnbauträger.

Zwtl.: Für Eigentumswohnungen und soziale Stadterneuerung

Kuchar kritisierte, daß immer weniger Eigentumswohnungen gebaut werden und ein Trend zu Miet- und Genossenschaftswohnungen besteht.

Für die Stadterneuerung forderte Kuchar einen Zielplan sowie flankierende Maßnahmen in Form einer "Allgemeinen Wohnbeihilfe", die Einkommensschwächeren den Verbleib in den sanierten Wohnhäusern ermöglicht. Die Einführung dieser neuen Form der Wohnbeihilfe bilde, so Kuchar, die Grundlage für eine soziale Stadterneuerung. (Schluß)
emw/di

NNNN

Fröhlich-Sandner: Entwicklung Wiens im Interesse aller
Bundesländer (1)

=++++

11 Wien, 4.2. (RK-POLITIK) Als bestürzend bezeichnete Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, die derzeit Bürgermeister Leopold GRATZ vertritt, die Erklärung der ÖVP-Landeshauptleute und Landeshauptmannstellvertreter zum Neubau des Wiener Konferenzentrums. Es ist bedauerlich, daß sich in diese "Länderfront" gegen das Bundesland Wien, auch der Wiener Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erhard BUSEK einreihet. Statt daß Busek, wie es seine Aufgabe wäre, die Interessen der Bundeshauptstadt vertritt, schließt er sich den Wien-feindlichen und längst widerlegten Argumenten der ÖVP-Landeshauptleute an.

Dabei steht es längst außer Zweifel,
o daß Wien dieses Konferenzzentrum braucht,
o daß dadurch Arbeitsplätze nicht nur in Wien, sondern auch
in anderen Bundesländern gesichert werden,
o daß nicht nur die Vereinten Nationen, sondern auch große
Kongresse durch die Umwegrentabilität viel Geld ins Land
bringen.

Eine Studie hat ergeben, daß New York an der Anwesenheit der UNO allein im vergangenen Jahr 11 Milliarden Schilling verdient hat. Die Kongresse haben der New Yorker Wirtschaft 1,7 Milliarden Schilling gebracht. Der Stadt selbst sind durch den Kongreßtourismus 1,5 Milliarden Schilling zugeflossen.

In Wien finden allein heuer 36 große Kongresse mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 46.400 Delegierten statt. Wenn Wien in Konkurrenz mit anderen Kongreßstädten seinen hervorragenden Platz behaupten will, ist der Bau des Konferenzentrums eine Notwendigkeit.
(Forts.) red/gg

Fröhlich-Sandner: Entwicklung Wiens im Interesse aller
Bundesländer (2)

=++++

12 Wien, 4.2. (RK-POLITIK) Bürgermeister GRATZ hat in den letzten Wochen wiederholt davor gewarnt, die Zusammenarbeit der Bundesländer dadurch in Frage zu stellen, daß ein Bundesland gegen die Wünsche eines anderen öffentlich auftritt.

Mit der heutigen Erklärung ist der vorläufige Höhepunkt bei dem Versuch der ÖVP-Landespolitiker erreicht, in den anderen Bundesländern eine Anti-Wien-Stimmung zu schaffen.

Diese Entwicklung ist tatsächlich ein Grund zu ernster Sorge. Die Anti-Wien-Front der Ersten Republik darf nicht wiedererstehen. Das Ansehen der Republik Österreich und ihre Stellung in der Welt werden entscheidend vom Ansehen und der Stellung der Bundeshauptstadt geprägt. Es liegt daher im Interesse aller Bundesländer, die gedeihliche Entwicklung Wiens nicht zu gefährden, schloß Vizebürgermeister FRÖHLICH-SANDNER. (Schluß) red/bs

NNNN

Entschärfung von Unfallkreuzungen (4)

Utl.: Verstärkte Überwachung des ruhenden Verkehrs

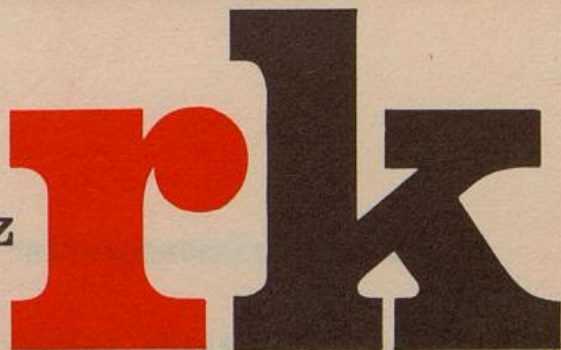
=++++

13 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN in der Pressekonferenz mitteilte, strebt die Stadt Wien beim Bundesgesetzgeber eine Novellierung der Straßenverkehrsordnung an, die es der Polizei ermöglichen soll, einen Teil der eingenommenen Strafgebühren nicht an das Land abzuliefern, sondern selbst zu behalten. Diese Mittel sollen für eine verstärkte Überwachung des ruhenden Verkehrs eingesetzt werden. Zugleich würde dadurch zusätzliches Personal für die Regelung des fließenden Verkehrs und besonders für Geschwindigkeitskontrollen frei werden. (Schluß)
ger/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198
gegründet 1861

Freitag, 5. Februar 1982

Blatt 303

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Mutterberatung: Kommission beriet aktuelle Schwerpunkte
(rosa)

Politik: Konferenzzentrum für Wien notwendig
(rosa)

Nur

über FS: 4.2. Zwölfjähriger bei Wohnungsbrand erstickt
5.2. Dienstag Bürgermeister-Pressegespräch
Bürgermeistersendung am Samstag mit Fröhlich-Sandner
Steinerne Hochzeit
Dank der Stadt Wien für mutigen Buben

Mutterberatung: Kommission beriet aktuelle Schwerpunkte

=++++

5 #Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) über die Ergebnisse der Beratungen einer Kommission, die sich mit den Aufgaben und Zielen der modernen Mutterberatung in Wien beschäftigt und die unter dem Vorsitz von Univ.-Prof. Dr. Hans STROTZKA stand, berichtete Vizebürgermeister Gerturde FRÖHLICH-SANDNER in einem Pressegespräch am Freitag.

Die wichtigsten familienpolitischen Vorschläge, die die Kommission machte und die nun vom Jugendamt der Stadt Wien schrittweise umgesetzt werden, sind die Förderung des Stillens sowie die Einbeziehung der Väter in die Erziehung und Pflege des Säuglings beziehungsweise des Kleinkindes.#

Die Mutterberatung, deren Bezeichnung aus Gründen der Tradition vorläufig nicht geändert werden soll, will verstärkt die Väter ansprechen, da die partnerschaftliche Betreuung der Kinder in der Praxis in den meisten Familien noch recht wenig geübt wird.

Was das Stillen betrifft, so zeigte es sich, daß sowohl Gastarbeiterinnen als auch Mütter mit höherem sozialem Status die beste Beziehung zum Stillen haben. Durch verstärkte Information will das Jugendamt versuchen, sowohl über die Elternschulen als auch über die Mutterberatung die Beziehung der Mütter zum Stillen zu verbessern.

Mobile Kinderpflegerinnen, die auf Wunsch ins Haus kommen, haben sich sehr bewährt. Das Jugendamt hat bereits sechs solcher Kinderpflegerinnen angestellt, zwei weitere sollen in allernächster Zeit dazukommen. Verstärkt soll die Mutterberatung zu einem regionalen Zentrum für Eltern und Kinder werden, auch die Wartezeiten sollen in Zukunft verkürzt werden. (Schluß) emw/bs

NNNN

Hatzl: Konferenzzentrum für Wien notwendig

=++++

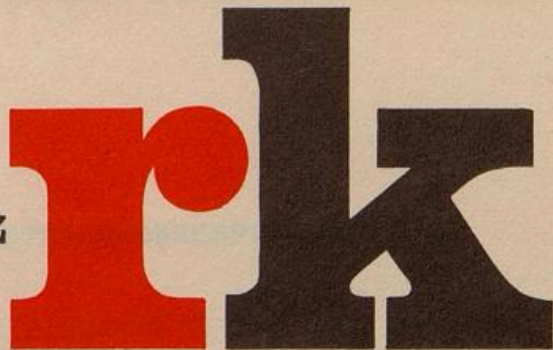
6 Wien, 5.2. (RK-POLITIK) Die falschen ÖVP-Argumente gegen den Bau des Konferenzzentrums werden auch dann nicht richtiger, wenn sie ständig wiederholt werden, stellte Wohnbau-Stadtrat Johann HATZL zu der heutigen ÖVP-Aussendung gegen das Konferenzzentrum fest. Es ist unbestritten, daß Wien ein Konferenzzentrum braucht. Bürgermeister GRATZ hat erst kürzlich wieder festgestellt, daß der Kongreßtourismus ein wesentlicher Faktor des Städtetourismus ist. Jene Städte, die in den letzten Jahren Kongreßzentren gebaut haben oder bauen, tun dies nicht aus Freude am Geldausgeben, sondern verdienen damit. Kongreßteilnehmer lassen bekanntlich viel Geld in den Kongreßstädten. Außerdem sei der Bau des Konferenzzentrums auch für die Bauwirtschaft wichtig. Wie aus dem Bericht des Statistischen Zentralamtes hervorgeht, sind die Aufträge für die Wiener Bauwirtschaft um rund eine Milliarde S zurückgegangen. Der Rückgang um eine Milliarde entspricht etwa 1200 Arbeitsplätzen. Alle diese schon öfter aufgezeigten Tatsachen beweisen, wie notwendig der Bau des Konferenzzentrums in Wien ist, sagte Hatzl.

Wenn die ÖVP heute eine Wohnbauoffensive vorschlägt, so könne man nur feststellen, daß die Stadt Wien eine solche Wohnbauoffensive schon längst gestartet hat. Bereits 1981 wurde mit den Vorarbeiten zu einem umfassenden Sanierungsprogramm für städtische Wohnbauten begonnen. Etwa 1,5 Milliarden Schilling werden in den nächsten Jahren der Bauwirtschaft durch die städtischen Generalsanierungen zufließen. Außerdem können in Wien heuer infolge des Sonderwohnbauprogramms des Bundes um etwa 1.400 Wohnungen mehr gebaut werden. Für eine wirkungsvolle Ankurbelung der Bauwirtschaft sind jedoch drei Voraussetzungen - der Wohnungsneubau, die Stadterneuerung und Großprojekte wie das Konferenzzentrum - erforderlich, sagte Hatzl. (Schluß) ba/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Samstag, 6. Februar 1982

Blatt 306

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 30 Millionen an Energiekosten eingespart
(rosa) U-Bahn-Führungen für Behinderte

30 Millionen an Energiekosten eingespart (1)

=++++

1 #Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien geht auf dem Sektor der Energieeinsparung weiterhin mit gutem Beispiel voran. Während der Heizperiode 1980/81 konnten nach Berichten der zuständigen Magistratsabteilung 32 rund 30 Millionen Schilling an Energiekosten eingespart werden. Im Vorjahr betrug die Einsparung 18,4 Millionen Schilling.#

Ausschlaggebend für dieses gute Ergebnis ist eine umfassende Heizkontrolle. In den öffentlichen Gebäuden - in Schulen, Kindergärten, Spitälern, Amtshäusern, Sportanlagen, Büchereien, usw.- wurde die Meßgruppe der MA 32 tätig. Es wurden Kesselkontrollen durchgeführt, veraltete Heizungen modernisiert und Thermostatventile oder Optimierungsanlagen eingebaut. Nach dem Einbau dieser Geräte konnte eine Brennstoffeinsparung von durchschnittlich 5,2 Prozent erzielt werden. Der größte Heizverbrauchrückgang wurde bei den Schulen verzeichnet. Derzeit werden rund 1.500 Objekte durch die Heizkontrolle betreut.

Zwtl.: Neues Wärmerückgewinnungsmodell

Um die Möglichkeit der Energieeinsparung noch besser ausschöpfen zu können, kam es kürzlich zu einem Erfahrungsaustausch zwischen den Energiebeauftragten von Bund, ÖBB, Post und Gemeinde Wien. Dabei zeigte sich, daß Bund und Gemeinde Wien über die größten praktischen Erfahrungswerte im Energiesparen verfügen. Ein Modell zur Wärmerückgewinnung, das von seiten der Post präsentiert wurde, fand allgemein Anerkennung: Die hohe Raumtemperatur in einem Kesselhaus, die durch Abstrahlung des Heizkessels entsteht, soll durch einen sogenannten Luft-Wärmetauscher zur Erwärmung des Wassers verwendet werden. Nach Meinung der Experten könnte dieses Modell auch bei Wohnhausanlagen Verwendung finden und Energie einsparen. (Forts.)

ba/ap

NNNN

30 Millionen an Energiekosten eingespart (2)

=++++

2 Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Neben der Heizkontrolle sorgt die Servicegruppe der MA 32 dafür, daß Energie sinnvoll eingesetzt und daß es auch bei Gebrechen nicht zu einer Vergeudung an Brennstoff kommt. Die Servicegruppe hat ständig zwei Monteure im Schichtwechseleinsatz im Einsatz, die über Funk von einer Schaltwarte zu einer Gebrechensstelle dirigiert werden können. In wichtigen Anlagen sind automatische Telealarmgeräte eingebaut, die jede Störung an die Zentrale melden. 1981 wurden zwei weitere Telealarmanlagen in der Baumschule Eßling und zur Kontrolle des Sonnenenergieturms in der Wohnhausanlage 23, Johann-Gottek-Gasse, montiert. Derzeit sind 55 Telealarmgeräte in Funktion.

Die Servicegruppe legte 1981 rund 160.000 km an Einsatzfahrten zurück. Da die Überwachung der 55 teils hochempfindlichen Anlagen in Eigenregie durchgeführt und nicht an Firmen vergeben wird, können der Stadt Wien dadurch ebenfalls jährlich rund 40 Millionen Schilling erspart werden. (Schluß) ba/gg

NNNN

U-Bahn-Führungen für Behinderte

=++++

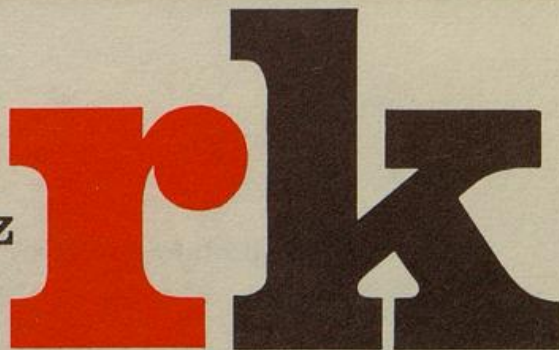
3 Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Um Behinderten die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel, besonders der U-Bahn, zu erleichtern, veranstalten die Verkehrsbetriebe spezielle Führungen. Dabei werden die Einrichtungen der U-Bahn und das richtige Verhalten in den Stationen und Zügen erklärt. Im vergangenen Jahr wurden im Rahmen solcher "U-Bahn-Kurse" in Zusammenarbeit mit "Jugend am Werk" und der Hilfsgemeinschaft der Blinden und Sehschwachen 234 Personen betreut. Für Sehbehinderte wurden außerdem Straßenbahnzüge in Bahnhöfen zur Verfügung gestellt, um ihnen die Möglichkeit zu geben, das Ein- und Aussteigen und die Orientierung im Wageninneren in Ruhe zu erlernen und zu üben, bevor sie im regulären Betrieb mitfahren.

Auch für Senioren wurden eigene U-Bahn-Führungen veranstaltet. Im Vorjahr nahmen daran 745 Personen teil. Für nähere Auskünfte steht das Informationszentrum der Wiener Verkehrsbetriebe in der Karlsplatz-Passage (Telefon: 57 31 86) zur Verfügung. (Schluß)
ger/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 8. Februar 1982

Blatt 310

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Bereits über FS ausgesendet: (grau) Josef-Kainz-Medaillen 1981 überreicht
Ehe- und Familienberatung übersiedelt
Mutterberatung für polnische Flüchtlinge
Laaer Wald: Vorarbeiten für die Eröffnung
Donauinsel: Nun auch in Niederösterreich Fahrverbot
- Kommunal: (rosa) Baugrund für den Wasserbehälter Bisamberg komplett
Freizeitangebote in Wien
ÖVP: attraktivere öffentliche Verkehrsmittel
- "Zeig Herz - hilf mit!": Fröhlich-Sandner: Spontan helfen und nicht wegschauen
- Lokal: (orange) Fröhlich-Sandner: Dank an Senta Berger und Gratulation für Kristofics-Binder
- Nur über FS: 6.2. Rauchfangbrand: 106 Wohnungen ohne Heizung

.....
Bereits am 5. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Josef-Kainz-Medaillen 1981 überreicht

=++++

8 Wien, 5.2. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK überreichte Freitag nachmittag im Wappensaal des Wiener Rathauses die Josef-Kainz-Medaillen 1981 und die Förderungspreise zur Kainz-Medaille. Mit der Kainz-Medaille wurden Romuald Pekny, Elisabeth Orth, Erwin Pipilits und Pantelis Dessyllas ausgezeichnet, die Förderungspreise erhielten Birgit Doll, Kitty Buchhammer und Xenia Hausner.

Die Kainz-Medaille für besondere schauspielerische Leistungen sowie Regie- und Bühnenbildarbeiten wurde 1958 anlässlich des 100. Geburtstages von Kainz von der Stadt Wien gestiftet, die Förderungspreise für junge Theaterschaffende wurden erstmals 1969 vergeben.

Kulturstadtrat Zilk wies auf das immer breiter werdende Spektrum der Theaterstadt Wien hin, betonte aber auch, daß es angesichts der schwierigen Wirtschaftslage der Bemühungen aller bedürfe, um die Vielfalt der Wiener Theaterlandschaft auch weiterhin zu ermöglichen.

Der Feier wohnten Frau Staatssekretär Franziska Fast, Stadtrat Josef Veleta und Stadtrat Dr. Jörg Mauthe bei. (Schluß) gab/gg

NNNN

.....
Bereits am 6. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Fröhlich-Sandner: Spontan helfen und nicht wegschauen

=++++

4 Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER appellierte in der Hörfunksendung des Wiener Bürgermeisters heute, Samstag, an die Wienerinnen und Wiener, Menschen, die spontan Hilfe brauchen, diese auch zu leisten und nicht wegzusehen. Sie bezog sich auf den Fall des dreizehnjährigen Schülers, der vor kurzem schwerverletzt im S-Bahnhof Floridsdorf herumirrte und auch auf Ersuchen keine Hilfe erhielt, sowie auf den glücklicherweise nicht ganz so tragischen Vorfall einer dreizehnjährigen Schülerin, die in der U-Bahn belästigt worden war und ebenfalls von Passanten, die sie um Hilfe bat, ignoriert wurde. Wiens Familienstadträtin wies in diesem Zusammenhang auf die Aktion "Zeig Herz-hilf mit" hin, die von der Stadt Wien diesen Winter gestartet worden war und deren Ziel es ist, die Menschen zu mehr persönlicher Hilfe anzuregen. FRÖHLICH-SANDNER stellte fest: "Es wird immer wieder Situationen geben, wo jeder einzelne dazu aufgerufen sein wird, einem anderen zu helfen. Es wird nie möglich sein, auf jeden spontanen Hilferuf nur durch öffentliche, institutionelle Hilfe zu reagieren. Die Verantwortung für den anderen, der uns braucht, tragen wir alle. Jeder von uns kann in eine Situation geraten, in der er auf spontane Hilfe angewiesen ist. Und es wäre doch schrecklich, davor Angst haben zu müssen, daß wir uns auf unsere Mitmenschen nicht mehr verlassen können." (Schluß)
emw/gal

NNNN



.....
Bereits am 6. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ehe- und Familienberatung übersiedelt

=++++

5 Wien, 6.2. (RK-LOKAL) Das Jugendamt der Stadt Wien gibt bekannt, daß die Ehe- und Familienberatungsstelle, 1, Schottenring 24, neue Räumlichkeiten bezieht. Aus diesem Grunde entfallen am Montag, dem 8. und Donnerstag, dem 11. Februar, die Beratungen.

Ab Montag, 15. Februar, finden die Beratungen in unmittelbarer Nähe des bisherigen Standortes statt und zwar:

Wien 1, Neutorgasse 15/2.Stock (Eheberatung) und

Wien 1, Neutorgasse 15/1.Stock (Familienplanung).

Die Beratungszeit ist wie bisher Montag und Donnerstag von 16 bis 18.30 Uhr. Die telefonische Anmeldung ist ebenfalls wie bisher unter der Tel.Nr. 63 89 96, Montag und Donnerstag, 16 bis 18 Uhr möglich.

Auskünfte außerhalb der Beratungszeit: 66 14/470 DW. (Herr Neubauer).
(Schluß) emw/gal

NNNN

.....
Bereits am 6. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mutterberatung für polnische Flüchtlinge

=++++

6 Wien, 6.2. (RK-LOKAL) Das Jugendamt der Stadt Wien hat in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt ab 8. Februar für polnische Familien eine Mutterberatungsstelle in den Räumen der Sondermutterberatung 18, Währinger Gürtel 141, eingerichtet.

Beratungszeit ist jeden Montag von 8-12 Uhr. Als Dolmetscher wird vom Komitee für Polenhilfe eine Germanistikstudentin aus Polen zur Verfügung gestellt. (Schluß) emw/gal

NNNN

.....
Bereits am 7. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Laaer Wald: Vorarbeiten für die Eröffnung

=++++

1 #Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Der Laaer Wald, Wiens neues Erholungsgebiet auf der Kuppe des Laaer Bergs, wird am 23. Mai von Bürgermeister Leopold GRATZ eröffnet werden.#

Bereits jetzt beginnen die Vorarbeiten: für die künftigen Besucher des 350.000 Quadratmeter großen Aufforstungsgebietes mit seinen beiden Teichen und dem Vogelschutzgebiet werden derzeit Parkplätze angelegt. Einer dieser Parkplätze entsteht am Ende des Böhmisches Praters, wo auch ein Festplatz gestaltet wird. Ein weiterer Parkplatz wird bei der Klemens-Dorn-Gasse angelegt.

(Schluß) hs/gg

NNNN

.....
Bereits am 7. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Donauinsel: Nun auch in Niederösterreich Fahrverbot

=++++

2 Wien, 7.2. (RK-LOKAL) Donauinsel und linkes Ufer der Neuen Donau sind in Wien bekanntlich für Autos gesperrt. In Langenzersdorf dagegen durften Kraftfahrzeuge bisher das linke Ufer der Neuen Donau benutzen.

Nun hat allerdings Niederösterreich mit Wien gleichgezogen: eine entsprechende Verordnung der Marktgemeinde Langenzersdorf verbietet jetzt auch auf niederösterreichischem Gebiet das Befahren der linksufrigen Donauregulierungsanlagen bzw. des Inundationsgebietes. Damit dürfen in diesem Bereich lediglich Radfahrer fahren. (Schluß) hs/bs

NNNN

Baugrund für den Wasserbehälter Bisamberg komplett

=++++

6 Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Ankauf eines landwirtschaftlich genutzten Grundstücks im Ausmaß von 7.866 Quadratmeter in Floridsdorf, der vom Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz genehmigt wurde, sind die Transaktionen zur Sicherstellung des für die Errichtung des Wasserbehälters Bisamberg benötigten Areals abgeschlossen. Der gesamte Baugrund ist 38.000 Quadratmeter groß und befindet sich auf dem Rendezvousberg. Für die Standortwahl dieses Behälters, durch den die Wasserversorgung im Norden von Wien gesichert werden soll, war eine Reihe technischer Gesichtspunkte wie Höhenlage und Hangeignung maßgeblich. (Schluß) we/ap

NNNN

Freizeitangebote in Wien

Utl.: Stadt Wien informiert bei "o.f.m. international '82"

=++++

7 #Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien ist heuer auf der österreichischen Ferienmesse im Prater vom 13. bis 21. Februar durch den Presse- und Informationsdienst vertreten. In einem eigenen Stand mit rund 50 Quadratmeter Ausstellungsfläche werden unter dem Motto "Urlaub zwischendurch" die neuen Freizeit- und Erholungseinrichtungen präsentiert. Schwerpunkte sind der neue Erholungspark Laaer Wald sowie zwei weitere Stadtwanderwege, die heuer der Öffentlichkeit übergeben werden. #

Auch auf der Donauinsel gibt es einiges Neues: So wird der Teil zwischen Floridsdorfer Brücke und Nordbrücke, auf dem sich vorwiegend Sportflächen befinden werden, noch im Mai fertiggestellt. Ein Wasserski-Lift im Südteil bringt eine Bereicherung des Freizeitangebotes.

Der große Vorteil der Wiener Erholungs- und Freizeitangebote ist, daß sie mit eigenem Fahrzeug oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln rasch und problemlos zu erreichen sind. Es genügt zum Beispiel die Mittagspause, um rasch ein erfrischendes Bad zu nehmen, sich in einem Park zu sonnen, oder einen kurzen Waldspaziergang zu unternehmen.

Die aus der vorigen Saison bekannten "Grün-Mädchen" werden die Messebesucher mit aktuellen Broschüren und Wanderkarten versorgen. Für besondere Anfragen steht auch ein Mitarbeiter des Bürgerdienstes zur Verfügung. Ein besonders Zuckerl gibt es für die Messebesucher ebenfalls: Auf Wunsch werden sämtliche Veranstaltungstermine auf der Donauinsel für die Saison 1982 regelmäßig zugestellt! (Schluß)
cy/gg

NNNN

Fröhlich-Sandner: Dank an Senta Berger und Gratulation für
Kristofics-Binder

=++++

8 Wien, 8.2. (RK-LOKAL) Vizebürgermeister Gertrude
FRÖHLICH-SANDNER bedankte sich Montag telegrafisch bei der
Schauspielerin Senta BERGER für ihre "charmante Wien-Werbung" in der
TV-Sendung "Wetten daß" vom vergangenen Samstag.

In einem weiteren Telegramm an die neue Europameisterin im
Eiskunstlauf, Claudia KRISTOFICS-BINDER, gratulierte
Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner der Wiener Sportlerin zu
ihrem großartigen Erfolg. (Schluß) fk/ap

NNNN

ÖVP: attraktivere öffentliche Verkehrsmittel

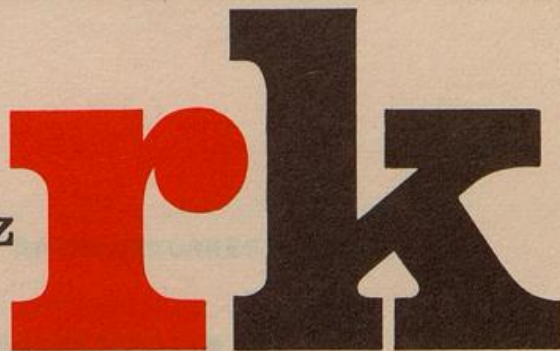
=++++

10 Wien, 8.2. (RK-KOMMUNAL) Für eine Wiederinbetriebnahme der U-Bahn-Linie U 2/4 trat anlässlich eines Pressegespräches am Montag GR. Dkfm. Gerhard AMMANN (ÖVP) ein. Diese Linie wurde bekanntlich nach einer Probezeit von drei Wochen im September vergangenen Jahres wieder eingestellt. Weitere Punkte des ÖVP-Attraktivitätsprogrammes betreffen die Schnelligkeit, Bequemlichkeit, Preiswürdigkeit, Sicherheit und Verlässlichkeit der Wiener öffentlichen Verkehrsmittel. In diesem Zusammenhang beabsichtige man, so GR. Ammann, jene Bereiche durch Kontrollaktionen aufzuspüren, wo es zu häufigen Schwierigkeiten und Verzögerungen komme. Auf der ÖVP-Wunschliste stehen unter anderem auch die Erstellung eines regionalen Garagenkonzeptes für die Errichtung von Park-and-Ride-Plätzen, verstärkte Sicherheit in den U-Bahn- und S-Bahn-Stationen als vorbeugende Maßnahme, die Schaffung von S-Bahn-Ringen und vor allem die Bereitstellung der hierfür benötigten finanziellen Mittel sowie die Realisierung des Verkehrsverbundes Wien - Niederösterreich - Burgenland. Im Rahmen der Pressekonferenz sprach sich GR. Ammann auch gegen die Kürzung von Budgetmitteln für den U-Bahn-Ausbau aus. (Schluß) lei/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 9. Februar 1982

Blatt 321

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** Hatzl startet Stadterneuerungsoffensive
(rosa) Erstes Wohnbauförderungspaket mit 253 Mill. Schilling
Konferenzzentrum: Baubewilligung wird erteilt
Gebrauchsabgabe soll um 150 Prozent erhöht werden
Europakahn bis Wien
Das Beschleunigungsprogramm 1982/83
Schieder: Ersatzwald für Ausbau des Hafens Albern
Preisverteilung für "Wien im Blumenschmuck"
Prof. Brunnthaler geht in Pension
- Lokal:** Mehr als 75.000 Kinder bei der Semesterferienaktion 1982
(orange)
- Nur über FS:**
8.2. Bauverhandlung über das Konferenzzentrum
9.2. Zweimal Brandstiftung?

Hatzl startet Stadterneuerungsoffensive (1)

Utl.: Erhaltungsbeitrag noch vor dem Sommer

=++++

2 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) "Noch vor dem Sommer dieses Jahres wird die Stadt Wien in den Häusern, bei denen in nächster Zeit Reparaturarbeiten zu erwarten sind, nach dem neuen Mietrecht einen Erhaltungsbeitrag einheben. In zahlreichen Gemeindebauten soll daher noch heuer beziehungsweise 1983 mit Instandsetzungsarbeiten begonnen werden. Jeder Mieter kann die Verwendung des Erhaltungsbeitrages kontrollieren, denn die Hausverwaltung wird eine gesonderte Abrechnung über die Einnahmen und die Ausgaben aus dem Erhaltungsbeitrag erstellen." Dies teilte Wohnbaustadtrat Johann HATZL der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mit. Hatzl kündigte außerdem an, daß auch die Betriebskosten in Zukunft für jedes Haus gesondert abgerechnet werden sollen und daß in weiterer Folge jeder Mieter mittels EDV über alle jene Beträge informiert wird, aus denen sich sein Zins zusammensetzt. #

Hatzl wies erneut auf die Vorteile des neuen Mietrechts hin. Demnach können

- o Althäuser besser und billiger erhalten und renoviert werden
- o mehr Mieter als bisher eine Mietzinsbeihilfe erhalten- und
- o die Rechte der Mieter wurden wesentlich verbessert.

(Forts.) ba/ap

NNNN

Hatzl startet Stadterneuerungsoffensive (2)

Utl.: Erhaltungsbeitrag hilft sparen

=++++

3 Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Bei notwendigen Reparaturarbeiten mußte bisher ein sogenanntes Paragraph-7-Verfahren eingeleitet werden, da die Mietzinseinnahmen bei weitem für die Hausreparatur nicht ausreichten. Im Wege eines Bankkredits, den die Mieter zurückzahlten, wurde das Haus saniert. Durch die hohen Kreditzinsen mußten die Mieter jedoch viel mehr zurückzahlen, als die Arbeiten tatsächlich kosteten. Durch die Einhebung des Erhaltungsbeitrages wird soviel Geld angespart, daß Reparaturarbeiten rasch und möglichst ohne Kreditaufnahme durchgeführt werden können. Bei angenommenen Sanierungskosten von 5 Millionen Schilling, ersparen sich die Mieter rund 3,4 Millionen Schilling an Zinsen.

Die Höhe des Erhaltungsbeitrages hängt von der Ausstattung der Wohnung zum Abschluß der Mietvertrages ab. Sie bewegt sich zwischen 3,66 Schilling pro Monat und Quadratmeter für eine Wohnung mit nur einem Wasseranschluß bis zu 14,66 Schilling pro Quadratmeter und Monat für eine Wohnung mit Zentral- oder Etagenheizung, WC und Bad.

Jeder einzelne Mieter soll rechtzeitig über die Höhe des Erhaltungsbeitrages und seinen neuen Mietzins informiert werden. Außerdem wird derzeit überprüft, in welchen Wohnhausanlagen die Einhebung dieses Erhaltungsbeitrages notwendig ist. Denn wenn an einem Haus nichts instandgesetzt wird, erhält der Mieter den eingezahlten Erhaltungsbeitrag nach fünf Jahren samt Zinsen zurück. Jeder Mieter kann die Verwendung des Erhaltungsbeitrages kontrollieren. Stadtrat Hatzl kündigte eine umfassende Informationskampagne für alle betroffenen Mieter an. (Forts.) ba/gg

NNNN

Hatzl startet Stadterneuerungsoffensive (3)

Utl.: Der Weg zur Mietzinsbeihilfe

=++++

4 Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Wenn sich der Mietzins (ohne Betriebskosten) durch den Erhaltungsbeitrag auf mehr als 4,50 Schilling pro Quadratmeter und Monat erhöht, kann beim zuständigen Finanzamt eine Mietzinsbeihilfe beantragt werden. Die Jahres-Netto-Einkommensgrenzen (mit Lohn- und Einkommenssteuer, jedoch ohne Familienbeihilfe) sind erhöht worden. Sie betragen nun 85.000 Schilling bei einer Person, 105.000 Schilling bei zwei Personen und 111.500 Schilling bei drei Personen. (Schluß) ba/gg

NNNN

Erstes Wohnbauförderungs-Paket mit 253 Millionen Schilling

=++++

5 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Das erste Wohnbauförderungs-Paket für 1982 mit 482 Wohnungen und zwei Lokalen wurde am Dienstag von der Wiener Landesregierung auf Antrag von Wohnbaustadtrat Johann HATZL bewilligt. Die Förderungssumme beträgt 253,190.700 Schilling. Damit können 394 Wohnungen der Stadt Wien, 67 Wohnungen von gemeinnützigen Bauträgern und 21 Eigenheime errichtet werden.#

367 der geförderten Wohnungen werden von der Stadt Wien auf dem derzeit größtem in Bau befindlichem Stadterneuerungsgebiet, den sogenannten MIAG-Gründen im 3. Bezirk, gebaut. Im Dezember 1981 wurde hier der Grundstein für die 145.000 Gemeindewohnung nach 1945, die sich in dieser Wohnhausanlage befinden wird, gelegt. (Schluß)
ba/gg

NNNN

Konferenzzentrum: Baubewilligung wird erteilt

=++++

6 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Die Bauverhandlung über das Konferenzzentrum bei der UNO-City, die am Montag in den Räumlichkeiten der IAKW, Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien AG, in der Wagramer Straße 23 stattfand, wurde nach siebenstündiger Dauer abgeschlossen. Nach Berücksichtigung von Ergänzungen in den Plandrucke, die seitens der Feuerwehr, des Arbeitsinspektorats sowie der Theater- und Kinopolizei verlangt wurden, kann nunmehr die Baubewilligung für das Konferenzzentrum erteilt werden.#

Zuständig hierfür ist die MA 35, Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten, die nach Einlangen der entsprechend abgeänderten Plandrucke den Bescheid innerhalb einer Woche ausfertigt wird. (Schluß) we/gg

NNNN

Gebrauchsabgabe soll um 150 Prozent erhöht werden (1)

=++++

7 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) In der Wiener Landesregierung wurde Dienstag von Finanzstadtrat Hans MAYR eine Novelle des Wiener Gebrauchsabgabengesetzes eingebracht. Nach dieser Novelle soll die Gebrauchsabgabe, die für die Benützung von öffentlichem Grund eingehoben wird, durchschnittlich um 150 Prozent erhöht werden. Die letzte generelle Erhöhung erfolgte im Jahr 1966. Seither ist der Verbraucherpreisindex um 130 Prozent gestiegen, die Grundpreise erfahrungsgemäß noch stärker. Die Novelle zum Gebrauchsabgabengesetz muß noch vom Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik und vom Wiener Landtag beschlossen werden.#

Neben der Erhöhung der meisten Tarife um rund 150 Prozent kommt es in einigen Fällen, z. B. bei den Tarifen für Baustoffablagerungen und bei den Tarifen für Vorgärten in Fußgängerzonen, zu überdurchschnittlichen Anhebungen. Für die offene Lagerung von Baustoffen, Schutt, Baugeräten und dergleichen war bisher je Quadratmeter und Monat 2 Schilling zu bezahlen - in Zukunft sollen es 30 Schilling sein. Durch diese beträchtliche Erhöhung erhofft man sich eine Verringerung der derzeit zahlreichen Straßenablagerungen, die zum Teil ein großes Verkehrshindernis sind. Für Vorgärten von Gast- und Kaffeehäusern mußte bisher pro Quadratmeter und Jahr 8 Schilling bezahlt werden - in Zukunft sollen es 20 Schilling sein. In Fußgänger- und verkehrssarmen Zonen soll der Tarif jährlich jedoch 100 Schilling pro Quadratmeter ausmachen. Begründet wird diese höhere Abgabe mit der besonders bevorzugten Lage und den mit der Ausgestaltung von Fußgängerzonen verbundenen hohen Kosten. (Forts.) sei/gg

NNNN

Gebrauchsabgabe soll um 150 Prozent erhöht werden (2)

=++++

8 Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Die öVP-Stadträte stellten dazu einen Abänderungsantrag, der im wesentlichen eine Herabsetzung der Tarifierhöhungen verlangt. Die Tarife für Schanigärten in den Fußgängerzonen sollten ersatzlos gestrichen werden. Überdies verlangt die öVP, daß das Gesetz erst mit Anfang kommenden Jahres in Kraft treten soll.

Der öVP-Antrag wurde in der Landesregierung mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Doch wird darüber bei den Beratungen der Gesetzesnovelle im Finanzausschuß noch verhandelt werden. (Schluß)
sei/gg

NNNN

Europakahn bis Wien

Utl.: Durch Ausbau des Alberner Hafens

=++++

9 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Durch den Ausbau des Alberner Hafens wird es möglich sein, mit dem sogenannten Europakahn auf der Donau nicht nur bis Preßburg zu gelangen, sondern bis Wien zu fahren. Dieses Ausbaukonzept des Wiener Hafens wurde vom Wiener Gemeinderat einhellig beschlossen und wird daher unabhängig von der Realisierung des Rhein-Main-Donaukanals für Wien von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein. Dies erklärte Dienstag Umweltstadtrat Peter SCHIEDER auf eine Anfrage von ÖVP-Stadtrat Dr. Jörg MAUTHE im Wiener Stadtssenat bezüglich der Zeitungsmeldungen über Baumrodungen in diesem Gebiet.#

Für den Ausbau des Alberner Hafens ist es aber notwendig, eine als Verkehrsband gewidmete, bewaldete Fläche zu roden. Schieder betonte ausdrücklich, daß es sich hier nicht um Naturschutzgebiet handelt. Ersatzpflanzungen sind nach dem Forstgesetz vorgesehen. In Übereinstimmung mit der Bezirksvertretung Simmering wird im 11. Bezirk ein Wald gepflanzt.

Die Wiener Hafenbetriebsgesellschaft hat im Vorjahr um die Bewilligung zur Rodung ordnungsgemäß angesucht, um das Ausbauprojekt verwirklichen zu können. Diese Bewilligung wurde im September 1981 gegeben und ist nun rechtskräftig. Die Rodung ist daher zulässig.

"So leid es mir um den Wald tut", sagte Schieder abschließend, "ist das Ausbauprojekt auch vom Standpunkt des Umweltschutzes zu begrüßen. Durch die vorgesehene direkte Umladung von Schiffen auf Lkw werden viele Lkw-Transporte durch das Stadtgebiet wegfallen können." (Forts. mögl.) pr/ap

NNNN

Das Beschleunigungsprogramm 1982/83 (1)

=++++

10 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Beschleunigungsprogrammes für Straßenbahn- und Autobuslinien sind im heurigen Jahr unter anderen Maßnahmen für die Linien "D", "2", "5", "46", "62" und "71" vorgesehen. Im Mittelpunkt stehen Verbesserungen bei den Ampelschaltungen sowie verkehrsorganisatorische Änderungen und Gleisverlegungen. Untersuchungen zeigen, daß die bisher durchgeführten Beschleunigungsmaßnahmen bereits meßbare Erfolge gebracht haben. Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN informierte am Dienstag im Rahmen des Bürgermeister-Pressegespräches über die wichtigsten heuer und im nächsten Jahr geplanten Beschleunigungsmaßnahmen für öffentliche Verkehrsmittel.#

Zwtl.: Störungen gingen zurück

Im vergangenen Jahr wurden zahlreiche Maßnahmen zur Beschleunigung öffentlicher Verkehrsmittel gesetzt. So erhielt die Straßenbahnlinie "2" in der Jörgerstraße einen eigenen Gleiskörper. Obwohl die auf die Tramway abgestimmte Koordinierung der Verkehrsampeln erst im heurigen Jahr vorgesehen ist, brachte allein schon diese Maßnahme im Abschnitt zwischen Neuwaldegg und Ring eine Fahrzeitverkürzung um durchschnittlich fünf Minuten. In der Alserbachstraße bewirkte die Verlegung von Schwellen für die Linie "5" Fahrzeitverkürzungen zwischen 40 und 50 Prozent in diesem Bereich.

Mehrere Verkehrsampeln wurden im Sinne einer Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs umgebaut beziehungsweise besser koordiniert.

Rund vierhundert Straßenbahnzüge wurden im Vorjahr mit einer Schnellabfertigung bei der Türsteuerung ausgestattet. Diese Einrichtung erlaubt den Fahrgästen möglichst lange das Einsteigen bei allen Türen und gewährleistet trotzdem eine rasche Abfertigung, ohne daß die Straßenbahn eine Grünphase versäumt. (Forts.) ger/gg

NNNN

Das Beschleunigungsprogramm 1982/83 (2)

Utl.: Der "71er" wird schneller

=++++

11 Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Die Beschleunigungsmaßnahmen werden heuer konsequent fortgesetzt. Die wichtigsten:

- o Ein umfangreiches Programm ist für die Linie "71" vorgesehen. Im Bereich des 3. Bezirkes werden die Verkehrsampeln den Bedürfnissen der Straßenbahn entsprechend koordiniert. Bestimmte Abbiegemöglichkeiten für die Autofahrer werden unterbunden, die Kreuzungen Rennweg/Ungargasse und Rennweg/Landstraßer Hauptstraße umgebaut.
- o Einen weiteren Beschleunigungseffekt für die Linien "2" und "5" werden Ampelkoordinierungen in der Alser Straße und in der Universitätsstraße beziehungsweise in der Wallensteinstraße bringen.
- o Für die Linie "46" sollen Verbesserungen durch Halteverbote, Sperrflächen und Ampelkoordinierungen in der Thaliastraße heuer voll wirksam werden.
- o Die Ampelanlagen an den Kreuzungen der Breitenfurter Straße mit der Altmannsdorfer Straße und der Hetzendorfer Straße werden so umgebaut, daß die Behinderungen für die Linie "62" abgebaut werden können.
- o Für die Linie "D" ist die Schaffung eines eigenen Gleiskörpers in der Augasse vorgesehen.

Der direkte Funkkontakt zwischen Autobuslenker und Expedit, der unter anderen auf den Linien "63 A" und "64 A" getestet wurde, hat sich sehr gut bewährt, sodaß diese Einrichtung im heurigen Jahr weiter ausgebaut werden soll.

Zwtl.: "Schnellere" Weichen

Die neue Straßenbahnlinie zwischen Floridsdorf und Kagran, die gleichzeitig mit der Verlängerung der U 1 nach Kagran im September den Betrieb aufnehmen wird, erhält neuartige Weichen, die nicht nur ein Höchstmaß an Sicherheit bieten, sondern auch schneller befahren werden können. Außerdem ist die Steuerung von Verkehrsampeln mit Hilfe dieser Weichen besser als bisher möglich. (Forts.) ger/gg

Das Beschleunigungsprogramm 1982/83 (3)

Utl.: Planungen für 1983

=++++

12 Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Bei den Verkehrsbetrieben sind auch schon die Planungen für das Jahr 1983 im Gange. Einer ersten Vorschau ist zu entnehmen, daß zum Beispiel die Gleise in der Billrothstraße vor der Döblinger Hauptstraße (Linie "38") sowie in der Siebensterngasse und in der Westbahnstraße (Linie "49") verlegt werden sollen, um dadurch die Behinderungen für die Straßenbahn abzubauen. Die Linie "71" soll zur U-Bahn-Station Karlsplatz geführt werden, wobei im Zuge der notwendigen Umbauarbeiten auch Verbesserungen sowohl für den "71er" selbst als auch für die Linien "D" und "4 A" geplant sind. Eine große Rolle für die Beschleunigung öffentlicher Verkehrsmittel werden auch 1983 Änderungen bei Verkehrsampeln - Um- und Neubauten, Koordinierungen, direkte Steuerung durch die Straßenbahn - spielen. Maßnahmen sind unter anderen für die Straßenbahnlinien "5" (Spitalgasse), "0" (Laxenburger Straße), "D" (Heiligenstädter Straße) sowie für die Autobuslinien "13 A" und "14 A" vorgesehen. (Forts. mögl.) ger/ap

NNNN

Schieder: Ersatzwald für Ausbau des Hafens Albern (1)

Utl.: Rodungen nur für Hafenerweiterung

=++++

13 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Die Rodungen im Hafen Albern dürfen nur für die notwendige Erweiterung des Hafens vorgenommen werden. Als Ersatz wird außerdem ein neuer Wald in Simmering geschaffen: das kündigte Stadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters an.#

Wie Schieder ausdrücklich betonte, handle es sich bei der fraglichen Fläche nicht um das Areal des Blauen Wassers. Die Fläche, die für den Ausbau des Hafens benötigt wird, ist der sogenannte Sauwald. Auf knapp über 78.000 Quadratmeter Fläche, die nicht unter Naturschutz steht, sollen Pappeln, Weiden, baumähnliche Sträucher usw. gerodet werden.

"Ein Hafen kann nur beim Wasser liegen, bei der Standortfrage gibt es daher kaum Wahlmöglichkeiten", sagte Schieder. "Wasser- und Bahntransport sind außerdem die umweltfreundlichsten Transportmaßnahmen, durch den Ausbau des Hafens können damit zahlreiche umweltfeindliche LKW-Transporte in das Stadtgebiet entfallen."

Schieder wies darauf hin, daß die Überlegungen der Planung zum Hafenausbau im Stadtentwicklungsplan eindeutig festgelegt wurden. Von den drei Möglichkeiten des Hafenausbaus - Freudenu, Albern, Lobau - habe man sich für Freudenu und Albern entschieden, der ölhafen Lobau dagegen wird nicht ausgeweitet.

Die für die Erweiterung des Hafens Albern vorgesehene Fläche - das entsprechende Hafenkonzept war vom Gemeinderat einstimmig beschlossen worden - ist auch weder als Erholungsgebiet oder als Wald, sondern als Verkehrsband gewidmet. (Forts.) hs/gg

NNNN

Schieder: Ersatzwald für Ausbau des Hafens Albern (2)

=++++

14 Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Neben der wirtschaftlichen Bedeutung des Umschlagplatzes Hafen Albern sei auch die Bedeutung für die Umwelt zu berücksichtigen, sagte Schieder weiter. Der Umschlag im Hafen erspare viele luftverunreinigende Transporte mit LKWs.

Zum Rodungsansuchen, das im vergangenen Jahr im September rechtskräftig wurde, stellte Schieder fest, daß die Rodungen nur zum Ausbau des Hafens genehmigt wurden. Eine bloße Betriebsansiedlung ist damit nicht zulässig. Lediglich Betriebe, die für ein Hafen-Waren-zentrum notwendig sind - wie warenumschlagende, Abfüll-, Verpackungs-, Transportbetriebe - könnten im Hafen Albern entstehen.

Bei der Rodungsgenehmigung wurde auch auf die Waldflächen der umliegenden Katastralgemeinden Rücksicht genommen: zwar hat Albern 35 Prozent Wald, Simmering und Kaiserebersdorf haben dagegen jeweils unter ein Prozent Waldfläche. "Wir werden Ersatzaufforstungen vornehmen und einen neuen Wald schaffen, dessen Standort mit der Bezirksvorstehung Simmering festgelegt wird", sagte Schieder. Als Ersatz für den gerodeten Wald hat die Hafenbetriebsgesellschaft über eine Million Schilling zu zahlen.

Bei der Rodungsgenehmigung wurde außerdem ausdrücklich das Einspruchsrecht des Forstministeriums berücksichtigt.

Wie Schieder abschließend erklärte, sei der Hafenausbau bereits bei einer von drei wichtigen Wasserstraßen notwendig: beim Bau des Rhein-Main-Donaukanal, dem Donau-Oder-Kanal oder bei der Möglichkeit, den sogenannten Europakahn nicht nur bis Preßburg, sondern durch das Kraftwerk Hainburg bis Wien fahren zu lassen. Da das neue Kraftwerk nun so gebaut werden wird, daß schwere Kähne bis Wien herauffahren können, ist der Ausbau gerechtfertigt. Wien gewinne damit eine zusätzliche Bedeutung als Umschlagplatz. (Schluß) hs/ap

NNNN

Das Beschleunigungsprogramm 1982/83 (4)

Utl.: 45.000 Jahresnetzkarten, 84.000 Monatsnetzkarten

=++++

15 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN in der Pressekonferenz mitteilte, haben die Wiener Verkehrsbetriebe bisher schon 45.000 Jahresnetzkarten verkauft. Die Monatsnetzkarte wird von durchschnittlich 84.000 Fahrgästen in Anspruch genommen. Zum Vergleich: Im Vorjahr waren in einem Monat nur 27.000 Monatsnetzkarten verkauft worden. Fast die Hälfte der berufstätigen Fahrgäste der öffentlichen Verkehrsmittel ist damit bereits auf preisgünstige Langzeitnetzkarten umgestiegen. #

Hofmann kündigte an, daß im Zusammenhang mit der Verlängerung der U-Bahn-Linie U 1 nach Kagran auch zwei Park-and-Ride-Plätze verwirklicht werden. Einer wird sich in unmittelbarer Nähe der Endstation in Kagran, der zweite im Bereich der Station Kaisermühlen bei der UNO-City befinden. Ein Parkdeck der IAKW wird voraussichtlich schon heuer im Sommer der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Ein weiterer Park-and-Ride-Platz soll auf dem ehemaligen Rapidplatz in Hütteldorf entstehen, sobald die notwendigen Verhandlungen mit dem Grundeigentümer abgeschlossen sind. Ein Ersatzsportplatz im 14. Bezirk wird geschaffen werden. (Schluß)
ger/gg

NNNN

SPERRFRIST 17.30 UHR!

.....

Preisverteilung für "Wien im Blumenschmuck"

=++++

16 Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Die am schönsten mit Blumen geschmückten Fenster, Häuserfronten, Geschäfte und Portale werden jedes Jahr im Rahmen der Aktion "Wien im Blumenschmuck" ausgesucht und prämiert. Für die Preisträger des Jahres 1981 gab es Dienstag abend im Rathaus eine kleine Feier, bei der Gemeinderat Ernst VEJTISEK den Gewinnern ihre Preise überreichte. Die Goldene Rose, den ersten Preis, erhielt Richard KOLLETH aus dem 5. Bezirk. Die Silberne Rose ging an Frau Leopoldine PRAKISCH aus Simmering und die Bronzene Rose wurde Frau Helga SCHUSTER aus dem 9. Bezirk zuerkannt. Als weitere Preise gab es Ehrenplaketten der Stadt Wien und Sonderpreise des Bundesverbandes der Erwerbsgärtner Österreichs, der LGV-Frischgemüse, der Gartenbau-Gesellschaft und der Wiener Landeswirtschaftskammer. (Schluß) hs/ap

NNNN

Mehr als 75.000 Kinder bei der Semesterferienaktion 1982

=++++

17 #Wien, 9.2. (RK-LOKAL) Wie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, nahmen heuer mehr als 75.000 Kinder an der Semesterferienaktion der Stadt Wien, die vom Landesjugendreferat durchgeführt wurde, teil. Das sind fast zehn Prozent mehr als im Vorjahr. #

Den größten Besucheranstieg konnten die Sportaktionen verzeichnen, zu denen heuer doppelt so viele Kinder als im Vorjahr kamen, nämlich 39.176 (im Vorjahr: 20.963). Mehr als 23.000 Kinder nützten die angebotenen Gelegenheiten, Schi zu fahren, 8.395 besuchten die Bäder, 6.189 gingen eislaufen und 1.264 frequentierten die Sporthallen.

Zu den im Semesterferienprogramm angebotenen Kinderfilmen kamen 6.728 Kinder, 2.539 besuchten Urania-Sternwarte und Planetarium.

Bei den Aktivitäten, die heuer zum ersten Mal angeboten wurden, erwies sich der Besuch im Volkstheater mit 1.120 Teilnehmern als Hit, ebenso die Museumsbesuche (Historisches, Naturhistorisches und Technisches Museum), wo sich 2.054 Kinder unter dem Motto "Suchen - Forschen - Finden" einfanden.

Auch die Schulen, Horte und Jugendzentren, die während der Semesterferienwoche den Wiener Kindern zahlreiche interessante Möglichkeiten zur kreativen Freizeitgestaltung anboten, konnten regen Zulauf verzeichnen.

Der Besucherandrang bei der Semesterferienaktion der Stadt Wien bewies auch heuer, wie wichtig ein abwechslungsreiches Angebot für sinnvolle Freizeitgestaltung während der Semesterferien ist.

(Schluß) emw/gg

Prof. Brunnthaler geht in Pension

Utl.: Prosel mit vorläufiger Leitung des Presse- und Informationsdienstes betraut

=++++

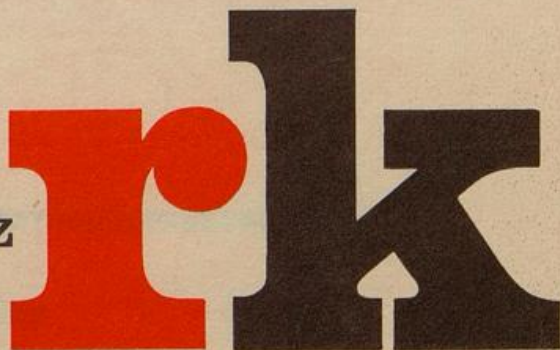
18 #Wien, 9.2. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat hat Dienstag den Leiter des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien, Prof. Alois BRUNNTHALER, auf eigenes Ansuchen mit Ende Februar in den Ruhestand versetzt und ihm den Dank ausgesprochen. Informationsstadtrat Peter SCHIEDER hat den bisherigen Stellvertretenden Chefredakteur Robert PROSEL vorläufig mit der Leitung des PID betraut.#

Prof. Brunnthaler war fast 10 Jahre lang ab August 1972 Leiter des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien. Vorher war er als Kommunalberichterstatter in der Arbeiter-Zeitung tätig. Darüber hinaus war und ist Prof. Brunnthaler Chefredakteur und Herausgeber des Skandinavischen Pressedienstes. (Schluß) red/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 10. Februar 1982

Blatt 339

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa) General Motors bekommt eigenen Rettungsdienst
SMZ-Ost-Krankenhaus wird 1983 gebaut
Cafe-Restaurant auf dem Cobenzl geht wieder in Betrieb
Wien wird SMZ-Ost-Vertrag mit Niederösterreich
aufkündigen
Ethikkommission: Zwei Jahre erfolgreiche Tätigkeit

Lokal: (orange) Fast 100.000 sahen Wien in Lyon
Arena: Wiedereröffnung am Wochenende
Das andere Palma de Mallorca

Kultur: (gelb) "Evangelisch in Wien" im Historischen Museum

Nur über FS:
9.2. Behinderungen auf der Donaukanalschnellstraße
Gasexplosion in Simmering
10.2. Morgen wieder "Langer Donnerstag"
Hütteldorf - im Wandel der Zeit
Brennender Kastenwagen fuhr durch die City

Fast 100.000 sahen Wien in Lyon

=++++

1 Wien, 10.2. (RK-LOKAL) Erfolg für Wien: Die zwei Wochen lang in Lyon (Frankreich) präsentierte Ausstellung über die Bundeshauptstadt verzeichnete mit 98.000 Besuchern außergewöhnlich großes Interesse. 14 Vorführungen der Modeschule Hetzendorf trugen dazu ebenso bei, wie ein "Wiener Cafe", ein großes Stadtmodell und das musikalische Angebot. Im Wiener Fremdenverkehrsverband, der die Präsentation im Auftrag der Stadtverwaltung organisiert hat, registrierte man auch das sehr gute Echo der Lyoner Medien. "Vienne a Lyon" fand in einem Zeltbau statt, den der österreichische Generalkonsul in Lyon auf seine Kosten eigens für diese Wien-Ausstellung errichten ließ. (Schluß) fvv/bs

NNNN

General-Motors bekommt eigenen Rettungsdienst

=++++

3 Wien, 10.2. (RK-LOKAL) Der Wiener Stadtsenat bewilligte Dienstag auf Antrag von Gesundheitsstadtrat Univ.Prof. Dr. Alois STACHER die Errichtung eines eigenen Rettungsdienstes für die General-Motors-Werke in Aspern. Dieser Rettungsdienst ist primär für alle jene Personen gedacht, die sich auf dem Werksgelände befinden und nach ärztlicher Erster Hilfe ins Krankenhaus gebracht werden müssen. Mit der Installierung dieses Rettungsdienstes werden die betriebseigenen Einrichtungen des werksärztlichen Dienstes, eines Sicherheitstechnischen Dienstes und einer eigenen Werksfeuerwehr ergänzt. Die GM-Rettung wird Tag und Nacht einsatzbereit sein. (Schluß) red/ap

NNNN

Arena: Wiedereröffnung am Wochenende (1)

=++++

4 Wien, 10.2. (RK-LOKAL) Das selbstverwaltete Kultur- und Kommunikationszentrum "Arena" nimmt nach einem umfassenden Umbau wieder seine Veranstaltungstätigkeit auf. Aufgrund der Erfahrungen von mehr als 50 Veranstaltungen, die allein im Jahr 1981 in den Gebäuden des ehemaligen Inlandschlachthofes stattgefunden haben, entschloß sich der Verein Forum Wien Arena, seine große Spielhalle wesentlich zu vergrößern. Im Herbst 1981 wurde die Grundsanierung des an die 70 Jahre alten Industriebauwerks in Angriff genommen. Neben der Erneuerung der Dachkonstruktion, des Kanalnetzes, der elektrischen Intalltationen und der Verglasungen wurde auch die Fassade verändert und umgestaltet. Der Umbau der Halle erfolgte in Zusammenarbeit mit Künstlern, Musikgruppen und Tontechnikern. Das Ergebnis ist Wiens erste echte Rockhalle, die 500 Zuschauern Platz bietet.

Die Umbaukosten werden vom Obmann des Vereins Forum Wien Arena mit rund 4 Millionen S angegeben, wobei ein wesentlicher Teil durch eine Subvention der Stadt Wien abgedeckt wurde. Die Mitarbeiter der "Arena" führten zahlreiche einfachere Arbeiten in freiwilligen Arbeitsstunden selbst aus. (Forts.) emw/ap

NNNN

Arena: Wiedereröffnung am Wochenende (2)

=++++

5 Wien, 10.2. (RK-LOKAL) Die Veranstaltungstätigkeit in der Arena-Halle ist aber nur ein Teil der Aktivitäten des Vereins Forum Wien Arena. Als selbstverwaltetes Kultur- und Kommunikationszentrum ist die Arena für jede Aktivität von Jugendlichen und Kulturschaffenden, von alternativen Gruppen und anderen Interessierten offen.

Derzeit gibt es in der Arena eine Zeitungsgruppe (sie stellt die "Arena-Stadtzeitung" her), außerdem eine Stadtteilgruppe, eine Videogruppe, eine Druckereigruppe, Werkstätten, Proberäume für Musiker u.a.

Neben der verstärkten musikalischen Veranstaltungstätigkeit wird es in der Arena etwa ab Anfang des Sommers ein Kleinkino und eine Experimentalbühne geben. Das Kleinkino soll die Präsentationslücken im Schmalfilmbereich und im Videobereich abdecken. Die Experimentalbühne soll jungen Gruppen die Möglichkeit geben, langfristig und ohne Auflagen an der Verwirklichung ihrer Projekte zu arbeiten.

Der weitere Ausbau der noch vorhandenen Bausubstanz, die Fortsetzung der Grundsanierung sowie die Neuadaption brachliegender Räumlichkeiten sind die "Bauprojekte" der nächsten Zeit. (Schluß)
emw/ap

NNNN

SMZ-Ost-Krankenhaus wird 1983 gebaut (1)

=++++

9 #Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) über die Planung, den Baubeginn und die weiteren Ausbaustufen des Sozialmedizinischen Zentrum Ost - Krankenhaus informierten Bürgermeister Leopold GRATZ sowie die Stadträte Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Johann HATZL und Hans MAYR am Mittwoch in einem Pressegespräch. Das Sozialmedizinische Zentrum Ost wird in mehreren Etappen gebaut. 1980 wurde das Personalwohnhaus in Betrieb genommen, vor kurzem das Pflegeheim eröffnet. Nun wird der dritte Bauabschnitt - das Krankenhaus - in Angriff genommen. Mit der Vorlage eines Raum- und Funktionsprogrammes ist die Vorentwurfsplanung für das SMZ-Ost-Krankenhaus abgeschlossen, die Architekten können nun an die Detailplanung gehen. Gleichzeitig und parallel zu den Plänen der Architekten wurde die Betriebsorganisationsplanung erstellt, sodaß bereits alle funktionellen Anforderungen von Seiten der Medizin in die Pläne eingearbeitet werden konnten. Die Detailplanung wird etwa 1 1/2 Jahre in Anspruch nehmen, sodaß frühestens im Herbst 1983 mit dem Bau begonnen werden kann. Das Krankenhaus soll in mehreren Ausbaustufen errichtet und in Betrieb genommen werden.#

Die erste Ausbaustufe wird folgende Räumlichkeiten umfassen: Energiezentrale, Pathologie, Nuklearmedizin, Zentralküche, Unfallchirurgie, Unfallambulanz, Röntgen, Labormedizin, Operationstrakt, Verwaltung, Speisesaal, zwei Ambulanzen, Intensivpflegestation, ein Bettenhaus mit Unfallchirurgie und Chirurgie, Abteilungen für Interne Medizin und das Parkdeck. Die Bauzeit wird zirka sechs bis sieben Jahre betragen. (Forts.) ba/bs

NNNN

SMZ-Ost-Krankenhaus wird 1983 gebaut (2)

=++++

10 Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) In der zweiten Ausbaustufe ist sodann die Errichtung einer Orthopädie, einer Abteilung für Neurologie, Urologie, Dermatologie, Augenerkrankungen und Hals-Nasen-Ohren geplant. Dazu soll später dann noch eine eigene Abteilung für Psychiatrie kommen. Ebenso sind Intensivstationen, Strahlenschutzbetten, eine Dialysestation, Ambulanzen sowie diverse Institute vorgesehen. Darüber hinaus besteht auch noch die Möglichkeit, zu einem späteren Zeitpunkt einen eigenen Pavillon für chronisch Kranke, das heißt für Langzeitbehandlungen, zu bauen.

Zwtl.: Pavillon-Verbundsystem

Das Schwerpunktkrankenhaus ist mit 980 Betten geplant. Je etwa 250 Betten sind in vier fünf-stöckigen Pavillons untergebracht. Parallel zu den Pavillons erstreckt sich ein langer Untersuchungs- und Behandlungstrakt, sodaß optisch der Eindruck einer bandförmigen Zweiteilung der Anlage entsteht. Jeder einzelne Pavillon ist jedoch mit dem vorgelagerten Haupttrakt direkt verbunden. Auf diese Weise werden die Patienten durch den Krankenhausbetrieb nicht gestört und der Weg zu den einzelnen Labor-, Röntgen- und Untersuchungsräumen bleibt trotzdem verhältnismäßig kurz. Das SMZ-Ost-Krankenhaus wird also die Vorteile eines Pavillonkrankenhauses mit denen eines Zentralkrankenhauses vereinen, wobei das hier erstmals angewandte integrierte Verbundsystem, weltweit gesehen, eine Novität darstellt. In jedem der Pavillons gibt es einen, im Untersuchungstrakt mehrere große Innenhöfe. Auf diese Weise ist für ausreichendes Grün und vor allem für die natürliche Belüftung ohne Klimaanlage gesorgt. Alle Krankenzimmer sind so angelegt, daß sie natürlich belüftet werden können. (Forts.) ba/bs

NNNN

SMZ-Ost-Krankenhaus wird 1983 gebaut (3)

=++++

11 Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Für den Bau des Krankenhauses steht eine Fläche von 116.000 Quadratmeter zur Verfügung. Die bebaute Fläche beträgt 75.670 Quadratmeter. Das übrige Areal wird zu einem großen Teil aus Grünraum gestaltet. Außerdem sollen auch einige Dächer begrünt werden.

Die Energieversorgung wird umweltfreundlich über Fernwärme erfolgen. Die meisten Räume sind natürlich belüftet, nur in Räumen wie OP-Sälen, Sterilisation, Küche, EDV-Raum, Prosektur und Labors werden Klimaanlage eingebaut.

Im Falle eines Stromausfalles ist die Energieversorgung über Notstromaggregate gewährleistet. Brandmeldeanlagen werden so empfindlich reagieren, daß sie einen Vollschutz gewährleisten. Die Fernsprechanlage soll mit 850 Telefonen für das Spitalspersonal und mit 350 Patientenanschlüssen in Betrieb genommen werden. Außerdem wird es unter anderem Rohrpostanlagen, eine Kleinbehälteranlage, ein EDV-Leistungsnetz, 37 dezentrale Lichtrufanlagen für die Schwestern, 220 zentralgesteuerte Uhren und 33 Aufzüge geben. Die Rettung hat zum Haupttrakt und zu jedem Bettenhaus eine direkte Zufahrt. Auf dem Dach des OP-Traktes ist ein Hubschrauberlandeplatz vorgesehen.

(Forts.mgl.) ba/bs

NNNN

Cafe-Restaurant auf dem Cobenzl geht wieder in Betrieb

=++++

12 #Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Ein beliebtes Ausflugsziel der Wiener, das Cafe-Restaurant auf dem Cobenzl, wird wieder in Betrieb gehen. Ein Pachtvertrag zwischen dem Geschäftsführer der Imbißstuben Betriebsgesellschaft und der Stadt Wien wurde am Dienstag im Gemeinderatsausschuß für Wohnen und Stadterneuerung einstimmig genehmigt. #

Der Vertrag tritt mit 1. Februar 1982 in Kraft. Der Pächter verpflichtet sich, die Instandsetzung und Revitalisierung des gesamten Gebäudekomplexes durchzuführen. (Schluß) ba/gg

NNNN

Wien wird SMZ-Ost-Vertrag mit Niederösterreich aufkündigen

=++++

13 #Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR kündigte Mittwoch der "RATHAUSKORRESPONDENZ" an, daß die Stadt Wien einen im Jahre 1973 abgeschlossenen Vertrag über eine Beteiligung Niederösterreichs am Bau des Krankenhauses im SMZ-Ost aufkündigen wird. Nach diesem Vertrag hätte Niederösterreich mit einem Beitrag von 85 Millionen Schilling 200 Betten in diesem Krankenhaus belegen können.#

Die Stadt Wien hat bereits im Jahr 1980 von Niederösterreich verlangt, seinen Beitrag den heutigen Errichtungskosten anzupassen. Das wurde von Niederösterreich bis heute abgelehnt. Die Weigerung Niederösterreichs, seinen Beitrag zu valorisieren, führt nun zur Aufkündigung des Vertrages durch Wien. (Schluß) sei/bs

NNNN

"Evangelisch in Wien" im Historischen Museum

=++++

14 #Wien, 10.2.82 (RK-KULTUR) Gemeinsam mit den Evangelischen Gemeinden Wiens zeigt das Historische Museum der Stadt Wien bis 2. Mai die Ausstellung "Evangelisch in Wien, 200 Jahre evangelische Gemeinden". Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Entwicklung der evangelischen Glaubensgemeinschaft in Wien, nicht nur in den letzten 200 Jahren, sondern seit den Tagen der Reformation.#

Anlaß der Ausstellung ist das 200-jährige Bestehen der evangelischen Gemeinden Wiens, die 1782 begründet wurden, nachdem Kaiser Josef II. mit dem Erlaß des Toleranzediktes den "augspurgischen und helvetischen Religionsverwandten" die freie Religionsausübung gestattet hatte. Die Ausstellung führt allerdings bis ins 16. Jahrhundert zurück, als die Reformation auch in Österreich Wurzeln schlug. In den Freihäusern des Adels in der Stadt wurden evangelische Gottesdienste gehalten und rund um Wien entstanden die Herrensitze der evangelischen Gemeinden, wie in Hernals unter den Jörgern. Mit der Gegenreformation wurde in der Mitte des 17. Jahrhunderts jede religiöse Freiheit unterdrückt.

Nach dem Toleranzedikt Josefs II., das den Evangelischen die freie Religionsausübung gewährte, brachte erst das Toleranzpatent Kaiser Franz Josephs I. im Jahre 1861 die völlige Gleichstellung mit den Katholiken.

Die Ausstellung im Historischen Museum ist Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 16 Uhr, Donnerstag von 10 bis 19 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr und Sonntag von 9 bis 17 Uhr bei freiem Eintritt zu sehen. Der Katalog kostet 90 S. (Schluß) gab/ap

NNNN

SMZ-Ost-Krankenhaus wird 1983 gebaut (4)

=++++

15 Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) In den nächsten Wochen werden die wesentlichsten Weichenstellungen für den Weiterbau des Medizinischen Zentrums Ost gestellt, erklärte Bürgermeister Leopold GRATZ Mittwoch in einem Pressegespräch. Die Bezirke links der Donau sahen sich in den letzten Jahren einer zunehmenden "medizinischen Unterversorgung" gegenüber. Die Ursache liegt nicht in einem Zusperrren von medizinischen Einrichtungen, sondern im Bevölkerungswachstum dieser Bezirke. Beim Neubau des Krankenhauses wird versucht, die Vorteile eines Zentralbaues und eines Pavillonsystemes zu verbinden. Durch den Bau des Spitäles kommt es zu einer Bereinigung in der Struktur der Wiener Spitäler. Im Westen und im Süden der Stadt ist kein weiterer Ausbau notwendig, das Manko im Osten der Stadt wird durch das neue Krankenhaus geschlossen. (Forts.) sei/gg

NNNN

SMZ-Ost-Krankenhaus wird 1983 gebaut (5)

Utl.: Optimale medizinische Versorgung

=++++

16 Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Das Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost wird, wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER erklärte, nach seiner Fertigstellung eine optimale medizinische Versorgung der Bevölkerung des 22. aber auch des 21. Bezirkes garantieren. Auf Grund des in den letzten Jahren erfolgten Bevölkerungszuwachses - die Einwohnerzahl stieg von 219.000 auf 355.000 - ist dieses Gebiet derzeit, was die Versorgung mit Spitalsbetten betrifft, unterversorgt. Entfielen 1973 6,7 Betten (inklusive Privatspitäler) auf 1.000 Einwohner, so ging dieser Durchschnittswert auf 5,7 Betten pro 1.000 Einwohner zurück. Ohne Privatbetten ist dieser Wert noch niedriger, nämlich bei drei Betten. Diese Tatsache unterstreicht, wie Stacher meinte, aber die Notwendigkeit zur Errichtung dieses Krankenhauses. Zum etappenweisen Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost erklärte der Stadtrat, daß ein früherer Bau bzw. eine frühere Inbetriebnahme des Krankenhauses infolge Personalmangels nicht möglich gewesen wäre. Aus diesem Grund habe man sich auch in den letzten Jahren bemüht, das bestehende Manko am Personalsektor abzubauen. Gab es etwa 1973 nur 560 Schülerinnen und Schüler in den Krankenpflegeschulen der Stadt Wien, so ist deren Zahl gegenwärtig auf 1950 gestiegen. Ebenso wurden neben dem Ausbau der Pflegeschulen die Wohnplätze für das auswärtige Pflegepersonal seit damals verdoppelt und pro Jahr diplomieren über 400 Schwestern und Pfleger. All diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, daß das Krankenpflegepersonal seit 1973 um mehr als 1.000 erhöht werden konnte. (Schluß) zi/gg

NNNN

Ethikkommission: Zwei Jahre erfolgreiche Tätigkeit

=++++

17 #Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) über die zweijährige erfolgreiche Tätigkeit der über seine Initiative ins Leben gerufene Ethikkommission berichtete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch im Rahmen eines Pressegespräches. Die Kommission, die sich aus Ärzten und Patientenvertretern zusammensetzt, hat die Aufgabe, Projekte im Bereich der ärztlichen Forschung zu begutachten und Empfehlungen zu beschließen. Der Arzt, der ein Projekt einreicht, behält dabei jedoch für dessen Durchführung weiterhin die volle Verantwortung. Aufgabe der Ethikkommission ist es, Hilfestellungen zu leisten. Nach der medizinischen Beurteilung des Projekts stellt die Kommission fest, ob vorgesehene Tests, Untersuchungen oder klinische Prüfungen auch ethisch vertretbar sind.#

Zwtl.: 19 Projekte wurden geprüft

Im Rahmen ihrer zweijährigen Tätigkeit wurden von der Ethikkommission insgesamt 19 Projekte geprüft. 16 Projekte wurden als ethisch vertretbar und drei als ethisch nicht vertretbar befunden. Die Beurteilung eines jeden einzelnen Projektes erfolgte jeweils durch einen einstimmigen Beschluß.

Zwtl.: Mitglieder der Kommission

Die Kommission setzt sich aus Ärzten der verschiedenen Fachrichtungen sowie Vertretern der Patienten und zwar: Mitgliedern des Wiener Gemeinderates und Vertretern einer anerkannten Religionsgemeinschaft und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten zusammen. Die Mitarbeit in der Ethikkommission ist freiwillig und ehrenamtlich. (Schluß) zi/bs

NNNN

Das andere Palma de Mallorca

Utl.: Ausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses
=++++

18 #Wien, 10.2. (RK-LOKAL) Unter dem Titel "Das andere Palma de Mallorca" findet in der Zeit vom 18. Februar bis 7. März in der Volkshalle des Wiener Rathauses eine Ausstellung statt, die einen Überblick über die Stadt Palma, ihre Kultur, ihre bemerkenswerte Altstadt aus Gotik und Renaissance und viele andere Aspekte geben wird. Die Ausstellung wird täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet sein.# (Schluß) emw/bs

NNNN

Titel in der "RATHAUSKORRESPONDENZ"

Titel: Neue Fortschrittliche Bewegung aus Marokko
Lokal: in der Volkshalle des Wiener Rathauses
Veranstaltung des Kulturzentrums der Wiener RK Bewegung

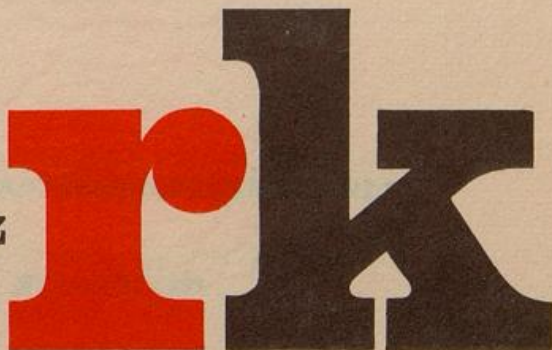
Thema: Valentinstag und Bergsteiger Stadt
Sprache:

Kultur: "Maler und ihre Zeichnungen in Marokko"
Lokal: in der Volkshalle des Wiener Rathauses Kultur zentrum

Thema: 10.2. Valentinstag und Bergsteiger Stadt
Lokal: in der Volkshalle des Wiener Rathauses Kultur zentrum

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Donnerstag, 11. Februar 1982

Blatt 354

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Neue Vorstandsmitglieder von Kuratorien
(rosa) 20.000 Kinderunfälle jährlich
Terminisierung des Probebetriebs der Rinter AG notwendig

Lokal: Valentinsgrüße für Bürgermeister Gratz
(orange)

Kultur: "Künstler malen und zeichnen in Betrieben"
(gelb) Zilk zur Regelung für Sponsorgelder: Kultur einbeziehen

Nur über FS: 10.2. Muldenkipper blieb an Brückenkonstruktion hängen
11.2. Eiserne Hochzeit in Währing
Hundertster Geburtstag

Neue Vorstandsmitglieder von Kuratorien

=++++

2 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat hat am Dienstag als Vorstandsmitglied des Kuratoriums "Wiener Pensionistenheime" die ÖVP-Gemeinderätin Dr. Marilies FLEMMING bestellt. Als Vorstandsmitglied des Kuratoriums der "Wiener Jugendheime" und des "Kuratoriums für Psychosoziale Dienste in Wien" wurde Gemeinderat Dr. Johann HAWLIK (ÖVP) bestellt. Die beiden Gemeinderäte folgen der kürzlich ausgeschiedenen Gemeinderätin Dr. Gertrude HÄRTEL nach. (Schluß) red/gg

NNNN

"Künstler malen und zeichnen in den Betrieben"

Utl.: Preisverleihung bei Simmering-Graz-Pauker

=++++

3 Wien, 11.2. (RK-KULTUR) Im Rahmen einer Ausstellung der dritten Aktion "Künstler malen und zeichnen in den Betrieben" im Werk Simmering der Simmering-Graz-Pauker AG überreichte Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK am Dienstag die Preise der vom Kulturamt und der "Z" durchgeführten Aktion.

Zwei Preise zu je 30.000 S gingen an Inge Dick und Robert Kabas, drei Preise zu je 20.000 S an Heidi Heide, Isolde Jurina und Christof und Renate Seitz sowie fünf Preise zu je 10.000 S an Karl Heinz Bloyer, Helmut Margreiter, Susanne Taschner, Ulrike Truger und Efthymios Warlamis.

Zilk betonte bei der Überreichung das Bestreben, auf allen Sektoren der Kultur Barrieren aufzubauen und den Menschen den Zugang zum kulturellen Erleben zu erleichtern.

Für die nächste Aktion "Künstler malen und zeichnen in den Betrieben" schlug Zilk vor, die Preisträger teilweise von Angehörigen des Betriebes wählen zu lassen, in dem die abschließende Ausstellung stattfindet. (Schluß) gab/ap

NNNN

Zilk zu Regelung für Sponsorgelder: Kultur einbeziehen.

=++++

4 Wien, 11.2. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK tritt für eine einheitliche Regelung der Besteuerung von Sponsorgeldern unter Einbeziehung der Kultur ein. In seiner diesbezüglichen Stellungnahme bezog sich Zilk auf die Aussage des Vorsitzenden der Fußballbundesliga Hans REITINGER, er wolle mit den Funktionären aller Sportarten einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten, um dann in Verhandlungen mit dem Finanzministerium einzutreten. Zilk äußerte volles Verständnis für diesen Schritt, sagte jedoch, er könne sich nur eine Regelung vorstellen, die auch die Sponsorgelder für Kultur, insbesondere für die Sparten bildende Kunst, Literatur und Musik, miteinbeziehe. Die entsprechenden Verhandlungen des Finanzministeriums sollten also auch gemeinsam mit Sport- und Kulturfunktionären geführt werden. (Schluß) gab/ap

NNNN

Valentinsgrüße für Bürgermeister Gratz

=++++

5 Wien, 11.2. (RK-LOKAL) Anlässlich des bevorstehenden Valentintages stellte sich Donnerstag eine Reihe von Vertretern der Wiener Wirtschaft und der Landwirtschaft zur Gratulation bei Bürgermeister Leopold GRATZ ein.

Die Delegation der SPÖ-Bauern Wiens sowie die der Wiener Erwerbsgärtner dankten Bürgermeister Gratz für das große Verständnis, das die Stadtverwaltung für die Probleme der Landwirtschaft und der Erwerbsgärtner aufbringt. Eine Delegation des Zentralverbandes der Süßwarenhändler, begleitet von der "Miß Bonbon", Ingrid BERAN, überbrachte als süßes Präsent eine Bonbonniere. (Schluß) en/gg

NNNN

20.000 Kinderunfälle jährlich (1)

Utl.: Wiener Studie über Unfallursachen

=++++

7 #Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) In Wien wurden 1980 insgesamt 22.952 Kinder bei Unfällen verletzt. Dies ist das Ergebnis einer Studie, die Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Donnerstag im Rahmen eines Pressegespräches bekanntgab. Die Studie war über Initiative des Gesundheitsstadtrates vom Gesundheitsamt der Stadt Wien gemeinsam mit sämtlichen Unfall- und Kinderabteilungen von Wiens Spitalern durchgeführt worden, um die Ursache dieser Unfälle zu übermitteln. Von der Statistik werden nur jene Kinderunfälle erfaßt, die tödlich enden. Die Zahl jener, die mit Vergiftungen oder nach Unfällen ambulant oder stationär behandelt werden, war bisher unbekannt. Nunmehr wurde erstmals in Österreich eine derartige Studie durchgeführt. #

Zwtl.: Österreich im Spitzenfeld

In der internationalen Statistik der Unfälle von Kindern und Jugendlichen liegt Österreich, wie der Stadtrat erklärte, unter 17 europäischen Ländern mit der Unfallsterbeziffer der ein- bis fünfjährigen und der 15- bis 25jährigen an erster Stelle, bei den fünf- bis 15jährigen an elfter Stelle. Unfälle im Kindesalter stellen aber auch in Wien ein bedeutendes Problem dar. So ereigneten sich 1975 und 1976 je 44 tödliche Unfälle, 1977 30, 1978 31 und 1979 36. Nimmt man die 15- bis 20jährigen dazu, so steigt die Gesamtzahl der tödlichen Unfälle jährlich bis auf 90. (Forts.) zi/gg

NNNN

20.000 Kinderunfälle jährlich (2)

Utl.: 1/6 aller Unfälle

=++++

8 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Die mittels Computer ausgewertete Studie ergab, daß sich im Jahr 1980 insgesamt 22.952 Unfälle mit Verletzungen verschiedenen Schweregrades ereigneten, wobei diese Unfälle für 22 Kinder tödlich endeten. 650 Kinder mußten stationär aufgenommen werden. Im Vergleich dazu: In Wien ereignen sich pro Jahr rund 135.000 Unfälle mit Personenschaden. Das bedeutet, daß die Unfälle von Kindern bis zum 15. Lebensjahr ca. ein Sechstel aller Unfälle ausmachen.

Was die Art der Verletzungen betrifft, so wurden an erster Stelle Prellungen, danach Brüche und Rißwunden versorgt. Am häufigsten waren davon Arme und Hände, sodann die Beine und an dritter Stelle der Schädel betroffen. Von den 572 am Schulweg verunglückten Kinder waren mindestens 26 Prozent schwer verletzt (Knochenbrüche, innere Verletzungen und Hirnverletzungen).

Zwtl.: Unfallarten

Den stärksten Anteil hatten die Sportunfälle mit insgesamt 5602, davon 1.583 in der Schule und 4019 in der Freizeit. Verkehrsunfälle gab es 1.651, wobei 994 verletzte Kinder aktiv und 354 passiv an Verkehrsunfällen beteiligt waren. Häufigstes Verkehrsmittel war dabei das Fahrrad (932, davon 778 im öffentlichen Verkehr). Auffallend ist in diesem Zusammenhang, daß sich ein Großteil dieser Unfälle im 2., 10., 21. und 22. Bezirk ereigneten. Zwei Drittel der Verkehrsunfälle betrafen Knaben und ein Drittel Mädchen. Von Unfällen im Haushalt waren 4.634 Kinder betroffen - wobei 378 Verbrennungen und über 200 Vergiftungen registriert wurden. Betroffen waren davon vorwiegend Kleinkinder. Bei den Vergiftungsunfällen wurden 36 Prozent durch Medikamenten, 24 Prozent durch Gase, 9 Prozent durch Haushaltsartikel, 7 Prozent durch Nikotin, 6 Prozent durch Säuren sowie 5 Prozent durch Alkohol verursacht. (Forts.) zi/ap

NNNN

20.000 Kinderunfälle jährlich (3)

Utl.: Unfallursachen von Tageszeit abhängig

=++++

9 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Häufigste Unfallursache war, wie Stadtrat Stacher erklärte, "menschliches Versagen", das heißt, mangelnde Information und Erfahrung bzw. oft falsche Verhaltensweise. In diesem Zusammenhang kündigte der Gesundheitsstadtrat in Zusammenarbeit mit Kindergärten und dem Stadtschulrats die Schaffung modellartiger Einrichtungen für ein rechtzeitiges Verhaltenstraining von Kindern an. Auffallend war auch die Verteilung der Unfälle nach der jeweiligen Tageszeit: Während die Unfallhäufigkeit in den Vormittagsstunden steigt, um die Mittagszeit leicht absinkt, erreicht sie in den frühen Nachmittagsstunden ihren Gipfel. bezogen auf die Gesamtkinderzahl in den einzelnen Bezirken schwankt der Prozentanteil der verunglückten Kinder von drei Prozent (7. und 14. Bezirk) bis 14 Prozent (20. Bezirk).

Zwtl.: Empfohlene Maßnahmen

Auf Grund der vorliegenden Ergebnisse wurde eine Reihe von Empfehlungen ausgearbeitet, wie etwa:

Für den Haushaltsbereich: Kindersichere Medikamentenpackungen und Schaffung von kindersicheren Medikamentenschränken. Festere Verschlüsse für Haushaltsartikel sowie Verbot von Importen ungeprüfter netzbetriebener Kinderspielzeuge wie Föhn, Herd, Mixer etc.

Für den Verkehrsbereich: Sicherheitsausrüstungen für Fahrräder, Intensivierung der Fahrradprüfungen sowie der Verkehrserziehung. Gurtenempfehlung für Rücksitze - von 202 Kinderunfällen im Auto waren 153 nicht angegurtet.

Für den Schulbereich: Schulunfälle entstehen zumeist aus unterdrücktem Bewegungsdrang, daher sollten "Pauseturnen" und "Zwischendurchgymnastik" intensiviert werden. (Schluß) zi/gg

NNNN

Terminisierung des Probetriebs der Rinter AG notwendig (1)

=++++

10 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Im Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz berichtete Donnerstag Stadtrat Josef VELETA über die Prüfung der gegen die Rinter Rohstoffrückgewinnungs AG erhobenen Vorwürfe durch das Kontrollamt. Um zu verhindern, daß für die Stadt Wien finanzieller Schaden entstehe, müsse nicht nur der Vertrag mit der Rinter AG der Realität angepaßt sondern auch der Probetrieb terminisiert werden, erklärte Veleta.

Die an die Rinter Ag von Fahrzeugen der MA 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) gelieferte Müllmengen bezifferte Veleta mit 12.116 Tonnen vom 1. Juli bis 31. Dezember 1981 und 6.292 Tonnen vom 2. bis 31. Jänner 1982. Alle Müllfahrzeuge, die nicht die Müllverbrennungsanlagen beliefern, müssen ihre Frachten im "Müllzelt" abliefern. Vorläufig gibt es dort keine Sperrmüllzerkleinerung, die Errichtung einer derartigen Anlage ist bereits vorgesehen.

Von der Tatsache, daß die Firma Johann PRUTSCHER als Subunternehmer tätig ist, hat laut Kontrollamtsbericht selbst der Vorstand der Rinter AG nach seinen Angaben erst durch Zeitungsmeldungen erfahren.

Von einer Mülldeponierung sei im Vertrag mit der Rinter AG nicht die Rede, stellte Veleta fest. Seitens der MA 48 werde jedoch die Möglichkeit einer terminisierten Deponierung geboten. Wien muß eine Deponie haben, weil in vermindertem Ausmaß auch Rückstände der Müllverbrennungsanlagen deponiert werden müssen. (Forts.) we/bs

NNNN

Terminisierung des Probetriebs der Rinter AG notwendig (2)

=++++

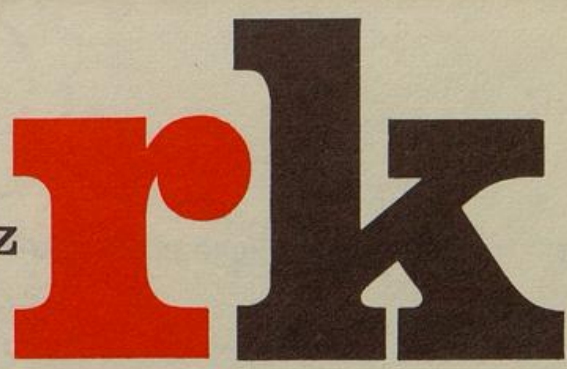
11 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Er habe die Magistratsdirektion ersucht, die vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Stadt Wien und der Rinter AG einer neuerlichen Prüfung zu unterziehen, teilte Stadtrat Veleta mit. Im gegenwärtigen Vertragswerk sei der Begriff Probetrieb nicht enthalten, nicht definiert und auch nicht begrenzt. Bei bereits aufgenommenen Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung und der Rinter AG werde großer Wert auf eine Befristung des Probetriebs gelegt. Seitens der Stadt Wien ist ein Zeitabschnitt bis Mitte des heurigen Jahres in Aussicht genommen.

Zu prüfen sei ferner eine Herabsetzung des von der Stadtverwaltung zu leistenden Entgelts. Von der Maschinenfabrik Andritz liege die Zusage vor, daß sie sich in Zukunft in verstärktem Maße darum bemühen werde, daß der Betrieb im "Müllzelt" klaglos funktioniert.

Die im Bericht des Kontrollamts getroffenen Feststellungen lassen erkennen, daß derzeit keine endgültige Beurteilung der von der Rinter AG besorgten Müllverwertung möglich sei, stellte Veleta abschließend fest. Erst der weitere Ausbau der Anlage werde zeigen, wie weit die in das Projekt ursprünglich gesetzten Erwartungen tatsächlich erfüllt werden können. (Schluß) we/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Freitag, 12. Februar 1982

Blatt 364

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: Hatzl:Wohnbauförderung soll rasch reformiert werden
Neue Verwendung für Schloß Pötzleinsdorf
(grau)

Kommunal: Winterdienst: Splittbeseitigung hat begonnen
(rosa) Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Erfolgreiche Psychiatriereform

Lokal: Ein Jahr Wiener Schulservice
(orange)

Kultur: "Feuerwerk und Spektakel im alten Wien"
(gelb) 11,3 Millionen für Altstadterhaltung

Nur
Über FS: 12.2. Kurze Verkehrsbehinderungen der Linien 40 und 41
7 A/15 A fährt früher

.....-
Bereits am 11. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....-

Hatzl: Wohnbauförderung soll rasch reformiert werden (1)

=++++

12 #Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) "Steht die Wohnbauförderung am Ende oder an der Wende?" Diese Frage wurde heute, Donnerstag, von Wohnbaustadtrat Johann HATZL und dem Präsidenten der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Arch. Dipl.-Ing. ROLLWAGEN in einem Pressegespräch diskutiert. Hatzl vertrat dabei die Ansicht, daß eine Wende der Wohnbauförderung dringend notwendig sei. Eine Reform der Wohnbauförderung auf Bundesebene sei noch heuer zu erwarten. Man müsse überlegen, die Mittel für die Wohnbauförderung entweder zu vergrößern, oder dafür sorgen, daß die Geldmittel wieder rascher zurückfließen. #

Da Wohnbauförderungsmittel dort am stärksten eingesetzt werden sollten, wo sie am dringendsten benötigt werden, trat der Wohnbaustadtrat erneut für eine Verlängerung der Wohnbauförderung ein. Das Land Wien erhält über den Wohnbauförderungstopf weniger Mittel zurück, als es beisteuert und ist daher bei der Verteilung der Wohnbauförderungsgelder benachteiligt. Eine Verlängerung der Mittelaufbringung würde für Wien einen Mehrbetrag von 700 bis 800 Millionen S bringen.

Präsident Rollwagen schlug eine einkommensgerechtere Gestaltung der Wohnbauförderung vor. Diejenigen, die eine Wohnbauförderung in Anspruch nehmen und nach einiger Zeit über ein so hohes Einkommen verfügen, daß sie die öffentliche Förderung nicht mehr benötigen, sollen die Wohnbauförderungsmittel rascher zurückzahlen. Stadtrat Hatzl stellte fest, daß es dazu bereits einige Überlegungen gäbe. (Forts.) ba/bs

NNNN

.....
Bereits am 11. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Hatzl: Wohnbauförderung soll rasch reformiert werden (2)

=++++

13 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Möglichkeiten für eine soziale und gerechte Wohnbauförderung sind:

- o Staffelung des öffentlichen Darlehens
- o Staffelung von Annuitätenzuschüssen
- o laufende Erhöhung der Annuitätenzuschüsse unter Berücksichtigung der jeweiligen Einkommensverhältnisse
- o und schließlich die Anhebung der Zinsen für Landesdarlehen auf etwa 3 Prozent.

die Wohnbauförderung soll sich wieder stärker zugunsten der wirklich bedürftigen Bevölkerung ausrichten. Zwei Maßnahmen dazu wurden bereits getroffen: Die Einkommensgrenze für die Vergabe der öffentlichen Förderungsmittel wurde eingefroren und die Höhe der Landesdarlehen wurde in Wien wesentlich verbessert. Das Land Wien hat die Förderungssätze im Vorjahr so stark angehoben und wohnen wieder preisgünstiger und erschwinglicher gemacht, daß man von einer "Wiener Wohnbauförderung 1981" sprechen kann", sagte Hatzl.

Zwtl.: Rollwagen: Kontrolle bei "Gemeinnützigen" ausreichend
die Überwachung der widmungsgemäßen Verwendung von Wohnbauförderungsmittel sei in Wien ausreichend, ja sogar vorbildhaft, stellte Präsident Rollwagen fest. Die Ingenieurkammer urgierte jedoch, mehr Ziviltechniker als bisher als Prüforgane einzusetzen. Das System der Kontrolle in Wien sei so wirkungsvoll, daß ein Wohnbauskandal, wie er sich derzeit im Burgenland ereignet, kaum möglich wäre, sagte Rollwagen. Zur Durchführung der Prüfung soll man jedoch auf Zivilingenieure zurückgreifen. Wohnbaustadtrat Hatzl sagte zu, in Zukunft Zivilingenieure in stärkerem Ausmaß als bisher als Bauaufsichtsorgane bei Projekten von gemeinnützigen Bauträgern einzusetzen. (Schluß) ba/ap

.....
Bereits am 11. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Neue Verwendung für Schloß Pötzleinsdorf

Utl.: Rudolf-Steiner-Schule zieht ein

=++++

14 #Wien, 11.2. (RK-KULTUR) Im Schloß Pötzleinsdorf wird die zweite Wiener Rudolf-Steiner-Schule entstehen. Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst beschloß die Ausgliederung des Schlosses aus dem Geschäftsführungsvertrag mit dem Wiener Verkehrs-Verein und die Vermietung an den Rudolf-Steiner-Schulverein, der bereits im Maurer Schlössel eine Privatschule betreibt. Dieser Schule wurde mit dem Schuljahr 1980/81 vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst das Öffentlichkeitsrecht verliehen.#

Der langfristige Mietvertrag sieht die Zahlung eines jährlichen Anerkennungsziues von 1.000 S seitens des Schulvereins und einen Kündigungsverzicht der Stadt Wien auf 50 Jahre vor. Dafür verpflichtet sich der Schulverein zur Instandsetzung und Erhaltung des Schlosses, das bis 1980 als Jugendgästehaus diente und dann wegen Instandsetzungsschwierigkeiten stillgelegt wurde.

Der Rudolf-Steiner-Schulverein hat bereits im Jahr 1968 das der Stadt Wien gehörige Maurer Schlössel gegen Entrichtung eines Anerkennungsziues langfristig gemietet und für seine Zwecke durch Eigenleistungen - lediglich mit einem Zuschuß aus dem Altstadterhaltungsfonds - instandgesetzt. Die Vermietung des Schlosses Pötzleinsdorf sichert sowohl eine bauliche Revitalisierung dieses Biedermeierjuwels wie auch eine sinnvolle Verwendung des Gebäudes. (Schluß) gab/gg

NNNN

Winterdienst: Splittbeseitigung hat begonnen

=++++

1 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) In der Sitzung des Gemeinderatsausschusses Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz dankte Stadtrat Josef VELETA allen Mitarbeitern der MA 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) für ihren Einsatz im Winterdienst, bei der Glatteisbekämpfung und der Schneeräumung. Der heurige Winter mit seinen enormen Schneemengen habe besonders hohe Anforderungen sowohl an das Stammpersonal wie auch an die aufgenommenen Arbeitskräfte gestellt. Bekanntlich ist bereits Ende Jänner die Gesamtschneehöhe des vorigen Winters - 106 Zentimeter - erreicht worden, was natürlich auch entsprechend höhere Räumungskosten verursacht hat. Mit der Beseitigung des gestreuten Splitts wurde von der MA 48 bereits begonnen, sie wird entsprechend den Witterungsverhältnissen zügig fortgesetzt.

An die Hauswarte richtete Veleta das Ersuchen, die Gehsteige vor ihren Objekten im Interesse der Passanten und des sauberen Stadtbildes von Splitt zu reinigen. (Schluß) we/gg

NNNN

"Feuerwerk und Spektakel im alten Wien"

Utl.: Ausstellung der Stadtbibliothek

=++++

2 #Wien, 12.2. (RK-KULTUR) Bis Ende Mai zeigt die Wiener Stadt- und Landesbibliothek in ihren eigenen Räumen die Ausstellung "Feuerwerk und Spektakel im alten Wien". An Hand von Original-Ankündigungszetteln, Kleinplakaten und zeitgenössischen Illustrationen wird ein Überblick über Volksbelustigungen im alten Wien geboten.#

Feuerwerk, Ballonaufstieg, Luftballons, die Draisine, Tierhetze, Darbietungen von Seiltänzergruppen und Kunstläufern, Affentheater, Menagerien und die Schaustellung fremder Menschenrassen sind die Themen der Ausstellung, die bei freiem Eintritt täglich von 9 bis 15.30 Uhr besichtigt werden kann. Ein Katalog mit ausführlichen Erläuterungen ist im Katalogzimmer der Bibliothek kostenlos erhältlich. (Schluß) gab/bs

NNNN

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

=++++

3 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Das nächste Pressegespräch von Bürgermeister Leopold GRATZ findet Dienstag, den 16. Februar statt. Das Pressegespräch beginnt, wie immer, um 11.30 Uhr im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes, Rathaus, Stiege 3. (Schluß)

red/d1

NNNN

Ein Jahr Wiener Schulservice (1)

Titl.: 7.800 Anfragen behandelt

=++++

4 #Wien, 12.2. (RK-LOKAL) Das Wiener Schulservice, das vor einem Jahr im Stadtschulrat für Wien eingerichtet worden war, hat in der Zeit seines Bestehens rund 7.800 telefonische, schriftliche oder persönliche Anfragen behandelt. Das berichtete Stadtschulratspräsident Hans MATZENAUER vor dem Kollegium des Stadtschulrates für Wien.

Aufgabe des Wiener Schulservice ist es, Auskünfte über Schulangelegenheiten zu erteilen, zu beraten, Kontakte herzustellen und die Öffentlichkeit umfassend zu informieren. Das Wiener Schulservice ist Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr unter folgenden Telefonnummern zu erreichen: 93 47 60 und 93 46 16, Klappen 211 und 245.#

Die letzte größere Aktion in dieser Richtung war die Schulbuchausstellung im Pädagogischen Institut der Stadt Wien, bei der Lehrern und Eltern das breite Angebot auf dem Schulbuchsektor vorgestellt wurde. (Forts.) emw/gg

NNNN

Ein Jahr Wiener Schulservice (2)

=++++

5 Wien, 12.2. (RK-LOKAL) Die an das Wiener Schulservice herangetragenen Anfragen, Anregungen und Beschwerden bezogen sich auf folgende Bereiche:

- Auskunft über Schularten, vor allem über berufsbildende mittlere und höhere Schulen sowie verschiedene Typen der AHS
- Entscheidungshilfe bei der Frage: wohin nach der Volksschule
- Information über Schulversuche
- Fragen der Anmeldung und Aufnahmevoraussetzung in den einzelnen Schularten
- Formen der Erwachsenenbildung

Neben dieser Schulberatung erteilte das Wiener Schulservice rechtliche Auskünfte, so etwa über Klassenwiederholungen, häuslichen Unterricht und Alternativschulen, Leistungsbeurteilung, Rechte und Pflichten von Lehrern, Eltern und Schülern, Elternvereinstätigkeit und Schulveranstaltungen.

Anregungen wurden nur vereinzelt an das Wiener Schulservice herangetragen, die Beschwerden betrugten nur 1,3 Prozent aller Kontakte.

Wie Matzenauer in seinem Bericht feststellte, hat sich die Einrichtung des Wiener Schulservice im Sinne einer besseren Zusammenarbeit aller am Schulgeschehen Beteiligten bestens bewährt.
(Schluß) emw/gg

NNNN

Erfolgreiche Psychiatriereform

Utl.: Ausbau der Nachsorgeeinrichtungen wird fortgesetzt

=++++

7 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Der im Rahmen der Psychiatriereform bisher erfolgte Ausbau von therapeutischen Nachsorgeeinrichtungen wird weiter fortgesetzt werden. Dies kündigte Freitag Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER anlässlich der Besichtigung verschiedener Einrichtungen des Kuratoriums für psychosoziale Dienste durch die Mitglieder des Kuratoriumsvorstandes an.

Wie der Stadtrat erklärte, habe die bisherige Entwicklung des Kuratoriums mit der Errichtung diverser therapeutischer Einrichtungen, wie z.B. Übergangsheime, Wohngemeinschaften etc., überzeugend erkennen lassen, daß der eingeschlagene Weg richtig ist. Aus diesem Grund werde man sich daher bemühen, derartige Therapie- und alternative Wohnmöglichkeiten entsprechend dem Bedarf in allen Regionen Wiens einzurichten. Zur Zeit gibt es in Wien bereits acht sogenannte psychosoziale Stationen und 214 Plätze in Übergangsheimen und Wohngemeinschaften. Auf Grund der engen Zusammenarbeit zwischen dem Psychiatrischen Krankenhaus und den verschiedenen Diensten der Nachbetreuung und -behandlung konnte die Zahl der Patienten im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe von ursprünglich 2.700 auf 1.800 und im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs von 1.150 auf 790 verringert werden. Durch die Schaffung weiterer Heime sollen die Bemühungen und Erfolge im Rahmen der Wiener Psychiatriereform fortgesetzt werden. (Schluß) zi/bs

NNNN

11,3 Millionen für Altstadterhaltung

=++++

9 Wien, 12.2. (RK-KULTUR) Der Altstadterhaltungsbeirat beschloß in seiner Sitzung am Freitag die Vergabe von insgesamt 11,3 Millionen S aus dem Altstadterhaltungsfonds für denkmalpflegerische Arbeiten.

Prominentester Bau in der Liste der geförderten Objekte ist das Kapuzinerkloster am Neuen Markt, das - auch mit Hilfe des Bundesdenkmalamtes und der Erzdiözese - instandgesetzt wird. Wegen der Kaisergruft zählt das Kapuzinerkloster zu den meistbesuchten Sehenswürdigkeiten Wiens. (Schluß) gab/ap

NNNN

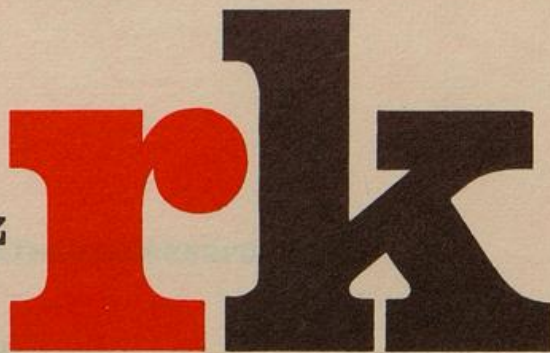
Kein Zwang zur Wiederaufstellung

4,3 Millionen für Altstadterhaltung

12.2. Freizeit in den Museen - Den ganzen Tag hindurch

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Samstag, 13. Februar 1982

Blatt 375

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Kein Zwang zur Winterspritzung
(rosa)

Kultur: 4,3 Millionen für Bezirkskultur
(gelb)

Nur
über FS: 13.2. Freizeit in den Hallenbädern - den ganzen Tag
hindurch

Kein Zwang zur Winterspritzung

=++++

1 #Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) "Es gibt heuer keine Verpflichtung, die Winterspritzung in den Wiener Gärten durchzuführen. Zwar bleibt die grundsätzliche Pflicht der Schädlingsbekämpfung aufrecht, es ist aber jedem einzelnen überlassen, ob er sie nun auf natürlichem Weg oder mit chemischen Mitteln durchführen will": das betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zur jetzt aktuellen Frage der "Winterspritzung".#

Bereits im Mai 1980 war bei einem Umwelthearing die - früher zwangsweise - Winterspritzung für drei Jahre ausgesetzt worden. Jeder Gartenbesitzer kann nun selbst entscheiden, ob er Schädlinge mit Pflanzenschutzmitteln bekämpft, ob er Alternativmethoden einsetzt oder durch den Versuch, ein ökologisches Gleichgewicht (etwa durch die Ansiedlung von Singvögeln) herzustellen, zur natürlichen Schädlingsbekämpfung beiträgt.

Hilfe dabei bietet die Broschüre "Wien für biologische Schädlingsbekämpfer", die in der Stadtinformation in der Schmidthalle des Rathauses erhältlich ist. Neben Informationen über richtige Pflanzenwahl und Nützlinge wie etwa Marienkäfer als Feinde der Blattlaus erinnert die Broschüre auch an zahlreiche, oft nicht mehr berücksichtigte Methoden der Schädlingsbekämpfung ohne Gift. Dazu gehört z.B. der Leimgürtel, der Obstbuanstrich, die Verwendung von Gesteinsmehlen oder Schmierseifenlösungen. (Schluß) hs/ap

NNNN

4,3 Millionen für Bezirkskultur

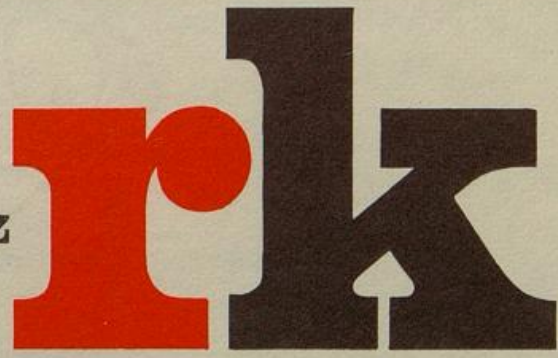
=++++

2 #Wien, 13.2. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst beschloß, für kulturelle Aktivitäten in den Bezirken einen Rahmenbetrag von 4,3 Millionen S zur Verfügung zu stellen.#

Der Budgetrahmen gewährleistet die Weiterführung der eigenständigen kulturellen Tätigkeiten in den Bezirken, die vom klassischen Konzert bis zum Straßentheater reichen. 1981 wurden 150 Bezirksveranstaltungen vom Kulturamt der Stadt Wien gefördert. (Schluß) gab/di

NNNN

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Montag, 15. Februar 1982

Blatt 378

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Bereits über FS ausgesendet: (grau)
 - Ausstellungen des Stadtarchivs 1982
 - Grundtransaktionen für Betriebserweiterungen

- Kommunal: (rosa)
 - Neues Merkblatt über Betriebsanlagengenehmigungen
 - "Fahrt ins Grüne" für Senioren
 - 2,2 Millionen für Behindertenhilfe
 - Ehemalige Schwestern - kein Interesse

- Politik: (rosa)
 - Hirnschall: Konsequenzen bei Rinter-AG ziehen

- Lokal: (orange)
 - Eine Allee für die Praterstraße

- Kultur: (gelb)
 - "Tanz 82": Start mit dem Königlich Dänischem Ballett

- Nur über FS:
 - 12.2. Straßenbahn: "0" gegen "1"
 - 15.2. Kein Zwang zur Winterspritzung
 - 4,3 Millionen für Bezirkskultur
 - Steinerne Hochzeiter im 4. und 23. Bezirk
 - PKW gegen Straßenbahn

.....
Bereits am 14. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ausstellungen des Stadtarchivs 1982

=++++

1 #Wien, 14.2. (RK-KULTUR) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv zeigt auch 1982 eine Reihe von thematisch vielseitigen Ausstellungen, die sich entweder auf aktuelle Anlässe beziehen oder andere historisch interessante Bereiche umfassen. Der Großteil der Ausstellungen wird im Rathaus am Gang vor dem Archiv (Stiege 6, 1. Stock) gezeigt, teilweise gibt es auch Ausstellungen in Bezirksmuseen oder an anderen Plätzen.#

Derzeit ist im Rathaus die Ausstellung "Theaterbrände in Wien" zu sehen. Diese Schau übersiedelt im März und April ins Bezirksmuseum Simmering, im Mai und Juni ins Penzinger Bezirksmuseum. Die Ausstellung über "Alte Wiener Brunnen" ist noch bis Juli bei den Wasserwerken in der Grabnergasse 4-6 zu besichtigen. Weitere Ausstellungen des Archivs im Jahr 1982 sind: "275 Jahre Dorotheum" ab 10. März im Dorotheum, "90 Jahre Vororte bei Wien" (5. April bis 5. Juli im Rathaus), "Joseph Haydn in Wien" (Juli und August im Rathaus, Arkadenhof), "Sagen und Legenden" (6. Juli bis 30. September im Rathaus), "700 Jahre Bürgermeisteramt" am Tag der offenen Tür, "Politische Propaganda der Zwischenkriegszeit" (September und Oktober im Bezirksmuseum Landstraße) und "Weinbau im alten Wien" (4. Oktober bis Jahresende im Rathaus). (Schluß) gab/bs

NNNN

.....
Bereits am 14. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Grundtransaktionen für Betriebserweiterungen

=++++

2 Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Im Sinne der Bemühungen der Stadtverwaltung, Betriebsansiedlungen und -erweiterungen durch die Überlassung von Grundstücken nach Möglichkeit zu fördern und auf diese Weise zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Wiener Raum beizutragen, hat der zuständige Gemeinderatsausschuß mehreren Grundtransaktionen zugestimmt. Der Essig-, Likör- und Senffabrik Th. und G. Mautner-Markhof wird ein 13.817 Quadratmeter grosses Areal in Simmering, Mautner Markhof-Gasse 29, käuflich überlassen. Die Firma hat die Absicht, das angrenzende Zentrallager zu erweitern und Garagen zu errichten.

Einer Ledergalanteriewaren-Erzeugung wird in Penzing, Schanzstraße 55, eine 547 Quadratmeter große Liegenschaft zur Betriebserweiterung verkauft. Dem Unternehmen bleibt dadurch eine kostspielige Übersiedlung erspart.

Von einem Transportunternehmen, das eine Betriebskonzentration im Bereich St. Marx plant, kauft die Stadt Wien eine in Favoriten, Herzgasse 15-19, gelegene Liegenschaft, um auf diesem Grundstück eine Wohnhausanlage zu errichten. Das 2.542 Quadratmeter große Areal darf von dem Unternehmen noch bis zur Fertigstellung des neuen Betriebsobjektes weiterbenützt werden. (Schluß) we/di

NNNN

Eine Allee für die Praterstraße

=++++

5 #Wien, 15.2. (RK-LOKAL) Eine Allee wird die Praterstraße im Rahmen der Neugestaltung nach dem U-Bahn-Bau erhalten. Im Bereich zwischen Aspernbrückengasse und Praterstern wird das Stadtgartenamt nach dem Abschluß der Umbauarbeiten 79 Platanen, Sträucher - und auch Strauchrosen namens "Schneewittchen" - setzen. "Da in verkehrsreichen Straßen die Bäume durch Abgase, Salz und Wassermangel besonders bedroht sind, erhält die neue Allee eine Bewässerungsanlage", betonte Stadtrat Peter SCHIEDER dazu. Soweit möglich, werden die Bäume außerdem in erhöhten und eingefassten Grünflächen gesetzt.#

Die für das Projekt notwendigen finanziellen Mittel - drei Millionen Schilling - wurden vom Gemeinderatsausschuß Umwelt und Freizeit genehmigt. Mit den Arbeiten wird in diesem Frühjahr begonnen. Außerdem wird das Stadtgartenamt auch den Mittelstreifen bepflanzen. (Schluß) hs/bs

NNNN

Neues Merkblatt über Betriebsanlagengenehmigungen

=++++

6 #Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Welche Unterlagen vorzulegen sind, wenn jemand eine neue Betriebsanlage errichten oder Änderungen an einer bestehenden vornehmen möchte, erläutert ein neues Merkblatt. Es liegt ab sofort in den Betriebsanlagereferaten der Magistratischen Bezirksämter, in der Magistratsabteilung 36 sowie in der Stadtinformation im Rathaus und in den Außenstellen des Bürgerdienstes auf. #

Wenn durch die neue Betriebsanlage oder als Folge von Änderungen an einer bestehenden, das Leben oder die Gesundheit des Gewerbetreibenden, der Arbeitnehmer, der Nachbarn oder der Kunden sowie das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte der Nachbarn gefährdet oder die Nachbarn in unzumutbarer Weise belästigt werden könnten, muß vor der Betriebsaufnahme eine Genehmigung eingeholt werden. Neben dem formlosen Ansuchen an das zuständige Magistratische Bezirksamt sind eine Beschreibung des Betriebes, Grundrißpläne, die Namen und Anschriften des Liegenschaftseigentümers, auf dessen Grundstück sich der Betrieb befindet (befinden soll) sowie die Namen und Anschriften der Anrainer und je nach Einzelfall technische Unterlagen vorzulegen. Das neue Merkblatt gibt einen Überblick über die grundsätzlich erforderlichen Unterlagen sowie über die notwendigen Stempelgebühren. Die Ansuchen sind im Betriebsanlagereferat des zuständigen Magistratischen Bezirksamts einzubringen. Hier erhält man auch nähere Auskünfte. Will jemand wissen, ob eine neue oder die Änderung einer bestehenden Betriebsanlage genehmigungspflichtig ist bzw. weitere technische Informationen braucht, steht die Magistratsabteilung 36 ("Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei") in Wien 17, Kalvarienberggasse 33, zur Verfügung. Der Journaldienst für Betriebsanlagen ist dort Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 12 Uhr unter der Nummer 43 16 51 (Journaldienst verlangen) erreichbar. (Schluß) and/ap

NNNN

"Fahrten ins Grüne" für Senioren

=++++

7 #Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) In den Sommermonaten Juli und August des heurigen Jahres wird die Stadt Wien auch heuer wieder sogenannte "Fahrten ins Grüne" für betagte Wienerinnen und Wiener durchführen. Ein eigener Autobusdienst wird dafür sorgen, daß die älteren Bewohnerinnen und Bewohner der grünflächenarmen Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Halbtagsausflüge in die nähere Umgebung Wiens machen können. Im Vorjahr nahmen rund 30.000 Wienerinnen und Wiener daran teil.#

Ebenso wird das Sozialamt in der Zeit von April bis Oktober mit den Besuchern der Pensionistenklubs, den Dauerbefürsorgten und Teilnehmern der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapie-kurse sowie Bewohnern der Pflegeheime Ausflugsfahrten unternehmen. Der dafür erforderliche Gesamtbetrag für beide Aktionen in Höhe von 7,7 Millionen S wurde vom Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales genehmigt. (Schluß)
zi/gg

NNNN

2,2 Millionen für Behindertenhilfe

=++++

8 Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien hat im Rahmen ihrer Betreuungsdienste mit diversen privaten Vereinigungen Verträge abgeschlossen, um körperlich und geistig behinderten Menschen, solche die an Multipler Sklerose leiden oder querschnittgelähmt sind, besonders zu fördern. Diese Hilfe wird entweder in Form von Maßnahmen zur Rehabilitation, zur geschützten Arbeit, Eingliederungshilfe, Beratungstätigkeit oder durch Förderung von Kontaktmöglichkeiten und kulturellen Veranstaltungen geleistet. Zur Unterstützung dieser Tätigkeit genehmigte der zuständige Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales insgesamt 2,2 Millionen S für die Vereine "club handicap", österr. Zivilinvalidenverband - Landesgruppe Wien, Pro mente infirmis, Multiple-Sklerose-Gesellschaft und Caritas der Erzdiözese Wien.
(Schluß) zi/bs

NNNN

Hirnschall: Konsequenzen bei Rinter-AG ziehen

=++++

10 Wien, 15.2. (RK-POLITIK) In einem Pressegespräch am Montag forderte der Klubobmann der FPÖ im Wiener Rathaus und Vorsitzende des Kontrollausschusses, Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL, sofortige Konsequenzen der Stadt Wien nach Vorliegen des dritten Kontrollamtsberichts über die Müllverwertungsanlage der Rinter-AG. Bereits zum Endtermin für die volle Betriebsaufnahme der Anlage, dem 14. Februar 1982, haben sowohl das Kontrollamt als auch Firmenvertreter selbst festgestellt, daß die Anlage nicht in der Lage ist, die vereinbarten Müllmengen zu verarbeiten. Im Kontrollausschuß waren sich die Fraktionsführer aller drei Parteien einig, daß rasch Konsequenzen aus dem Kontrollamtsbericht zu ziehen sind. Lediglich Stadtrat VELETA tritt für eine Verlängerung des Probetriebes ein, erklärte Dr. Hirnschall.

Zwtl.: Überprüfung des Hafenausbau-Projekts notwendig

Zur Diskussion um den Ausbau des Wiener Hafens stellte Hirnschall fest, daß die wesentliche Voraussetzung für die Beschlußfassung des Projekts die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals gewesen ist. Da sich in der BRD in der letzten Zeit die Stimmen gegen den weiteren Ausbau des Kanals mehren, sollte die Stadt Wien direkten Kontakt mit den deutschen Bundesstellen aufnehmen. Auf Grund der vorliegenden Stellungnahmen müsse der Ausbau des Wiener Hafens neu überprüft werden, um nicht später einen Hafen mit Überkapazitäten in Wien zu haben. (Schluß)
en/bs

NNNN

Ehemalige Schwestern - kein Interesse

-++++

11 Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) In Beantwortung eines Antrages der BVP betreffend Maßnahmen zur Behebung des Mangels an Krankenpflegepersonal, erklärte Stadtrat Franz NEKULA am Montag im Gemeinderatsausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten, daß die Bemühungen, aus dem Berufsleben ausgeschiedene Krankenschwestern wieder einzugliedern, nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt haben.

Von mehr als 300 in den letzten drei Jahren ausgeschiedenen Krankenschwestern waren nur 160 eruiert und wurden angeschrieben. Lediglich elf interessierten sich für eine Beschäftigung. Tatsächlich aufgenommen werden konnten nur vier. Hauptursache des geringen Interesses ist, wie Stadtrat Nekula ausführte, der Umstand, daß auch bei Teilzeitbeschäftigung Dienst rund um die Uhr gemacht werden muß, während die meisten Bewerberinnen nur Montag bis Freitag vormittags arbeiten wollen.

Erfolgsversprechender sind dagegen die Bemühungen des Anstaltenamtes, polnische Krankenschwestern direkt in den Flüchtlingslagern anzusprechen. So werden derzeit 37 polnische Krankenschwestern in einem vierwöchigen Intensivkurs in Deutsch ausgebildet. (Schluß) en/gg

NNNN

"Tanz 82": Start mit dem Königlich Dänischen Ballett

=++++

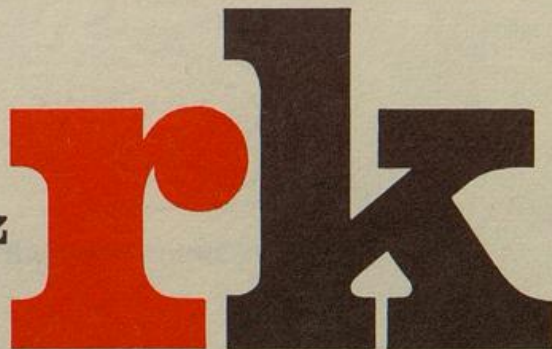
12 #Wien, 15.2. (RK-KULTUR) Beginn und erster Höhepunkt des vom Kulturamt der Stadt Wien veranstalteten Festivals "Tanz 82" ist das Gastspiel des Königlich Dänischen Balletts Kopenhagen, das am Montag in einer Pressekonferenz von Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK vorgestellt wurde. Die Dänen bringen ein Repertoire, dem teils moderne Choreographien und teils klassische Balletts von August Bournonville zugrunde liegen. Bournonville, der als Choreograph und Ballettdirektor im 19. Jahrhundert den Weltruhm des dänischen Balletts begründete, ist auch eine Ausstellung im großen Pausenraum des Theaters an der Wien gewidmet, die der dänische Botschafter, Gunnar SCHACK-LARSEN im Rahmen der Pressekonferenz eröffnete.#

Herzstück der Ausstellung ist ein Modell des Königlich Dänischen Theaters mit einem Fernsehmonitor, auf dem Ballettfilme aus den Jahren rund um 1910 - die ersten Ballettfilme der Welt - gezeigt werden. Die Bedeutung, die dem Kopenhagener Ballett in seiner Heimatstadt zukommt, zeigt sich auch in den rund 120 Vorstellungen (Wiener Staatsopernballett ca. 60), die das Ballett im Jahr gibt.

Kulturstadtrat Zilk betonte, daß das Ballett als Kunstform gerade heute wachsende Bedeutung hat. Mit einem Programm von der Klassik bis zum "New Dance", mit Raritäten vom Indischen Tanz bis zum Roßballett bringt das Wiener Internationale Ballett-Fest einen repräsentativen Querschnitt dessen, was "Tanz" alles bedeutet. Eine Überraschung gibt es für Passanten der Mariahilfer Straße: ein "Ballett im Schaufenster" des Kaufhauses Herzmansky, das vom 17. bis 20. Februar täglich von 16 bis 17 Uhr, Samstag von 10.30 bis 11.30 Uhr zu sehen ist. "Tanz 82"-Flaggen auf den Straßenbahnen und "Tanz 82"-T-Shirts (um 60 S im Theater an der Wien) weisen ebenfalls darauf hin, daß Wien in diesen Wochen im Zeichen des Theaters steht. (Schluß) gab/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Dienstag, 16. Februar 1982

Blatt 388

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Zilk: Hahns "Gemeinderuinen" vor Sanierung

Kommunal:
(rosa)

"Flüsterschwellen" für die U 2
Autobus-Abstellplätze im 1. Bezirk
Mehr Fahrgäste in den öffentlichen Verkehrsmitteln
Zahlreiche Aktivitäten im "Seniorenjahr"
AKPE-VOEST - Erster Vertragsentwurf
Förderung des Kongreßtourismus durch Empfänge

Lokal:
(orange)

Wien-Stand auf der österreichischen Ferienmesse

Kultur:
(gelb)

Internationales Toleranzgespräch in Wien

Wirtschaft:
(blau)

Hafen Albern wird wichtiges Frachtzentrum

Nur

über FS:

16.2. Feuersalarm im Mädchenheim
Musisches Zentrum: Theaterworkshop mit Elena
Berthold

.....
Bereits am 15. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Zilk: Hahns "Gemeinderuinen" vor Sanierung

=++++

16 Wien, 15. 2. (RK-KULTUR) Zu der von ÖVP-Klubobmann Fritz HAHN Montag durchgeführten Pressefahrt "Gemeinderuinen" stellte Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK fest, es sei erstaunlich, daß es ein sich verantwortungsbewußt gebender Politiker nicht für notwendig finde, sich über Sachfragen und -verhalte ausreichend zu informieren. Durch einen kurzen Rückruf hätte Hahn erfahren können, daß die Sanierungsarbeiten an dem Barockhaus Taborstraße 23 durch die Gesiba im Lauf des Monats April beginnen. Das gleichfalls als Gemeinderuine aufgezeigte Grassalkowitsch-Schlößl ist als zukünftige Heimstätte des Bezirksmuseums Leopoldstadt und des Zirkus- und Clownmuseums vorgesehen. Hier laufen die Finanzierungs- und Planungsarbeiten.

"Ich kann mir nicht erklären, warum die jedem Journalisten selbstverständliche Rückfrage beim zuständigen Stadtrat unterblieben ist," erklärte Zilk. "Offenbar ist dies nicht geschehen, weil die publizistische Ausschlichtung der beiden "Ruinenbeispiele" dann nicht mehr möglich gewesen wäre." (Schluß) gab/sim

NNNN

Wien-Stand auf der österreichischen Ferienmesse

=++++

3 Wien, 16.2. (RK-LOKAL) Auf großes Interesse bei den Besuchern stößt der Stand der Stadt Wien in der Halle 27 des Messegeländes im Prater. Freundliche "Grün - Mädchen" geben Auskunft über die Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten in der Bundeshauptstadt. Die Ferienmesse ist noch bis kommenden Sonntag täglich von 10 bis 19 Uhr geöffnet.

Im Mittelpunkt der unter der Devise "Urlaub - zwischendurch" gegebenen Informationen stehen die Freizeiteinrichtungen auf der Donauinsel, die Stadtwanderwege und der Laaer Wald, ein neues Erholungsgebiet in Favoriten, das ab 23. Mai allen Wienerinnen und Wienern zur Verfügung stehen wird. Ein echter, von der Donauinsel stammender Grillplatz ist die besondere Attraktion des Informationsstandes. Die Besucher erhalten hier Bratwürstchen als Kostproben und Mineralwasser. Wer seine Adresse beim Informationsstand angibt, erhält von der Stadt Wien regelmäßig Informationsblätter und Broschüren über die Wiener Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten zugesandt und wird auch über sämtliche Freizeitveranstaltungen der Stadt Wien informiert. (Schluß) schw/ap

NNNN

Hafen Albern wird wichtiges Frachtzentrum (1)

Utl.: Von der Rodung ist kein Naturschutzgebiet betroffen

=++++

4 #Wien, 16.2. (RK-WIRTSCHAFT) Eine Erweiterung der Wiener Hafenskapazitäten sei nur durch den Ausbau des Hafens Albern möglich, erklärte die Geschäftsführung der Wiener Hafenbetriebs-Ges.m.b.H., ein Unternehmen der Wiener Holding, in einer Pressekonferenz. Da mit der Realisierung des Hafenkonzepts in der Freudenau begonnen wurde, ist dieser Hafen praktisch bereits ausgelastet. Gleichfalls ausgelastet ist der Hafen Lobau, der Ölhafen.#

Albern wurde in den vierziger Jahren als Getreidehafen errichtet, um die Versorgung Wiens sicherzustellen. Als Getreidehafen fungiert er zwar auch heute noch, doch hat sich die "Fließrichtung" geändert. Das Getreide wird nicht mehr importiert, sondern die österreichische Landwirtschaft exportiert einen Teil ihrer Erzeugnisse über den Hafen Albern.

Alle derzeit entsprechend dem Wiener Hafenkonzept im Bau befindlichen Anlagen sind nach den derzeitigen Verhältnissen notwendig und keine "Vorleistung" etwa auf den Rhein-Main-Donau-Kanal. Das Hafenkonzept wurde im Wirtschaftsbeirat der Stadt Wien beraten und vom Gemeinderat im Februar 1979 einstimmig zur Kenntnis genommen. Bei den Planungen waren auch Umweltschutzexperten eingeschaltet, unter anderem Dr. MARGL von der Bundesforstlichen Versuchsanstalt, der international als einer der besten Fachleute für Auwälder gilt. Im Hafenkonzept sind alle jene Flächen geschont, die von den Experten als erhaltenswert bezeichnet werden. (Forts.)
we/gg

NNNN

Hafen Albern wird wichtiges Frachtzentrum (2)

Utl.: Von der Rodung ist kein Naturschutzgebiet betroffen

=++++

5 Wien, 16.2. (RK-WIRTSCHAFT) Zur Rodung von rund 78.400 Quadratmeter auf insgesamt fünf Grundstücken hatte der Wiener Hafen im Frühjahr 1981 angesucht. Die Bewilligung wurde vom Magistrat am 3. September 1981 erteilt, am 11. November 1981 teilte das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mit, daß es keine Beschwerde gegen die Bewilligung erheben werde.

Bei den zur Rodung freigegebenen Flächen handelt es sich um kein Naturschutzgebiet. Schon bei der Umleitung der Schwechat hat man eine Erweiterung des Hafens Albern in diesem Bereich berücksichtigt. Der Holzwert der auf den Rodungsflächen stehenden Bäume ist gering.

Durch den Vollausbau der Donau hat Wien die Chance, zum wichtigsten Warenumsschlagplatz, der mehr als 3.500 km langen europäischen Wasserstraße, zu werden. Nach Schließung der Kraftwerkskette an der mittleren Donau wird man vom Schwarzen Meer bis Wien mit Hochseeschiffen bis zu 3.000 Tonnen fahren können. Ab Wien kann dann der 1.350-Tonnen-Europakahn eingesetzt werden. Wenn Wien nicht alle Voraussetzungen für einen reibungslosen Umschlag von den Hochseeschiffen auf den Europakahn schafft, besteht die Gefahr, daß dieser Umschlag in Bratislava stattfindet. Die CSSR macht bereits große Anstrengungen, um den Hafen Bratislava aufzuwerten und auszubauen, in den letzten Jahren ist der Warenumschlag in Preßburg von einer Million Tonnen auf 5 Millionen Tonnen pro Jahr gestiegen. (Forts.) we/bs

NNNN

Hafen Albern wird wichtiges Frachtzentrum (3)

Utl.: Von der Rodung ist kein Naturschutzgebiet betroffen

=++++

6 Wien, 16.2. (RK-WIRTSCHAFT) Beim Ausbau des Hafens Albern zu einem Frachtzentrum - zu einem Knoten Wasser - Straße-Schiene - ist auch der nahegelegene Flughafen Schwechat in die Grundkonzeption einbezogen. Der Kohleumschlag, der sich noch immer auf dem Handelskai befindet - wo er zu nicht geringen Belästigungen für die Anrainer führt - muß nach Albern verlegt werden. Die Entwicklung auf dem Energiesektor zeigt, daß Erweiterungsmöglichkeiten bezüglich fester Brennstoffe einkalkuliert werden müssen.

In Albern ist auch ein LKW-Terminal vorgesehen. Es werden nicht nur neue Lagerhallen errichtet, man braucht außerdem Platz für Speditionsfirmen. Allein für vier Speditionen, mit denen der Wiener Hafen derzeit in Verhandlungen steht, werden Lagerflächen zwischen 10.000 bis 50.000 Quadratmeter benötigen.

Über Albern wird auch ein Großauftrag für die obersteirische Industrie abgewickelt. Es handelt sich dabei um einen kontinuierlichen Umschlag, der mehrere Jahre dauert. Dazu werden mindestens 20.000 Quadratmeter Lagerfläche gebraucht, weil täglich ein kompletter Güterzug abgefertigt werden muß.

In letzter Zeit wurden in Albern eine Lagerhalle samt Umschlageinrichtungen gebaut, durch entsprechende Maßnahmen konnten die Verkehrsrelationen verbessert werden. Auch eine Speditionsfirma hat bereits mit Bauarbeiten im Hafengebiet begonnen. (Schluß) we/ap

NNNN

"Flüsterschwellen" für die U 2

=++++

7 Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich der U-Bahn-Strecke zwischen Rathaus und Schottentor verursachen die Züge der U 2 Erschütterungen und Lärmbelästigungen, die Beschwerden der Anrainer zur Folge hatten. Die Wiener Verkehrsbetriebe entschlossen sich deshalb, den Schotteroberbau in diesem Abschnitt durch einen speziellen schalldämmenden Gleisoberbau aus Kunststoff - sogenannte "Flüsterschwellen" - zu ersetzen. Dies teilte Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Dienstag im Rahmen des Pressegesprächs von Bürgermeister Leopold GRATZ mit.

Die Umbauarbeiten werden in zwei Etappen, die jeweils etwa drei Monate dauern, heuer und im nächsten Jahr durchgeführt. Begonnen wird mit jenen Abschnitten, in denen die stärksten Belästigungen auftraten. Um den U-Bahn-Betrieb so wenig wie möglich zu stören, wird in den Nachtstunden und an den Wochenenden gearbeitet.

Während der Bauarbeiten, von Mitte März bis Juni, ist es notwendig, den Betrieb der U-Bahn-Linie U 2 an Wochentagen jeweils ab ca. 20.45 Uhr sowie an Samstagen und Sonntagen ganztägig einzustellen. Die Verkehrsbetriebe richten in dieser Zeit zwischen Karlsplatz und Ringturm einen Ersatzverkehr mit Autobussen ein.

Die Route verläuft vom Karlsplatz über Friedrichstraße, Getreidemarkt, "Zweier-Linie", Universitätsstraße, Schottengasse und Schottenring. (Schluß) ger/gg

NNNN

Autobus-Abstellplätze im 1. Bezirk

=++++

8 #Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) In der Fremdenverkehrssaison 1982 tritt in der Wiener Innenstadt eine Neuregelung der Parkplatzordnung für Autobusse in Kraft, über die Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Dienstag im Rahmen des Pressegesprächs von Bürgermeister Leopold GRATZ informierte. Die notwendigen Verkehrszeichen werden in den nächsten Wochen aufgestellt. Die Neuregelung soll ab 15. März gelten.

Die wichtigsten Dauerabstellplätze für Autobusse gibt es dann beim Rathaus, im Bereich Babenberger Straße/Burgring sowie am Morzinplatz, also am Rand der Inneren Stadt. Möglichkeiten zum Ein- und Aussteigen bestehen selbstverständlich auch innerhalb des Stadtzentrums. Am Heldenplatz gibt es nur mehr Abstellmöglichkeiten für das Wiener Stadtrundfahrtengewerbe.#

Die zwischen allen Beteiligten einvernehmlich ausgehandelte Regelung soll zunächst probeweise eingeführt und nach dem Ende der Fremdenverkehrssaison 1982 einer neuerlichen Überprüfung unterzogen werden.

Zwtl.: Innenringlösung bewährt

Die neue Verkehrssituation im Bereich des ehemaligen Innenrings, die Ende des vergangenen Jahres in Kraft trat, hat sich sehr gut bewährt. Die gewünschte Verkehrsberuhigung ist eingetreten, das Echo aus der Bevölkerung ist sehr positiv. Probleme gibt es dagegen im Bereich Petersplatz-Bauernmarkt-Brandstätte, wo die Verkehrsbeschränkung von zahlreichen Autofahrern mißachtet wird. Diese Frage soll in den nächsten Wochen im Sinne einer möglichen Verbesserung untersucht werden. (Schluß) ger/bs

NNNN

Mehr Fahrgäste in den öffentlichen Verkehrsmitteln

Utl.: Der Jahresbericht der Wiener Stadtwerke 1981

=++++

9 #Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Steigende Fahrgastzahlen in den öffentlichen Verkehrsmitteln, ein Stagnieren des Stromverbrauchs und eine niedrigere Gasabgabe - das sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresberichtes der Wiener Stadtwerke für 1981, den Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Dienstag im Rahmen des Pressegespräches von Bürgermeister Leopold GRATZ vorlegte.

Der bereits seit einigen Jahren feststellbare erfreuliche Trend zu den öffentlichen Verkehrsmitteln setzte sich auch im vergangenen Jahr fort. Die WIENER VERKEHRSBETRIEBE beförderten 1981 454,6 Millionen Fahrgäste, um 12,2 Millionen beziehungsweise 2,8 Prozent mehr als im Jahr vorher (1980: 442,4 Millionen; 1979: 435,4 Millionen). Ihre U-Bahn- Straßenbahn-, Stadtbahn- und Autobusgarnituren legten dabei 87,6 Millionen Kilometer zurück. Legt man die Fahrleistung auf die Platzkilometer um, so kommt man auf eine Summe von 12,5 Milliarden (um 2,6 Prozent mehr als 1980).#

Den Verkehrsbetrieben standen Ende 1981 132 U-Bahn-Doppeltriebwagen, 721 Straßenbahn-Triebwagen und 642 Straßenbahn-Beiwagen, 68 Stadtbahn-Triebwagen und 61 Stadtbahn-Beiwagen sowie 386 Autobusse (154 Normalbusse, 67 Doppeldeckbusse, 144 Gelenkbusse und 21 City-Busse) zur Verfügung.

Die WIENER E-WERKE verzeichneten 1981 einen Strombedarf von 6,1 Millionen Megawattstunden, das sind um 0,26 Prozent weniger als im Jahr vorher. Unter Berücksichtigung des Schalttages 1980 blieb der Stromverbrauch praktisch vollkommen gleich. Mit diesem (vorläufigen) Ergebnis liegt Wien unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt: Insgesamt lag der Stromverbrauch in Österreich 1981 um 1,5 Prozent über dem Vorjahrswert. Im Bereich der Wiener E-Werke waren Ende 1981 1,304.516 Zähler angeschlossen, um 0,4 Prozent mehr als ein Jahr vorher.

Die ERDGASABGABE an Tarifabnehmer war 1981 mit rund 590 Millionen Kubikmeter um 9,8 Prozent (bei Berücksichtigung des Schalttages um 9,3 Prozent) niedriger als 1980. Hauptgrund für dieses Ergebnis ist der Umstand, daß die Durchschnittstemperaturen des Jahres 1981 in zehn von zwölf Monaten über den Werten des Vorjahres lagen, sodaß die Heizgasabgabe deutlich zurückging. Auch ein gewisser Spareffekt kam vermutlich zum Tragen, dessen Nachweis allerdings erst längerfristige Analysen bringen könnten. (Schluß)

ger/gg

Zahlreiche Aktivitäten im "Seniorenjahr"

Utl.: Enqueten und internationale Tagungen (1)

=++++

10 #Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) In Wien wird es heuer anlässlich des "Jahres der älteren Generation" eine Reihe von Aktivitäten und Veranstaltungen geben. Dies kündigte Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag in einem Pressegespräch an. So werden, lt. Stacher, unter anderen sechs Enqueten über altersspezifische Themen durchgeführt. Die erste Enquete über das Thema "Öffentliche Hilfe und Selbsthilfe im Alter" wird kommenden Freitag, den 19. Februar um 9 Uhr im Pensionistenheim Augarten, 2, Rauscherstraße 16, stattfinden. Die weiteren Themen der monatlichen Enqueten lauten: "Gesundheit und Krankheit im Alter", "Kultur und Bildung im Alter", "Sport im Alter", "Richtige Ernährung im Alter", "Wohnen im Alter". Darüber hinaus wird es im Rahmen der im September stattfindenden Seniorenwoche ein verstärktes Informationsprogramm und Anleitungen für eine sinnvolle Lebensgestaltung geben. #

Kommende Woche findet in Wien eine gemeinsame Sitzung der Sozialreferenten aller Bundesländer statt, bei der die Bundesländeraktivitäten im Laufe des heurigen Jahres koordiniert werden sollen.

Vom 29. März bis 2. April gibt es in Wien als Vorbereitung für den Weltkongreß im Sommer eine Tagung der privaten Organisationen. Den Höhepunkt bildet sodann die UNO-Weltkonferenz über das Altern (World assembly on aging) vom 26. Juli bis 6. August. Im Rahmen dieser Veranstaltung wird vom Österreichischen Komitee für Sozialarbeit (ÖKSA) gemeinsam mit dem International Council on Social Welfare (ICSW) eine Tagung bzw. ein Workshop über den "Wiener Weg der sozialen Hilfen" und den "österreichischen Weg der Sozialversicherung" durchgeführt werden. (Forts.) zi/ap

NNNN

Zahlreiche Aktivitäten im "Seniorenjahr" (2)

Utl.: Aktivierung und Information der Senioren verstärken

=++++

11 Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Nach Schätzung der UNO wird es im Jahr 2000 rund 580 Millionen ältere Personen in der ganzen Welt geben, wobei allerdings zwei Drittel davon in den Entwicklungsländern leben werden. Was Österreich betrifft, so konnte, wie Stadtrat Stacher erklärte, in den letzten Jahren der Kampf gegen die Armut erfolgreich geführt werden. Wesentlichste Aufgabe der Aktivitäten und Veranstaltungen dieses Jahres wird es daher sein, die Information zu verstärken, um damit den älteren Menschen vermehrte Möglichkeiten der Aktivität zu bieten. Was Wien betrifft, so gibt es, laut Stacher, international gesehen keine Stadt, die ein so dichtes soziales Netz hat. Im Rahmen der UNO-Konferenz wird man die Gelegenheit benützen, um die Vielfalt der vorhandenen Einrichtungen zu zeigen. (Schluß) zi/bs

NNNN

Internationales Toleranzgespräch in Wien

=++++

12 Wien, 16.2. (RK-KULTUR) Das Kulturamt der Stadt Wien veranstaltet vom 15. bis 19. März im Großen Festsaal der österreichischen Akademie der Wissenschaften ein "Internationales Toleranzgespräch 1982".

Das Toleranzgespräch wird am Montag, dem 15. März, durch Bundespräsident Rudolf KIRCHSCHLÄGER eröffnet. Unter Beteiligung internationaler Wissenschaftler werden an den folgenden vier Tagen die Themenkreise "Wirtschaft und Gesellschaft", "Generationskonflikt", "Politik" und "Religion", diskutiert. Die Gespräche beginnen täglich um 16 Uhr. Der Zugang zu der Veranstaltung ist frei. (Schluß) gab/bs

NNNN

AKPE-VOEST - erster Vertragsentwurf

=++++

13 Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Finanzstadtrat Hans MAYR Dienstag im Wiener Stadtsenat auf eine Anfrage von ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK mitteilte, haben in der Angelegenheit der Übernahme des AKH-Baues durch die VOEST bereits erste Gespräche stattgefunden. Für den 1. März ist eine weitere Gesprächsrunde angesetzt. Dabei werden bereits Vertragsentwürfe zwischen der VOEST und der AKPE zur Diskussion stehen. (Schluß)
pr/ap

NNNN

Förderung des Kongreßtourismus durch Empfänge

=++++

14 #Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Die Empfänge, die die Stadt Wien für Besucher unserer Stadt gibt, dienen vor allem der Förderung des Kongreßtourismus, betonte Bürgermeister Leopold GRATZ Dienstag in seinem Pressegespräch. Die Ausgaben dafür werden sicher nicht zum Vergnügen der Repräsentanten der Stadt Wien aufgewendet. Der Bürgermeister verwahrte sich deshalb nachdrücklich dagegen, zu versuchen, aus den Aufwendungen für Repräsentationszwecke politisches Kapital zu schlagen.

Im Jahr 1981 hat die Stadt Wien für Empfänge und Feierlichkeiten insgesamt 17,5 Millionen Schilling aufgewendet. Der überwiegende Teil der Veranstaltungen größeren Umfanges fiel dabei auf Kongresse, Konferenzen, Tagungen und Symposion. Die Gesamtzahl der Gäste der Stadt Wien betrug 59.081 Personen.#

(Schluß) ger/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198
gegründet 1861

Mittwoch, 17. Februar 1982

Blatt 402

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Stadtteilplanung für Siedlungen SAT und Friedensstadt
(rosa) Neues Vorstandsmitglied des Kuratoriums für
Psychosoziale Dienste
Mehr Geld für U-Bahn und Stromversorgung
Gleichenfeier für Pensionistenheim in Meidling

Lokal: Jugendzentrum Alt-Erlaa wird Freitag eröffnet
(orange) Ehrenzeichen für zwei Engel

Nur

über FS: 16.2. Wasserrohrbruch am Biberhaufenweg
17.2. Alte Donau: Eisdecke gebrochen - Mädchen gerettet
Kalvarienbergmarkt: Faschingsumzug zur Eröffnung
Morgen wieder "Langer Donnerstag"

Stadtteilplanung für Siedlungen SAT und Friedensstadt

=++++

2 #Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Um den derzeit vorhandenen Grüncharakter der Siedlungen SAT und Friedensstadt im 13. Bezirk auch weiterhin bewahren zu können, wird der bestehende Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im Rahmen einer "Stadtteilplanung" überarbeitet. Die neuen Entwürfe präsentierte Dienstag Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER im Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung.#

Die Bevölkerung wird die Möglichkeit haben, die Vorstellungen der Planer im Rahmen einer Ausstellung Ende März in den Räumen der Volkshochschule Hietzing kennenzulernen und dazu Stellung zu nehmen.

Die Siedlung SAT erstreckt sich südlich, die Siedlung Friedensstadt nördlich der Hermesstraße, die zum Lainzer Tor des Lainzer Tiergartens führt. (Schluß) red/bs

NNNN

Neues Vorstandsmitglied des Kuratoriums für Psychosoziale Dienste
=++++

3 Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat bestellte
Dienstag Gemeinderat Karl LACINA (SPÖ) zum Mitglied des Vorstandes
des Kuratoriums für Psychosoziale Dienste. Lacina tritt an die
Stelle des aus dem Gemeinderat ausgeschiedenen Dr. Kurt ZEMAN.
(Schluß) pr/gg

NNNN

Jugendzentrum Alt-Erlaa wird Freitag eröffnet

=++++

4 Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Das Jugendzentrum Alt-Erlaa, das bereits vor einiger Zeit seinen Probebetrieb aufgenommen hat, wird am kommenden Freitag, dem 19. Februar, feierlich eröffnet.

Bereits ab 17 Uhr spielt die Rockgruppe "VIRGIL CANE" im Jugendcafe. Um 18 Uhr wird Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER gemeinsam mit Gemeinderat Erik HANKE und Bezirksvorsteher Hans LACKNER die offizielle Eröffnung vornehmen. Um 18.30 Uhr ist dann eine Videoproduktion zu sehen, die von Jugendlichen aus dem Zentrum stammt und eine Parodie auf den Kultfilm "ROCKY HORROR PICTURE SHOW" darstellt. Dieter SCHRAGE vom Museum Moderner Kunst wird die einleitenden Worte sprechen.

Um 19.30 Uhr spielt die New Wave-Gruppe "BLÜMCHEN BLAU" im Jugendcafe, anschließend folgt ein DISCOSPEKTAKEL.

Das Jugendzentrum befindet sich im Kaufpark Alt-Erlaa im Lokal 15 und ist mit der Straßenbahnlinie 64 erreichbar. (Schluß) emw/ap

NNNN

Ehrenzeichen für zwei Engel

=++++

6 Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Bürgermeister Leopold GRATZ überreichte am Dienstag Amtsdirektor Erik ENGEL das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien sowie Irene ENGEL das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien. Das Ehepaar Engel hat sich bei der Organisation verschiedener sozialer Einrichtungen große Verdienste erworben, vor allem mit der Aktion "Sonnenzug". Dabei werden alljährlich 360 Behinderte, von jungen Menschen betreut, zu einer Urlaubsreise eingeladen.

Bürgermeister Gratz stellte in seiner Würdigung fest, die Tätigkeit des Ehepaares zeigt, daß es möglich ist, viele junge Menschen dafür zu begeistern, Behinderten zu helfen. In Anerkennung seiner langjährigen Verdienste um die Aktion "Sonnenzug" und als kleines Zeichen des Dankes, wie Amtsdirektor Engel ausführte, erhielt Bürgermeister Gratz die Ehrenplakette der Arbeitsgemeinschaft Sonnenzug in Gold. (Schluß) en/gg

NNNN

Mehr Geld für U-Bahn und Stromversorgung

Utl.: 600 "gesperrte" Millionen werden freigegeben

=++++

8 #Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt fast 600 Millionen S, die im Budget beziehungsweise Stadtwerke-Wirtschaftsplan bisher mangels Bedeckung gesperrt waren, können nunmehr freigegeben werden. Dem U-Bahn-Bau stehen dadurch 296,7 Millionen, für den Ausbau des Stromversorgungsnetzes 300 Millionen zusätzlich zur Verfügung. Dies teilte Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Mittwoch in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Straße, Verkehr und Energie mit. Die Aufhebung der Sperren im U-Bahn-Budget konnte in Verhandlungen mit dem Bund erreicht werden, die Aufhebung der E-Werke-Investitionssperren wird durch die vom Gemeinderat beschlossene Tariferhöhung möglich. Hofmann: "Unsere Bemühungen, einen großen Teil der Budgetsperren zu einem möglichst frühen Zeitpunkt aufzuheben, waren erfolgreich. Durch die rechtzeitige Vergabe der Aufträge können nicht zuletzt auch zahlreiche Arbeitsplätze gesichert beziehungsweise geschaffen werden."#

Zwtl.: Geld für U 3, U 6 und E 6-Züge

Von den 296,7 Millionen, die im U-Bahn-Budget "aufgemacht" werden können, entfallen 157 Millionen auf die Anschaffung von E 6-Garnituren, die für den Einsatz auf der U 6-Strecke vorgesehen sind. 71,8 Millionen werden für Planungen und Vorarbeiten für die U 3, 67,8 Millionen die U 6 verwendet. Im Bereich der E-Werke werden die Mittel in erster Linie für den Ausbau des Stromversorgungsnetzes ausgegeben. (Schluß) ger/ap

NNNN

Gleichenfeier für Pensionistenheim in Meidling

=++++

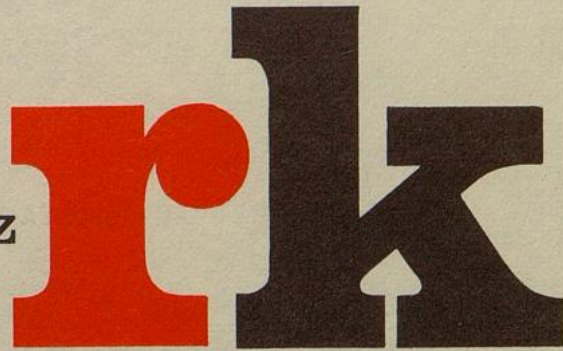
9 #Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Beim Bau für das Pensionistenheim im 12. Bezirk am Marschallplatz, wurde vor kurzem die Dachgleiche erreicht. Mittwoch fand in Anwesenheit von Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Personalstadtrat Franz NEKULA die Gleichenfeier statt. Das Pensionistenheim wird nach Plänen des Architektenbüros Fickl errichtet und nach seiner Fertigstellung - voraussichtlich im Frühjahr 1983 - 281 Pensionären Platz bieten.#

Außerdem wird auch eine sogenannte B-Abteilung mit 31 Betten eingerichtet. Die voraussichtlichen Kosten werden rund 185 Millionen S betragen. Das Gesamtausmaß des Grundstücks beträgt 18.300 Quadratmeter, die bebaute Fläche 5.513 Quadratmeter. Wie Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher bei dieser Gelegenheit erklärte, wird entsprechend der Zusage von Bürgermeister Leopold GRATZ pro Jahr mit dem Bau von zwei Pensionistenheimen begonnen. Zur Zeit gibt es 15 Pensionistenheime mit 3.815 Wohnplätzen und 471 Betten in Betreuungsstationen. Sechs weitere Heime im 4., 6., 9., 12., 14. und 21. Bezirk - sie werden über insgesamt 1.574 Heimplätze und 188 Betten in den Betreuungsstationen verfügbare - sind derzeit im Bau.
(Schluß) zi/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Donnerstag, 18. Februar 1982

Blatt 409

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS "Salzburger Eck" in Wien
ausgesendet: Das andere Palma de Mallorca
(grau)

Kommunal: 126 Millionen für Wiener Schulen
(rosa) österreichischer Städtetag im Mai in Linz
Kuratoriumssitzung des Instituts für Stadtforschung

Lokal: Straßenmusikverordnung 1982
(orange) Fremdenführer-Saison beginnt

Wirtschaft: INNOVA: Weniger Risiko - mehr Umsatz
(blau) Vak rechnet mit Stabilisierung des Zinsniveaus

Nur
über FS: 18.2. Fernsehapparat als Brandstifter
Wienerin feiert 100. Geburtstag
Abfahrtsrampe Wagramer Straße zum Kaisermühlendamm
gesperrt

.....
Bereits am 17. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

"Salzburger Eck" in Wien

Utl.: Bereits drei Bundesländer-Vertretungen

=++++

10 Wien, 17.2. (RK-POLITIK) Ihre Aufgaben und Tätigkeitsbereiche stellten im Rahmen einer Pressekonferenz am Mittwoch die drei im Bundesländerhaus in Wien vertretenen Landesdelegationen von Salzburg, Steiermark und Tirol vor.

Auf Grund eines Beschlusses der Landeshauptleutekonferenz im Jahr 1979 wurde in Wien 1., Schenkenstraße 4, eine repräsentative Vertretung der österreichischen Bundesländer in der Bundeshauptstadt Wien in Form eines Bundesländerhauses eingerichtet. Den gemeinsamen Nenner der Aufgaben der drei, nun auch personell vertretenen Bundesländer Salzburg, Steiermark und Tirol, umriß der Tiroler Delegationsleiter Dr. Heinrich WOLF mit der Servicefunktion für in Wien lebende Landsleute wie auch für Wiener in den Bundesländern, der Erleichterung der Kommunikation sowie der Betreuung kultureller und wirtschaftlicher Bereiche.

Neben diesen drei Funktionen sieht etwa der steirische Delegationsleiter, Gesandter Dr. Friedrich HOESS, seine Hauptaufgabe darin, für die steiermärkische Wirtschaft, die derzeit eine Strukturkrise durchmacht, Investoren zu finden und auch bei den Zentralstellen Investitionen zu bekommen.

Dr. Karl KWISDA, Leiter der Salzburger Landesdelegation, kündigte für den 26. April die Übergabe des "Salzburger Eck's" an, die gemeinsam von Landeshauptmann Dr. Wilfried HASLAUER und Bürgermeister Leopold GRATZ vorgenommen werden wird. Bei dem "Salzburger Eck" handelt es sich um den Platz im Bereich der Kreuzung Gumpendorfer Straße - Lehargasse in Mariahilf, für den das Land Salzburg als Ausdruck der Verbundenheit mit der Bundeshauptstadt Wien die Bäume gestiftet hat. (Schluß) en/gg

.....
Bereits am 17. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Das andere Palma de Mallorca (1)

Utl.: Ausstellung in der Volkshalle eröffnet

=++++

11 - Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Mittwoch abend wurde in der Volkshalle des Wiener Rathauses die Ausstellung "Das andere Palma de Mallorca" von Bürgermeister Leopold GRATZ und dem Bürgermeister von Palma de Mallorca Ramon Aguilo MUNAR eröffnet. Ehrengäste waren Bundeskanzler Dr. Bruno KREISKY und seine Gattin. Weiters nahmen an der Ausstellungseröffnung der spanische Staatssekretär für Touristik, der spanische Botschafter in Wien, der Amtsf. Stadtrat Franz NEKULA, Frau Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, Klubomann Dr. Erwin HIRNSCHALL sowie zahlreiche Vertreter des Wiener Gemeinderates teil.

Bürgermeister Leopold Gratz wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß die Ausstellung "Das andere Palma de Mallorca" nicht nur den touristischen Bereich, den der Urlauber normalerweise kennenlernt, zeigt, sondern einen Überblick über die reiche Tradition und Kultur der Stadt gibt.

Der Bürgermeister von Palma betonte die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Wien und Palma, wobei er hier besonders die herzliche Verbundenheit mit Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky hervorhob. (Forts.) emw/rb

NNNN

.....
Bereits am 17. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Das andere Palma de Mallorca (2)

=++++

12 Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Die Ausstellung, die vom 18. Februar bis 7. März täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet sein wird, zeigt einen ausführlichen Überblick über die Bauten und Ansichten Palmas, das von den Römern gegründet wurde und vor allem aus der Epoche arabischer Herrschaft viele Spuren aufweist. Auch gotische Bauten finden sich in Palma, ebenso wie spektakuläre Jugendstilarchitektur. Glanzstücke der Ausstellung in der Volkshalle sind zweifellos mehrere riesige Segel, die von dem berühmten Maler Juan MIRO, der in Palma lebt, bemalt wurden. (Schluß) emw/rb

NNNN

126 Millionen für Wiener Schulen

=++++

2 #Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie bewilligte insgesamt 126,485 Millionen S für Wiens Schulen. Rund 88 Millionen werden für Neubauten und Instandsetzungen aufgewendet, 15,5 Millionen für Einrichtungsgegenstände sowie 23 Millionen für verschiedene Unterrichtsrequisiten.#

Zwtl.: 2,6 Millionen Hefte für Wiens Schüler

Für das Schuljahr 1982/83 wird die städtische Schulverwaltung Wiens allgemeinbildende Pflichtschulen wieder mit verschiedenen Unterrichtsmaterialien ausstatten, darunter werden 2,6 Millionen Hefte sein, 750.000 Bleistifte, 647.000 Stück Tafelkreide, 86.000 Wollknäuel, 10.000 Stricknadeln und rund 60 Kilometer Stoff.

(Schluß) emw/bs

NNNN

Straßenmusikverordnung 1982

Utl.: Neuer Musizierplatz am Spittelberg

=++++

3 #Wien, 18.2. (RK-LOKAL) Mit dem ersten März tritt die Verordnung des Magistrats der Stadt Wien für die öffentlichen Musizierplätze im Jahr 1982 in Kraft. Damit gilt für die Straßenmusik wieder die Regelung, die sich bereits im Vorjahr bestens bewährt hat und die einerseits die Straßenmusik als belebendes Element im Wiener Straßenbild ermöglicht, andererseits aber auch die Interessen der Anrainer und Geschäftsleute berücksichtigt. Zu den Zonen, in denen musiziert werden darf, kommt heuer noch die Spittelberggasse im siebenten Bezirk dazu, wo die Straßenmusik von 16 bis 20 Uhr zugelassen ist.#

Ebenfalls von 16 bis 20 Uhr ist das Spielen auf dem Graben, in der Kärtner Straße und auf dem Michaelerplatz erlaubt. Folgende Plätze und Straßen werden von 11 bis 20 Uhr freigegeben: Am Hof, Schwedenplatz, Karlsplatz, Fußgängerzone Favoriten, Reumannplatz, Hansson-Zentrum und Meidlinger Hauptstraße.

In einem Flugblatt, das die Exekutive an die Musikanten ausgibt, informiert die Stadt Wien über die genaue Situierung der Musizierplätze.

Wie im Vorjahr ist die Verwendung von lautstarken Instrumenten, der Aufbau von Podien und das Absammeln von Geld nicht erlaubt. Eine Musiziertruppe darf aus maximal drei Personen bestehen. Von den Häuserfronten müssen cirka fünf, von Kirchen 25, von anderen Musikgruppen 50 Meter Abstand gehalten werden. (Schluß) gab/ap

NNNN

Fremdenführer-Saison beginnt

=++++

5 #Wien, 18.2. (RK-LOKAL) Für die 200 geprüften Wiener Fremdenführer beginnt derzeit die Saison. Aber auch für die zahlreichen "Pfuscher" ohne Prüfung. Ihnen sagt der "Verein der geprüften Wiener Fremdenführer" für heuer den Kampf an, wie "Wien aktuell - Wochenblatt" in seiner neuen Ausgabe berichtet. Es wird mit massiven Strafanzeigen gedroht.#

"Stören wir den Kaiser nicht?" "Wo spielt der Johann Strauß?" - Solche Fragen sind bei Touristen aus Übersee keine Seltenheit. Das Wien-Klischee ist bei ihnen fest verankert. Aufgabe der Fremdenführer ist es nun, die Besucher auch über die gängigen Wien-Vorstellungen wie Lipizzaner, Strauß und Sängerknaben hinaus für unsere Stadt zu gewinnen. Sie sehen sich als Basisarbeiter der österreichischen Fremdenverkehrsindustrie und belegen das auch mit Zahlen: "Wenn ich pro Jahr 200 Führungen mache - mit Gruppen von durchschnittlich 40 Personen - dann sind das 8.000 Kontakte. Wenn jeder dieser Urlauber nur zweien seiner Freunde darüber erzählt, dann sind das 16.000 Menschen, die ich mit einem positiven Wien-Bild erreicht habe". Und das mal 200 Fremdenführer!

Der "Verein der geprüften Fremdenführer" versucht, die Interessen der Fremdenführer auf amikale Weise gegenüber den öffentlichen Stellen zu vertreten. Andererseits will man heuer beinhart gegen die "Ungeprüften" vorgehen - mit massiven Strafanzeigen. "Immerhin haben wir alle einen dreisemestrigen Kurs - mit Geschichte, Literatur, Musik, Anstandslehre und Sprechtechnik - absolviert. Nur 15 Prozent der Angemeldeten schaffen die schwere Prüfung".

Der neue Tarif für Wiener Fremdenführer beträgt 680 Schilling für Touren bis zu vier Stunden. Für die Fremdenführer fallen davon noch Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer, Sozialversicherung und Provisionen für die Reisebüros weg. "Leben kann man davon nur", sagen sie, "wenn man jederzeit einsatzbereit ist und mindestens zwei Fremdsprachen kann". (Schluß) roh/bs

INNOVA: Weniger Risiko - mehr Umsatz

=++++

6 Wien, 18.2. (RK-WIRTSCHAFT) Im Jahr 1978 wurde die "INNOVA", die Wiener Innovationsgesellschaft m.b.H. gegründet. Das Unternehmen befaßt sich hauptsächlich mit der Lösung volkswirtschaftlicher Probleme. "Wien aktuell - Wochenblatt" veröffentlicht in seiner neuen Nummer einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit dieses zu 57 Prozent gemeindeeigenen Unternehmens.

"Innovation" bedeutet Entwicklung neuer Ideen, Techniken, Produkte. Die "INNOVA" bietet spezifische Finanzierungsformen für solche Projekte an. Im Mittelpunkt steht dabei die sogenannte "Risikofinanzierung", das heißt, die "INNOVA" trägt die Finanzierung bis maximal 40 Prozent für Projekte, die nach eingehender Prüfung als chancenreich beurteilt wurden. Dazu werden noch umfassende Beratungsleistungen angeboten.

In dieser Form hat die "INNOVA" in den vergangenen vier Jahren rund eine Viertel Milliarde Schilling bereitgestellt, wobei ein Großteil dieser Investitionen durch eine Umsatzbeteiligung wieder an die Gesellschaft zurückfließt. Einige Beispiele: Ein neues Fußbodenheizungssystem wurde entwickelt, das im In- und Ausland bereits beachtliche Erfolge erzielt. Weiters eine Skibindung, die problemlos auf der Piste montiert werden kann. Neue Technologien in den Bereichen Kunststoff- und Biorecycling von organischen Abfällen gehören dem Bereich Umweltschutz an.

Eine Besonderheit der "INNOVA-Leistungen" besteht seit kurzer Zeit in Lizenzverwertungen. Erfindungen werden treuhänderisch übernommen und kommerziell ausgewertet.

Der Erfolg dieser Einrichtung schlägt sich in der Tatsache nieder, daß allein auf dem Gebiet der Risikofinanzierung mit dem Investitionen 100 Arbeitsplätze geschaffen wurden. 50 Prozent der Wertschöpfung der Gesellschaft kommen der Bundeshauptstadt zugute. Deshalb sind auch die Kriterien für eine Beteiligung der "INNOVA" an einem Projekt streng: Internationale Konkurrenzfähigkeit, Arbeitsplatzsicherung und eine zu erwartende hohe Wertschöpfung.

(Schluß) roh/ap

österreichischer Städtetag im Mai in Linz

=++++

8 #Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Der Hauptausschuß des österreichischen Städtebundes, der Dienstag unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold GRATZ in Wien tagte, beschloß eine Resolution an die österreichische Bundesregierung, in der eine rechtswidrige Anwendung des Umsatzsteuergesetzes 1972 durch die Finanzbehörden kritisiert wird. Nach Meinung des Städtebundes verweigern die Bundesfinanzbehörden vielen Gemeinden das Recht zum Vorsteuerabzug, weil sie die Anerkennung als Betrieb gewerblicher Art bei Gemeinden von einem vorgegebenen Prozentsatz der Kostendeckung abhängig machen. Dies steht aber im Gegensatz zum Verwaltungsgerichtshof, der wiederholt anders entschieden hat als die Finanzbehörden.#

Der österreichische Städtetag wird am 18. und 19. Mai in Linz stattfinden. Motto ist "Die Kommunalpolitik in unserer Zeit", Referenten werden u.a. der Bremer Bürgermeister KOSCHNIK und der Salzburger Bürgermeister Dipl. Ing. RESCHEN sein. Die Eröffnung des Städtetags wird Bundespräsident Dr. KIRCHSCHLÄGER vornehmen.
(Schluß) sei/ap

NNNN

Vak rechnet mit Stabilisierung des Zinsniveaus

Utl.: österreichischer Kapitalmarkt in gutem Zustand

=++++

9 #Wien, 18.2. (RK-WIRTSCHAFT) "Z"-Generaldirektor Dr. Karl VAK erklärte Mittwoch nachmittag in einem Referat vor dem Hauptausschuß des österreichischen Städtebundes im Wiener Rathaus, die aktuelle Kapitalmarktsituation ist derzeit alles andere als erfreulich. Die "Reagan-Administration" will zwar auch eine Senkung des hohen Zinsniveaus, die eingeleiteten Maßnahmen, wie die Ausweitung des Budgetdefizits durch die Rüstungsausgaben, sind jedoch nicht geeignet, eine Senkung herbeizuführen. Für das heurige Jahr erwartet sich Vak trotzdem eine Stabilisierung am amerikanischen Zinsmarkt. #

Im ersten Halbjahr könnte die Tendenz sogar etwas nach unten gehen, im zweiten Halbjahr ist wieder ein leichter Anstieg nach oben zu erwarten. Ein gewisser Hoffnungsschimmer könnte die Entwicklung bei unserem wichtigsten Handelspartner, der Bundesrepublik Deutschland, sein. Dort versucht man, sich etwas von der amerikanischen Entwicklung abzukoppeln. Dies wird umso eher gelingen, je besser sich die deutsche Wirtschaft entwickelt.

Der österreichische Kapitalmarkt ist derzeit in einem guten Zustand. Die Anleihen der letzten Zeit hatten einen guten Absatz. Am Kapitalmarktszinssatz von 10,5 Prozent wird sich kaum Entscheidendes verändern.

Investitionen in den Wohnbau und in die Althausanierung stuft Vak aus arbeitsmarktpolitischen Gründen als "besonders wichtig" ein. Das Sonderwohnbauprogramm des Bundes ist ein Versuch, die Belastungen für die Mieter in den ersten Jahren gering zu halten. Nach 15 Jahren erreicht die Kurve der Mietenbelastung jedoch den Punkt, wo der Mieter gegenüber der bisher üblichen Finanzierungsform mehr zahlen muß. Für das Sonderwohnbauprogramm des Bundes gibt es bereits eine Reihe von Interessenten, erklärte Dr. Vak. (Schluß)
sei/gg

Kuratoriumssitzung des Institutes für Stadtforschung

=++++

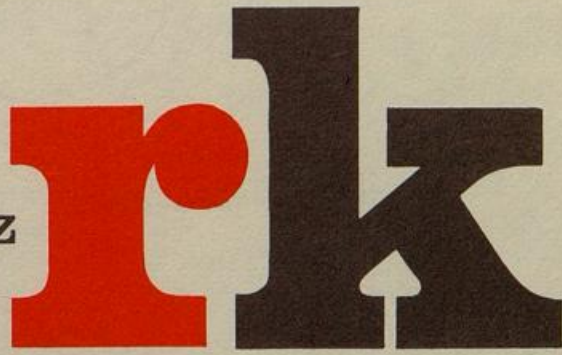
10 #Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Fragen des Wohnungswesens und der Stadterneuerung bilden Schwerpunkte im Arbeitsprogramm des Institutes für Stadtforschung, dessen Kuratorium Donnerstag unter Vorsitz seines Präsidenten Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER zusammentrat. Derzeit führt das Institut eine erste umfassende Befragung von Altmiethausbesitzern in 16 Teilgebieten Wiens durch, mit der die Ansichten zum Haus- und Grundbesitz, zu Fragen der Instandhaltung, Wohnungsverbesserung und Stadterneuerung erkundet werden sollen. Diese für Fragen des Althausbesitzes in Wien repräsentative Erhebung wird durch Begehungen der Häuser sowie durch Grundbuchsauswertungen ergänzt und soll weitere wichtige Entscheidungsgrundlagen in Fragen des Mietrechtes und der Stadterneuerung bringen.#

Das Kuratorium des Instituts, dem die Amtsführenden Stadträte Prof. Dr. Helmut ZILK und Hans MAYR, Stadtrat Komm.-Rat Wilhelm NEUSSER, die Gemeinderäte Dr. Erwin HIRNSCHALL (FPÖ), Dr. Peter MAYR (ÖVP) und Franz ROSENBERGER (SPÖ) sowie Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION als Vertreter der Stadt Wien, die Bürgermeister von Linz und Salzburg Franz HILLINGER und Dipl.-Ing. Josef RESCHEN als Vertreter des österreichischen Städtebundes und Univ.-Prof. Dr. Hans BOBEK - für die österreichische Akademie der Wissenschaften - angehören, genehmigte vor allem das Arbeitsprogramm und den Voranschlag für 1982. Starke Subventionskürzungen machen eine Reorganisation des Institutes und eine Konzentration auf besondere Arbeitsschwerpunkte erforderlich.

Nach dem Ausscheiden des bisherigen Direktors Arch. Georg CONDITT, der 1981 in den Ruhestand getreten ist, wurde Helmut KORZENDÖRFER, der seit Gründung des Institutes im Jahre 1970 als Generalsekretär tätig ist, mit der Geschäftsführung betraut. Zum wissenschaftlichen Leiter wurde der Sozialwissenschaftler Dr. Albert KAUFMANN bestellt, der dem Institut für Stadtforschung ebenfalls seit zwölf Jahren als wissenschaftlicher Sachbearbeiter angehört.
(Schluß) red/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 19. Februar 1982

Blatt 420

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau) Diplomfeier im Psychiatrischen Krankenhaus
Wien fordert keinen Selbstbehalt für Fremdpatienten
Weizsäcker bei Gratz

Kommunal: (rosa) "Vor Straßenbahn wird gewarnt"
EBS-Lagerung: Strenge Untersuchung
öffentliche Hilfe und Selbsthilfe im Alter
Badner Bahn: Weichenstellung fürs Jahr 2000
Hohe Auszeichnungen für Wiener Kommunalpolitiker
Saisonstart im Wiener Fremdenverkehr

Kultur: (gelb) Zweites Internationales Tourismus Filmfestival

Nur über FS: 18.2. Linie "0" zur Ferienmesse
19.2. Mädchen in technische Berufe
Ehrungen für Verdienste um die Wiener Wirtschaft
Hohe Auszeichnungen der Stadt Wien für zwei Tiroler
Feuerwehr rettete Bewußtlosen aus brennender Küche
Samstag die Sendung des Bürgermeisters

.....
Bereits am 18. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Diplomfeier im Psychiatrischen Krankenhaus

=++++

12 #Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien in Ybbs fand Donnerstag eine Diplomfeier statt, bei der Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER 9 frischgebackenen Diplomschwestern und 3 Diplompflegerern ihre Dekrete überreichte. Zwei Schwestern und ein Pfleger konnten ihre dreijährige Ausbildungszeit mit Auszeichnung absolvieren. #

Der Gesundheitsstadtrat nahm die Gelegenheit zum Anlaß, um auf die besondere Bedeutung des Krankenpflegeberufs gerade in der Psychiatrie hinzuweisen. Laut Stacher sei auch im Pflegebereich sowie im gesamten Bereich der Psychiatrie in den letzten Jahren ein Umbruch eingeleitet worden. Gab es früher vor allem ausschließlich die verwahrende Krankenpflege, so steht nunmehr die Rehabilitation der psychisch Kranken im Vordergrund. In diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache erfreulich, daß ebenso wie beim übrigen Pflegepersonal auch in der Psychiatrie die Zahl der diplomierten Krankenschwestern und Pfleger wesentlich zugenommen hat. Gab es im Jahr 1978 im städtischen Bereich der Psychiatrie insgesamt 1896 Schwestern und Pfleger, so stieg deren Zahl im Vorjahr auf 2.383. Das ist eine Steigerung um fast 26 Prozent.

An der Diplomfeier nahmen unter anderen der Landessanitätsdirektor von Niederösterreich HR. Wilhelm WORREL, der Bezirkshauptmann von Melk HR. Hadmar LECHNER, der Bürgermeister von Ybbs, August RIESS sowie der Landessanitätsdirektor von Wien HR. Dr. Ermar JUNKER teil. (Schluß) zi/bs

NNNN

.....
Bereits am 18. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Geehrte Redaktion!

.....

=++++

13 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Stadterneuerung ist ein
vielschichtiger Begriff. Er umfaßt nicht nur die Verbesserung der
Wohnsubstanz oder den Ausbau der Infrastruktur, sondern er ist die
Summe aller Bemühungen, die Stadt funktionsfähig und lebenswert zu
erhalten. Einen Überblick über die Vielfalt der Tätigkeiten bietet
der Stadterneuerungsbericht, der kürzlich vom Magistrat
fertiggestellt wurde. Bürgermeister Leopold GRATZ, Wohnbaustadtrat
Johann HATZL sowie weitere Mitglieder des Stadtsenats werden diesen
Stadterneuerungsbericht in einem

PRESSEGESPRÄCH

präsentieren. Sie sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

Bitte merken Sie vor:

ZEIT: Donnerstag, 25. Februar 1982, 10 Uhr.

ORT: Konferenzzimmer des PID, Rathaus, Stiege 3.

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

(Schluß) red/gg

NNNN

.....
Bereits am 18. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Wien fordert keinen Selbstbehalt für Fremdpatienten

=++++

14 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Zu einer Aussendung des
ÖVP-Pressedienstes, "Gesundheitsversorgung ist unteilbar", erklärte
Finanzstadtrat Hans MAYR Donnerstag der "RATHAUSKORRESPONDENZ", daß
er niemals einen Selbstbehalt für sogenannte Fremdpatienten
gefordert hat. Der niederösterreichische Landeshauptmann-
Stellvertreter Dr. PRÖLL und die Wiener Stadträtin Dr. KUBIENA
müssen sich offensichtlich solcher Unwahrheiten bedienen, um ihren
Standpunkt darzulegen. Die Stadt Wien hat nicht die Absicht, ein
finanzielles Problem auf den Rücken der Patienten auszutragen.
Vielmehr geht es Wien darum, daß das Bundesland Niederösterreich -
und nicht die Patienten aus Niederösterreich - seiner Verpflichtung
für die medizinische Versorgung seiner Landesbürger nachkommt.
(Schluß) sei/bs

NNNN

.....
Bereits am 18. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Weizsäcker bei Gratz

=++++

17 Wien, 18.2. (RK-POLITIK) Der regierende Bürgermeister von Berlin, Dr. Richard von Weizsäcker, befindet sich gegenwärtig auf einem Kurzbesuch in der österreichischen Bundeshauptstadt. Von Weizsäcker stattete Donnerstag nachmittag Bürgermeister Leopold GRATZ im Wiener Rathaus einen Besuch ab. (Schluß) red/ap

NNNN

"Vor Straßenbahn wird gewarnt"

Utl.: Neues Signal an der Kreuzung Ring/Operngasse

=++++

2 #Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Eine neuartige Signaltafel warnt seit Freitag an der Kreuzung Ring/Operngasse die in die Operngasse links abbiegenden Autofahrer vor der entgegenkommenden, geradeaus fahrenden Straßenbahn (die hier selbstverständlich Vorrang hat). Auf der elektronischen Anzeigetafel - Format: 50 mal 50 cm - scheinen abwechselnd zwei Bilder auf: Ein Straßenbahnsymbol mit dem Wort "Vorsicht" und das Verkehrszeichen "Achtung! Gefahr" (ein auf der Basis stehendes Dreieck mit einem Rufzeichen).#

Die neue Tafel, die von der MA 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) entwickelt wurde, kommt an der Kreuzung Ring/Operngasse erstmals versuchsweise zum Einsatz. In der MA 46 verspricht man sich von dem neuen großen Signal eine noch bessere Wirkung - und damit mehr Sicherheit - als von dem an dieser Kreuzung bisher verwendeten Symbol (das sich aber ebenfalls durchaus bewährt hat). Die Verkehrsteilnehmer werden ersucht, ihre Meinung zu dem neuen Verkehrszeichen der MA 46 mitzuteilen (Telefon: 83 66 16/327). (Schluß) ger/gg

NNNN

EBS-Lagerung: Strenge Untersuchung

=++++

3 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Sofort reagiert hat Bürgermeister Leopold GRATZ auf den Bericht in der Kronen-Zeitung über die Lagerung von Fässern auf der Simmeringer Lände am Donaukanal durch die Firma EBS (Entsorgungsbetriebe Simmering): Heute noch wird eine Kommission unter dem Vorsitz von Obersenatsrat Dr. Hans VORRATH (Büro für Sofortmaßnahmen) dem Bürgermeister über folgende Punkte Bericht zu erstatten haben:

- o ob eine Gesundheitsgefährdung vorliegt
- o ob eine Gefährdung für das Grundwasser vorliegt
- o wie die rechtlichen Grundlagen für diese Lagerung sind
- o und ob die Einleitung von Sofortmaßnahmen erforderlich ist.

Der Kommission gehören Univ.-Dozent Dr. Gunnar RYVARDEN vom Gesundheitsamt der Stadt Wien, Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Friedrich SONNTAG von der Gewässer Aussicht und Dipl.-Ing. Helmut LÖFFLER von der Umwelta Abteilung an. Die Kommission wird unter Heranziehung des Magistratischen Bezirksamtes, der Gewerbe Polizei, der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien und erforderlichenfalls der Feuerwehr der Stadt Wien die tatsächliche Situation raschest klären.
(Forts. mgl.) pr/gg

NNNN

öffentliche Hilfe und Selbsthilfe im Alter (1)

Utl.: 20 Prozent fühlen sich einsam

=++++

7 #Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Die in Wien bestehenden Einrichtungen der öffentlichen und privaten Hilfe sowie der Selbsthilfe für ältere Menschen sollen durch eine Reihe von Maßnahmen, wie etwa einer verstärkten Information, Koordination und Förderung, unterstützt und ausgebaut werden. Dies waren die wesentlichsten Ergebnisse einer über Initiative von Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag abgehaltenen Enquete über das Thema "öffentliche Hilfe und Selbsthilfe im Alter",# an der auch Staatssekretärin Franziska FAST teilnahm.

Laut Stacher gibt es derzeit international gesehen keine Stadt, die über ein so dichtes soziales Netz verfügt. Ein weiterer Ausbau der sozialen Dienste ist daher nicht notwendig. Statt dessen sollten jedoch private Hilfen und Selbstorganisationen in noch stärkerem Maße als bisher gefördert werden. Nach dem erfolgreich geführten Kampf gegen die Armut, geht es nunmehr, die Einsamkeit vieler älterer Menschen zu bekämpfen. Nach einer vom IFES-Institut 1981 durchgeführten Studie fühlen sich 20 Prozent der über 60jährigen Wiener einsam oder isoliert. Nur 20 Prozent der Einsamen haben keine Kinder. Die Senioren vertraten zu 57 Prozent die Meinung, daß es sinnvoll wäre, den Ruhestand zu planen. 37 Prozent halten den Anschluß an Gleichaltrige in einer Gemeinschaft für wichtig. 42 Prozent gaben an, Mitglieder in einer Pensionistenorganisation zu sein oder Mitglied werden zu wollen. Außer Rat und Hilfe sind es vor allem der persönliche Kontakt, die Geselligkeit und die gemeinsamen Aktivitäten, die den Anreiz für eine derartige Mitgliedschaft geben. (Forts.) zi/bs

NNNN

Öffentliche Hilfe und Selbsthilfe im Alter (2)

Utl.: Beispielgebendes Sozialversicherungssystem

=++++

11 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat Anton WINDHAB, Generaldirektor-Stellvertreter der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, erklärte, daß das österreichische System der sozialen Sicherheit mit 98 Prozent praktisch die gesamte Bevölkerung erfaßt. Durch ein breitgefächertes Angebot gibt es eine "Alterspension nach Maß". Ebenso gibt es nur ganz wenige Staaten, die jenes in Österreich vorhandene Mischsystem aus Versicherung und Sozialprinzip haben. Ein Beispiel dafür ist etwa der im Rahmen dieses Systems gewährte Hilflosenzuschuß.

Obersenatsrat Dr. Herbert DRAPALIK, Leiter des Sozialamtes, wies auf die diversen Betreuungsmaßnahmen für alte Menschen durch die Stadt Wien hin. So gibt es neben den Krankenanstalten und Heimen, gesundheitliche, soziale und pflegerische Betreuungseinrichtungen. Oberster Grundsatz für die Inanspruchnahme der verschiedenen sozialen Dienste ist dabei das im Wiener Sozialhilfegesetz verankerte Recht auf soziale Hilfe.

Gemeinderat Christine SCHIRMER, Geschäftsführerin des Vereines Wiener Sozialdienste, beschäftigte sich mit der Altenhilfe durch private Vereine. So gibt es gegenwärtig etwa rund 2.000 Heimhelferinnen, die sehr wesentlich dazu beigetragen haben, daß auch sogenannte "Pflegefälle" zu Hause betreut werden können. Ebenso hat sich der Soforteinsatz von Heimhelferinnen bei spitalsentlassenden Patienten bestens bewährt. (Forts.) zi/gg

NNNN

öffentliche Hilfe und Selbsthilfe (3)

Utl.: Selbstaktivierung als Selbsthilfe

=++++

12 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Daß die Wiener sehr wohl bereit sind, Hilfe zu leisten, ergab eine Studie des Sozialamtes, über die Friedrich LEITNER berichtete. 150.000 ältere Wienerinnen und Wiener benötigen zur Bewältigung ihrer Haushaltsführung eine Hilfe. 110.000 davon erhalten diese Hilfe durch Verwandte, Bekannte und Nachbarn. Die übrigen werden im Rahmen der sozialen Hilfen betreut. In Wien gibt es 100 Selbsthilfegruppen, die mit dem Sozialamt in Kontakt stehen. Dr. Leitner hob die vom Wiener Roten Kreuz eingerichtete Selbsthilfeinformationsstelle im 5. Bezirk, Am Hundsturm 18, hervor, die unter der Telefonnummer 54 13 63 Auskünfte über die Wiener Selbsthilfegruppen gibt.

Dr. Alfred ZUPANCIC vom österreichischen Seniorenrat bezeichnete die Selbstaktivierung des älteren Menschen als eine der wesentlichsten Formen der Selbsthilfe. Seiner Meinung nach gibt es in Wien eine große Zahl einsamer und isolierter älterer Menschen, von denen sicher viele zu einer sinnvollen Tätigkeit nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere bereit wären.

In den nächsten Monaten werden noch fünf weitere Enqueten über altersspezifische Themen durchgeführt werden und zwar über "Gesundheit und Krankheit", "Kultur und Bildung", "Sport", "Richtige Ernährung" und "Wohnen". (Schluß) zi/bs

NNNN

Badner Bahn: Weichenstellung fürs Jahr 2000

=++++

8 #Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Nach der im Dezember 1981 erfolgten Konzessionsverlängerung sind die Weichen der Badner Bahn in Richtung Modernisierung des Wagenparks und der Streckeneinrichtung gestellt. Bis zum Jahr 1998 soll der gesamte Wagenpark auf den modernsten und den heutigen Ansprüchen gerechten Standard gebracht werden.#

Dies berichtete der Direktor der Wiener Lokalbahnen, SIMA, am Freitag im Rahmen eines Pressegespräches.

Die Badner Bahn ist eines der wichtigsten öffentlichen Verkehrsmittel im Bereich Wien und Umgebung. 1981 beförderte sie 3,8 Millionen Passagiere, rund 11.000 Fahrgäste pro Tag. Nach Vorliegen eines langfristigen Unternehmenskonzeptes übernahmen nunmehr der Bund sowie die Länder Wien und Niederösterreich finanzielle Garantien für den Fortbestand und die Investitionspläne der Badner Bahn, berichtete Sima. In den nächsten zehn Jahren sind Investitionen in der Höhe von 524 Millionen Schilling geplant, 194 Millionen davon entfallen auf die Erneuerung des Wagenparks. Zu den weiteren Maßnahmen, die die Badner Bahn noch attraktiver machen sollen, gehören ein Signetwettbewerb zur Modernisierung des äußeren Erscheinungsbildes, die Einführung von "Theaterzügen", "Weingenießerkarten" und ermäßigten Familienkarten sowie die Kooperation mit Partnern (so gibt es derzeit beispielsweise an jedem ersten Samstag im Monat Gratisfahrten zur Shopping-City-Süd).
(Schluß) ger/gg

NNNN

Hohe Auszeichnungen für Wiener Kommunalpolitiker

=++++

9 #Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Als Anerkennung für ihre langjährige Tätigkeit in Vertretung der Interessen der Mitbürger überreichte Freitag Bürgermeister Leopold GRATZ an 16 Gemeinderäte, vier Bezirksvorsteher und sieben Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ehrenzeichen des Landes Wien. #

Bei der Ehrung waren eine Reihe von Ehrengästen erschienen, darunter Mitglieder der Bundesregierung, des Nationalrates und des Bundesrates sowie Mitglieder des Wiener Landtages und Gemeinderats sowie Vertreter der Beamtenschaft. (Schluß) en/ap

NNNN

Zweites Internationales Tourismus Filmfestival

Utl.: Preis der Stadt Wien für "Riga"

=++++

10 Wien, 19.2. (RK-KULTUR/LOKAL) Zum zweiten Mal fand heuer im Rahmen der Wiener Ferienmesse ein Internationales Tourismus Filmfestival statt. Die Hauptpreise des Festivals wurden von einer internationalen Jury für die Filme "Athenascope" (Griechenland), "Südafrika für Besucher" (Südafrika) und "Steiermark im Winter" (Österreich) vergeben. Der Ehrenpreis der Stadt Wien, den Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK im Rahmen der Preisverleihung am Freitag im Messekino übergab, ging an den Film "Riga" aus der UdSSR.

Das gesamte Filmprogramm des Festivals wird in der Zeit vom 22. Februar bis 7. März von 9 bis 15 Uhr im Metro-Kino bei freiem Eintritt gezeigt. (Schluß) gab/ap

NNNN

Saisonstart im Wiener Fremdenverkehr (1)

Utl.: Luxus mit Nostalgie besonders gefragt

=++++

14 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Wie die Ergebnisse des Jahres 1981 gezeigt haben - bekanntlich konnten um 2,2 Prozent mehr Gästeübernachtungen als im Jahr davor in Wien gezählt werden, wobei die Fünf- und Viersternhotels ein Plus von 3,5 Prozent zu verzeichnen hatten - ist Wien auf dem richtigen Weg, indem es versucht, Qualität in Verbindung mit dem nostalgisch-kulturellen Hintergrund Wiens anzubieten. Dies stellte Landesfremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS Freitag bei einem Pressegespräch fest.

Zwtl.: 4,5 Milliarden Schilling touristischer Umsatz

#Der Wien-Besucher gibt, wie festgestellt wurde, pro Nächtigung mehr aus als der Besucher anderer österreichischer Bundesländer. Wie eine Untersuchung zeigt, hat sich der touristische Umsatz in Wien 1981 auf mindestens 4,5 Milliarden Schilling belaufen, wobei hier noch nicht einmal die Umsätze von Privatzimmergästen und Tagesbesuchern eingerechnet sind.

Am meisten geben die Schweizer in Wien aus, nämlich rund 1270 S pro Tag, gefolgt von den Amerikanern mit 1180 S. Im Vergleich dazu: ein ungarischer Gast gibt nur rund 863 S pro Aufenthaltstag aus.#

(Forts.) emw/bs

NNNN

Saisonstart im Wiener Fremdenverkehr (2)

Utl.: Jahresregent ist Joseph Haydn

=++++

15 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich des 250. Geburtstages von Joseph Haydn werden zahlreiche Veranstaltungen stattfinden, die in einer vom Wiener Fremdenverkehrsverband herausgegebenen Broschüre verzeichnet sind. So werden die Wiener Sängerknaben in der Burgkapelle bis zum Sommer ausschließlich Haydn-Messen singen, und das Musikfest der Wiener Festwochen beginnt mit Haydns "Schöpfung" (Herbert von Karajan wird die Wiener Philharmoniker dirigieren). Neben anderen musikalischen Veranstaltungen wird sich auch eine Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien mit Haydn und seiner Zeit befassen. Das frisch restaurierte Haydnhaus (Wien 6, Haydngasse 19) wird fast im Originalzustand des Jahres 1800 präsentiert,

Die Wien-Präsentation in Lyon hatte 98.000 Besucher und wurde von den französischen Medien ausführlich und positiv registriert.

Eine Wanderausstellung hat demnächst in Mexico City Premiere. Dieses Ausstellungs-Großprojekt wird nach einer weiteren Station in Mexiko auch in Los Angeles und Tokio gezeigt werden. (Forts.) emw/ap

NNNN

Saisonstart im Wiener Fremdenverkehr (3)

Utl.: Kongresse bis 1990

=++++

16 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Ein wesentlicher Beitrag zum touristischen Erfolg Wiens ist das Kongreßgeschäft. Beim Kongreßbüro des Wiener Fremdenverkehrsverbandes sind bereits Tagungen bis zum Jahr 1990 vorgemerkt.

Für heuer sind bereits 233 Kongresse mit mehr als 54.000 Teilnehmern fix, weitere kommen erfahrungsgemäß im Laufe des Jahres dazu.

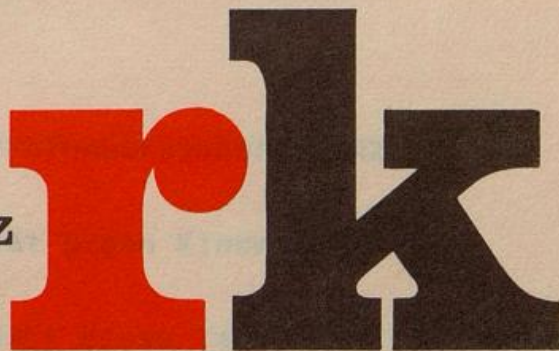
Für 1983 sind derzeit 40 Kongreße mit 38.000 Teilnehmern vorgemerkt, darunter Riesentagungen wie der Kiwanis-Kongreß mit 11.000 Personen, der in der Stadthalle tagen wird, der Chemotherapeutenkongreß mit 10.000 Teilnehmern und der Weltpsychiatrie-Kongreß mit 5.000 Personen.

In diesem Zusammenhang wies Landesfremdenverkehrsdirektor Dr. KREBS auf einen Beschluß der Fremdenverkehrskommission hin, in dem bekanntlich der weitere Ausbau der Kongreßräumlichkeiten in Wien als dringend notwendig bezeichnet worden war. (Schluß) emw/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Samstag, 20. Februar 1982

Blatt 436

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Liegenschaftstausch: Finanzamt gegen Kinderheim
(rosa)

Lokal: Drehbuchwettbewerb des Landesjugendreferates
(orange)

Kultur: Tage der Sakralmusik 1982
(gelb)

Liegenschaftstausch: Finanzamt gegen Kinderheim

=++++

1 Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Einem Tauschvertrag, durch den Liegenschaften in das Eigentum des jeweiligen Mieters übergeführt werden sollen, hat der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz zugestimmt. Demnach gelangt ein Gebäude auf einem 2.392 Quadratmeter großen Grundstück aus städtischem Besitz im 15. Bezirk, Ullmannstraße 54 - Kellinggasse 2, in das bürgerliche Eigentum der Republik Österreich. In dem mehr als 90 Jahre alten Haus, das nahezu zur Gänze vom Bund gemietet ist, befindet sich das Finanzamt für den 12., 13., 14. und 23. Bezirk. Die Stadt Wien erhält dafür eine der Republik Österreich gehörige 266.543 Quadratmeter große Liegenschaft in Neustift bei Scheibbs, die zur Gänze als städtisches Kinderheim "Lehenhof" genutzt wird. Die Grundtransaktion, die auch aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung von Bedeutung ist, wird noch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt. (Schluß) we/bs

NNNN

Drehbuchwettbewerb des Landesjugendreferates

=++++

3 Wien, 20.2. (RK-LOKAL) Einen Drehbuchwettbewerb für Wiener Schülergruppen veranstaltet zur Zeit das Medienzentrum des Landesjugendreferates. Teilnehmen können Schüler ab der 5. Schulstufe. Einsendeschluß ist der 1. März. Bisher haben 36 Schülergruppen ihre Teilnahme angemeldet.

Aufgabe ist die Abfassung eines Drehbuches für eine 20 Minuten dauernde Videoaufzeichnung, die mit einer semiprofessionellen Anlage, wie sie dem Medienzentrum zur Verfügung steht, zu bewältigen ist.

Die beiden Preisträger (Gruppe A: 5.-8. Schulstufe und Gruppe B: 9.-12. Schulstufe) erhalten neben einem Geldpreis die Gelegenheit, ihren Film auch tatsächlich im Medienzentrum zu realisieren, wobei ihnen die Mitarbeiter des Medienzentrums als Berater zur Verfügung stehen.

Die Jury besteht aus folgenden Experten: Peter Grundei (ORF, Redaktion "Okay"), Dr. Ernst Nowotny (Pädagogischer Leiter des Theaters der Jugend), Dr. Theo Schäfer ("HÖR ZU"), Michael Schrott (ORF, ö 3) Dr. Herbert Timmermann (Medienpädagoge) und Werner Urbanek (Kronenzeitung). (Schluß) emw/bs

NNNN

Tage der Sakralmusik 1982

=++++

2 #Wien, 20.2. (RK-KULTUR) Gemeinsam mit der Musikalischen Jugend Österreichs führt das Kulturamt der Stadt Wien auch heuer wieder "Tage der Sakralmusik" durch. Die Veranstaltungsreihe umfaßt fünf Konzerte vom 26. März bis 6. April. #

Folgende Konzerte stehen auf dem Programm:

Freitag, 26. März 1982, 19.30 Uhr, Großer Musikvereinssaal:

J. S. Bach: Hohe Messe h-Moll, mit dem Kammerchor und Kammerorchester Darmstadt.

Samstag, 27. März, 20 Uhr, Mozartsaal im Konzerthaus:

Gospels und Spirituals mit den Jonny Thompson Singers.

Sonntag, 28. März, 19.30 Uhr, Großer Konzerthausaal:

J. S. Bach: Johannespassion. Dirigent: Peter Schreier, Edith Mathis, Sopran.

Mittwoch, 31. März, 19.30 Uhr, Mariahilferkirche:

Sakralmusik von Joseph Haydn mit der Chorvereinigung Jung-Wien und dem österreichischen Kammerorchester.

Dienstag, 6. April, 19.30 Uhr, Großer Konzerthausaal:

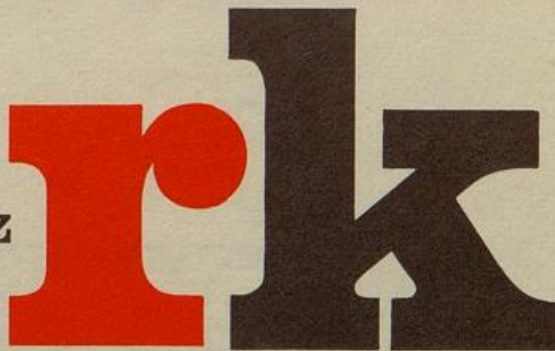
Igor Strawinsky: Psalmensymphonie, Hector Berlioz: Te Deum. Mit den Wiener Philharmonikern und den Wiener Sängerknaben sowie dem Jeunesse-Chor unter Claudio Abbado.

Karten sind ab sofort an den Spielorten und ab 22. März in der zentralen Verkaufsstelle in der Schmidthalle des Rathauses (Tel. 42 800/2085), Montag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr und von 13 bis 16 Uhr erhältlich. Karten für die Konzerte am 26. und 27. März gibt es auch im Büro der Musikalischen Jugend, Montag bis Freitag, 17 bis 19.30 Uhr. Restkarten sind an den jeweiligen Abendkassen erhältlich. (Schluß) gab/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Montag, 22. Februar 1982

Blatt 440

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau) EBS-Lagerung: Strenge Untersuchung
Jugendzentrum Alt-Erlaa eröffnet
Neues Grün am Rooseveltplatz
Urlaubszuschüsse für Schwerstbehinderte
Baurechtsbestellung für eine Wohnhausanlage

Kommunal:
(rosa) Abbruch eines alten Gasbehälters
Am Freitag Landtag und Gemeinderat
Josefsplatz wird tagsüber autofrei
EBS-Deponie: Umlagerung hat begonnen
Finanzausschuß: Gebrauchsabgabengesetz angenommen
öVP: Klein- und Mittelbetriebe haben Sorgen

Politik:
(rosa) Neues im Fall Hodic

Lokal:
(orange) Am 28. Februar wieder Familiensonntag
Zirkusbauten und Zirkuszelte

Sport:
(grün) Sportehrenzeichen für Kristofics-Binder

Nur
über FS: 22.2. Schützenscheiben und Hinterglasmalerei
Straßenbahnlinie "67" gestört
Feuerwehr rettete Hund vor Erstickungstod
Bürgermeister-Pressesgespräch mit Hatzl und Mayr

.....
Bereits am 19. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

EBS-Lagerung: Strenge Untersuchung (2)

=++++

18 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Die in dem Bericht der Kronen-Zeitung erwähnte Deponie der EBS in Simmering ist mit entsprechenden Auflagen genehmigt worden. Eine dichte Kunststoffwanne verhindert das Eindringen von Flüssigkeit aus den - vor der endgültigen Vernichtung zwischengelagerten - Fässern in das Erdreich. Bereits vor Genehmigung der Deponie waren auch eigene Sonden angebracht worden, die das Grundwasser ständig überprüfen. Das stellte sich bei der Untersuchung der von Bürgermeister Leopold GRATZ auf das Gelände entsendeten Kommission heraus.

Die Verarbeitung von Sondermüll ist rechtlich ein freies Gewerbe nach der Gewerbeordnung. Die Stadt Wien hatte zwar bereits 1975 ein entsprechendes Sondermüllbeseitigungsgesetz beschließen wollen - die Gesetzesvorlage war bereits im Landtag - der Verfassungsgerichtshof entschied jedoch, daß diese Materie nicht Angelegenheit der Länder, aber auch nicht des Bundes sei.

Der Gewerbeordnung entsprechend hat das MBA für den 11. Bezirk die EBS-Deponie (sie liegt außerhalb des EBS-Geländes in der Alberner Hafenzufahrtsstraße neben der Tierkörperverwertung) genehmigt. Dabei wurde unter anderem vorgeschrieben, eine flüssigkeitsdichte Auskleidung - eine Kunststoffwanne - zu errichten. Ebenso mußten Sonden zur ständigen Kontrolle des Grundwassers eingebaut werden. Außerdem darf außer verunreinigtem Erdreich Sondermüll nur in Gebinden gelagert werden.

Bei der heutigen Besichtigung konnte die Kommission feststellen, daß Lagerungen tatsächlich nur innerhalb des flüssigkeitsdichten Behälters erfolgen. Es handelt sich um Fässer mit Chemikalien. Allerdings sind einige Fässer aufgeplatzt. Der Boden der Wanne ist daher stellenweise mit etwa einem halben Meter Flüssigkeit bedeckt, die aus Regenwasser vermischt mit Chemikalien besteht. Darüber hinaus lagern auf der Deponie einige hundert Kubikmeter ölverseuchtes - zumeist von Tankerunfällen stammendes - Erdreich.
(Forts.) hs/eye

.....
Bereits am 19. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

EBS-Lagerung: Strenge Untersuchung (3)

=++++

19 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Von den Sonden wurden sofort Grundwasserproben entnommen und von der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt analysiert. Dabei wurde festgestellt:

Es handelt sich bei den dort gezogenen Wasserproben um kontaminiertes Grundwasser. Die gefundenen Bestandteile und chemischen Verbindungen lassen nicht den Schluß zu, daß die Verunreinigungen aus der Deponie stammen.

Erhöhte Werte wurden vor allem an Phenol und Kohlenwasserstoffen gefunden, Verbindungen, die aus dem dort im Krieg beschädigten Mineralölbetrieb stammen können. Anlässlich der Untersuchung wurden Proben aus diesen Sonden genommen und von der bakteriologischen Untersuchungsanstalt untersucht. Die gefundenen Blei- und Kadmiumkonzentrationen dürften auf Grund der Verkehrsbelastung in das Grundwasser gelangt sein.

Die Deponie selbst dient als Zwischenlagerung, bevor der in den Fässern enthaltene Sondermüll in der Anlage endgültig beseitigt wird

Zusätzlich wurde bei der Untersuchung das gesamte Betriebsgelände der EBS - die Anlage wurde bekanntlich vor einiger Zeit von der MA 30 (Kanalisation) übernommen - überprüft. Eine weitere genehmigte Deponiefläche, ebenfalls auf einem ausgekleideten Becken, befindet sich noch auf dem Areal. Darüber hinaus lagern noch Fässer im Westteil der Anlage, die zwar ebenfalls auf befestigtem Bitumengrund stehen. Da sie jedoch nicht durch eine Wanne gegen die umgebende Erdfläche abgesichert sind, wurden für diese Deponie, auf der sich Leerfässer, mitunter mit Rückständen von Chemikalien, befinden, zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen vorgeschrieben. So muß diese Deponie durch eine Art "Stuttgarter Schwellen" abgesichert werden. Um sicherzustellen, daß eventuelle Flüssigkeiten, die Bitumen angreifen, keinen Schaden anrichten, wurde auch hier ein Plastikboden als zusätzlicher Schutz angeordnet. Diese Gebinde müssen außerdem vorrangig von der Sondermüllbeseitigung vernichtet werden. (Schluß) hs/eve

.....
Bereits am 20. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Jugendzentrum Alt-Erlaa eröffnet

=++++

4 Wien, 20.2. (RK-LOKAL) In Vertretung von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eröffnete Freitag abend Gemeinderat Erik HANKE gemeinsam mit Bezirksvorsteher Hans LACKNER das Jugendzentrum Wohnpark Alt-Erlaa, das sich im Kaufpark, Lokal 15, befindet. Das neue Jugendzentrum, das bereits vor einiger Zeit seinen Probebetrieb aufgenommen hat, wird vom "Verein Jugendzentren der Stadt Wien" geführt. Es bietet den Jugendlichen von Alt-Erlaa und Umgebung ein offenes Jugendcafe, in dem von Zeit zu Zeit Ausstellungen und Konzerte stattfinden, Liedermacher auftreten und Literaten aus ihren Werken lesen, außerdem einen Mehrzweckraum, der sich auch für Theatervorstellungen eignet, einen Bandproberaum, Tischtennis- und Billardtische sowie eine Discothek, Clubräume und eine Werkstatt. Bereits im Jugendzentrum untergebracht: ein Baby+Eltern-Club, der sich Montag bis Freitag von 9 bis 13 Uhr trifft, ein Videoclub, Musikkurse (jeden Mittwoch von 14 bis 17 Uhr) sowie Clubs und Gruppen, die sich jeden Donnerstag abend treffen. Das Jugendzentrum Alt-Erlaa ist außerhalb der bereits angeführten Zeiten für alle geöffnet und zwar:

Kinder: Dienstag, Mittwoch und Freitag von 14 bis 16.30 Uhr

Jugendliche: Montag und Mittwoch von 17 bis 21.30 Uhr und Freitag von 15 bis 21.30 Uhr. (Schluß) emw/eve

NNNN

.....
Bereits am 21. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Neues Grün am Rooseveltplatz

=++++

1 #Wien, 21.2. (RK-LOKAL) Der Rooseveltplatz, die Grünfläche rund um die Votivkirche, wird nun vom Stadtgartenamt neu und attraktiver gestaltet. Insgesamt fünf Millionen Schilling wird die Sanierung dieses Platzes kosten. "Dabei soll auch die hinter der Votivkirche liegende Fahrbahn in den Park einbezogen werden," betonte Stadtrat Peter SCHIEDER dazu gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".#

Rund um die Kirche ist eine symmetrische Bepflanzung geplant, um das sakrale Gebäude optisch noch mehr zu betonen. Sitz- und Ruheplätze sind ebenso vorgesehen wie Spielbereiche. Bei der Universitätsstraße - in diesem Bereich des Rooseveltplatzes befindet sich derzeit noch eine U-Bahn-Baukanzlei - soll ein kleines Kommunikationszentrum mit Sitzgelegenheiten entstehen. Die Platzflächen werden teilweise gepflastert sein, ein Brunnen ist ebenfalls eingeplant. Gegen die angrenzenden Straßen wird der Rooseveltplatz durch dichte Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern abgeschirmt.

Die Neugestaltung des Platzes rund um die Votivkirche wurde vom Gemeinderatsausschuß Umwelt und Freizeit genehmigt. (Schluß) hs/ap

NNNN

.....
Bereits am 21. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Urlaubszuschüsse für Schwerstbehinderte

=++++

2 #Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien wird so wie bereits in den vergangenen Jahren auch heuer wieder im Rahmen einer eigenen Aktion Schwerstbehinderten Zuschüsse für Urlaubsaufenthalte bezahlen.#

Gerade für Schwerstbehinderte ist es bekanntlich schwierig, ein geeignetes Urlaubsquartier zu finden, wozu noch die überdurchschnittlich hohen Kosten für derartige Urlaubsaufenthalte kommen. Aus diesem Grund werden deshalb seit 1975 seitens der Stadt Wien Zuschüsse zu derartigen Urlaubsaufenthalten gewährt. Die Behinderten werden dabei von verschiedenen Interessenvertretungen, wie dem Verband aller Körperbehinderten Österreichs, dem österreichischen Zivilinvalidenverband, dem "club handicap" und der österreichischen Multiple Sklerose-Gesellschaft dem Sozialamt vorgeschlagen. 1982 werden im Rahmen dieser Aktion rund 1.200 Behinderte einen Beitrag von je 1.000 S erhalten. Die dafür notwendigen Kosten in der Höhe von 1,2 Millionen S wurden vom Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales genehmigt. (Schluß)
zi/gg

NNNN

.....
Bereits am 21. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Baurechtsbestellung für eine Wohnhausanlage

=++++

3 Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß
Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz
hat einer Baurechtsbestellung zugunsten der Gemeinnützigen
Kleingarten-Siedlungsgenossenschaft "Altmannsdorf und Hetzendorf"
zugestimmt. Der 676 Quadratmeter große Bauplatz befindet sich in
Favoriten, im Bereich Grenzackergasse - Klasterskygasse, und ist für
die Errichtung einer Wohnhausanlage vorgesehen. (Schluß) we/bs

NNNN

Am 28. Februar wieder Familiensonntag (1)

=++++

5 Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Im Rahmen der beliebten Aktion "Familiensonntag", bei der das Landesjugendreferat mit Erfolg versucht, die Stadt an Sonntagen zu beleben und Familien ein Angebot zur abwechslungsreichen Freizeitgestaltung zusammenzustellen, findet am 28. Februar der nächste Familiensonntag statt.

Im 1. Bezirk besteht um 11 Uhr die Gelegenheit, in der Urania-Sternwarte Gestirne zu fotografieren. Um 15 Uhr gibt es dann im Jugendclub in der Wollzeile 24 den Kinderfilm "Der barfüßige Generaldirektor" zu sehen.

Im 2. Bezirk zeigt um 15 Uhr das Planetarium beim Riesenrad die Schau "Nachbarplanet Mars", um 16 Uhr ist dann ebenfalls im Planetarium der Kinderfilm "Prinzessin mit dem goldenen Stern" zu sehen.

Wer gern Puppen bastelt, kann dies von 14.30 bis 17 Uhr im 3. Bezirk im Kinderfreunde-Kindergarten in der Pfarrhofgasse 14 (bei der Rochuskirche) tun. (Forts.) emw/bs

NNNN Februar wieder Familiensonntag (2)

Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Im 12. Bezirk lädt das Landesjugendreferat zur "1. Wollzeile-Krippenfest" in den Oberboden, wobei auch ein Kind erzieht einen Tauschgeschehen. Für die Kunstwerke werden auch ein Kind erzieht, ferner gibt es Musik mit der 12. Bezirk Musik, eine Illustrierte mit einem Kind erzieht sowie auch ein Kind erzieht und eine weitere Tätigkeit. Das Fest beginnt um 15 Uhr und dauert bis 17.30 Uhr.

Wer am Familiensonntag wandern möchte, der kann von Rapperswil zum Paraglidierturm wandern. Treffpunkt ist um 9.30 Uhr bei der Station der Linie "M1", (Schluss) emw/bs

Am 28. Februar wieder Familiensonntag (2)

Utl.: Clown WAUDI aus Holland in der VHS Margareten

=++++

6 Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Im 5. Bezirk findet um 10 Uhr in der Volkshochschule Margareten ein Gastspiel des berühmten holländischen Clowns WAUDI statt. WAUDI bringt seine Version eines Märchens der Gebrüder Grimm, assistiert von seinen Clown-Kollegen und dem kleinen Puppenclown WOUWOUWOUELI.

Um 15.30 ist dann, ebenfalls in der Volkshochschule Margareten, wieder das Familienquiz "Quartett".

Im 9. Bezirk kann wieder von 10-12.30 Uhr im Museum Moderner Kunst im Palais Liechtenstein gemalt werden, außerdem kann zwischen 10 und 18 Uhr die offene Keramikwertstätte in der Berggasse 17 besucht werden. Beim Arbeiten mit Ton berät Staatspreisträger Gustav URBAN.

Im 15. Bezirk ist in der Wiener Stadthalle um 10 Uhr eine Vorstellung des Russischen Staatszirkus. Gegen Abgabe des im Familiensonntagprospekt abgedruckten Gutscheines werden ermäßigte Karten abgegeben. (Forts.) emw/sim

Am 28. Februar wieder Familiensonntag (3)

=++++

7 Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Im 16. Bezirk lädt das Landesjugendreferat zum "2. Kostüm-Krapfenfest" in den Seversaal. Jedes kostümierte Kind erhält einen Faschingskrapfen. Für Stimmung sorgen Conferencier Kurt VOTAVA, ferner gibt es Musik mit der LEIBL CLOWN SHOW, Groß-Illusionen mit DISCO MAGIC sowie Bauchredner ELMAR BALLANDA und seine lustigen Gesellen. Das Fest beginnt um 15 Uhr und dauert bis 17.30 Uhr.

Wer am Familiensonntag wandern möchte, der kann von Rodaun aus zum Parapluieberg wandern. Treffpunkt ist um 9.30 Uhr bei der Endstation der Linien "60". (Schluß) emw/gg

NNNN

Abbruch eines alten Gasbehälters

=++++

8 #Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Auf dem Gelände des Gaswerks Simmering begann dieser Tage der Abbruch eines alten, 150.000 Kubikmeter Gas fassenden Behälters, der bereits Ende 1980 stillgelegt worden war. Es handelt sich dabei selbstverständlich um keinen der vier ummauerten Behälter aus dem Jahr 1899, die unter Denkmalschutz stehen und übrigens nach wie vor in Betrieb sind.#

Der stillgelegte Behälter stammt aus dem Jahr 1909. Im Krieg schwer beschädigt und danach wieder instandgesetzt, stand er bis zum Jahr 1980 in Verwendung. Eine genaue Untersuchung ergab, daß ein weiterer Betrieb oder eine Generalinstandsetzung nicht mehr in Frage kam. Da auch aus denkmalpflegerischen Gründen kein Interesse an der Erhaltung des nüchternen Zweckbaus bestand, wird der Behälter nunmehr abgetragen. Die Demontage wird mehrere Monate dauern.
(Schluß) ger/gg

NNNN

Sportehrenzeichen für Kristofics-Binder

=++++

9 Wien, 22.2. (RK-SPORT/LOKAL) Die neue Europameisterin im Eiskunstlauf, die österreichische Staatsmeisterin Claudia KRISTOFICS-BINDER, wird nun mit dem Sportehrenzeichen der Stadt Wien ausgezeichnet. Sportstadtrat Peter SCHIEDER wird der Europameisterin das Ehrenzeichen am kommenden Mittwoch überreichen.

Bei derselben Feier wird auch Gerhard FREUND die Ehrenplakette der Stadt Wien erhalten. Herr Freund, ein querschnittgelähmter Versehrtensportler, hat im Rollstuhlfahren eine europäische Bestleistung und außerdem die Weltbestleistung erzielt. (Schluß)
hs/bs

NNNN

Am Freitag Landtag und Gemeinderat

=++++

10 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat tritt kommenden Freitag, den 26. Februar, um 9 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Nach dem Gemeinderat findet eine Sitzung des Wiener Landtages statt.

Die Gemeinderatssitzung beginnt mit einer Fragestunde. Die Tagesordnung umfaßt derzeit dreiundsechzig Geschäftsstücke. Unter anderem werden zahlreiche Aufzugseinbauten in Gemeindewohnhausanlagen zur Beschlußfassung vorliegen. Auch der neue Pachtvertrag für das Cobenzl steht zur Debatte.

Die Landtagssitzung beginnt ebenfalls mit einer Fragestunde, einziger Tagesordnungspunkt ist die Änderung des Wiener Gebrauchsabgabengesetzes, über das Finanzstadtrat Hans MAYR referieren wird. (Schluß) pr/bs

NNNN

Zirkusbauten und Zirkuszelt

=++++

11 Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Eine Dokumentation über Zirkusbauten und Zirkuszelt zeigt das österreichische Zirkus- und Clown-Museum in seinen Ausstellungsräumen, 2, Karmelitergasse 9, in seiner neuesten Sonderausstellung. Im Rahmen der Ausstellung wird die kulturhistorische und architektonische Entwicklung von Zirkusbauten - begonnen vom einfachen Holzpodium über offene Arenabetriebe bis zu den theaterartigen Zirkusbauten - gezeigt. Vertreten sind unter anderem Philipp Astley's Zirkusbauten in London und Paris, die Gebäude der Familie Franconi und selbstverständlich die Wiener Zirkusbauten, beginnend mit dem Circus Gymnasticus bis zu jenen des kurländischen Kunstreiters Christoph de Bach. Dazu kommen die berühmten Zirkusbauten von Renz, Carre, Busch, Zentral und Schumann. Neben Konstruktionsplänen und Modellen sind auch zeitgenössische Berichte von großen Brandkatastrophen sowie Hochwasser- und Sturmschäden in der Ausstellung zu sehen. Diverse Plakate, seltene Drucke aber auch phantasievolle Projekte junger Architekten ergänzen die Ausstellung. Die Sonderschau ist bis 11. April, und zwar jeweils Mittwoch von 17.30 bis 19 Uhr, Samstag von 14.30 bis 17 Uhr sowie Sonntag von 9 bis 12 Uhr geöffnet. (Schluß) zi/gg

NNNN

Josefsplatz wird tagsüber autofrei

=++++

14 #Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Der Josefsplatz im 1. Bezirk soll in Zukunft tagsüber von parkenden Autos freigehalten werden und nur noch in den Nachtstunden als Parkplatz - vor allem für die Wohnbevölkerung - zur Verfügung stehen. Im Rahmen einer Verkehrsverhandlung, an der auch Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK und Bezirksvorsteher Techn. Rat Ing. Heinrich A. HEINZ teilnahmen, wurde darüber am Montag eine grundsätzliche Einigung erzielt. Die Details sollen in einer weiteren Verhandlungsrunde in einem Monat festgelegt werden.#

Kulturstadtrat Zilk hatte sich in einer Sitzung des Wiener Verkehrsbeirates im vergangenen Herbst vehement für ein Parkverbot auf dem Josefsplatz ausgesprochen, um damit einen der schönsten und würdigsten Plätze der Welt von Autos freizuhalten. Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN beauftragte die Magistratsabteilung 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) mit der Ausarbeitung eines konkreten Vorschlags: Tagsüber soll der Josefsplatz in Zukunft nicht mehr als Parkplatz zur Verfügung stehen, wobei jedoch Liefertätigkeiten selbstverständlich gewährleistet bleiben sollen. Für PKW gibt es als Ausweichmöglichkeit die - im allgemeinen nicht voll ausgelastete - Kurzparkzone im Burghof.

Bezirksvorsteher Heinz präsentierte in der Verkehrsverhandlung das Ergebnis einer Bevölkerungsumfrage, bei der sich rund 44 Prozent der Befragten für die Beibehaltung der derzeitigen Verkehrsregelung auf dem Josefsplatz, aber 56 Prozent für einen zumindest tagsüber autofreien Josefsplatz aussprachen (28,9 Prozent für ganztägiges Parkverbot, 10,2 Prozent für Fußgängerzone, 16,5 Prozent für Parkmöglichkeit während der Nachtstunden). (Schluß) ger/gg

NNNN

EBS-Deponie: Umlagerung hat begonnen

Utl.: Gratz verlangt Sondermüll-Gesetz

=++++

16 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Auf der Deponie der Entsorgungsbetriebe Simmering an der Simmeringer Lände am Donaukanal hat Montag vormittag die Umlagerung begonnen. Der Inhalt der Fässer wird in Behälter abgesaugt, die in der flüssigkeitsdichten Kunststoffwanne gelagert werden. Ein entsprechender Bescheid des Magistratischen Bezirksamtes, der ebenfalls Montag zugestellt wurde, schreibt die Auskleidung der Deponiefläche, die nun vorläufig geräumt wird, mit einem Plastik-Boden als zusätzlichen Schutz vor. Überdies wurde der Auftrag erteilt, daß die EBS keine neuen Lieferungen annehmen darf, so lange die Deponie nicht saniert und gesichert ist.

Bürgermeister Leopold GRATZ wird überdies aus diesem Anlaß das Gesundheitsministerium ersuchen, raschest ein Sondermüll-Gesetz des Bundes zu schaffen. "Gesundheitspolitische Erwägungen", so Gratz, "müssen Vorrang vor Kompetenzbedenken der Länder haben!" Wie berichtet, hatte die Stadt Wien bereits im Jahr 1975 ein solches Gesetz auf Landesebene beschließen wollen, wurde jedoch durch den Verfassungsgerichtshof an der Beschlußfassung im Landtag gehindert.
(Schluß) pr/gg

NNNN

Finanzausschuß: Gebrauchsabgabengesetz angenommen

=++++

17 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Montag auf Antrag von Finanzstadtrat Hans MAYR mit den Stimmen der SPÖ eine Abänderung des Gebrauchsabgabengesetzes. Die Novellierung wurde nötig, da die Tarife seit 1966 nicht angehoben wurden, der Verbraucherpreisindex in der Zwischenzeit jedoch um 130 Prozent gestiegen ist. Von der durchschnittlichen Tarifierhöhung von 150 Prozent ausgenommen ist unter anderem der Tarif für Vorgärten in Fußgeherzonen. Dieser wurde mit 100 S pro Quadratmeter und Jahr fixiert. Diese Erhöhung ist, so Stadtrat Mayr, in Anbetracht des wirtschaftlichen Nutzwertes für die Gastronomie sowie der erhöhten Ausgestaltungskosten der Fußgeherzonen gerechtfertigt. Um die derzeitig zahlreichen, verkehrsbehindernden Straßenablagerungen zu vermindern, wurde der Tarif für die offene Ablagerung von Schutt, Baugeräten und dergleichen von zwei auf 30 S, pro Monat und Quadratmeter erhöht.

ÖVP-Stadtrat Dr. Günther GOLLER stellte den Antrag, die Tarife wesentlich herabzusetzen und das Inkrafttreten der Gesetzesänderung auf Jänner 1983 zu verschieben. Der Antrag blieb in der Minderheit. Die Novelle zum Gebrauchsabgabengesetz wird dem Wiener Landtag zur Annahme weitergeleitet. (Schluß) lei/gg

NNNN

öVP: Klein- und Mittelbetriebe haben Sorgen

=++++

19 Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) öVP-Stadtrat Wilhelm NEUSSER schilderte am Montag in einer Pressekonferenz die Sorgen der Wiener Klein- und Mittelbetriebe. Die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage bremse die Investitionstätigkeit, der spürbare Rückgang des privaten Konsums führe zur Freisetzung von Arbeitskräften, und die Kostenexplosion erschwere für zahlreiche Betriebe die Situation.

Neusser verwies darauf, daß auch das neue Mietengesetz auf die Klein- und Mittelbetriebe negative Auswirkungen habe, da enorme Auftragslöcher im Reparaturgewerbe vorhanden seien. Auch das derzeitige Sonderprogramm der Bundesregierung erweise sich für die Klein- und Mittelbetriebe als ungenügend.

Zwtl.: Nein zu Konferenzzentrum

Im Interesse der Wiener Klein- und Mittelbetriebe sei daher ein Verzicht auf den Bau des Konferenzzentrums notwendig, betonte Neusser. Die für Wien freiwerdenden Mittel könnten im Rahmen des Wohnbaues und der Stadterneuerung jene entscheidenden Impulse bringen, die die Wiener Wirtschaft dringend benötige. (Schluß) fk/bs

NNNN

Neues im Fall Hodic

Utl.: österreichische Staatsbürgerschaft wird entzogen

=++++

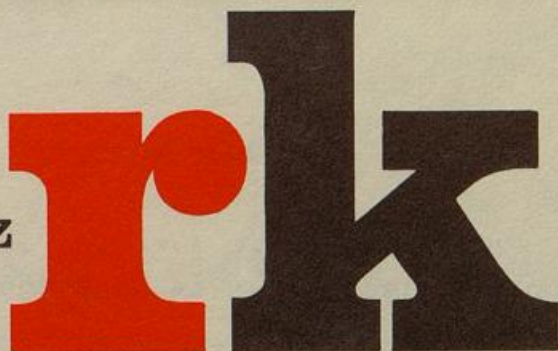
20 Wien, 22.2. (RK-POLITIK) Im Entziehungsverfahren der österreichischen Staatsbürgerschaft gegen Dr. Josef HODIC erscheint nunmehr eine Verbalnote des tschechoslowakischen Außenministeriums von besonderer Eigenart, erklärte Stadtrat Franz NEKULA der "RATHAUSKORRESPONDENZ". In der Note heißt es unter anderem: "daß Josef Hodic mit Zustimmung der tschechoslowakischen Behörden als Staatenloser in die CSSR zurückgekehrt ist und ihm auf seinen Antrag die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft wiederverliehen wurde."

Stadtrat Nekula stellt dazu fest, daß damit wieder einmal mehr die Haltung der österreichischen Regierung bestätigt wird und nunmehr in Kürze die Entziehung der österreichischen Staatsbürgerschaft auf Grund der österreichischen Rechtsnormen formell durchgeführt werden kann. (Schluß) en/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Dienstag, 23. Februar 1982

Blatt 458

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Gratz: Bundes-Sondermüllgesetz notwendig

Kommunal:
(rosa)

Anlaufstelle für Klein- und Mittelbetriebe
Neues Mietrecht: Erhaltungsbeitrag hilft Mietern
sparen
Wien zahlt 431 Millionen für ortsfremde Patienten
Gratz: Jugendarbeitslosigkeit muß verhindert werden
150 Millionen für Aufzüge

Lokal:
(orange)

Neues Institut für Erziehungshilfe
Kleine Bälle haben Saison

Kultur:
(gelb)

"Künstler malen und zeichnen in den Betrieben"

Nur

über FS: 23.2. Winterdienst - Mehr als 2.000 Mann im Einsatz

.....
Bereits am 22. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gratz: Bundes-Sondermüllgesetz notwendig (1)

=++++

22 Wien, 22.2. (RK-POLITIK) Zu der Forderung des Wiener Bürgermeisters, raschest ein Sondermüllgesetz des Bundes zu schaffen, präzisierte GRATZ am Montag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ", daß dieses Gesetz mit einer Verfassungsbestimmung zu beschließen wäre, die dem Bund die Kompetenz dafür zuweist. Schließlich wurde auch im Bereich der Beseitigung des Altöles eine bundesweite Regelung getroffen, betonte Bürgermeister Gratz.

Die Schwierigkeiten liegen darin, daß der Verfassungsgerichtshof mit Erkenntnis vom 23. März 1976 feststellte, die gesetzliche Regelung und unschädliche Beseitigung von Abfällen sei weder Zuständigkeit des Bundes noch der Länder. Ferner stellte der Verfassungsgerichtshof fest, daß die Regelung zur Beseitigung von Sonderabfällen dann in die Zuständigkeit der Länder fällt, wenn eine solche Regelung nicht der Gesetzgebung des Bundes vorbehalten ist. Damit ist gemeint, daß auf Bundesebene in vielen verschiedenen Gesetzen Sondermüll-Fragen geregelt werden, z. B. im Wasserrechtsgesetz, im Forstgesetz, im Strafgesetz, in der Gewerbeordnung und im Tierseuchengesetz.

Durch diese komplizierte rechtliche Lage wurde somit eine einheitliche bundesweite Regelung in Österreich verhindert. Zwar hat Wien über meinen Auftrag schon vor acht Jahren ein Wiener Sondermüllgesetz erarbeitet, führte der Bürgermeister weiter aus, doch müssen gesundheitspolitische Erwägungen den Vorrang vor Kompetenzbedenken der Länder haben. Deshalb sei eine bundeseinheitliche Regelung notwendig, in der, so wie in dem Wiener Gesetzesentwurf, die unschädliche Beseitigung gefährlicher Abfälle eindeutig geregelt ist. (Forts.) pr/gg

NNNN

.....
Bereits am 22. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gratz: Bundes-Sondermüllgesetz notwendig (2)

=++++

23 Wien, 22.2. (RK-POLITIK) Es muß genau festgelegt werden, was unter "gefährlichem Abfall" verstanden wird. Es muß eine Beseitigungspflicht ebenso normiert werden, wie eine Aufzeichnungspflicht darüber, welcher Art die Sonderabfälle sind und wie und auf welche Weise die Beseitigung erfolgt ist. Das Umweltschutzministerium schätzt derzeit für ganz Österreich die Menge von industriellen Abfällen auf mehr als 280.000 Tonnen jährlich. Deshalb muß eine einheitliche und sichere Lösung gefunden werden.

Abschließend wies der Wiener Bürgermeister darauf hin, daß für die Beseitigung kleiner Mengen von Sondermüll in Wien bereits vorgesorgt ist. Jeder Private kann sich über das sogenannte "Gift-Telefon" der Magistratsabteilung 39 (Tel. 74 76 31/54) über die Beseitigung des in seinem Bereich entstandenen Sondermülls informieren. (Schluß) pr/gg

NNNN

"Künstler malen und zeichnen in den Betrieben"

Utl.: Ausstellung am Südbahnhof

=++++

2 #Wien, 23.2. (RK-KULTUR) Das Kulturamt der Stadt Wien veranstaltete 1981 zum dritten Mal gemeinsam mit der Zentralsparkasse und Kommerzialbank und dem österreichischen Gewerkschaftsbund die Aktion "Künstler malen und zeichnen in den Betrieben". Im Sonderwarteraum des Wiener Südbahnhofes sind nun bis 12. März täglich von 9 bis 16 Uhr die Arbeiten der Preisträger der dritten Aktion zu sehen.#

Insgesamt hatten 25 Künstler in zwölf Betrieben gearbeitet. Folgende Preise wurden vergeben:

Zwei Preise zu 30.000 S an Inge Dick

Robert Kabas

Drei Preise zu 20.000 S an Heidi Heide

Isolde Jurina

Christof und Renate Seiz

Fünf Preise zu 10.000 S an Karl Heinz Bloyer

Helmut Magreiter

Susanne Taschner

Ulrike Truger

Efthymios Warlamis

Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK, der die Ausstellung am Montag eröffnete, betonte die Bedeutung derartiger Aktionen zur Förderung des Verständnisses zwischen den Künstlern und den Mitarbeitern in den Betrieben. (Schluß) gab/ap

NNNN

Neues Institut für Erziehungshilfe (1)

Utl.: Eröffnung am Donnerstag durch Fröhlich-Sandner

=++++

3 #Wien, 23.2. (RK-LOKAL) Ein neues Institut für Erziehungshilfe wird am kommenden Donnerstag, dem 25. Februar um 10 Uhr von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in Wien 10, Sahulkastraße 5/Stiege 35/1. Stock eröffnet. Die nunmehr fünf Institute für Erziehungshilfe bieten Diagnose und Therapie für Kinder und Jugendliche an, bei denen Verhaltens- und Leistungsstörungen auftreten. Aussprachen und Beratungsgespräche mit Eltern werden ebenso durchgeführt wie Gruppen- und Familientherapien. Beratung und Therapie erfolgt kostenlos.#

Die Institute für Erziehungshilfe, auch als "Child Guidance Clinic" bekannt, werden vom Verein für Psychische Hygiene geführt. Sämtliche finanziellen Lasten werden von der Gemeinde Wien getragen.

In den Instituten, die unter der Leitung der Ärztin und Psychotherapeutin Dr. Ruth NASKE stehen, steht ein speziell ausgebildetes Team zur Verfügung. Die Psychiater, Psychologen, Sozialarbeiter und Sonderpädagogen arbeiten tiefenpsychologisch orientiert, unter Berücksichtigung lerntheoretischer Erkenntnisse. Einzelgespräche, Gruppen- und Familientherapien werden neben Legasthenikerkursen und logopädischen Behandlungen durchgeführt.
(Forts.) emw/gg

NNNN

Neues Institut für Erziehungshilfe (2)

=++++

4 Wien, 23.2. (RK-LOKAL) An den vier bisher bestehenden Instituten wurden 1981 insgesamt 449 Kinder untersucht, 278 Knaben und 171 Mädchen. 192 Beratungsgespräche mit Eltern und ebenso viele Therapien wurden durchgeführt. 129 Beratungsgespräche betrafen ehemalige Klienten. Elternrunden und Familientherapien wurden abgehalten. 47 Kinder nahmen an Legasthenerkursen teil, 11 erhielten eine logopädische Behandlung.

Die Standorte der Institute für Erziehungshilfe:

Wien 19, Heiligenstädter Straße 82/14/1

Wien 5, Siebenbrunnengasse 7

Wien 14, Mühlbergstraße 7

Wien 21, Patrizigasse 2

Wien 10, Sahulkastraße 5/35/1.

(Schluß) emw/ap

NNNN

Anlaufstelle für Klein- und Mittelbetriebe (1)

Utl.: Politischer Konsens beim Wirtschaftsförderungsfonds

=++++

5 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der im Jänner 1982 seine Tätigkeit aufgenommen hat, soll eine Anlaufstelle für die verschiedensten Probleme von Klein- und Mittelbetrieben in Wien sein, betonten die Präsidiumsmitglieder des Fonds - Finanzstadtrat Hans MAYR, Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH - Montag abend in einem Pressegespräch.

Im Fonds arbeiten Vertreter der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ sowie der Interessensvertretungen (ÖGB, Arbeiterkammer, Handelskammer, Industriellenvereinigung) mit. Vertreten sind auch die beiden Wiener Sparkassen - "Z" und "Erste" - die wiederum beste Kontakte zu den Klein- und Mittelbetrieben haben.#

Als Versuch, gewisse Nachteile auszugleichen, die Klein- und Mittelbetriebe im Kontakt mit den Behörden haben, bezeichnete Finanzstadtrat Mayr die Gründung des Fonds. "Großbetriebe finden leichter den Weg zu den Entscheidungsträgern", so Mayr. Im Übrigen ist der Fonds ein Beweis dafür, daß politischer Konsens auch in Wien möglich ist. Vizebürgermeister Dr. Busek betonte, daß die Voraussetzungen für die Wiener Betriebe nicht sehr gut sind. Außerhalb Wiens sind die Grundstückspreise wesentlich niedriger und daher galt es, ein taugliches Instrument zu finden, um vor allem auf dem Grundstückssektor Maßnahmen zu setzen. Präsident Ing. Dittrich erwartet sich vom Fonds eine wesentlich bessere Betreuung der Mitglieder der Wiener Handelskammer. Die Kooperation hat mit der Aktion "Baurechtsgründe" begonnen und es ist zu hoffen, daß nun ein weiterer Durchbruch gelingt. (Forts.) sei/gg

NNNN

Anlaufstelle für Klein- und Mittelbetriebe (2)

Utl.: 1,7 Millionen Quadratmeter Grundstücke als
"Gründungsausstattung"

=++++

6 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Wirtschaftsförderungsfonds soll heuer Betriebsflächen im Gesamtausmaß von mindestens 250.000 Quadratmeter verkaufsreif machen und vergeben. Insgesamt bekam der Fonds als "Gründungsausstattung" rund 700.000 Quadratmeter Grundstücke ins Eigentum und rund 1 Million zur Verwaltung und Verwertung übergeben. Als Barleistungen wurden 50 Millionen Schilling von der Stadt Wien und je zehn Millionen von der "Z" und der "Ersten" eingebracht. In den ersten Wochen seit Bestehen des Fonds wurden Grundstücke im Ausmaß von 182.758 Quadratmeter angekauft und 20.622 Quadratmeter verkauft.

Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds wickelt ab Februar vier Förderungsaktionen der Stadt Wien ab: die Strukturverbesserungsaktion, die Aktion zur Refundierung von Anliegerleistungen, die Aktion Baurechtsgründe und die Hotelmodernisierungsaktion. Für diese Aktionen sind Förderungen in der Höhe von 93,8 Millionen vorgesehen. Im einzelnen entfallen auf die SVA-Aktion 70 Millionen, auf Anliegerleistungen 1,5 Millionen, auf die Baurechtsgründe 2,3 Millionen und auf die Hotelmodernisierungsaktion 20 Millionen .

Damit wird der Wirtschaftsförderungsfonds alle mit einer Betriebsansiedlung unmittelbar zusammenhängenden Förderungsaktionen selbst durchführen und betreuen.

Zum Full-Service des Fonds gehört auch eine Beratung der Wirtschaftstreibenden auf einer möglichst breiten Basis. Die Beratung soll bei der Auswahl des Betriebsstandortes beginnen und über die gesamte Projektlaufzeit einer An- oder Umsiedlung möglich sein. Dem Fonds sollen das bestehende Informationszentrum der Wiener Wirtschaft (derzeit 1040 Wien, Operngasse 20 b) und wichtige Dienste der Informationszentrale der Wiener Handelskammer, wie die Nachfolgerbörse und Betriebsberatungen eingegliedert werden.

(Forts.) sei/bs

NNNN

Anlaufstelle für Klein- und Mittelbetriebe (3)

=++++

7 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds ist im Amtshaus Ebendorferstraße 2, gegenüber dem Rathaus (1082 Wien) untergebracht. Zu erreichen ist der Fonds unter der Telefonnummer 4350/460 DW, Montag bis Freitag von 8 bis 17 Uhr.

 Geschäftsführer ist Ing. Robert WOLFGRING (bisher Liegenschaftsressort der Stadt Wien), stellvertretende Geschäftsführer sind Mag. Julia HEINER (bisher MA 4, Wirtschaftsreferat) und Friedrich HEITZINGER (bisher Wiener Handelskammer, Außenhandelsabteilung). (Schluß) sei/ap

NNNN

Kleine Bälle haben Saison

Utl.: Bis Faschingsdienstag 607 Bälle in Wien

=++++

8 #Wien, 23.2. (RK-LOKAL) Bis Faschingsdienstag wurden im Vergnügungssteuerreferat der Stadt Wien 607 Bälle angemeldet, das sind um 37 Bälle mehr als im Vorjahr. Heuer hatten die kleineren Bälle (unter 500 Karten) Saison: Es wurden 429 kleinere Bälle gegenüber 382 im Vorjahr angemeldet. Bei den mittleren (zwischen 500 und 1.000 Karten) und den Großbällen (über 1.000 Karten) gab es kleine Rückgänge. Heuer wurden 86 mittlere Bälle (Vorjahr 89) und 92 Großbälle (Vorjahr 99) angemeldet. # (Schluß) sei/gg

NNNN

Neues Mietrecht: Erhaltungsbeitrag hilft Mietern sparen (1)

=++++

9 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) über die Auswirkungen des neuen Mietrechtes auf städtische Wohnhausanlagen berichtete Wohnbaustadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Die Stadt Wien wird aus dem neuen Mietrechtsgesetz folgende Konsequenzen ziehen:

- o Die Obergrenzen für die Neuvermietungen von älteren städtischen Wohnungen werden nicht voll ausgeschöpft, sondern in der Höhe der Obergrenzen des Erhaltungsbeitrages festgesetzt. Das heißt, daß der Mietzins in wiedervermieteten Wohnungen nicht höher als der Erhaltungsbeitrag sein wird.
- o Ab 1. Juli wird die Stadt Wien in den Häusern, bei denen in nächster Zeit Reparaturarbeiten anfallen, einen Erhaltungsbeitrag einheben. In zahlreichen Gemeindebauten soll noch heuer beziehungsweise 1983 mit Instandsetzungsarbeiten begonnen werden. # Die Stadterneuerung aber auch die Wiener Bauwirtschaft werden durch diese Arbeiten einen gewaltigen Aufschwung erfahren.
- o Nach dem neuen Mietrecht besteht die Möglichkeit, sowohl den Erhaltungsbeitrag einzuheben, als auch bei dringenden Fällen ein Paragraph 18-Verfahren (bisher Paragraph 7) einzuleiten. Die Stadt Wien hat die Absicht, von dieser Möglichkeit Abstand zu nehmen und die Arbeiten mit Hilfe des Erhaltungsbeitrages durchzuführen.
- o Die Stadt Wien wird auf den im Gesetz vorgesehenen Ertrag von 20 Prozent der Mietzinseinnahmen verzichten und den gesamten Betrag der Erhaltung des Hauses zuführen.
- o Vor Einführung des Erhaltungsbeitrages wird eine Informationskampagne für die Mieter gestartet. Im Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien, Doblhoffgasse, 6 soll eine eigene Auskunftsstelle zu Fragen des neuen Mietrechtes installiert werden. Die Möglichkeiten von Mietzinsbeihilfen werden den Mietern genau bekanntgegeben. (Forts.) ba/bs

NNNN

Neues Mietrecht: Erhaltungsbeitrag hilft Mietern sparen (2)

=++++

10 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Die Einhebung des Erhaltungsbeitrages bedeutet für die Mieter einen erhöhten Mietzins, erspart aber in weiterer Folge beträchtliche Summen. Durch den Erhaltungsbeitrag wird nämlich soviel Geld angespart, daß Reparaturen rasch und möglichst ohne Kreditaufnahme durchgeführte werden können.

Dazu ein Beispiel: Bei angenommenen Reparaturkosten von 5 Millionen Schilling, mußten die Mieter nach dem Paragraph 7-Verfahren des alten Mietengesetzes 8,36 Millionen Schilling zurückzahlen. Soviel machen die Kreditzinsen bei einer zehnjährigen Laufzeit des Kredites aus. Durch den Erhaltungsbeitrag ersparen sich die Mieter also rund 3,4 Millionen Schilling an Zinsen.

Der Erhaltungsbeitrag richtet sich nach der Größe und nach der Ausstattung der Wohnung zum Abschluß des Mietvertrages (selbst vorgenommene Wohnungsverbesserungen zählen nicht mit). Die Höhe bewegt sich zwischen 3,66 Schilling und 14,66 Schilling pro Quadratmeter und Monat.

Beispielsweise: Wenn bei einer 40 Quadratmeter großen Altbauwohnung der Ausstattungskategorie C - also mit Wasser und WC innen - der Hauptmietzins bisher 40 Schilling betrug, so wird er in Zukunft 316,65 Schilling betragen.

Der Erhaltungsbeitrag darf nur für Arbeiten am Wohnhaus eingesetzt und muß innerhalb von fünf Jahren verwendet werden. Ist dies nicht der Fall, oder wird nicht der gesamte Betrag benötigt, muß die Summe mit Verzinsung zurückgezahlt werden. Jeder Mieter kann die Verwendung des von ihm eingezahlten Erhaltungsbeitrages kontrollieren, da die Hausverwaltung jährlich eine gesonderte Abrechnung über die Einnahmen und die Ausgaben aus dem Erhaltungsbeitrag vorlegen muß. (Forts.) ba/bs

NNNN

Neues Mietrecht: Erhaltungsbeitrag hilft Mietern sparen (3)

=++++

11 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Wenn sich der Mietzins durch den Erhaltungsbeitrag auf mehr als 4,50 Schilling pro Quadratmeter Wohnfläche erhöht, kann beim zuständigen Finanzamt eine Mietzinsbeihilfe beantragt werden. Die Jahresnettoeinkommensgrenzen sind: 85.000 Schilling, bei einer Person, 105.000 Schilling bei zwei Personen und 11.500 Schilling bei drei Personen. Die Betriebskosten werden bei dieser Mietzinsbeihilfe nicht berücksichtigt.

Die zweite Möglichkeit ist die Mietzinsbeihilfe über die Sozialhilfe. Die Sozialhilfe berücksichtigt den gesamten Mietzins, auch die Betriebskosten werden eingerechnet. (Forts. mgl.) ba/bs

NNNN

Wien zahlt 431 Millionen für ortsfremde Patienten

=++++

12 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeistermeisters zu Fragen der Spitalsfinanzierung, daß von Wiener Seite niemals ein "Selbstbehalt" für ortsfremde Patienten gefordert wurde. Das Problem der ortsfremden Patienten ist auch kein Problem Wien-Niederösterreich allein, sondern betrifft alle Gebietskörperschaften, die Spitäler mit einem großen Einzugsbereich zu führen haben. Die Vorschläge Wiens waren daher auch nie als Einbahnstraße gedacht: Wien ist natürlich bereit, bei einer entsprechenden bundesweiten Regelung die Kosten für Spitalsaufenthalte von Wienern in anderen Bundesländern zu übernehmen.#

Im Jahr 1980 entfielen 29,1 Prozent der Pflagetage im Allgemeinen Krankenhaus auf Patienten aus anderen Bundesländern. In den übrigen Wiener Krankenanstalten waren es 12,6 Prozent der Pflagetage. Die Mehrkosten, die Wien leisten mußte, betragen nach Abzug der Leistungen der Sozialversicherung rund 431 Millionen Schilling. In der Gegenrechnung werden die Kosten für die Wiener Patienten in anderen Bundesländern auf rund 100 Millionen geschätzt.

Nach Ansicht Wiens sollte entweder der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds bundesweit die Kosten der ortsfremden Patienten übernehmen oder jedes Bundesland für "seine" ortsfremden Patienten in einem anderen Bundesland aufkommen.

Der klinische Mehraufwand beim AKH hat, so MAYR, mit der Kostenfrage für ortsfremde Patienten nichts zu tun. Er wird ja nicht für die "Heilbehandlung" gewährt, sondern für die Aufwendungen aus Lehre und Forschung, also u.a. dafür, daß im AKH rund die Hälfte der österreichischen Ärzte ausgebildet wird. Dafür zahlt der Bund derzeit 18 Prozent der Betriebskosten 1980 waren es 393 Millionen. Nach Ansicht Wiens ist das viel zu wenig. (Schluß) sei/ap

NNNN

Gratz: Jugendarbeitslosigkeit muß verhindert werden

=++++

13 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ erklärte Dienstag in seinem Pressegespräch, daß in Wien alles getan werden wird, um keine Jugendarbeitslosigkeit entstehen zu lassen. Bis Mitte März werden noch Unterlagen erarbeitet, die einen genauen Überblick über die Lehrlingssituation im heurigen Jahr geben werden. Nach Vorliegen dieser Unterlagen wird man sich rasch mit allen Beteiligten zusammensetzen müssen, um gezielte Maßnahmen zu setzen. #

Gratz erinnerte, daß in den fünfziger Jahren staatliche Maßnahmen wie eine Einstellungsverpflichtung oder die Aktion "Jugend am Werk" gesetzt wurde. Er, so Gratz, habe derzeit nicht den Eindruck, daß solche Maßnahmen notwendig sein werden, ausschliessen wolle er sie aber nicht. Sie wären jedoch eine allerletzte Möglichkeit. Auf jeden Fall sind in Wien alle Beteiligten interessiert, daß es nicht zu Verhältnissen wie in Großbritannien oder in anderen Ländern kommt.

Zu heutigen Zeitungsmeldungen erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR, daß die Stadt Wien General Motors keine Lehrlingsförderung gibt. Es stimmt daher auch nicht, daß die Stadt Wien für jeden bei General Motors ausgebildeten Lehrling 2.500 Schilling im Monat bezahlt.

Zur Frage der Heldenplatzgarage betonte Stadtrat Mayr, daß es nun einen neuen Vorschlag gibt, den man ernsthaft diskutieren sollte. Dieser Vorschlag sieht eine Zufahrt durch das Burgtor und weiter eine Einfahrt zur Garage links vom Burgtor Richtung Volksgarten vor. Diese Variante, die noch nicht bei der Baubehörde und beim Bundesdenkmalamt eingereicht wurde, würde den Heldenplatz nicht "verschandeln" und wäre auch wirtschaftlich vertretbar. (Schluß) sei/bs

NNNN

150 Millionen für Aufzüge

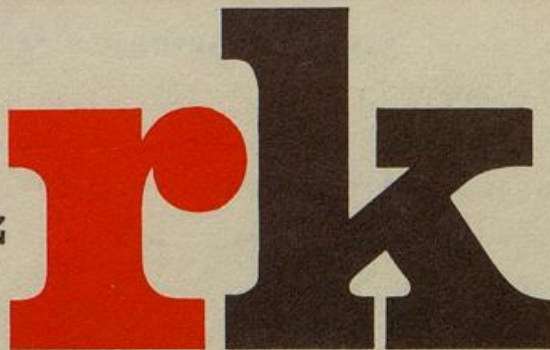
=++++

14 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Für nachträgliche Aufzugseinbauten in ältere städtische Wohnhausanlagen wurden am Dienstag 150 Millionen Schilling vom Wiener Stadtsenat genehmigt. Dies berichtete Wohnbaustadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters. Mit dieser Summe können heuer 130 Aufzüge nachträglich eingebaut werden. Rund 90 Millionen werden damit für das Baugewerbe und die Metallindustrie wirksam. Der nachträgliche Aufzugseinbau bedeutet aber auch für die Mieter eine wesentliche Verbesserung ihrer Wohnqualität. # (Schluß) ba/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Mittwoch, 24. Februar 1982

Blatt 474

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Salzstreuung: Heute fast 200 Beschwerden

Kommunal:
(rosa)

Hofmann für Gurtenanlagepflicht mit Strafsanktionen

Lokal:
(orange)

Modeteam: Drei Hetzendorferinnen als Preisträger
Donauturm: Besucherzahl weiterhin steigend
Erste Ausschreibungen für das Konferenzzentrum

Kultur:
(gelb)

Jazz- und Popfrühling in Wien

Sport:
(grün)

Claudia Kristofics-Binder bekam Sportehrenzeichen

Nur
über FS:

23.2. Gegen Straßenbahn gelaufen
24.2. Triebwagen verlor Strombügel
Morgen wieder "Langer Donnerstag"
Ehrung für Verdienste um Senioren
"46 B" stieß mit "J"-Wagen zusammen

.....
Bereits am 23. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Salzstreuung: Heute fast 200 Beschwerden

=++++

16 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Einige Stunden Schneefall und fast zweihundert Beschwerden wegen Salzstreuung auf Gehsteigen: das ist die Bilanz, welche die Mitarbeiter des Mobilien Bürgerdienstes, die seit kurzem mit eigenen Chlorid-Test-Sets zum Nachweis der Salzstreuung ausgerüstet sind, bis Dienstag mittag gezogen haben. #

Montag abend hatte der ORF im Österreich-Bild auf die Möglichkeit des Mobilien Bürgerdienstes, Salzstreuung nun auch tatsächlich nachzuweisen, aufmerksam gemacht. Dienstag vormittag gab es allein in den Außenstellen des Bürgerdienstes 80 Anrufe zu diesem Thema. Bei den Kundendienststellen der Verkehrsbetriebe beklagten sich 52 Wienerinnen und Wiener über Salz auf dem Gehsteig, 21 Personen beschwerten sich bei der Verwaltungsrevision, weitere Beschwerden kamen an die Polizei und die Umweltschutzabteilung.

Die Mitarbeiter des Mobilien Bürgerdienstes konnten bis heute, Dienstag mittag, an 42 Stellen kontrollieren. In 38 Fällen stellte sich heraus, daß tatsächlich - trotz Salzstreuverbots - Salz auf Gehsteigen verwendet wurde. Die Hausbesorger bzw. Hausinhaber wurden daraufhin beim Magistratischen Bezirksamt angezeigt.

Dabei wurde nicht allein gegen Privatpersonen, sondern auch - wie Umweltstadtrat Peter SCHIEDER angekündigt hatte - gegen öffentliche Dienststellen hart vorgegangen: so muß der Portier eines Amtshauses mit disziplinären Folgen rechnen, weil er auf dem Gehsteig Salz verwendet hatte. Auch gegen eine Schneereinigungsfirma wird ermittelt: diese Firma hatte zwar behauptet, das unschädliche (und nicht verbotene) Auftaumittel Plentabon Eisex zu verwenden. Die Männer des Mobilien Bürgerdienstes konnten mit ihrem Test-Set allerdings einwandfrei nachweisen, daß es sich um normales Auftausalz handelte. (Schluß) hs/bs

NNNN

Modeteam: drei Hetzendorferinnen als Preisträger

Utl.: Siegerin zu Cacharel nach Paris

=++++

2 #Wien, 23.2. (RK-LOKAL) Bei der 2. Wiener Moderedoute gewannen drei Schülerinnen der "Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf" einen Bewerb des "Modeteam Wien", an dem 21 Schüler und Schülerinnen aus 5 österreichischen Lehranstalten für Mode und Bekleidung teilnahmen.#

Die Jury, die aus französischen Stilisten und österreichischen Händlern bestand, bewertete Idee, Kreativität und Verkäuflichkeit der Entwürfe. Der erste Preis ging an Gabriele STIASTNY aus der Modeschule Hetzendorf und ex aequo an einen Schüler der Klasse Lagerfeld (Akademie für angewandte Kunst).

Frl. Stiastry gewann einen Ausbildungsplatz bei Jean Cacharel in Paris, wo sie einige Monate verbringen wird. Der zweite Preis, ein Ausbildungsplatz bei dem Avantgardisten Jean Paul Gaultier, einem ehemaligen Assistenten von Pierre Cardin, ging an die Hetzendorferin Gabriele SKACH, die dritte Preisträgerin, Maria Elisabeth HAMMER, wird ihre Kenntnisse bei dem Avantgardisten Jeff Sayre, der ebenfalls in Paris arbeitet, vervollkommen dürfen.
(Schluß) emw/ap

NNNN

Hofmann für Gurtenanlegepflicht mit Strafsanktionen (1)

=++++

3 #Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) 3.500 Personen wären bei Verkehrsunfällen in Wien im vergangenen Jahr nicht oder wesentlich geringer verletzt, vierzig Pkw-Insassen wären nicht getötet worden, wenn sie zum Zeitpunkt des Unfalls angegurtet und mit angemessener Geschwindigkeit unterwegs gewesen wären. Rund zwanzig bei Unfällen tödlich verletzte Lenker einspuriger Fahrzeuge wären wahrscheinlich noch am Leben, hätten sie einen Sturzhelm getragen. Diese Daten wurden vom Referat für Verkehrssicherheit der Magistratsabteilung 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) errechnet. Dazu Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN: "Diese Daten sind alarmierend. Es steht außer Zweifel, daß das Anlegen von Gurten eine wesentliche Verringerung der Verletzungsgefahr bei Unfällen bewirkt. Ich unterstütze deshalb die Bestrebungen von Gesundheitsminister Dr. Kurt STEYRER zur gesetzlichen Verankerung der Gurtenanlegepflicht sowie der Sturzhelmpflicht bei einspurigen Fahrzeugen mit entsprechenden Strafsanktionen."#

An die Autofahrerorganisationen richtete Hofmann den Appell, ihren Standpunkt in dieser Frage noch einmal zu überdenken und im Interesse der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer ebenfalls für eine wirksame gesetzliche Regelung einzutreten.

Unmittelbar nach Einführung der Gurtenpflicht (allerdings ohne Strafsanktionen) im Jahr 1976 war die Zahl der Todesopfer in Pkw zunächst auf die Hälfte zurückgegangen. Dieser Erfolg war jedoch nur von kurzer Dauer: Die Zahl der Autofahrer, die die Gurten anlegen, sank - und die Zahl der Todesopfer nahm wieder zu. (Forts.) ger/gg

NNNN

Hofmann für Gurtenanlegepflicht mit Strafsanktionen (2)

Utl.: Nur jeder dritte Autofahrer ist angegurtet

=++++

4 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Im Durchschnitt ist in Wien nicht einmal jeder dritte Autofahrer angegurtet. Kaum jeder fünfte Fahrer oder Mitfahrer eines Mopeds trägt einen Sturzhelm. Diese Faktoren sind zusammen mit Geschwindigkeitsüberschreitungen ausschlaggebend für die Unfallschwere im Wiener Verkehrsgeschehen.

Im Vorjahr wurden in Wien bei Verkehrsunfällen 141 Personen getötet und 9.750 verletzt. Die Unfallschwere ist bei Moped- und Motorradfahrern um 45 Prozent höher als bei Pkw-Insassen.

Wie notwendig das Anlegen von Gurten ist, beweist ein Vergleich: Ein Anprall mit einer Geschwindigkeit von 50 km/h entspricht einem freien Fall aus zehn Meter Höhe (der durch Abstützen mit den Armen keinesfalls mehr aufgefangen werden kann); ein Anprall mit einer Geschwindigkeit von 80 km/h entspricht einem freien Fall aus 25 Meter Höhe. (Schluß) ger/gg

NNNN

Donauturm: Besucherzahl weiterhin steigend

Utl.: Neues kulinarisches Konzept für Restaurant "Isola"

=++++

6 #Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Aufwind hinsichtlich der Besucherfrequenz weht weiterhin um den Donauturm. Auch im vergangenen Jahr ist die Zahl der Besucher gestiegen. Wurde schon 1980 die zweithöchste Besucherzahl seit Bestehen des Turmes verzeichnet, so gab es 1981 eine weitere Erhöhung um rund 30.000 auf insgesamt 417.073 Besucher.#

Der Donauturm - mit 252 Meter Gesamthöhe das zweithöchste Bauwerk der österreichischen Bundeshauptstadt, das höchste ist der Sendemast auf dem Bisamberg - wurde nicht nur als Aussichtswarte ein Fixpunkt im Programm von Stadtrundfahrten und Stadtbesichtigungen, er ist auch ein bekannter gastronomischer Betrieb. In den beiden Restaurants mit insgesamt 240 Plätzen in zwei drehbaren Geschossen, die einen prachtvollen Rundblick bieten, konnten Reisegruppen aus 35 Ländern begrüßt werden, darunter auch aus Ecuador, Indonesien, Brasilien und Mexiko.

Die günstige Entwicklung der Besucherzahlen ist auch die Hauptursache für den wirtschaftlichen Erfolg. Der in der Bilanz 1981 ausgewiesene Gewinn der "Donauturm Aussichtsturm- und Restaurantbetriebsgesellschaft mbH.", einer Tochterfirma der EKAZENT, betrug mehr als 1,2 Millionen Schilling.

Durch eine Änderung des Konzepts für das Restaurant "Isola im Donaupark" am Fuße des Donauturms soll ein neuer gastronomischer Schwerpunkt im Donaupark gesetzt werden. Geplant sind unter anderem Spargelwochen im Frühjahr, Gartengrill im Sommer sowie Schlachtessen und Wildspezialitäten im Herbst. (Schluß) we/ap

NNNN

Claudia Kristofics-Binder bekam Sportehrenzeichen

=++++

7 #Wien, 24.2. (RK-SPORT) Mit dem Sportehrenzeichen, der höchsten Auszeichnung, die die Stadt Wien auf dem Gebiet des Sports zu vergeben hat, wurde Mittwoch Eiskunstlauf-Europameisterin Claudia KRISTOFICS-BINDER ausgezeichnet. Die Ehrenplakette der Stadt Wien wurde dem VersehrtenSPORTler Georg FREUND überreicht. Die Ehrung im Roten Salon des Rathauses nahm Sport-Stadtrat Peter SCHIEDER vor, der besonders die außerordentlichen Leistungen von Kristofics-Binder würdigte, "die das sportliche Image der Stadt weiter erhöht hat".#

Wörtlich meinte Schieder: "Die bewußte Anerkennung dieser Leistung durch die Verleihung des Sportehrenzeichens soll für sie der sichtbare Dank ihrer Heimatstadt sein, für viele andere aber zugleich Ansporn zu eigener körperlicher Betätigung. Nur wenige wissen, welcher Trainingsfleiß dahintersteckt, welche Ausdauer notwendig war, um das hochgesetzte Ziel auch tatsächlich zu erreichen."

Claudia Kristofics-Binder hat in diesem Jahr in Lyon nach zehn Jahren wieder einen Europameistertitel im Eiskunstlauf für Österreich geholt. Sie begann bereits mit fünf Jahren mit dem EislauFSport und konnte im Laufe ihrer großen Karriere neben unzähligen Siegen und Plazierungen in internationalen Wettbewerben, im Vorjahr EM-Bronze in Innsbruck und WM-Bronze in Hartford erringen.

Im Rahmen der Feierstunde erhielt Georg Freund, der nach einem Autounfall seit dem Jahre 1973 querschnittgelähmt ist, die Ehrenplakette der Stadt Wien. "Sie haben ihr Schicksal in bewunderswerter Weise gemeistert und sind durch ihre großen sportlichen Erfolge, durch ihre Einstellung und durch ihren unbeugsamen Willen zum Vorbild im VersehrtenSPORT geworden", betonte Schieder. Georg Freund stellte im vergangenen Jahr Weltrekorde über 800 m auf der Bahn (in Zürich), im Halbmarathon (Oita, Japan) und eine europäische Bestleistung im Marathon (Berlin) auf.

(Forts. mgl.) hof/gg

Erste Ausschreibungen für das Konferenzzentrum

=++++

9 #Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Im Amtsblatt der Stadt Wien werden morgen, Donnerstag, die Rohbau-Baumeisterarbeiten und die Stahlbauarbeiten für das Konferenzzentrum in Wien öffentlich ausgeschrieben. Der Leistungsumfang für die Rohbauarbeiten wird mit 500.000 Kubikmeter umbauten Raum angegeben, der Ausführungszeitraum wird mit Juli 1982 bis Mitte 1986 festgesetzt. Die Stahlbauarbeiten sollen von Ende 1982 bis Ende 1983 ausgeführt werden.#

Der Leistungsumfang ist eine 7.500 Tonnen Tragwerkskonstruktion für den Innenbereich und die Dachkonstruktion, samt Trapezblechschalung und Brandschutzverkleidung. Der Ausschreibungsbeginn für die Rohbauarbeiten ist der 2. März, für die Stahlbauarbeiten der 9. März 1982. Die Angebote müssen bis spätestens Dienstag, 20. April 1982, 9 Uhr, im Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien, 1230 Wien, Wagramer Straße 23, abgegeben werden. (Schluß) sei/gg

NNNN

Jazz- und Popfrühling in Wien (1)

=++++

11 #Wien, 24.2. (RK-KULTUR) Das Kulturamt der Stadt Wien und "Stimmen der Welt" veranstalten heuer zum dritten Mal gemeinsam den "Jazz- und Popfrühling in Wien". Das Programm der heurigen Veranstaltungsserie sieht einen anspruchsvollen Jazzblock von 19. bis 21. März und sieben weitere Konzerte aus dem weiten Bereich der Pop-, Rock- und Showszene vor. Absoluter Höhepunkt: ein Konzert mit Sammy Davis Jr..#

Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK betonte die Bemühungen der Stadt Wien, derartige Konzertserien durch Ausfallshaftungen - die dann oft gar nicht benötigt werden - zu ermöglichen. Daß sich die "Wiener Szene" in den letzten Jahren derart belebt, führt Zilk nicht zuletzt auf den Verzicht der Stadt auf die Vergnügungssteuer für "Lebende Musik" in Lokalen bis 500 Quadratmeter zurück.

Wie im Vorjahr gibt es auch heuer ein Abonnement für den Jazzblock, das 440.-- S kostet, die Tageskarten sind um 220.-- S ("Z"-Club-Mitglieder 180.-- S) zu haben. Die Preise der übrigen Konzerte richten sich nach den jeweiligen Gegebenheiten. Der Durchschnittspreis von 200.-- S wird vor allem vom Sammy Davis Jr.-Konzert überschritten. (Forts.) gab/ap

NNNN

Jazz- und Popfrühling in Wien (2)

Utl.: Das Programm

=++++

12 Wien, 24.2. (RK-KULTUR)

Freitag, 5. März, 19.30 Uhr, Audimax T.U.:

Multivision-Show:

Gandalf: "Journey to an Imaginary Land" und "Visions"

Freitag, 12. März, 19.30 Uhr, Audimax T.U.:

Szene '82: Neue Gruppen aus Wien

Freitag, 19. März, 18 Uhr, Sofiensaal:

Jazz-Frühling - 1. Konzert: "The Vibraphones":

Woody Shabata und Hans Zinkl

Vera Auer Quartett

Milt Jackson/Ray Brown/Monty Alexander/Grady Tate

Bobby Hutcherson/Curtis Fuller/Cedar Walton/

Buster Williams/Billy Higgins/Harold Lend

Samstag, 20. März, 16 Uhr, Sofiensaal:

Jazz-Frühling - 2. Konzert: "Great Black Music"

Steve Lacy Quintett

Leroi Jones/Alan Silver/Wolfred Zierl/Gyps Pechet Reber

Sonny Sharrock Trio

Art Ensemble of Chicago

Sonntag, 21. März, 16 Uhr, Sofiensaal:

Jazz-Frühling - 3. Konzert: "Solos und Duos":

Charly Ratzler und Lee Harper

Richard Teitelbaum

Rashid Ali und Arthur Rames Duo

Paul Bley Piano Solo

Samstag, 20. März, 19.30 Uhr, Kurhalle Oberlaa:

Barclay James Harvest

Dienstag, 23. März, 18.30 Uhr, Konzerthaus: "This is Soul"

Wilson Pickett + Sam and Dave + Eddie Floyd + Percy Sledge

Dienstag, 30. März, 19.30 Uhr, Konzerthaus:

Sammy Davis jr.

Freitag, 30. April, 19.30 Uhr, Stadthalle:

Foreigner

Sonntag, 9. Mai, 19.30 Uhr, Stadthalle:

Rory Gallagher

Mittwoch, 12. Mai, 19.30 Uhr, Stadthalle:

The Queen

(Schluß) gab/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 25. Februar 1982

Blatt 484

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS "Gift-Telefon" hat Nummer 74 36 31
ausgesendet: Der Prater soll noch attraktiver werden
(grau)

Kommunal: Ein neues Tor zur Welt
(rosa) Gratz: Lehrlings-Einstellungsgesetz wäre letzte
Möglichkeit
Stadterneuerung als "Großprojekt der kleinen
Schritte"
Zilk für autofreien Josefsplatz
53 Behinderte in Gemeindedienst aufgenommen
Internationale Städte-Beratung in Wien

Lokal: Wien erwartet "Retortenbaby"
(orange) Sozialer Stützpunkt verlegt
Fünftes Institut für Erziehungshilfe eröffnet

Kultur: Internationales Toleranzgespräch der Stadt Wien
(gelb)

Nur 24.2. Bürobrand im Sozialministerium
über FS: 25.2. Das Projekt "Novak" Samstag am Schöpfwerk
Ehemaliger Bäcker und Fleischhauer feiert 102.
Geburtstag
Wien: Spannungseinsenkung im Stromnetz

.....
Bereits am 24. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

"Gift-Telefon" hat Nummer 74 36 31

=++++

14 Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Durch einen bedauerlichen Irrtum wurde in der "RATHAUSKORRESPONDENZ" vom 23. Februar, Blatt 460, eine falsche Telefonnummer der Magistratsabteilung 39 angegeben. Die richtige Nummer des sogenannten "Gift-Telefons" ist 74 36 31/54. Dort kann sich jeder Private über die gefahrlose Beseitigung des in seinem Bereich entstandenen Sondermülls informieren. (Schluß) ei/gg

NNNN

.....
Bereits am 24. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Der Prater soll noch attraktiver werden (1)

Utl.: Neuer Praterfrühling und 85. Geburtstag des Riesenrades

=++++

15 #Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Neben den ständigen Belustigungen wird es heuer im Prater eine Reihe von Veranstaltungen geben. Vor rund einem Jahr gründete die Wiener Stadtverwaltung gemeinsam mit der Wiener Handelskammer den "Beirat für den Wiener Volksprater". Die Devise war: den "Wurstelprater" noch attraktiver zu gestalten. Zusätzliche Veranstaltungen sollen den Prater wieder zu einem typisch wienerischen, kinder- und familienfreundlichen Vergnügungszentrum machen. Ein Hauptaugenmerk wird auch auf den Fremdenverkehr gelegt. Neben modernsten Vergnügungsgeräten soll auch das "Urwienersische" im Prater neu belebt werden.#

Eröffnet wird die Saison am 13. März, wenn Kurt Votava und Günther Schifter im Oberbayern den "Praterfrühling" präsentieren. Eine Unterhaltungsshow, die bei freiem Eintritt von 14 bis 22 Uhr dauern wird. Am 28. März laden die Praterunternehmer und das Landesjugendreferat zum "Familiensonntag" in den Prater ein. Mit dem Familiengutschein gibt es eine Freifahrt auf dem Riesenrad, das heuer seinen 85. Geburtstag feiert. (Forts.) gk/gg

NNNN

.....
Bereits am 24. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Der Prater soll noch attraktiver werden (2)

=++++

16 Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Im April ist Radio Wien live im Prater mit der Wiener Gardemusik, im Mai unter dem Motto "Wienerisch am Nachmittag", im Juli bei einem "Kinderfest" mit TV-Lieblingen, im August beim "Frühschoppen" mit Herbert Suchanek und im September mit dem "Konzertcafe". Ferienspiele, Platzkonzerte, Blumenkorso und Feuerwerke werden genauso veranstaltet, wie Kindertheater, Mal- und Töpferaktionen und ein großes Herbstfest.

Vorsitzender des Praterbeirates - in dem die Praterunternehmer ebenso vertreten sind, wie das Stadtgartenamt, die Verkehrsabteilung des Magistrats, das Kulturamt, der Fremdenverkehrsverband und andere städtische Dienststellen - ist derzeit Komm.-Rat Josef FRÖHLICH, der Obmann der Sektion Fremdenverkehrs- und Freizeitwirtschaft in der Wiener Handelskammer. Sein Stellvertreter ist der Wiener Fremdenverkehrsdirektor Senatsrat Dr. Helmut KREBS. Zum Budget des Praterbeirates, das heuer 1 Million Schilling beträgt, haben die Stadtverwaltung 800.000 Schilling und die Wiener Handelskammer 200.000 Schilling beigesteuert. Darüber hinaus haben auch die im Praterverband zusammengeschlossenen Praterunternehmer sechsstelligen Summen für diverse Veranstaltungen zur Verfügung gestellt.

Neue Parkplätze werden geschaffen, Grünanlagen angelegt, die günstige Verbindung mit der U 1 wird voll ausgenutzt und Fußgängerzonen und Erholungsgebiete werden voll ausgeschöpft. Mit diesen Aktionen hofft man den "Prater" für Wiener und Ausländer wieder zu dem zu machen, was er einmal war: ein Erholungs- und Vergnügungsgebiet und eine Sehenswürdigkeit, an der Wiener und Ausländer nicht vorbeigehen können. (Schluß) gk/gg

NNNN

Wien erwartet "Retortenbaby"

=++++

4 #Wien, 25.2. (RK-LOKAL) Seit Mitte 1979 beschäftigt sich ein Ärzteteam der II. Universitätsfrauenklinik in Wien mit der Methode der Befruchtung außerhalb des Mutterleibes. Der medizinische Fachausdruck heißt In-vitro-Fertilisierung. In der Öffentlichkeit kennt man den Begriff "Retortenbaby". Nun lassen die Ergebnisse in Wien hoffen, daß es schon bald zur Geburt eines solchen Babys kommt. Im Juli und im August könnte es bei zwei Frauen so weit sein. "Wien aktuell-Wochenblatt" berichtet in seiner neuen Ausgabe darüber.#

Die allerersten in der medizinischen Literatur erwähnten Versuche mit In-vitro-Fertilisierung, kurz IVF genannt, fanden vor über einem Jahrhundert in Wien statt. Um 1880 gelang es dem Veterinärmediziner S. Schenk erstmals, Kaninchen- und Meerschweinchenzellen mit der IVF-Methode zu befruchten. Die Zeit für Versuche an menschlichen Eizellen kam erst ein halbes Jahrhundert später. Im Jahre 1978 brachte der englische Arzt Steptoe das erste "Retortenbaby" gesund zur Welt.

"Die Erfolge in England waren letztlich der Anstoß, daß wir 1979 auf der Basis einer Arbeitsgruppe begannen, die ersten Versuche zu unternehmen", sagte der Vorstand der II. Univ.-Frauenklinik, Prof. Herbert Janisch. Er als Projektleiter und sein Team sind zuversichtlich, daß Wien schon bald die Geburt des ersten "Retortenbaby" feiern kann. Der Andrang in der II. Univ.-Frauenklinik ist groß. Viele Frauen hoffen durch die IVF-Methode zu einem Kind zu kommen.

Derzeit werden die Kosten von der Klinik getragen. Aufenthalt in der Klinik und diagnostische Maßnahmen von der Krankenkasse. Nicht abgegolten werden kann der zusätzliche apparative Aufwand, der enorme Einsatz und die Arbeitszeit der Ärzte, weil sie dafür ihre Freizeit opfern müssen. (Schluß) red/bs

NNNN

Ein neues Tor zur Welt (1)

=++++

5 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die Diskussion um die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals ist wieder aufgeflammt. Als frühester Fertigstellungstermin war bereits 1981 genannt, jetzt spricht man von Terminen bis zum Jahr 2000. "Wien aktuell - Wochenblatt" berichtet über diese Wasserstraße, deren Fertigstellung für Österreich von enormer wirtschaftlicher Bedeutung wäre.

Zur Schaffung des Großschiffahrtsweges von 3.500 km Länge, der 13 Staaten Europas miteinander verbinden soll, wurde 1921 die Rhein-Main-Donau AG gegründet. Der Rhein und der Main waren bis Aschaffenburg bereits schiffahrtsmäßig ausgebaut, mit dem Ausbau der Donau wurde 1923 begonnen.

Der eigentliche Main-Donau-Kanal wurde 1959 in Angriff genommen. Die Wasserstraße zwischen Bamberg und Nürnberg ist 70 km lang und überwindet mittels sieben Schleusen 82 Meter Höhenunterschied. Vom letzten, 133 km langen Abschnitt Nürnberg - Kelheim, wo die Donau erreicht wird, sind noch 99 km auszuführen.

Auf dem Rhein-Main-Donau-Kanal könnten nach einer gewissen Anlaufzeit jährlich acht bis zehn Millionen Tonnen Güter befördert werden. Kreise in der Bundesrepublik befürchten eine starke Konkurrenzierung der Deutschen Bundesbahn durch die Schifffahrt, eine weitere wirtschaftliche Gefahr wäre das Vordringen der billigen sowjetischen Transportschifffahrt nach dem Westen. Gewerkschaften und Soziologen bezeichnen dagegen eine Einstellung des Weiterbaues als Schildbürgerstreich, wie er größer und unvernünftiger nicht gedacht werden kann.

Der Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsweg würde der österreichischen Wirtschaft ein neues Tor zur Welt eröffnen.

(Forts.) red/gg

NNNN

Ein neues Tor zur Welt (2)

=++++

6 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Verkehrsrelation steht außer Zweifel, denn der Wasserweg ist billiger und spart Energie. Mit der Leistung von 1 PS können auf der Straße 150 kg, auf der Schiene rund 500 kg, auf dem Wasser aber nicht weniger als 4000 kg bewegt werden! Vor allem für Massengüter, wie Kohle, Erze und Baustoffe, für sperrige Güter (beispielsweise Großmaschinen) und stoßempfindliche Waren ist der Wassertransport ideal.

Unabhängig von der Fertigstellung des Kanals ist jedoch Wien als Hafenstadt bereits am Werk, alle Voraussetzungen für einen modernen Warenumschlagplatz zu schaffen. Nach Schließung der Kraftwerkskette an der mittleren Donau werden Hochseeschiffe bis 3000 Tonnen vom Schwarzen Meer aus Wien ansteuern können, ab Wien wird der Weitertransport mittels der 1350-Tonnen-Europakähne erfolgen. (Schluß) red/ap

NNNN

Gratz: Lehrlings-Einstellungsgesetz wäre letzte Möglichkeit

=++++

7 #Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) "Die Industriellenvereinigung und die Wiener Handelskammer sollten sich genauer informieren, was ich wirklich gesagt habe, bevor sie eine völlig unnötige Polemik starten", erklärte Bürgermeister Leopold GRATZ gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". "Ich habe in der Pressekonferenz am Dienstag ausdrücklich betont, daß meiner Meinung nach in der Zusammenarbeit der Stadt Wien, der anderen öffentlichen Stellen und der Wirtschaft die nötige Zahl der Lehrstellen wahrscheinlich auch in Zukunft gesichert werden kann. Man muß sich allerdings heute schon überlegen, was man tun kann, wenn das doch nicht gelingt. Erst in diesem Zusammenhang verwies ich u. a. auf die Möglichkeit eines Lehrlings-Einstellungsgesetzes. #

Gratz verwies darauf, daß sich die Schwierigkeiten derzeit nicht so sehr aus einem allgemeinen Mangel an Lehrstellen ergeben, sondern daraus, daß bestimmte Berufswünsche nicht erfüllt werden können. In manchen Bereichen, etwa im Lebens- und Genußmittelsektor, gibt es noch freie Lehrstellen. Allgemeine Zahlen sagen daher wenig über die Situation aus, man muß die Probleme branchenweise analysieren. Sollte es trotz allen Bemühungen nicht gelingen, diese Probleme zu meistern, bleiben vor allem noch zwei Möglichkeiten:

- o Ein Lehrlings- Einstellungsgesetz, das Betriebe verpflichtet, in einem bestimmten Verhältnis zur Zahl ihrer Beschäftigten Lehrlinge auszubilden. Als Ende der vierziger Jahre eine größere Jugendarbeitslosigkeit drohte, wurde bereits ein befristetes Jugendeinstellungsgesetz beschlossen. Es hatte den Nachteil, daß vorwiegend jugendliche Hilfsarbeiter eingestellt wurden. Sollte sich in Zukunft eine ähnliche Notwendigkeit ergeben, müßte darauf geachtet werden, daß wirklich Lehrlinge bis zum Abschluß ausgebildet werden. (Forts.) sti/gg

Gratz: Lehrlings-Einstellungsgesetz wäre letzte Möglichkeit (2)

=++++

8 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Gratz nannte noch eine zweite Möglichkeit, um genügend Lehrlings-Ausbildungsplätze zu sichern:

o Der Einsatz vom Jugend am Werk für die Berufsausbildung. Diese Organisation wurde in der Ersten Republik vor allem für diesen Zweck gegründet. Erst durch die erfreuliche Entwicklung seit den fünfziger Jahren konnte sich Jugend am Werk auf die Ausbildung und Beschäftigung von behinderten Jugendlichen konzentrieren.

"Das wären jedoch, wie gesagt, nur die äußersten Möglichkeiten", betonte Gratz. "Ich hoffe nach wie vor, daß es gelingt, auch ohne diese beiden Maßnahmen genügend Lehrstellen zu sichern. Das liegt auch im Interesse der Wirtschaft, deren internationale Konkurrenzfähigkeit in erster Linie auf der hohen Qualifikation unserer Arbeitskräfte basiert, die sich aus dem erstklassigen Ausbildungssystem in Österreich ergibt. Darüber hinaus muß jedem Verantwortlichen klar sein, welche menschliche Bedeutung diese Frage hat. Es gehörte für mich zu den erschütterndsten Erlebnissen der letzten Zeit, in Ländern mit größerer Jugendarbeitslosigkeit die Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung der betroffenen jungen Menschen zu sehen." (Schluß) sti/ap

NNNN

Stadterneuerung als "Großprojekt der kleinen Schritte" (1)

Utl.: Tätigkeitsbericht liegt vor

=++++

10 #Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Im Auftrag des Bürgermeisters hat die Magistratsdirektion-Koordinationsbüro in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle der Geschäftsstelle Wohnen und Stadterneuerung eine Untersuchung über die Stadterneuerung in Wien in den letzten Jahren durchgeführt. Bürgermeister Leopold GRATZ sowie die Stadträte Johann HATZL, Ing. Fritz HOFMANN, Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER und Dr. Helmut ZILK, stellten diesen Tätigkeitsbericht am Donnerstag in einem Pressegespräch vor. #

Stadterneuerung ist mehr als nur eine bestimmte Einzeltätigkeit der Stadtverwaltung, sie umfaßt nahezu alle Bereiche des täglichen Lebens. Stadterneuerung heißt Wohnhausinstandsetzung und Wohnungsverbesserung, aber auch Wohnungsneubau. Sie heißt Schaffung von Fußgängerzonen und Wohnstraßen, von Grünanlagen und Spielplätzen. Dazu gehört auch die Errichtung von öffentlichen Einrichtungen wie Jugendzentren, Pensionistenklubs, Häusern der Begegnung, neuen Schulen, Kindergärten, Sozialberatungsstellen und vieles andere. Stadterneuerung sind auch die Verbesserung und Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs, die Erneuerung der sogenannten technischen Infrastruktur und die Erweiterung der Nahversorgung durch neue Einkaufsmöglichkeiten. Dazu kommt noch die Bewältigung von menschlichen Problemen, die die Stadterneuerung mit sich bringt. Man muß gerade den älteren Menschen die Chance geben, in einem Gebiet, in dem sie viele Jahre ihres Lebens verbracht haben, zu bleiben. Stadterneuerung ist ein "Großprojekt der kleinen Schritte". Der Tätigkeitsbericht zur Stadterneuerung mit Stand Dezember 1980 soll zeigen, wie breit und umfangreich diese Aufgabe tatsächlich ist. (Forts.) ba/gg

Stadterneuerung als "Großprojekt der kleinen Schritte (2)

=++++

11 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Als Stadterneuerungsgebiet wurde der "gewachsene" ältere Teil der Stadt angenommen. Dieses Stadtgebiet ist mit dem äußeren Rand der gründerzeitlichen und zwischenkriegszeitlichen Bebauung abgegrenzt. Diese Grenze deckt sich nicht mit den Bezirksgrenzen sondern verläuft etwa entlang der Vorortelinie im Westen, der Bauungskante am Kamm des Wienerbergs und des Laaer Bergs im Süden und umschließt jenseits der Donau das Kerngebiet um den Floridsdorfer Spitz und die Kerngebiete Kaisermühlen, Kagran und Stadlau. Zum dichtbebauten Stadtgebiet zählen auch die älteren dörflichen Siedlungsformen außerhalb dieser Grenzen, die als Schutzzonen festgelegt sind. Nach einer Berechnung, die mit den Daten der Personenstandserhebung 1979 durchgeführt wurde, wohnen von den rund 1,5 Millionen Einwohnern Wiens etwa 70 Prozent im dichtbebauten Stadtgebiet. Das sind um drei Prozent weniger als 1971. Dabei trat eine Verschiebung der Siedlungsstruktur ein. Im dichtbebauten Gebiet hat die Bevölkerung um 12 Prozent abgenommen, außerhalb des dichtbebauten Gebietes nahm sie um 9 Prozent zu.

Zwtl.: Jährlich 12 Milliarden für die Stadterneuerung

#Aus dem Tätigkeitsbericht geht hervor, daß in den letzten drei Jahren der Untersuchung, also von 1978 bis 1980 für die Stadterneuerung 34,8 Milliarden Schilling aufgewendet wurden. Das sind fast 12 Milliarden im Jahr. Etwa ein Drittel davon - 11,1 Milliarden - fällt auf den Bereich Wohnen einschließlich Denkmalpflege - 9,6 Milliarden wurden für den Verkehr ausgegeben - 5,5 Milliarden für die technische Infrastruktur - 3,2 Milliarden für Freizeit und Bildungseinrichtungen, 3,2 Milliarden für Sozial- und Gesundheitseinrichtungen und 1 Milliarde für Grünanlagen.#
(Forts.) ba/ap

NNNN

Stadterneuerung als "Großprojekt der kleinen Schritte (3)

Utl.: Stadterneuerungsoffensive 1982

=++++

12 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Auch für das Jahr 1982 sind 11.151 Millionen Schilling für Investitionen in die Stadterneuerung vorgesehen. Ein erheblicher Teil entfällt wiederum auf den Wohnungsneubau, auf die Erhaltung der Häuser und auf die Wohnungsverbesserung. Der Instandhaltungsaufwand von städtischen Objekten- von den Wohnhäusern bis zu den Spitälern- erhöht sich 1982 um 444 Millionen oder um 20,7 Prozent auf 2.597 Millionen. Damit kann unter anderem die Sanierung von 110 städtischen Wohnhausanlagen und von 60 städtischen Althäusern begonnen werden. Das Aufzugsprogramm wurde ebenfalls aufgestockt. Heuer wurden bereits 130 nachträgliche Aufzugseinbauten genehmigt. Auch durch das neue Mietrechtsgesetz beziehungsweise durch die Einhebung eines Erhaltungsbeitrages für Hausreparaturen wird die Stadterneuerung einen wesentlichen Impuls erhalten. (Forts.) ba/bs

NNNN

Stadterneuerung als "Großprojekt der kleinen Schritte (4)

Utl.: Auch kulturelle Belebung

=++++

14 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) In der Pressekonferenz Stadterneuerung verwies Kulturstadtrat ZILK auf zwei wesentliche Aspekte. Als ersten nannte er die bauliche Renaissance der Altstadtviertel, als zweiten die Belebung dieser Gebiete in kulturellem Sinn.

Zur Altstadterhaltung im wörtlichen Sinn sagte Zilk, daß die Mittel dafür von 2,9 Millionen Schilling im Jahr 1972 auf über 100 Millionen im Jahr 1982 gestiegen sind. Jeder, der mit offenen Augen durch Wien geht, könne sich von den Auswirkungen dieser gesteigerten Bemühungen überzeugen. Zusätzlich seien auch Institutionen wie Banken und Versicherungen aktiviert worden, ihre zahlreichen Gebäude in Altstadtzonen aus Eigenmitteln zu renovieren.

Zur kulturellen Belebung bemerkte Zilk, daß es ja zuwenig wäre, nur Fassaden zu renovieren, deshalb bemühe er sich um die Erhaltung traditioneller Institutionen ebenso wie um die Einrichtung neuer Formen, wie sie sich bereits zahlreich in den Bezirken widerschlagen. Die Wiener Szene ist bereits zum Begriff geworden. (Schluß) gab/bs

NNNN

Zilk für autofreien Josefsplatz

=++++

13 #Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Der Josefsplatz soll in Zukunft zumindest tagsüber von parkenden Autos freigehalten werden, um diesem Platz in seiner ganzen architektonischen und kulturhistorischen Bedeutung und Würde gerecht zu werden. Dies bekräftigte Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Zilk wies darauf hin, daß die Erfahrungen während der Skulpturenausstellung im vergangenen Sommer gezeigt hätten, daß eine solche Regelung durchaus möglich ist. Während der Nachtstunden könnte der Josefsplatz der Wohnbevölkerung als Parkplatz zur Verfügung stehen.#

Selbstverständlich soll auch die Ladetätigkeit gewährleistet bleiben. Bei einer Umfrage unter der Wohnbevölkerung des 1. Bezirks habe sich eine Mehrheit grundsätzlich für einen zumindest zeitweise verkehrsfreien Josefsplatz ausgesprochen, betonte Zilk. Darüber hinaus dürfe diese Frage angesichts der - in kultureller Hinsicht weltweiten - Bedeutung des Josefsplatzes nicht ausschließlich unter dem Aspekt der - verständlichen - Parkplatzbedürfnisse der Anrainer betrachtet werden. Über die Details der angestrebten Regelung sollen noch Gespräche mit der Bezirksvertretung geführt werden. (Schluß)
ger/ap

NNNN

Stadterneuerung als "Großprojekt der kleinen Schritte" (5)

Utl.: Hatzl: Der "Wiener Weg" der Stadterneuerung

=++++

15 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die Stadterneuerung hat in allen großen Städten die gleichen Ziele, in der Durchführung geht Wien jedoch einen speziellen "Wiener Weg", der durch eine Vielzahl von Maßnahmen und durch die sogenannte "sanfte" Erneuerung gekennzeichnet ist. Dies stelle Wohnbaustadtrat Johann HATZL fest. Diese Vielfalt an Maßnahmen findet sich im Leistungsbericht in der Fülle von inhaltlichen Details wieder. Ein wesentlicher Bestandteil der Stadterneuerung sind die Wohnhauserhaltung, die Wohnungsverbesserung und der Wohnungsneubau. Wurden 1975 für die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser 180 Millionen ausgegeben, so waren es 1980 bereits 476,4 Millionen. Auch die Qualität der Wohnungen ist wesentlich gestiegen. 1971 gab es nur 7,9 Prozent von Wohnungen, die über Bad und Zentralheizung verfügten, 1980 waren es 33 Prozent. Trotzdem ist der Sanierungsbedarf in Wien noch sehr hoch, stellte Hatzl fest. Wien ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Substandardwohnungen. In den westlichen Bezirken gibt es einen besonders hohen Anteil an schlecht ausgestatteten Wohnungen.

Die öffentliche Förderung der Wohnungsverbesserung ist in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Eckpfeiler der Stadterneuerung geworden. 1970 gab es 1.002 Wohnungsverbesserungen, 1980 bereits 14.576. Der Großteil der Verbesserungen sind Heizungseinbauten, Erneuerungen von Gas- und Stromleitungen und zunehmend Schall- und Wärmeschutzmaßnahmen. Auch der Wohnungsneubau hat sich in das dicht bebaute Stadtgebiet verschoben. 1978 gingen noch 30 Prozent der Wohnbauförderungsmittel in die Stadterweiterung, 1980 nur mehr 16 Prozent. Bei Inkrafttreten des Stadterneuerungsfonds des Bundes rechnet Hatzl mit 350 Millionen zusätzlich für Stadterneuerungsmaßnahmen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Stadterneuerung als "Großprojekt der kleinen Schritte" (6)

Utl.: Fünfzig Vorschläge für Wohnstraßen

=++++

16 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Während wegen der Grundbesitzverhältnisse im Bereich der Wohnhäuser viele Maßnahmen zur Stadterneuerung nur langfristig möglich sind, können durch Verkehrsmaßnahmen im öffentlichen Gut kurzfristig Verbesserungen erzielt werden, betonte Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN in der Pressekonferenz. So eröffnete der Bau der Wiener U-Bahn Möglichkeiten zur Stadterneuerung, die - zum Beispiel durch die Schaffung der großen Fußgängerzonen - auch genutzt wurden.

Zur Stadterneuerung gehören auch Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sowie die geplante Einrichtung von Wohnstraßen. Der Aufruf an Bezirksvertretungen und Bevölkerung, "Wohnstraßenwünsche" bekanntzugeben, hatte ein großes Echo: 150 konkrete Vorschläge wurden an die Stadtverwaltung herangetragen, von denen sich nach einer Überprüfung rund fünfzig als technisch möglich herausstellten. In den nächsten Wochen und Monaten sollen diese Vorschläge nunmehr mit den Bezirksvertretungen und den Anrainern im Hinblick auf ihre Realisierung diskutiert werden. (Forts.) ger/ap

NNNN

Stadterneuerung als "Großprojekt der kleinen Schritte" (7)

Utl.: Von der Gebiets- zur Stadtteilplanung

=++++

21 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Als Rückkehr zur Gestaltungsaufgabe bezeichnete Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER die Stadterneuerung im Bürgermeistergespräch. Etwa bis in die fünfziger Jahre habe man sich dieser Aufgabe durch Flucht aus den Slums und Errichtung von Gartenstädten entzogen.

In der ersten Entwicklungsphase der Stadterneuerung bestanden die Maßnahmen in der Erfassung und Realisierung bestimmter kleinräumiger Gebiete. In der zweiten Phase wurde die Notwendigkeit erkannt, Stadtteile neu zu planen und auf diese Weise eine grössere Zahl von Bewohnern zu erfassen. Außerordentlich hoch sind die positiven Effekte bei der Schaffung neuer Verkehrsrelationen einzuschätzen, wie sich dies bei der Planung der U 3 zeige.

Bürgerinitiativen bezeichnete Stadtrat Dr. Wurzer als im Prinzip positiv, weil sie dazu beitragen, das Mißtrauen gegenüber der Planung abzubauen. Es sei zu begrüßen, daß sich Betroffene zu den Problemen äußern, wenn Änderungspläne vorgelegt werden, statt erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn bereits die Caterpillar anrollen. Keinesfalls aber dürfen durch Bürgerinitiativen geltendes Recht oder erworbene Rechte eingeschränkt werden. (Schluß) we/ap

NNNN

53 Behinderte in Gemeindedienst aufgenommen

=++++

17 #Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) "Auf Grund der bisherigen Erfahrungen kann eindeutig festgestellt werden, daß die Behindertenaktion erfolgreich war. Bisher ist es der Verwaltung gut gelungen, die Behinderten auf Dienstposten einzusetzen, auf denen diese eine ihrer Einschränkung entsprechende Dienstleistung erbringen können. Mit wenigen Ausnahmen sind alle mit ihrer Tätigkeit sehr zufrieden". Dies erklärte Personalstadtrat Franz NEKULA in seinem Bericht vor der vom Gemeinderat eingesetzten Kommission, die die Möglichkeiten der Einstellung von Behinderten in den Gemeindedienst überprüft hatte. Von den 100 Behinderten, deren Aufnahme beschlossen wurde, sind 53 Behinderte bereits aufgenommen und im Dienst. #

Bei 12 Behinderten wird derzeit das Aufnahmeverfahren bei der MA 2 durchgeführt, 20 Behinderte haben Zusagen zur Aufnahme. 15 geschützte Arbeitsplätze sind für das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe und die Klinik Rett vorgesehen.

Zur Betreuung der Behinderten wurde ein Sozialarbeiter eingestellt, der selbst einen Einstellungsbescheid besitzt. Er wurde der MA 15 zugeteilt. Dieser Sozialarbeiter besucht die Behinderten an ihren Arbeitsplätzen und führt dort sowohl mit den Behinderten selbst, als auch deren Vorgesetzten und Kollegen Gespräche. Dadurch können auftretende Probleme rasch beseitigt werden. Die Art der Behinderungen der bereits Aufgenommenen reicht von Sinnesbehinderungen (Taubstumm, Sehminderung usw.) über psychische (geistige Reduziertheit) und physische Behinderung (Rollstuhlfahrer, Spastiker, Störung des Bewegungsablaufes usw.) bis zu Mehrfachbehinderungen. Wie Stadtrat Nekula betonte, ist mit dieser Aktion, der Aufnahme von 100 Behinderten über den Dienstpostenplan hinaus, der Auftrag des Jahres der Behinderten für die Verwaltung nicht beendet, sondern es sollen auch in Zukunft Arbeitsplätze, die frei werden, wieder mit Behinderten besetzt werden. (Schluß) en/bs

NNNN

Internationale Städte-Beratung in Wien

=++++

18 #Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Im Wiener Rathaus tagte Mittwoch eine Arbeitsgruppe des Internationalen Städtebundes IULA, die auf Initiative von Bürgermeister Leopold GRATZ gebildet wurde.#

An den Beratungen nahmen der Generalsekretär der IULA J.G. van PUTTEN (Niederlande), der Generalsekretär des jugoslawischen Städtetages B. POPOVIC, als Vertreter des niederländischen Städtebundes der Bürgermeister von Ridderkerk C.J. VERPLANKE, der Präsident der britischen IULA-Sektion Sir M. WHITAKKER und als Vertreter Wiens Bürgermeister Leopold GRATZ und Stadtrat Peter SCHIEDER teil. Es wurden Vorschläge zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und zur verstärkten Unterstützung für die erst im Aufbau begriffenen Stadtverwaltungen in Afrika und Lateinamerika ausgearbeit. (Schluß) sti/bs

NNNN

Sozialer Stützpunkt verlegt

=++++

20 Wien, 25.2. (RK-LOKAL) Der soziale Stützpunkt für den 4., 5. und 6. Bezirk, bisher im 5. Bezirk, Am Hundsturm 18 untergebracht, wurde verlegt. Die neuen Räumlichkeiten befinden sich nunmehr im 4. Bezirk, in der Rainergasse 6-8, Parterre. Der soziale Stützpunkt, als Kontakt- und Anlaufstelle für Hilfesuchende und jene, die Hilfe leisten wollen gedacht, wird seinen vollen Betrieb bereits ab morgen Freitag, den 26. Februar aufnehmen. Er ist Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr durchgehend geöffnet und telefonisch unter folgenden Nummern erreichbar: 65 72 09 und 65 06 10. (Schluß) zi/ap

NNNN

Fünftes Institut für Erziehungshilfe eröffnet

=++++

22 #Wien, 25.2. (RK-LOKAL) Wien hat ein 5. Institut für Erziehungshilfe, und zwar in Wien 10, Sahulkastraße 5/Stiege 35/1. Stock. Das neue Institut, in dem Psychiater und Psychologen tätig sind, steht für Kinder und Jugendliche zur Verfügung, die Verhaltens- oder Leistungsstörungen zeigen. In die kostenlose Therapie werden auch die Eltern einbezogen. Durch die Eröffnung dieses neuen Institutes konnte die Regionalisierung dieser wichtigen Einrichtung weiter ausgebaut werden.#

Bei der Eröffnung der neuen "Child Guidance Clinic", wie die Institute für Erziehungshilfe in Fachkreisen genannt werden, dankte die Leiterin der Institute, Frau Dr. Ruth NASKE, der Stadt Wien für die finanzielle Unterstützung der Institute. Prof. Dr. Peter BERNER, der Präsident des Vereins für Psychische Hygiene, wies vor allem darauf hin, daß in den Instituten für Erziehungshilfe besonderer Wert auf hervorragend ausgebildetes Personal gelegt wird.

Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, die die Eröffnung vornahm, betonte, daß die Institute für Erziehungshilfe vielen Wiener Kindern und deren Eltern entscheidend geholfen haben und einen wichtigen Beitrag zur Stützung der Familien bei ihrer wichtigen Erziehungsaufgabe leisten. (Schluß) emw/gg

NNNN

Internationales Toleranzgespräch der Stadt Wien (1)

Utl.: "Jahrzehnt des Josefinismus"

=++++

19 #Wien, 25.2. (RK-KULTUR) Vom 15. bis 19. März veranstaltet das Kulturamt der Stadt Wien im Großen Festsaal der österreichischen Akademie der Wissenschaften das "Internationale Toleranzgespräch der Stadt Wien". In einer Pressekonferenz, die Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK gemeinsam mit Prof. Peter WEISER aus diesem Anlaß in der Concordia gab, sagte er, dieses Toleranzgespräch solle das erste einer Reihe von Gesprächen in einem "Jahrzehnt des Josefinismus" sein. Denn auch heute, in einem Abstand von 200 Jahren seien das Gedankengut und die Reformen Josefs II. von einer faszinierenden Aktualität. Wie beim Toleranzgespräch wird Prof. Weiser auch in den kommenden Jahren die Betreuung der Gesprächsreihe übernehmen. #

Das Toleranzgespräch wird am 15. März durch Bundespräsident Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER eröffnet. Das Eröffnungsreferat hält Univ.-Prof. Dr. Hans Gadamer aus Heidelberg. Der internationale Teilnehmerkreis aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Religion wird in vier Themenkreisen über Toleranz und Intoleranz diskutieren. Diese vier Themenkreise und ihre Moderatoren sind: .

16. März: "Wirtschaft und Gesellschaft"

Chefredakteur Franz KREUZER, ORF Wien

17. März: "Generationskonflikte"

Heidemarie WIECZOREK-ZEUL, Abgeordnete zum
Europäischen Parlament

18. März: "Politik"

Dr. Otto SCHULMEISTER, Herausgeber der "Presse"

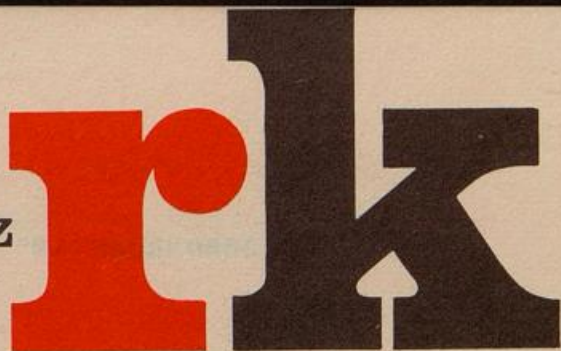
19. März: "Religion"

Univ.-Prof. Dr. Rudolf WEILER, Universität Wien.

Gesprächsbeginn ist täglich um 16 Uhr. (Forts.) gab/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 26. Februar 1982

Blatt 507

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat
Notgemeinschaft Innenring dankte Gratz
Wien sichert Österreichs Spitalsversorgung

Nur
über FS: 26.2. Brand im "Vorwärts"
Schnee: 1.650 Mann im Einsatz
Ring: Schadhafte Straßenbahn-Oberleitung

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von Gemeinderat MAYRHOFER (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP), für welche Unterstützungen im Rahmen der Sozialhilfe ein merkbarer Anstieg in den Monaten Jänner und Februar 1982 verzeichnet werden konnte, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß die Ergebnisse für Februar noch nicht vorliegen. Ein merkbarer Anstieg wurde bei der Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes, bei den Pensionswerbern und den Aufwendungen für Flüchtlingshilfe registriert. Eine Verminderung der Leistungen wurde bei den Dauerleistungen und den Mietzinsbeihilfen festgestellt. Der Anstieg bei den Pensionswerbern ist wegen der Schwankungen im Jahr 1981 als eher zufällig anzusehen. Bei der Sicherung des Lebensbedarfes kam es zu einer Steigerung der Fälle um 17,6 Prozent, bei den Leistungen um 28,9 Prozent. Dies ist auf die Arbeitsmarktsituation und darauf zurückzuführen, daß die Arbeitsämter wegen des großen Andranges mit der Erledigung im Rückstand sind. Die finanziellen Hilfen werden für Strom, Miete, Gas, Heizkosten ausgegeben. Die Mehrausgaben bei der Flüchtlingshilfe sind auf erhöhte Kosten bei der Unterbringung zurückzuführen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es eine Aufgliederung gibt, wie viel für Heizkosten und erhöhten Wohnungsbedarf ausgegeben werden mußte, antwortete Stacher, daß eine Differenzierung zu aufwendig und kostenintensiv wäre. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob mit den Budgetansätzen für das Jahr 1982 das Auslangen gefunden werden kann, antwortete Stacher: Nach den bisherigen Erfahrungen "ja", steigende Mieten könnten jedoch zu Budgetüberschreitungen führen. Das läßt sich erst im August abschätzen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von BR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wie die Entsorgungsbetriebe Simmering den Anfall gefährlicher Chemikalien aus dem In- und Ausland bewältigen, antwortete Stadtrat VELETA (SPÖ), daß hochbrisante und radioaktive Chemikalien nicht übernommen werden, während der andere Sondermüll fast ausschließlich verbrannt wird. Zur Reinigung der Rauchgase bestehen spezielle Einrichtungen. In einer chemisch-physikalischen Anlage werden zwischengelagerte Säuren und Laugen neutralisiert. Gifte, die nicht entsorgt werden können, werden an entsprechende Lagerstätten in die BRD weitergegeben. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieso es passieren konnte, daß die EBS in den letzten Tagen und Wochen giftige Chemikalien aus Salzburg übernommen hat, obwohl ihre Kapazität dazu nicht ausreichte, antwortete Stadtrat VELETA, daß nun bereits die Aufarbeitung des seinerzeitigen Lagers durchgeführt wird. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann mit der Beseitigung des Mißstandes (die EBS habe die Übersicht über die Gefährlichkeit der einzelnen Chemikalien verloren) zu rechnen sei, antwortete Stadtrat VELETA, daß Bürgermeister Gratz aufgrund von Zeitungsberichten eine Untersuchung angeordnet hat, ob eine Gefahr für das Grundwasser und die Gesundheit besteht; es besteht jedoch keine Gefährdung. Als zusätzliche Sicherungsmaßnahme wird jedoch ein Teil des Lagers umgelagert und ein Bereich des Grundstücks asphaltiert. Einer der ausgefallenen Verbrennungsöfen wird in den nächsten Wochen seinen Betrieb aufnehmen. Damit wird in verhältnismäßig kurzer Zeit das Lager aufgearbeitet werden. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Rosa HEINZ (SPÖ) nach den Schwerpunkten des Grundverkehrs im Jahre 1981, antwortete StR. VELETA, daß es vor allem für den Wohnbau, für Betriebsansiedlungen und für Einrichtungen der Infrastruktur Grundankäufe gegeben hat. Für die Wohnbebauung wurden 35.131 Quadratmeter Grund um 97,1 Millionen Schilling gekauft. Für Betriebe waren es 575.692 Quadratmeter Grundfläche um 76,9 Millionen und für die Infrastruktur betrug das angekaufte Areal 255.595 Quadratmeter im Wert von 317 Millionen Schilling. Außerdem wurden hunderte Verträge für Baureifmachung und Baubewilligungen abgeschlossen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob auch Grundverkäufe getätigt wurden, sagte Veleta, daß Grundstücke der Stadt Wien vor allem für Betriebsansiedlungen und für den Straßenbau verkauft wurden.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP), in welchem Ausmaß die Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes im Rahmen der Gemeinde Wien und ihrer Betriebe und Unternehmungen berücksichtigt wurden, erklärte Stadtrat VELETA, daß die Bestimmungen des Konsumentenschutzes von der Stadt Wien eingehalten werden. Die behördliche Vollziehung des Konsumentenschutzgesetzes unterliegt allerdings zivilrechtlichen Normen. Bei häufigen Übertretungen von Konsumentenschutzbestimmungen können Unternehmungen mit Verwaltungsstrafen belegt werden.

Die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sich der Unterausschuß für Konsumentenschutz auch mit Fragen der Vollziehung der Konsumentenschutzbestimmungen befassen wird, bejahte Stadtrat Veleta. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der Unterausschuß auch ressortübergreifend tätig sein wird, sagte Veleta, daß der Unterausschuß zwar über alle Probleme diskutieren wird, die Entscheidungen liegen jedoch bei den zuständigen Geschäftsgruppen.
(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ), in welcher Form die Ergebnisse des Wettbewerbs Nordbahnhof in den künftigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan einfließen werden, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ), daß es eine einvernehmliche Lösung zwischen dem Bauträger, dem Architekten des preisgekrönten Projektes und der Stadt Wien gibt. Das Ausmaß der Bebauung beträgt 1,2 Millionen Kubikmeter. Der Boulevardcharakter der Lasallestraße soll betont werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann die Vorlage für die Bebauung der Nordbahnhofgründe an den Gemeinderat ergehen wird, sagte WURZER, daß der Antrag im September oder Oktober 1982 vorliegen wird.

(Schluß) ba/bs

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ), welche Wettbewerbe von der Geschäftsgruppe Stadtplanung derzeit abgehalten werden, wies Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER auf den Wettbewerb "Donaustadt 2000" hin, der einen wichtigen Teilbereich des 22. Bezirkes erfaßt. Dieser Wettbewerb zielt auf den Ausbau des Zentrums Kagran, auf die Verdichtung baulicher Nutzung im Zentrum des Bezirkes, auf die Schaffung tertiärer Arbeitsplätze, auf die Erhaltung des Erholungsgebietes um die Alte Donau und auf die Koordination des Verkehrsnetzes im Bezirk, wobei bei der Endstation der U 1 600 Abstellplätze für PKW geschaffen werden sollen. Im Rahmen dieses Wettbewerbes sind 31 Projekte eingereicht worden, deren Jurierung durch in- und ausländische Fachleute bis 2. April abgeschlossen sein wird. Ferner wird es in Zukunft verstärkt auch Wettbewerbe für kommunale Wohnbauten geben.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche weiteren Wettbewerbe vorbereitet werden, sagte Wurzer, daß in Kürze ein Wettbewerb bezüglich der Wientalquerung der U 6 und ein Wettbewerb bezüglich der Nutzung des Gebietes des alten AKH ausgeschrieben werden wird.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob bei den Wettbewerben jeweils mit der Realisierung der preisgekrönten Projekte zu rechnen sei, sagte Wurzer, "ja". (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), wann die Ergebnisse der untersuchten Gebiete gemäß dem Stadterneuerungsgesetz dem Gemeinderat zur Diskussion vorgelegt werden, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. WURZER, daß dies erst aufgrund der jeweiligen Entwürfe des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes und der Anträge aufgrund des Stadterneuerungsgesetzes möglich ist. Durch die zahlreichen Änderungswünsche, die insbesondere in den Stadterneuerungsgebieten Gumpendorf und Ulrichsberg von den Bezirksvertretungen eingebracht werden, konnten die diesbezüglichen Grundlagen noch nicht erstellt werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann dem Gemeinderat über die sechs Untersuchungsgebiete Detailinformationen vorliegen werden, sagte Wurzer, hier muß man eben auf die Beschlüsse der Bezirksvertretungen warten, die die Erstellung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ermöglichen. Für die Stadterneuerungsgebiete Storchengrund, Himmelpfortgrund, Meidling und Währing ist noch in diesem Jahr mit der Erstellung der Planungsunterlagen zu rechnen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach den genauen Kosten und der Bedeckung der geplanten Stadterneuerungsvorhaben, sagte Wurzer, er kann diese Frage nicht beantworten, da dies in die Kompetenz von Stadtrat HATZL fällt. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Die ACHTE ANFRAGE von GR. Ing. SVOBODA (SPö), ob die Nachfolgefirma von Eumig bei der Auftragserteilung für die Wiener U-Bahn benachteiligt wurde, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPö) mit "Nein": Auch Eumig war zu der Ausschreibung für die Fernsehleinrichtungen eingeladen, das Angebot der Firma Grundig erwies sich jedoch eindeutig als besser.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von Gr. KNEISLER (SPö), ob seitens der Wiener Stadtwerke die Absicht besteht, die Gas- und Stromabrechnung auf monatliche Zahlungen umzustellen, antwortete Stadtrat Ing. Hofmann, daß sich die Direktion der E-Werke bereits seit einiger Zeit mit dieser Frage befaßt. Die Untersuchungen sind noch im Gange, ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor. Allerdings zeichnet sich bereits ab, daß eine solche Umstellung auf jeden Fall mit einer Reihe von Problemen, nicht zuletzt mit einem finanziellen Mehraufwand, verbunden wäre. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) nach dem aktuellen Stand der Verfahren betreffend die Rückforderung von unbegründet geleisteten Zahlungen im Zusammenhang mit dem Neubau des AKH verwies Stadtrat MAYR (SPÖ) darauf, daß zur Prüfung aller Schadenersatzansprüche eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der AKPE, des Bundes und der Stadt Wien eingesetzt wurde. Die Einleitung von zivilrechtlichen Verfahren vor strafrechtlichen Urteilen wäre nicht zweckmäßig. Gutachten bestätigten, daß ein pflichtwidriges Verhalten des Aufsichtsrates der AKPE nicht vorlag. Die AKPE hat sich dem Strafverfahren gegen Winter und andere angeschlossen. Nach den Urteilssprüchen wurden entsprechende Schritte unternommen.

Die APAK wurde aufgelöst, die Haftungsgrenzen wurden neu festgelegt. Mit den Architekten und verschiedenen Arbeitsgemeinschaften wurde in außergerichtlichen Verhandlungen zum Teil bereits Einigung erzielt. Zum Teil sind die Verhandlungen noch im Gang. Bis zum heutigen Tag wurden Schadenersatzansprüche von zusammen 59 Millionen Schilling geltend und einbringlich gemacht.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie hoch der Schaden durch die ARGE-Stahlbau sei, antwortete Mayr, daß er diese Frage derzeit nicht beantworten kann. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es vertretbar ist, einen Vertrag mit der VOEST abzuschließen, da die VOEST auch bei der ARGE-Stahlbau vertreten war, antwortete Mayr, daß eine Empfehlung an den Gemeinderat erst dann möglich ist, wenn die Verhandlungen mit der VOEST abgeschlossen sind. (Forts.) ger/gg

NNNN

Notgemeinschaft Innenring dankte Gratz

=++++

11 #Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Der Vorstand der Notgemeinschaft Innenring kam Freitag vormittag zu Bürgermeister Leopold GRATZ, um ihm für die Unterbindung des Durchzugsverkehrs im Straßenzug Herrengasse-Augustinerstraße zu danken.#

Der Obmann der Notgemeinschaft Friedrich DEUTSCH unterstrich, daß die von Bürgermeister Gratz ins Rathaus einberufene Enquete den Weg zur Lösung der Problematik gewiesen habe. "Wir leben heute wie andere Menschen", sagte Deutsch, "und können uns gar nicht mehr vorstellen, in welcher Gifthölle wir damals leben mußten". Er versprach namens des Vorstandes, daß sich die Notgemeinschaft weiter für die Schönheit Wiens einsetzen wird und vertrat dabei auch die Forderung nach einem autofreien Heldenplatz.

Kammerschauspieler Alexander TROJAN erinnerte daran, daß die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Bereich des Innenrings unerträglich waren: Kinder erkrankten an Asthma, Verkäufer litten unter ständigen Kopfschmerzen, die Öffnung eines Fensters war auch in der Nacht unmöglich.

Bürgermeister Leopold Gratz dankte der Notgemeinschaft für ihr Engagement. "Der Innenring ist ein Musterbeispiel dafür, wie aus einer Notsituation gemeinsam und schrittweise ein Ausweg gefunden werden kann", sagte Gratz.

Die Notgemeinschaft überreichte Gratz eine Urkunde, mit der er zum Ehrenmitglied ernannt wird, sowie einen alten Wiener Stich. Alexander Trojan las zur künstlerischen Umrahmung der kleinen Feier Texte von Stefan Zweig und Hans Weigel. Die Stadträte Dr. Helmut ZILK und Ing. Fritz HOFMANN unterstrichen die Entschlossenheit der Stadtverwaltung, im Sinne der Stadterneuerung weiter für die Lebensqualität im Stadtzentrum zu wirken. (Schluß) sti/bs

NNNN

Wien sichert Österreichs Spitalsversorgung (1)

Utl.: Besserer finanzieller Ausgleich notwendig

=++++

12 #Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Wiens Spitäler sichern zu einem beträchtlichen Teil Österreichs Spitalsversorgung: So hat Wien mit einer Gesamtbettenzahl von 19.249 oder 24,4 Prozent der österreichischen Betten den höchsten Anteil aller Bundesländer und dementsprechend im Vergleich mit den anderen Bundesländern auch die größten Belastungen zu tragen. Der Anteil der Nichtwiener-Patienten in den städtischen Spitälern beträgt zwischen 30 und 48 Prozent. Ein besserer finanzieller Ausgleich zwischen den Bundesländern sowie eine entsprechende Abgeltung des hohen und damit aufwendigen Ambulanzbetriebes im Rahmen des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wäre daher unbedingt notwendig. Dies erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag abend im Rahmen eines Pressegesprächs. Ein diesbezüglicher Bericht über die Situation der Wiener Spitäler wurde von Stacher Freitag in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vorgelegt. #

Zwtl.: Höchster Prozentsatz an Pflegetagen

Wiens Spitäler haben österreichweit mit 23,5 Prozent die höchste Quote an Pflegetagen aufzuweisen. Danach folgen die Steiermark mit 17,7 Prozent sowie Oberösterreich und Niederösterreich mit rund 16 Prozent. Mit 12,3 Betten auf tausend Einwohner liegt Wien am höchsten, gefolgt von Salzburg mit 11,8, der Steiermark mit 11,4 und Kärnten mit 10,6 Betten pro tausend Einwohner. Dieser Bedarf ist vor allem auf die Überalterung der Wiener Bevölkerung zurückzuführen. Was die Zahl der Akutbetten betrifft, so hält Salzburg mit 10 Betten pro tausend Einwohner die Spitze, gefolgt von Kärnten und dann erst von Wien mit 8,9 Betten/1.000 Einwohner. Mit 6,1 Akutbetten/1.000 Einwohner liegt Niederösterreich, mit 6,4 Betten/1.000 Einwohner das Burgenland viel niedriger. Die Ursache dafür ist vor allem, daß viele Niederösterreicher und Burgenländer in Wien behandelt werden.
(Forts.) zi/gg

Wien sichert Österreichs Spitalversorgung (2)

Utl.: Höchste Ambulanzkosten

=++++

13 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) An erster Stelle stehen in allen Spitälern Österreichs die Personalkosten, wobei Wien mit 59,5 Prozent eher an der unteren Grenze liegt. Hingegen sind die Medikamentenkosten in Wien mit 6 Prozent bei einem österreichischen Durchschnitt von 5,3 Prozent relativ hoch. Große Bedeutung kommt der hohen Zahl von ambulanten Patienten in den Krankenhäusern zu. Wien hat dabei die größten Belastungen zu tragen: 15,9 Prozent der Gesamtkosten werden in Wien für die Ambulanzen ausgegeben, in Vorarlberg und Tirol vergleichsweise nur 10,1 bzw. 10,2 Prozent. Dementsprechend sind die stationären Kosten in Wien mit 76,8 Prozent relativ am geringsten und in Kärnten mit 90,1 Prozent am höchsten. Dem entsprachen 1979 auch die tatsächlichen Ausgaben von rund 1.245 Millionen für Ambulanzen und 6.017 Millionen Schilling für die stationäre Pflege.

Zwtl.: Verweildauer zurückgegangen

Die Verweildauer ist, wie Stadtrat Stacher erklärte, in den einzelnen Fächern verschieden stark zurückgegangen, und zwar im Durchschnitt von 14,9 auf 12,9 Tage. Im Vergleich dazu: In der Bundesrepublik Deutschland liegt sie bei 15,5 Tagen. Obwohl die Zahl der Betten von 1975 auf 1980 um rund 600 abgenommen hat, stieg die Zahl der Aufnahme von 200.439 auf 237.979. Die internen Abteilungen und die Psychiatrie (ohne Psychiatrisches Krankenhaus) weisen die höchste Auslastung mit 94,4 bzw. 95,4 Prozent auf, gefolgt von den chirurgischen Abteilungen mit 85,2 Prozent. Ein besonderes Problem bilden, wie Stacher ausführte, die in den internen Abteilungen liegenden Pflegefälle, wobei durch die Inbetriebnahme des Pflegeheimes im SMZ-Ost eine Entlastung zu erwarten ist. (Forts.)
zi/bs

NNNN

Wien sichert Österreichs Spitalsversorgung (3)

Utl.: Vergleich zwischen privaten und städtischen Spitälern

=++++

14 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Durchgeführte Vergleichsrechnungen zwischen privaten und städtischen Krankenanstalten haben laut Stacher unter anderem ergeben, daß private Spitäler mitunter aus Kostengründen Patienten länger im Krankenhaus liegen haben. So ergaben sich etwa bei den orthopädischen Anstalten Prozentsätze der sogenannten "Langlieger" (über 30 Tage Spitalsbehandlung) in den städtischen Spitälern zwischen 6,1 und 18,7, in den nichtstädtischen zwischen 30,1 und 36,6 Prozent.

Zwtl.: Kostenvergleich Wien - Bundesländer

Ein Vergleich zwischen Wien und den Bundesländern ergab wesentlich höhere Auslastungsquoten für die Wiener Spitäler. Die Zahl der Belagstage ist von 1979 auf 1980 in Wien gestiegen, in den Bundesländer-Spitälern hingegen zurückgegangen. Die stationären Kosten pro Belagstag betragen in Wien 1.571 und in den Bundesländern 1.500 Schilling.

Zwtl.: Kein kostendeckender Ersatz

Der Gesundheitsstadtrat wies im Rahmen seines Berichtes darauf hin, daß die Nichtwiener Patienten vorwiegend in den kostenintensiven Fächern behandelt werden und der Wiener Bevölkerung pro Jahr etwa 500 Millionen Schilling kosten. So belaufen sich die Kosten für gewisse Ersatzstücke, Herzschrittmacher, orthopädische Operationen, Herzklappenoperationen usw. zwischen 5.000 und 160.000 Schilling. Derzeit werden die Kosten jedoch nicht extra abgegolten, als Ersatz steht lediglich die Pflegegebühr zur Verfügung. Ähnlich verhält es sich auch bei den ambulanten Behandlungen, wo beispielsweise 1981 in Wien 693 Schilling für eine Dialyse vergütet, in Vorarlberg hingegen 3.585 Schilling bezahlt wurden. Egal ob ein Herzschrittmacher um 50.000 implantiert oder eine Operation um 150.000 Schilling durchgeführt wird, der Wiener Spitalerhalter bekommt lediglich 698 Schilling für diesen Tag refundiert. (Forts.) zi/bs

Wien sichert Österreichs Spitalsversorgung (4)

Utl.: Einzige Zentralversorgung im Osten Österreichs

=++++

15 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Kritik übte der Gesundheitsstadtrat auch an der derzeitigen Krankenanstalten-Typisierung. So hat Wien 23,4 Prozent der Betten Österreichs in die Zentralversorgung eingereiht. Oberösterreich, das tatsächlich über kein Zentralkrankenhaus im Sinne des Krankenanstaltengesetzes verfügt, hat 27 Prozent der Betten in der Zentralversorgung eingestuft. Niederösterreich und Burgenland hingegen verfügen über keinerlei Zentralkrankenhäuser. In die Schwerpunktversorgung sind Wien mit 36,1 Prozent, Oberösterreich mit 17,9 Prozent und Niederösterreich mit 21,9 Prozent der Betten eingereiht, wobei dies allerdings, wie der Stadtrat betonte, nicht der Realität entspricht.

Zwtl.: Forderungen und notwendige Maßnahmen

Als notwendige Maßnahmen nannte Univ.-Prof. Dr. Stacher unter anderem den Bau des Krankenhauses im SMZ-Ost, um die regionale Versorgung der Wiener Bevölkerung sicherzustellen, und gleichzeitig damit eine Verminderung der Akutbettenzahl im Westen Wiens. Schaffung von Langzeitabteilungen, weitere Vermehrung von internistischen und Pflegebetten sowie eine weitere Aufstockung des Pflegepersonals. Neben der Abgeltung des tatsächlichen klinischen Mehraufwandes für das Wiener Allgemeine Krankenhaus nannte der Stadtrat einen besseren finanziellen Ausgleich zwischen den Bundesländern sowie eine entsprechende Abgeltung des hohen und damit aufwendigen Ambulanzbetriebes im Rahmen des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und die Abgeltung für Sonderleistungen, Implantate und Körperersatzteile als unbedingte Notwendigkeiten. (Schluß) zi/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Spitalsbericht

=++++

16 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPÖ) meldete sich nach der Fragestunde mit einer Mitteilung an den Gemeinderat über die Situation der Wiener Spitäler zu Wort. (siehe gesonderte RK)

Zwtl.: Stadterneuerungsbericht

"Die Vorlage eines Tätigkeitsberichtes zur Stadterneuerung mit Stand Ende 1980 erfolgt in dieser umfassenden Form zum erstenmal im Wiener Gemeinderat", sagte Wohnungsstadtrat Hatzl in seiner Mitteilung einleitend. Bürgermeister GRATZ hat den Magistrat beauftragt, die Stadterneuerung als Großprojekt der vielen kleinen Schritte zu behandeln. Die Stadterneuerung hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem wichtigen Schwerpunkt entwickelt. Dabei handelt es sich nicht um eine einmalige Kampagne, sondern um einen andauernden Vorrang der Anpassung städtischer Strukturen.

"Verbesserung von Wohnverhältnissen, Schaffung von neuen Grünanlagen und leistungsfähigen Versorgungseinrichtungen, wie neue Schulen, Kindergärten, Pensionistenheime, Jugendzentren, und die Erneuerung und Neugestaltung von kulturellen und sozialen Institutionen, weiters die Reaktivierung der Wohnumwelt durch wirtschaftliche Bewegung, die Verbesserung der Infrastruktur und die Verbesserung der Verkehrsorganisation" bezeichnete HATZL als jene Aufgaben, die im Bereich der Stadterneuerung zu bewältigen sind. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Stadterneuerungsbericht

=++++

17 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) HATZL unterstrich, daß die Stadterneuerung gemeinsam mit den Bürgern dieser Stadt erfolgen muß. Man muß darunter mehr verstehen als die Verbesserung von Wohnungen oder die Neubautätigkeit. Stadterneuerung ist die Gesamtsumme aller Aktivitäten, die über weite Teile der Stadt verstreut sind.

Noch immer stammt die Hälfte der rund 800.000 Wohnungen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, eine hohe Anzahl ist klein und schlecht ausgestattet. Dennoch hat sich die Wohnungsstruktur deutlich verändert. Im März 1979 waren 27,5 Prozent, ein Jahr später 33 Prozent mit Wasser, Zentralheizung, Bad und WC ausgestattet. Zehn Jahre früher waren es erst 8 Prozent. Die meisten der schlecht ausgestatteten Wohnungen befinden sich im dichtbebauten Stadtgebiet.

Es ist daher erforderlich auch Wohnungen in grüner Umgebung zu errichten. Einen besonders hohen Anteil an sanierungsbedürftigen Wohnungen gibt es im 5., 15., 16., 17., 18., 19., 10., 12. und 20. Bezirk. HATZL verwies auf die Leistungen zur Instandsetzung städtischer und privater Wohnhäuser und Wohnungen. Die große Wohnungsverbesserung und der geförderte Wohnbau liegen schwerpunktmäßig im dichtbebauten Stadtgebiet. Nur 16 Prozent sind der Stadterweiterung zuzuordnen.

"Wir sind daher weit über jenen Prozentsätzen, die von den Oppositionsrednern oftmals als politische Forderung erhoben werden", sagte HATZL. Die Debatte über die Mitteilungen von StR. Stacher und von StR. Hatzl erfolgt vor Schluß der Gemeinderatssitzung. (Forts.)

and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

18 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Von der ÖVP wurde eine DRINGLICHE ANFRAGE an Stadtrat VELETA (SPÖ) betreffend den aktuellen Stand bei der Rinter AG, der Giftmüllverwertung - EBS und der Kunststoffrückgewinnungs-GesmbH. eingebracht. Die Debatte darüber erfolgt vor Schluß der öffentlichen Sitzung.

Ferner brachte die ÖVP ANTRÄGE betreffend der Nutzung der Gebäude Landstraßer Hauptstraße 68 und 70 für Wohnzwecke, betreffend der Schaffung von Amtstiteln für die Rathauswache, betreffend den Ausbau des Alberner Hafens mit einem sofortigen Rodungsstop, betreffend die Freihaltung des Stadtbildes von störenden Werbeständern, betreffend die Aufstellung von Tafeln für nichtkommerzielle Ankündigung in den Bezirken, betreffend eine Sonderausstellung Technik- und Industriekultur des 19. und 20. Jahrhunderts und betreffend die Änderung des Aufteilungsschlüssels zwischen Verbundgesellschaft und Stadt Wien bei der Wiener Stromversorgung ein. Die FPÖ brachte ANTRÄGE für generelle Maßnahmen für ein Beschleunigungsprogramm der Wiener Straßenbahnen und die Erarbeitung von Grundlagen für eine umfassende Stadterneuerung ein. Diese Anträge wurden ebenso wie ZEHN SCHRIFTLICHE ANFRAGEN der ÖVP und NEUN der FPÖ den entsprechenden Ausschüssen zugewiesen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Kultursubvention

=++++

19 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) beantragte eine Subvention in der Höhe von drei Millionen Schilling für den Verein zur Schaffung offener Kultur- und Werkstättenhäuser.

GR. STRANGL (SPÖ) betonte die Wichtigkeit derartiger Zentren für die heutige Kulturszene. Die Förderung der Kultur muß die Bezirkskultur miteinbeziehen und Möglichkeiten zur Selbstgestaltung geben. Die Stadt Wien beschreitet diesen Weg auch beim Zentrum Petersplatz, beim Simmeringer Rockhaus, bei den Jugendzentren und bei den autonomen Jugendhäusern der Stadt Wien. Derartige Kulturinitiativen müssen auch gegen die oft negative Haltung der ÖVP durchgesetzt werden, um die Vielfalt von Eigeninitiativen und das Klima kultureller Freiheit und Toleranz zu erhalten. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Kultursubvention

=++++

21 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Als "ideologische Kniebeugen" bezeichnete GR. Mag. KAUER (ÖVP) den Debattenbeitrag seines Vorredners. Die ÖVP wird dem Antrag jedoch zustimmen. Über die Subvention in der Höhe von 3 Millionen Schilling muß jedoch genau Rechnung gelegt werden. Im TGM ist ein großer Schaden entstanden, weil das Bautenministerium alle Leitungen aus den Wänden gerissen hat.

In ihrem Schlußwort als Berichterstatter, sagte GR. Hildegard WONDRAK (SPÖ), daß die ÖVP erfreulicherweise von ihren Gewohnheiten abgehe und der Subvention zustimmt. Vom Bautenministerium ist eine Wiedergutmachung des Schadens zugesagt worden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Subvention Kunstverein

=++++

22 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Für den Kunstverein beantragte GR. WINDHAB (SPÖ) zwei Subventionen: 7 Millionen sollen dem Verein für die Durchführung seiner kulturellen Tätigkeiten zufließen, 730.000 Schilling sollen für den Betrieb der Artothek für das Jahr 1982 bewilligt werden. GR. Mag. KAUER erklärte, daß die ÖVP dieser Subvention nicht zustimmen wird, weil es fraglich ist, ob der Kunstverein auch sorgsam mit den Steuergeldern umgeht. 1981 wurden dem Kunstverein für seine Tätigkeit 21 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Es fehlt eine detaillierte Abrechnung, was mit diesem Geld geschehen ist. Der Kunstverein habe zweifelsohne viel Positives geleistet. Dennoch entsteht der Eindruck, daß es bei Geldausgaben nicht immer mit der rechten Sorgfalt zugeht. (Forts.)
ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Subvention Kunstverein

=++++

23 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. MAUTHE (ÖVP) brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, eine Schätzung des Wertes aller künstlerischen Objekte vornehmen zu lassen, die seit 1945 von der Stadt Wien angekauft wurden. Die Grundüberlegung, die zur Einrichtung der Artothek geführt hat, nämlich diesen Kunstschatz der Öffentlichkeit besser nutzbar zu machen, ist positiv. Mauthe meldete aber Bedenken hinsichtlich der Verleihtätigkeit der Artothek an. 730.000 Schilling für 624 Leihnehmer - das ist zu teuer. Mauthe stellte den ANTRAG, in Zukunft die Möglichkeit zu schaffen, daß Bilder, die von der Stadt Wien angekauft wurden, nach einer bestimmten Zeit von privaten Interessenten gekauft werden können. Die Erlöse sollten für Förderungsankäufe von Werken junger Künstler verwendet werden.

GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) begrüßte den Vorschlag, den Schätzwert der von der Stadt Wien angekauften Kunstwerke zu ermitteln. Der Kunstverein gehört zu den bestkontrollierten Einrichtungen, er wurde auch vom Kontrollamt überprüft und in Ordnung befunden. Sonderprojekte werden außerhalb der normalen Abrechnung des Kunstvereins direkt abgerechnet. Ein Vergleich von drei Jahren zeigt, daß die Teilnehmerzahlen enorm gestiegen sind. Die Umlegung der Gesamtkosten der Artothek auf die Zahl der Verleihungen ist nicht sinnvoll, da sich die Artothek von einer bloßen Bildverleihanstalt zu einer echten Galerie entwickelt hat, die auch von Interessenten ohne Leihabsicht besucht wird.

GR. WINDHAB (SPÖ) wies in seinem Schlußwort als Berichterstatter ebenfalls auf die genaue Überprüfung des Kunstvereines durch das Kontrollamt hin und stellte fest, daß der Kunstverein auch noch nicht arrivierten Künstlern eine Plattform bietet.

ABSTIMMUNG: Die Subvention für den Kunstverein, für seine Aktivitäten im Jahr 1982 wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ, die Subvention für den Betrieb der Artothek einstimmig angenommen.

(Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Aufzugseinbauten

=++++

24 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Eveline ANDRLIK (SPö) stellte den Antrag zum Einbau von neun Personenaufzügen in der städtischen Wohnhausanlage 2, Wehlstraße 131 - 143 mit einem Gesamtaufwand von 10,980.000 Schilling.

GR. Rosa HEINZ (SPö) hob hervor, daß in der heutigen Gemeinderatssitzung der nachträgliche Einbau von 135 Aufzugsanlagen in städtischen Wohnhausanlagen zur Beschlußfassung vorliegt. Der dafür notwendige Aufwand beträgt 165 Millionen. Dieser Einbau von Aufzugsanlagen bedeutet eine echte Verbesserung der Wohnqualität in den städtischen Altbauen. Besonders alten und behinderten Mitbürgern bringt das eine erhöhte Mobilität und persönliche Unabhängigkeit. Außerdem ist dies auch ein Beitrag zur Stadterneuerung und die dafür benötigten Investitionen hätten eine positive Auswirkung auf den Arbeitsmarkt.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) gab namens seiner Fraktion die Zustimmung zum Aufzugseinbau, bedauerte aber, daß für private Wohnhäuser keine derartigen Möglichkeiten vorgesehen sind. Aus den Erhaltungsbeiträgen nach dem neuen Mietengesetz könnten Liftanlagen nicht finanziert werden. Damit sind die Mieter in Privathäusern benachteiligt. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Aufzugseinbauten

=++++

25 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. LUSTIG (SPÖ) erklärte zu den Ausführungen von GR. PETRIK, das Mietrechtsgesetz sieht sehr wohl Aufzugseinbauten vor. Die ÖVP stimmte gegen das Mietrechtsgesetz ebenso wie gegen das Gesetz für die Erhaltung und Renovierung des erhaltenswerten Althausbestandes.

GR. PETRIK stellte zu den Ausführungen seines Vorredners fest, er habe nicht behauptet, der Aufzugseinbau sei nicht möglich, sondern die Finanzierung, und er habe auch nur gesagt, die Stadt Wien genieße Vorteile gegenüber Privaten.

In ihrem SCHLUSSWORT sagte GR. Eveline ANDRLIK, durch die Verbesserung der Wohnqualität können die Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben.

ABSTIMMUNG: Einstimmig ANGENOMMEN. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Pachtvertrag Cobenzl

=++++

26 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HALA (SPÖ) beantragte die Zustimmung zum Abschluß eines Pachtvertrages über die städtische Liegenschaft auf dem Cobenzl.

Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) kritisierte, der vorgelegte Vertrag ist ein Vertragstorso, da wichtige Bestandteile, wie ein Konzept des gesamten Bauvorhabens und Einreichpläne, fehlen. Man kann daher keinen Blankoscheck bei diesen gravierenden Mängeln ausstellen. Goller verwies auf eine deutliche Diskrepanz zwischen den Kostenschätzungen des neuen Pächters und jenen der zuständigen städtischen Fachabteilung. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Pächters ist zu bezweifeln. Nach Goller sollte ein seriöser Antrag für einen Vertrag mit einem wirtschaftlich potenten Pächter vorgelegt werden.

Der Antrag bietet die Möglichkeit für eine Revitalisierung des Cobenzl, sagte GR. HOFSTÄTTER (SPÖ). Die ÖVP ist nicht bereit, konstruktiv an der Lösung der Probleme mitzuwirken. Das Risiko der Stadt Wien ist sehr gering, die gesamten Investitionen trägt der Pächter, der eine beträchtliche Bankgarantie für die termingemäße Fertigstellung bieten muß. Für den Ablauf der Instandsetzung beziehungsweise Fertigstellung der Arbeiten enthält der Vertrag Bestimmungen. Es darf dort nur ein Kaffee-Restaurant, aber kein Beherbergungsbetrieb entstehen, das ist notwendig für die Einhaltung der Bestimmungen über den Wald- und Wiesengürtel. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Pachtvertrag Cobenzl

=++++

27 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Im zuständigen Gemeinderatsausschuß habe es zwar eine einstimmige Beschlußfassung über den Cobenzl gegeben, doch war dort der Akt nicht einmal vollständig vorhanden, sagte Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP). Der Vertrag mit dem neuen Pächter enthalte grobe Vertragsmängel und müsse zwangsläufig zu Lasten des Pächters ausgehen.

Stadtrat HATZL (SPÖ) meinte, daß es für den Gemeinderat unwürdig sei, einen Privatunternehmer als armen, hilflosen Menschen darzustellen. Die Stadt Wien hat eine Lösung gefunden, ein gewisses Unternehmerrisiko gibt es bei jedem Geschäft. Die ÖVP sei deswegen verärgert, weil ihre Argumentation einer Ruinenpolitik durch Tatsachen zusammenbricht.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Flächenwidmung - 10. Bezirk

=++++

28 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Favoritenstraße, Alaudagasse, Ada Christen-Gasse und Franz-Koci-Straße im 10. Bezirk beantragte GR. BROSCHE (SPÖ).

GR. ARTHOLD (ÖVP) stellte fest, daß die ÖVP der Flächenwidmungsänderung nicht zustimmen wird. Arthold begründete die Ablehnung seiner Partei damit, daß der Konsum durch die Flächenwidmungsänderung seine Verkaufsflächen verdoppelt und damit zur untragbaren wirtschaftlichen Konkurrenz für die kleinen Geschäfte in dieser Gegend wird. Außerdem soll eine Grünfläche als Parkplatz umgestaltet werden. Eine Aufzoning würde das städtebauliche Bild zerstören, meinte Arthold. In der Bezirksvertretung Favoriten sei zwar ein einstimmiger Beschluß für die Flächenwidmung gefaßt worden, doch wurden von den Bezirksräten die wirtschaftlichen Folgen offensichtlich nicht bedacht. (Forts.)
ba/bs

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Flächenwidmung - 10. Bezirk

=++++

29 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. SVOBODA (SPÖ) wies darauf hin, daß die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes vor allem der besseren Versorgung der Bevölkerung in der Per-Albin-Hannsson-Siedlung dient. Es entspricht dies auch dem Stadtentwicklungsplan, der mehr Aufmerksamkeit für periphere Zentren, und damit mehr Eigenständigkeit und Lebensqualität für die Bevölkerung der Randgebiete fordert. Im Fall der Per-Albin-Hannsson-Siedlung ist auch ein Bevölkerungszuwachs und damit eine erhöhte Kaufkraft zu verzeichnen. Die Verbesserung der Nahversorgung wird von der Bevölkerung gewünscht, aber in der ÖVP ist man scheinbar dagegen, weil es der Konsum ist, der diese verbesserte Versorgung gewährleisten soll. Besonders bemerkenswert ist, daß die ÖVP nun dagegen ist, obwohl die Bezirksvertretung einstimmig für die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes gestimmt hat. Es geht der ÖVP anscheinend nur darum, bestimmte Interessen zu vertreten, jedoch nicht um die Wohnbevölkerung und deren berechnete Wünsche.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Amerlinghaus

=++++

30 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) beantragte, dem Verein Kulturzentrum Spittelberg zur Führung des Kommunikationszentrums Amerlinghaus eine Subvention bis zur Höhe von 2,070.000 Schilling zu gewähren.

GR. Dr. Bittner sagte, die ÖVP ist nicht generell gegen derartige Zentren. Die Streitfrage ist nur, in welcher Weise und mit welchem Aufwand sie zu führen sind. Beim Amerlinghaus ist jedoch keine Tendenz zu Eigenleistungen und Eigeninitiative zu sehen, wie sie von der ÖVP immer wieder gefordert wird. Daher kann die ÖVP diesem Antrag nicht zustimmen.

GR. WONDRATSCH sagte im Schlußwort, daß das Amerlinghaus mit seiner Arbeit genau jene Forderungen erfüllt, die Vizebürgermeister Dr. BUSEK in seiner Rede in Bezug auf Jugendfragen immer wieder erhebt. Es ist ein Forum der Kommunikation nicht nur für Jugendliche, sondern für Jung und Alt. Das Amerlinghaus hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt und ist bereits ein stabilisierender Faktor in der alternativen Jugendszene. Die ÖVP ist jedoch dagegen, weil sie sich eben gegen jede Form derartiger Kulturarbeit stellt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

31 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) begründete den Antrag auf Besprechung der Mitteilung von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, der mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen wurde.

Die Spitalskostendiskussion in der Öffentlichkeit wurde in den letzten Wochen vor allem durch die Frage der Kostenbeteiligung Niederösterreichs am Sozialmedizinischen Zentrum Ost ausgelöst, sagte GR. HIRNSCHALL (FPÖ). In dem Vertrag war auf eine Indexklausel verzichtet worden, weil beide Vertragspartner mit einem unmittelbar bevorstehenden Baubeginn rechneten. Die Verantwortung für die Verzögerung liegt eindeutig bei der Stadt Wien. Der Vertrag - Niederösterreich bezahlt nur 85 Millionen für 200 Betten - ist extrem ungünstig für Wien. Von einer Sittenwidrigkeit (von der Stadtrat Mayr spricht) kann allerdings keine Rede sein, sondern lediglich von einer Ungeschicklichkeit der Stadt Wien. Überdies wurde auch auf eine Regelung der Betriebskosten vergessen, woraus sich weitere Belastungen ergeben werden.

Die Spitalskosten werden weiterhin überproportional steigen. Im Rahmen des Finanzausgleiches sollen bestimmte Bundesabgaben für einen zentralen Krankenhausfonds gewidmet werden. Darüber hinaus muß es auch einen regionalen Ausgleich der Spitalskosten geben. Er könne sich vorstellen, sagte HIRNSCHALL, daß jedes Bundesland für seine Bürger, die in auswärtigen Spitälern behandelt werden, dem Spitalserhalter einen Kostenersatz zu leisten hat. Es sei untragbar, daß der Spitalserhalter allein die Differenz zwischen dem von den Krankenkassen geleisteten Kostenersatz (nicht einmal 50 Prozent) und den tatsächlichen Kosten trägt. Auch eine gerechte Abgeltung des klinischen Mehraufwandes beim AKH sei notwendig. Nicht vergessen dürfe man allerdings die primäre Verpflichtung der Sozialversicherungsträger zum Ersatz der Spitalskosten. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

32 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) bezeichnete die Mitteilung von Gesundheitsstadtrat STACHER als aktuell, brisant und bedeutungsvoll. Daher könne die ÖVP die Art, wie er die Diskussion eröffne, nicht akzeptieren. Der Gesundheitsstadtrat hätte die Möglichkeit gehabt, diesen Bericht den Gemeinderäten früher zuzustellen. "Durch Formalismus können die Rechte von Minderheiten beschränkt werden", sagte Schlick. "Dadurch wird Zusammenarbeit nicht gefördert, ein derartiges Vorgehen ist undemokratisch."

Das vorgelegte Papier solle offensichtlich dazu dienen, den Finanzstadtrat dabei zu unterstützen, das marode Wiener Budget durch Bund und Länder zu sanieren. Er zeige außerdem, daß in Wien der Budgetplafond erreicht sei.

GR. Dr. SCHLICK brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, nach dem der Bürgermeister aufgefordert wird, umgehend eine Sitzung des Wiener Gemeinderates für eine ausführliche Debatte und Beschlußfassung über die Situation der Wiener Spitäler und die weitere Vorgangsweise beim Neubau des AKH, einzuberufen.

Unmittelbar nach der Rede verließ die ÖVP-Fraktion demonstrativ den Sitzungssaal. Nur GR. Dr. Schlick blieb im Saal. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

33 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) zeigte sich erstaunt über die Haltung seiner Vorrednerin. Es sei nicht undemokratisch, daß ein Stadtrat, sobald er Unterlagen gesammelt habe, so schnell wie möglich den Wiener Gemeinderat verständige. Der Bericht sei nicht polemisch, er sei eine sachliche Darstellung.

"Daß die ÖVP-Fraktion den Sitzungssaal verlassen hat", sagte Dinhof "kann ich nicht verstehen. Wir sind froh über diese Information". Der Bericht enthalte ein Problem, das alle Gemeinderäte interessiere. Die ÖVP sei an einer sachlichen Diskussion scheinbar nicht interessiert, dies zeige sich durch den demonstrativen Auszug. Den Vorwurf, daß sich der Finanzstadtrat ums Budget kümmere, wenn es Finanzierungsprobleme gebe, wies Dinhof zurück. Es sei seine Aufgabe und seine Verpflichtung.

Zum Debattenbeitrag von GR. HIRNSCHALL (FPÖ), daß der Vertrag zum Bau des SMZ-Ost zwischen Wien und Niederösterreich sittenwidrig sei meinte Dinhof, wenn etwas, das mehr als eine Milliarde Schilling koste, mit 85 Millionen abgespeist werde, dann sei dies nach seiner Meinung "sittenwidrig". Zur Deckung der Spitalskosten müsse auch die Sozialversicherung stärker herangezogen werden. GR. Dinhof gab bekannt, daß die Wiener Gebietskrankenkasse mit Stichtag 1.1.1982 der Stadt Wien 492 Millionen Schilling schuldig sei. Das sei ein zinsfreier Kredit in Millionenhöhe. Die Situation, daß in Wien die teuersten Patienten Österreichs behandelt werden sei verständlich, aber daß der Wiener Steuerzahler dies bezahlen müsse, das sei nicht verständlich. (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

34 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, nach dem der amtsführende Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik ersucht wird, in Verhandlungen mit dem Bund, den anderen Bundesländern sowie den Trägern der Krankenanstalten mit dem Ziel einzutreten, eine Vergütung der Differenz zwischen amtlicher Pflegegebühr, Zuschuß durch den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und den tatsächlichen Kosten bei Patienten, die ihren Wohnsitz nicht in Wien haben, herbeizuführen. (Forts.) fk/gg

Gemeinderat: 96 Geschäftsstücke ohne Debatte beschlossen
Utl.: Einstimmige Beschlüsse über Wohnhausbau, Subventionen,
Grundstücksankäufe und öffentliche Beleuchtung

=++++

35 #Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt lagen dem Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung am Freitag 103 Geschäftsstücke vor, von denen 96 ohne Debatte einstimmig angenommen wurden. So wurde der Bau einer neuen städtischen Wohnhausanlage mit 27 Wohnungen im 23. Bezirk, Erlaaer Straße 11 - 15, mit einem Kostenaufwand von 23,1 Millionen Schilling beschlossen. Für die Instandsetzung beziehungsweise den Neubau von Einrichtungen der öffentlichen Beleuchtung wurden 66 Millionen Schilling genehmigt. Im Rahmen der Förderungsaktion für den Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke wurden Baukostenzuschüsse in der Höhe von 1,2 Millionen bewilligt. Ohne Debatte wurde auch die Umgestaltung des Rooseveltplatzes mit Kosten von 5,2 Millionen beschlossen. #

Zahlreiche einstimmig genehmigte Anträge hatten Subventionen für kulturelle Aktivitäten sowie für karitative und sportliche Organisationen zum Inhalt. So wurden beispielsweise Subventionen für das Festival "Ex Tempore 82" (ein internationales Improvisationsmeeting), für die AGORA 82 im Burggarten, für Konzerte, Ausstellungen und Publikationen gewährt. Für die Förderung kultureller Aktivitäten in den Bezirken steht 1982 ein Rahmenbetrag von 4,3 Millionen zur Verfügung.

Für die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage 21, Ostmarkgasse 48, wurden 3,5 Millionen zur Verfügung gestellt. Weiters beschloß der Gemeinderat am Freitag mehrere Liegenschaftsankäufe sowie Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen. (Schluß) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

36 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Wenn in der Öffentlichkeit über Krankenanstalten gesprochen wird, dann nicht über die Leistungen, sondern über die Kosten, sagte GR. LACINA (SPÖ). Einnahmen von 5,2 Milliarden stehen Ausgaben von fast 10 Milliarden gegenüber. Die Frage der Spitalsfinanzierung ist ein internationales Problem. Die steigenden Kosten führte Lacina auf den technischen Fortschritt, die besondere Personalintensität, die Arznei- und Verbrauchsmaterialaufwendungen und die Ausweitung des Ambulanzbetriebes vor allem in Wien zurück.

Bei einer Kritik an der Kostenentwicklung der Krankenanstalten muß man überlegen, ob man will, daß den Mitbürgern der Fortschritt zugute kommt oder ob man darauf verzichtet. Das ist keine Frage der Rentabilität. Der Mangel an Personal macht es derzeit unmöglich, alle Betten zu belegen. Lacina verwies auf die beträchtlichen Anstrengungen für die Personalausbildung und die Personalwerbung und unterstrich die starke Zunahme der Zahl von Personalwohnungen. Während die Zahl der Pflegetage erhöht wurde, ist die Verweildauer in den Spitälern zurückgegangen. Die Ambulanztätigkeit gewinnt immer mehr an Bedeutung. Zahlreiche Patienten aus anderen Bundesländern erhalten in Wien eine kostenintensive Behandlung. Lacina forderte abschließend eine stärkere Leistungsabgeltung durch die anderen Bundesländer. (Forts.) and/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

37 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.Prof. Dr. STACHER (SPÖ) stellte fest, daß im Saal außer GR. Dr. SCHLICK (ÖVP) nur Mitglieder der SPÖ- und der FPÖ-Fraktion anwesend sind. Er sagte, im Gemeinderat sollte nur ein sachlicher Bericht vorgelegt werden, ohne damit eine Forderung nach einem Beschluß zu verbinden. Die ÖVP fordert immer wieder Information, aber aus diesem Bericht läßt sich kein Skandal machen. "Das finde ich für das Demokratieverständnis beschämend", sagte Stacher. Die demokratischen Rechte der Gemeinderäte bestehen unter anderem darin, daß sie sachlich informiert werden und entweder sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt Stellung nehmen, aber nicht darin, bei einem objektiven Bericht den Saal zu verlassen.

Zu den Ausführungen von GR. Dr. HIRNSCHALL sagte STACHER, daß er die Unterlagen in der letzten Woche vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds erhalten hat und sie möglichst schnell vorlegen wollte. Hinsichtlich des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum-Ost führte Stacher aus, daß es nicht sinnvoll ist, einfach 200 Betten nur dort für niederösterreichische Patienten zu schaffen, während je nach Einzelfall vielleicht in einer anderen Wiener Krankenanstalt eine bessere Betreuung möglich wäre. Dieser Bericht war kein Machtmittel, sondern ein sachlicher Beitrag. Die Vorgangswiese der ÖVP trägt nicht zur Klimaverbesserung bei. Steigende Zahlen bei den Sozialdiensten als Wachstumsfetischismus zu bezeichnen, ist Polemik. "Wir werden dafür sorgen, daß die Wienerinnen und Wiener und auch die Patienten aus den anderen Bundesländern, welche Hilfe brauchen, in Wien die gesundheitliche und soziale Betreuung finden", sagte Stacher abschließend. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Diskussion über Spitalsbericht

=++++

38 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) kritisierte, daß der Gemeinderat nicht zuerst über den Spitalsbericht informiert wurde, sondern daß am Vortag bereits eine Pressekonferenz stattfand. Den Vorwurf, die Budgetsituation Niederösterreichs verbessern zu wollen, wies Schlick zurück. Sie habe der Verfassung nach einen Eid nicht nur auf Wien, sondern auf ganz Österreich geschworen. Der ÖVP sei der Spitalsbericht so wichtig, daß sie eine eigene Gemeinderatssondersitzung beantragte. Der Wachstumsfetischismus im sozialen Bereich sei nicht nur von ihr, sondern auch von der Sozialistischen Jugend kritisiert worden, sagte Schlick.

GR. DINHOF (SPÖ) wies darauf hin, daß bereits öfter Berichte von Stadträten, die dem Gemeinderat vorgelegt werden sollten, ein paar Tage vorher in den Medien gestanden sind. Zumeist waren es nur Teile aus dem Stadtratsbericht, noch dazu aus dem Zusammenhang gerissen. Die ÖVP habe in dieser Sitzung jedenfalls die Gelegenheit zur Diskussion absichtlich verabsäumt.

Stadtrat MAYR vertrat die Ansicht, daß sich jeder Gemeinderat, welcher Fraktion er auch immer angehöre, in erster Linie für die Interessen seiner Stadt oder seines Bezirkes einsetzen soll. So wie dies beispielsweise ein sozialistischer Landesrat in Niederösterreich zu Fragen der Spitalsfinanzierung getan habe. Die Wiener ÖVP wendet sich jedoch ständig gegen das wirtschaftliche Interesse Wiens. Diese negative Haltung zu Wien und zur Demokratie soll den Wienerinnen und Wienern klargemacht werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag der ÖVP auf Einberufung einer Sondersitzung wurde einstimmig angenommen, der Antrag der SPÖ zur Spitalsfinanzierung von Nicht-Wiener Patienten wurde ebenfalls einstimmig angenommen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Diskussion über Stadterneuerungsbericht

=++++

39 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. LUSTIG (SPÖ) stellte den Antrag auf Besprechung der Mitteilung von Stadtrat HATZL (SPÖ) zum Stadterneuerungsbericht. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen.

GR. KUCHAR (FPÖ) sagte, daß der Bericht durch eine zu weite Auslegung des Begriffes Stadterneuerung gekennzeichnet ist. Man kann unter Stadterneuerung nicht alles subsummieren, was in einer Stadt geleistet wird. Der Hintergrund dieser zu weiten Auslegung dürfte jedoch - so Kuchar - darin zu suchen sein, daß die tatsächlichen Mittel für die Stadterneuerung eher bescheiden sind. Jahrzehntlang wurde die Notwendigkeit der Stadterneuerung in Wien nicht erkannt. Nun ist zwar sicher ein Umdenken zu verzeichnen. Was jedoch fehlt, ist ein Zielplan, der aussagt, was zu erhalten ist, was neu zu bauen ist, und was die gesamte Stadterneuerung kostet. Dreieinhalb Jahrzehnte wurde auf diesem Gebiet nichts getan, ein verfehltes Mietrecht sorgte zusätzlich für den schlechten Zustand der Wiener Althaussubstanz. Die Stadterneuerung wird nun sowohl vom einzelnen Bürger, wie auch von der Öffentlichkeit enorme Mittel zur Instandhaltung und Verbesserung des Althausbestandes erfordern. Viele Mitbürger werden finanziell überfordert sein und daher der Hilfe der öffentlichen Hand bedürfen. Insgesamt kann die Stadterneuerung als umfassende Aufgabe für alle und als größte kommunalpolitische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte angesehen werden. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Diskussion über Stadterneuerungsbericht

=++++

40 wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) kritisierte, daß die Mitteilung von Stadtrat HATZL der Opposition erst gestern übergeben wurde. Die ÖVP wird sich daher an der Debatte nicht beteiligen. Dr. Petrik stellte den ANTRAG, für die Diskussion von Stadterneuerungsfragen eine eigene Gemeinderatssitzung einzuberufen.

Nach dieser Wortmeldung verließen die ÖVP-Gemeinderäte den Saal, nur Dr. Petrik blieb.

GR. LUSTIG (SPÖ) bedauerte das "undemokratische Verhalten" der ÖVP. Die ÖVP hat am Bericht von Stadtrat Hatzl offenbar nichts zu kritisieren und greift nun zu solchen Mitteln, um sich in Szene setzen zu können.

Im Jahr 1982 werden mehr als 11 Milliarden für die Stadterneuerung in Wien ausgegeben. Allein die Gelder für die Instandhaltung werden gegenüber 1981 um 20,7 Prozent auf 2,6 Milliarden angehoben. Das ist ein Beweis dafür, daß die Sozialisten handeln, und nicht nur von der Stadterneuerung reden. Für die Opposition ist Stadterneuerung nur ein Spielball und nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Erst gestern hat die ÖVP im Bundesrat sich gegen die Stadterneuerung ausgesprochen. Damit geht wertvolle Zeit für wichtige Maßnahmen verloren. Auch bei der Beschlußfassung des neuen Mietrechtes wollte die Opposition keine Verantwortung übernehmen.

Die Einhebung eines Erhaltungsbeitrages ist ein großer Schritt in Richtung Stadterneuerung. Damit können auch Arbeitsplätze gesichert werden. Lustig verwies darauf, daß sich die Mieter nun durch die Einsetzung eines zwangsverwalters besser gegen Spekulanten zur Wehr setzen können. Einen "Judenplatz", einen "Kallinger" wird es in Zukunft nicht mehr geben, betonte Lustig. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Diskussion über Stadterneuerungsbericht

=++++

41 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) bedauerte, daß die ÖVP den Saal verlassen habe, während der Wiener Gemeinderat die wichtigen Probleme der Stadterneuerung debattiert. "Offenbar hat die ÖVP zur Stadterneuerung nichts zu sagen!" sagte Oblasser. Stadterneuerung sei mehr als das Herrichten alter Häuser. Dazu gehört die Verbesserung der Wohnumwelt, die Nahversorgung, die Schaffung von Parks, Grünzonen und Spielplätzen. Auch die Frage des ruhenden Verkehrs müsse gelöst werden.

GR. Oblasser verwies auf das Beispiel des Stadterneuerungsgebietes Ottakring. Dabei sei von Grundsätzen ausgegangen worden, die auch auf die anderen Erneuerungsgebiete in Wien Anwendung finden können.

- o Sanfte Erneuerung, im Einvernehmen und in Zusammenarbeit mit den Betroffenen.
- o Renovierung des erhaltenswerten Althausbestandes sowie Abbruch und Neubau wo nicht anders möglich.
- o Errichtung von zusätzlichen Grünflächen und Freizeiteinrichtungen und
- o Verkehrsberuhigung durch Neuordnung des Verkehrs, z.B. Schaffung einer Wohnstraße.

Das Beispiel Ottakring habe gezeigt, daß Stadterneuerung auch den gezielten Grundankauf durch die Stadt benötige. Die Lust von privaten Hausbesitzern an der Stadterneuerung sei eher gering.

(Forts.) fk/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Diskussion über Stadterneuerungsbericht

=++++

42 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL)" Bei der Berichterstattung habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß dies der erste zusammenfassende Bericht ist", erläuterte Stadtrat HATZL (SPÖ). In dieser Frage geht es nicht darum, daß wird die "Stadterneuerung erfunden" haben, sondern um einen Prozeß, der sich im Laufe der Zeit immer stärker entwickelt. Zum Vorwurf von GR. KUCHAR, daß ein Zielplan fehlt, sagte HATZL, daß der Bericht nur über Zustand und Leistungen erstellt wurde, während die Ziele im Stadtentwicklungsplan enthalten sind. Daß man mit den geringen Mieten bei Substandardwohnungen das Auslangen nicht finden kann, ist richtig. Es wird eine zweite Etappe notwendig sein, um auch diese Frage zu lösen. Zur Stadterneuerung gehört mehr als nur bestimmte Einzeltätigkeiten der Stadtverwaltung. Sie umfaßt alle Bereiche des täglichen Lebens, sagte HATZL weiter. Sachliche Argumentation für das Fehlen der ÖVP-Fraktion sind sicherlich widerlegbar: Bei einer dringlichen Anfrage oder einem dringlichen Antrag erfolgt auch keine Ankündigung lange vorher; der Stadtrat muß sich eben die Zeit nehmen, um sich mit der Sache zu befassen. Wer vorgibt, sich ständig mit einer Sachfrage auseinanderzusetzen, braucht nicht Tage der Vorbereitung für das, was er sagen möchte. Offenbar braucht die ÖVP jedoch tagelang, um an Positivem Negatives zu finden. Daß über den Bericht nicht gesprochen wird, ist eine Beleidigung der Demokratie. Weil es notwendig ist, für die Menschen in dieser Stadt zu arbeiten, ist es auch notwendig, diese Frage nicht als politischen Zwiespalt zu betrachten, sondern als Prozeß der ständigen wirtschaftlichen Auseinandersetzung, den wir für die Menschen dieser Stadt führen müssen, sagte HATZL abschließend.

ABSTIMMUNG über die Zuweisung des Beschluß- und Resolutionsantrages der ÖVP (Sondersitzung des Gemeinderates): Einstimmig angenommen. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

43 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (ÖVP) verlas die dringliche ANFRAGE an Stadtrat VELETA (SPÖ). Derzeit gibt es große Schwierigkeiten sowohl bei der Rinter-AG zur Beseitigung des Wiener Mülls als auch bei den Entsorgungsbetrieben Simmering bei der Lagerung des giftigen Sondermülls. Stadtrat Veleta wird daher gefragt, ob er als zuständiger Stadtrat den Stichtag für das Ablaufen des Probetriebes am 14. Februar 1982 zum Nachteil der Stadt Wien verstreichen ließ. Außerdem verlangt die ÖVP eine Klärung über den Stand der Verhandlungen mit der Rinter-AG. Weitere Fragen:

- Ist der Recycling-Versuch mit Kunststoffabfällen aus dem Müll gescheitert, welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen, wie hoch sind die bisherigen Verluste bei Stilllegung der Anlage, welche weiteren Schritte wird Stadtrat Veleta unternehmen?

Ein weiterer Fragenkomplex betraf die Sondermüllverwertung durch die Entsorgungsbetriebe Simmering.

Der Wortlaut der dringlichen Anfrage:

1. RINTER-AG:

- a) Haben Sie als zuständiger amtsführender Stadtrat den Stichtag des Ablaufes des Probetriebes - 14.2.1982 - zum Nachteil der Stadt Wien verstreichen lassen?
- b) Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen mit der Rinter-AG?
- c) Welche Fristen und Lösungen werden nunmehr von Ihnen angestreut und wann ist mit einem endgültigen Ergebnis Ihrer Verhandlungen zu rechnen, vor allem im Hinblick auf
 - die zeitliche Begrenzung des Probetriebes,
 - die Herabsetzung des Entgeltes,
 - die Teilverwertung des Mülls für Platten oder Brennmaterial,
 - die Menge des unverwertbaren Restmülls und seine Deponierung?
- d) Warum werden die wichtigen Verhandlungen mit der Rinter-AG nicht von Ihnen persönlich geführt?

(Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

44 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL)

2. SONDERMÜLLVERWERTUNG DURCH DIE ENTSORGUNGSBETRIEBE SIMMERING:

- a) Wie konnte es zu einer unsachgemäßen und vielleicht gefährlichen Lagerung von vielen Tonnen giftigen Sondermülls in zum Teil undichten Fässern auf externen Deponien und im Bereich der Entsorgungsbetriebe Simmering kommen?
- b) Wie lange sind Verbrennungsanlagen der Entsorgungsbetriebe Simmering bereits ausgefallen und warum konnten diese Anlagen nicht rascher betriebsfähig gemacht werden?
- c) Wie ist nunmehr der Zeitplan betreffend eine ordnungsgemäße Lagerung und Vernichtung dieses Giftmülls?
- d) Durch welche Maßnahmen wird sichergestellt, daß sich solche Vorfälle nicht mehr wiederholen können?
- e) Wie ist nunmehr die Angemessenheit der Pachtvereinbarung mit den EBS im Lichte der Erfahrungen seit Übernahme dieser Anlage durch die Magistratsabteilung 30 vor rund 8 Monaten zu sehen?

3. KUNSTSTOFFRÜCKGEWINNUNGS GES.M.B.H.:

- a) Ist der Recycling-Versuch, Kunststoffabfälle aus dem Müll einer Wiederverwertung zuzuführen, als gescheitert anzusehen?
- b) Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen, wenn vor allem die Trennung und Wiederverwertung des nicht sortenreinen Kunststoffes nicht funktioniert?
- c) Wie hoch wären die bisherigen Verluste aus Errichtung und Betrieb der Kunststoffrückgewinnungs Ges.m.b.H., falls die Anlage stillgelegt werden müßte?
- d) Welche weiteren Schritte beabsichtigen Sie als zuständiger Stadtrat aufgrund der dauernden Schwierigkeiten bei der Kunststoffrückgewinnungs Ges.m.b.H.?

(Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

45 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. KRASSER (ÖVP) begründete die Dringlichkeit der Anfrage. Bei der Beschlußfassung der Errichtung einer Müllversorgungsanlage 1975 wurden als besondere Vorzüge der Rinter-AG die gesamte Abnahme des Mülls und die umweltfreundliche Verwertung hervorgehoben. Die optimistischen Prognosen über die Verarbeitung der Müllmenge haben sich als falsch erwiesen. Im Jänner 1982 wurden z. B. anstelle der vorgesehenen 1.000 Tonnen nur rund 320 Tonnen pro Tag angeliefert, was einem Preis von rund 1.300 Schilling pro Tonne entspricht. Bei der Behandlung des Sondermülls muß sogar von einem Giftmüllskandal gesprochen werden. Stadtrat Veleta hätte in beiden Fällen längst eingreifen müssen. Bei der Rinter AG sei die Frist des Probebetriebs am 14. Februar 1982 abgelaufen. Veleta sei jede Erklärung schuldig geblieben. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

46 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Als erster Debattenredner kam nochmals GR. Dr. KRASSER (ÖVP) zu Wort. Er betonte, daß die Gefahr im Bereich der EBS nicht unterschätzt werden darf und daß nach dem Motto "Es wird schon nichts passieren" erst nach dem Erscheinen von Zeitungsartikeln reagiert worden ist. Bezüglich der Rinter-AG forderte Krasser Stadtrat Veleta auf, sich selbst mit vermehrtem Nachdruck um eine Lösung zu bemühen.

GR. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, nach dem letzten Kontrollamtsbericht sei endgültig klar, daß die Rinter-AG die Abnahme der Vertragsmenge von 1.100 bis 1.200 Tonnen Müll täglich nicht einhalten kann. Die Konsequenz für die Stadt Wien muß die unverzügliche Einstellung der Zahlungen von 11 Millionen Schilling monatlich sein. Bereits bisher wurden 77 Millionen ohne nennenswerte Gegenleistung an die Rinter-AG entrichtet. Eine Verlängerung der Probezeit würde eine Abwälzung des Risikos von den Banken, die das Projekt finanziert haben, auf die Gemeinde bedeuten, was nicht die Aufgabe einer Kommune ist.

Zur EBS bemerkte Hirnschall, daß hier die Anpachtung durch die MA 30 unter dem Aspekt der Optimierung der Betriebsabläufe vorgenommen worden ist. Von einer Verbesserung kann jedoch keine Rede sein. Bedenkenlos wurden von der EBS Fässer mit gefährlichen Substanzen übernommen, ohne nach der Möglichkeit der Verarbeitung zu fragen. Dadurch werden Umwelt und Mitarbeiter gefährdet. Wenn nun der Gesundheitsminister und der Gesundheitsstadtrat den Betrieb besichtigen werden, sollten sie sich bemühen, hinter die Kulissen eines für sie errichteten "Potemkinschen Dorfes" zu blicken und Initiativen zur Beseitigung der Gefahrenherde zu setzen. Letztlich soll in diesem Fall auch das Sicherheitskontrollamt eingeschaltet werden. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

47 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HABERL (SPö) sagte, hinter vorgehaltener Hand werde ein Unternehmen als mögliches Auffangunternehmen für die Rinter-AG genannt, daß jetzt schon deren Partner ist. Es stelle sich die Frage, warum dieses Unternehmen nicht schon jetzt für einen funktionierenden Betrieb sorgt. Werden da technische Probleme künstlich am Leben erhalten, fragte Haberl?

Es steht fest, daß das Rinter-Werk noch nicht zufriedenstellend funktioniert. Der gewerbebehördlich genehmigte Probetrieb mußte deshalb bis zum 30. Juni 1982 verlängert werden. Die private Firma zeigte sich bis jetzt nicht in der Lage, ihre Aufgabe zu lösen. Der Slogan von der Privatisierung kommunaler Einrichtungen hat sich ad absurdum geführt.

Aufgrund der Prognosen der Magistratsabteilung 48 ist 1985 mit einer Müllmenge von insgesamt 657.000 bis 710.000 Tonnen zu rechnen. Es ist eine Illusion zu glauben, daß überhaupt keine Deponien notwendig sein werden, auch bei der Verbrennung fällt Schlacke an.

Rinter ist derzeit noch nicht in der Lage, Sperrmüll zu verarbeiten. Eine entsprechende Zerkleinerungsanlage wurde bestellt.

Haberl erinnerte an den Antrag, alle bisher an die Firma Rinter geleisteten Zahlungen als Acontozahlungen zu werten. Dieser Antrag wird derzeit ebenso geprüft wie die mit der Firma Rinter abgeschlossenen Verträge. Diese Verträge sollen entsprechend den aus dem Probetrieb gewonnenen Erkenntnissen adaptiert werden.

Derzeit besteht kein Anlaß, das vom Gemeinderat beschlossene Müllkonzept in Frage zu stellen. Allerdings darf dem Wiener Steuerzahler aus der Tatsache, daß das Werk noch nicht funktioniert, kein Schaden erwachsen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

48 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) schlug vor, die Identität der in der EBS gelagerten Giftstoffe festzustellen. Man sollte diese Stoffe dann nach einer Dringlichkeitsstufe behandeln und sie ordentlich lagern. Notwendig wäre auch eine Spezialdeponie mit einer Untergrundabdichtung und einer Sickerwasserbehandlung.

Derzeit kann man dort alles finden, "was Gott verboten hat". Es besteht die Gefahr, daß Giftstoffe durch den Schotter dringen und den Boden und das Grundwasser verseuchen. Anrainer, aber auch die Betriebsangehörigen, sind gefährdet.

Die gemeinsame Führung der Entsorgungsbetriebe und der Hauptkläranlage hat völlig versagt, schloß DDr. STRUNZ. (Forts.)
sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

50 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) stellte fest, daß die Wiener Recycling-Betriebe, ob privatrechtlich oder kommunal organisiert, nicht den Anforderungen entsprechen. Die erhoffte Technologie hat sich als nicht funktionsfähig erwiesen. "Ich war bestürzt über den Giftmüllskandal", sagte sie, "ist denn das niemandem aufgefallen?" Stadtrat Veleta habe dafür die Verantwortung zu tragen: "Wir bitten ihn daher, unsere Fragen ausreichend zu beantworten".

Die Rednerin bezweifelte, daß die giftigen Abfälle so schnell beseitigt werden können. Es gebe Berechnungen, daß bei gleichbleibendem Tempo die Vernichtung der gelagerten Stoffe mehr als drei Jahre dauern würde. Die ÖVP erwarte daher vom amtsführenden Stadtrat Veleta dringende Maßnahmen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

51 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Peter SCHIEDER (SPÖ) befaßte sich mit den grundlegenden Fragen der Abfallbeseitigung. Es sei jener Form der Vorzug zu geben, die sich Schutz der Gesundheit und der Umwelt zum Ziel gesetzt habe. Daher habe man in Wien den Versuch unternommen, eine Form der Wiederverwertung des Abfalls zu finden.

Zur Kostenfrage meinte SCHIEDER, daß die herkömmlichen Kostenvergleiche hinken. Es müßten auch die Nebenkosten und die Folgekosten berücksichtigt werden, die aber mit herkömmlichen Methoden nicht beziffert werden können. Vom Umweltstandpunkt aus müßte es zum Beispiel für die Rinter AG einen Sockelbetrag für die Abfallbeseitigung geben und zusätzlich einen Bonus dafür, daß eine Verwertung gefunden wird, die geringe Folgekosten verursacht. Diese Problematik dürfe nicht übersehen werden, auch wenn es keine ökologische Gesamtrechnung gebe.

Am Beispiel der Wiederverwertung von Altpapier zeigte Stadtrat SCHIEDER die Einsparungen an Rohstoffen, an Wasser und Energieverbrauch auf. Er verwies darauf, daß in einer Zeit der Rohstoffknappheit dieser Faktor bei der Wiedergewinnung berücksichtigt werden müsse.

SCHIEDER wandte sich scharf gegen Skandalisierungsversuche und meinte, ein echter Umweltskandal läge dort vor, wo nicht geordnet verarbeitet sondern Abfälle heimlich beseitigt werden.

Zur Frage der Zuständigkeit hob SCHIEDER hervor, daß es eine klare Regelung gebe. Er sehe auch keinen Anlaß dafür, sich einzuschalten, da er überzeugt sei, daß sich Stadtrat VELETA der Verantwortung bewußt sei und alle nötigen Maßnahmen setze. (Forts.)
fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

54 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Es ist die Aufgabe einer vorausschauenden Kommunalverwaltung, für die Entsorgung, aber auch für die Innovation zu sorgen. Das enthält auch ein gewisses Risiko, sagte Stadtrat VELETA (SPÖ). Dieses Risiko muß allerdings im Interesse einer gesunden Umwelt getragen werden. Heute kann man nicht nur von der Beseitigung des Mülls sprechen, sondern muß sich auch mit der Frage beschäftigen, ob eine Vernichtung sinnvoll oder eine Verwertung volkswirtschaftlich interessant wäre. Die Lagerung auf Deponien ist sicherlich nicht so kostenaufwendig wie die der Vernichtung. Bei der Übernahme der EBS durch die MA 30 war eine Weisung notwendig, weil sich diese dagegen gewehrt hatte, auch die Deponien zu übernehmen, die seit jener Zeit bestehen, als DDr. Strunz im Aufsichtsrat der EBS war. Mit dem Abbau der Deponie wurde bereits begonnen.

Zur Kunststoffrückgewinnungsgesellschaft sagte Veleta, daß die ständig steigende Umweltbelastung neue Technologien notwendig macht. Daher wurde die Rückgewinnungsgesellschaft gegründet. Das Problem der Rückgewinnung konnte jedoch nicht zufriedenstellend gelöst werden.

Im Hinblick auf die Firma Rinter erläuterte Veleta, daß es ein großes Verdienst von Stadtrat Nittel war, rechtzeitig die Probleme der Müllbeseitigung erkannt zu haben. Statt eine neue Müllverbrennungsanlage zu errichten, fiel die Entscheidung im Gemeinderat einstimmig für Recycling. Bei Auftauchen der ersten Probleme hat Veleta Sofortmaßnahmen veranlaßt. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

55 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) In unmittelbarer Beantwortung der dringlichen Anfrage sagte VELETA, daß er selbstverständlich keine Stichtage zum Nachteil der Stadt Wien hat verstreichen lassen. Nach gründlicher Prüfung der Rechtssituation durch den Magistrat wurde auch ein versierter Fachmann auf dem Gebiet des Vertragsrechts mit der Sichtung des Aktenmaterials, des rechtlich relevanten Sachverhalts und der Prüfung der Ansprüche der Stadt Wien bei unzureichender Vertragserfüllung beauftragt. Bis 19. März muß Rinter eine Erklärung abgegeben, welche Maßnahmen zur Sicherstellung eines vertragsgemäßen Zustandes und ordentlichen Betriebes eingeleitet wurden und welche Maßnahmen sie noch setzen wird. Es haben aber auch schon Gespräche zwischen der Stadt Wien und Rinter über eine befriedigende Lösung begonnen. Damit soll erreicht werden, daß dann mit konkreten Gesprächen zur Klarstellung über den Probetrieb, eine Anpassung der Zahlungen an die tatsächliche Leistung und der offenen Fragen über die Deponierung von Restmüll begonnen werden kann. Dies soll bis 30. Juni abgeschlossen sein. Wenn notwendig, wird sich Veleta selbst in die Verhandlungen einschalten.

Mit der Lagerung von Fässern für die Sondermüllverwertung durch die EBS wurde schon vor Betriebsaufnahme begonnen, damit zu diesem Zeitpunkt eine entsprechende Kapazität zur Verfügung stand. Wegen Anlaufschwierigkeiten konnte das Zwischenlager kurzfristig nicht abgebaut werden. Eine Kommission hat festgestellt, daß die Lagerung keine schädlichen Auswirkungen hat. Vorsorglich wurden zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen angeordnet. Ein Ofen mußte Anfang Februar stillgelegt werden. Unglücklicherweise war ein zweiter Ofen ebenfalls außer Betrieb, daher mußte die Sondermüllverbrennung eingestellt werden. Nach Reparatur kann ein Ofen Mitte März wieder in Betrieb gehen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

56 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Soweit die Fässer nicht in flüssigkeitsdichten Wannen stehen, wird die Lagerfläche flüssigkeitsdicht ausgestaltet. Das wird innerhalb von sechs Wochen abgeschlossen sein. Gleichzeitig werden die flüssigen und pastösen Stoffe in Behälter abgesaugt und die Anzahl der Fässer auf der Lagerfläche verringert. Mit der Aufarbeitung der Fässer auf der Lagerfläche kann bis Ende des heurigen Jahres gerechnet werden. Dann wird mit der Abarbeitung der in den Lagerbecken aufbewahrten Behälter begonnen. Künftig wird durch organisatorische Maßnahmen immer ein Verbrennungsofen in Betrieb sein. Nach Abschluß der genannten Maßnahmen werden auch wieder Zwischenlagerflächen zur Verfügung stehen. Die Übernahme der Schlammabeseitigung durch die MA 30 hat sich positiv ausgewirkt: 95 bis 96 Prozent des Klärschlammes können verbrannt werden. Bei der Pachtberechnung wurde kein Gewinn sondern wurden nur die Selbstkosten veranschlagt.

Die Kunststoffrückgewinnungsgesellschaft konnte bei ihren Versuchen keinen Durchbruch erzielen. Die Anlage wird stillgelegt, obwohl weitere Versuche zweckmäßig wären. Nun muß mit einem Verlust von 22 Millionen gerechnet werden.

Damit war die Gemeinderatssitzung um 18.12 Uhr beendet. (Forts.)
and/ap

NNNN

Am 12. März Gemeinderat

=++++

52 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ hat aufgrund der Gemeinderatsbeschlüsse für Freitag, den 12. März, um 9 Uhr, eine Sitzung des Gemeinderates einberufen. In dieser Sitzung werden Berichte von Stadtrat Johann HATZL über die Stadterneuerung und von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER über die Spitalssituation auf der Tagesordnung stehen. (Schluß) sti/gg

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

=++++

53 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Wir erinnern daran, daß am kommenden Dienstag, dem 2. März, um 11.30 Uhr, im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes ein Pressegespräch mit Bürgermeister Leopold GRATZ stattfindet. (Schluß) sti/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

=++++

57 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz des 1. Landtagspräsidenten Hubert PFOCH (SPÖ) wurde die Sitzung des Wiener Landtags mit der Fragestunde aufgenommen.

Zwtl.: Fragestunde

Auf die ERSTE ANFRAGE von Labg. Dkfm. AMMANN (ÖVP), welche Schritte zur Wiederherstellung des 12-köpfigen Kuratoriums für die Stiftung für Nervenranke auf dem Rosenhügel unternommen werden, antwortete Landeshauptmann Leopold GRATZ, daß ein diesbezüglicher Beschluß des Obersten Gerichtshofes erst am 23. Februar 1982 an die Magistratsabteilung 12 ergangen sei. Er könne daher in dieser Sitzung über etwaige Konsequenzen noch nicht berichten.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE ob mit der Erbin der Rothschild'schen Stiftung bereits Verbindung aufgenommen worden sei, sagte Gratz, daß dies noch nicht geschehen sei.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE was der Landeshauptmann unternehme, daß die Frist zur Wiederbestellung des Kuratoriums eingehalten werde, antwortete Gratz, er sei überzeugt, daß die Beamten der Stadt Wien alle Rechtsvorschriften beachten. Den durch den Stiftungsbrief Begünstigten, den Patienten des Spitals, wird es allerdings wenig nützen, wenn die Stadt Wien die Stiftung ohne weitere Hilfestellung einem Kuratorium übergibt. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

58 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Ing. RIEDLER (SPÖ) nach dem letzten Stand der Verhandlungen zum Verkehrsverbund, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß es Auffassungsunterschiede über den Tarifverbund zwischen dem Bund, Wien, und Burgenland einerseits und dem Land Niederösterreich andererseits gäbe. Eine Arbeitsgruppe von Beamten soll innerhalb von sechs Wochen diese Differenzen klären.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE ob der Einnahmenentgang bei einem Tarifverbund von den Gebietskörperschaften getragen werden soll, betonte Stadtrat MAYR, daß die Gebietskörperschaften nicht zur Deckung des Abganges herangezogen werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE ob Stadtrat MAYR zu weiteren Verhandlungen über den Verkehrsverbund bereit sei, sagte MAYR, daß er den Plan zur Schaffung eines Verkehrsverbundes nicht aufgeben wird. Die Vorteile eines landesübergreifenden Tarif- und Verkehrsverbundes sind sehr groß. Die Kurzsichtigkeit des Landes Niederösterreich sei bedauerlich. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

59 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. Dr. AIGNER (SPÖ), welche Unterstützung durch die elektronische Datenverarbeitung im Rahmen der Abgabenverrechnung noch vorgesehen ist, sagte Stadtrat MAYR, daß bereits seit 1976 ein Großteil der Abgaben wie der Grundsteuer, der Lohnsummensteuer, der Müll- und Wassergebühren mit elektronischer Datenverarbeitung verrechnet wird. Seit Oktober 1981 erfolgte eine weitere Umstellung von 20 Abgaben wie Vergnügungssteuer und Anzeigenabgabe auf elektronische Verrechnung.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Abgabepflichtige betroffen sind und wann mit einer gänzlichen elektronischen Verrechnung der Abgaben zu rechnen ist, sagte Mayr, es sind 15.000 Abgabepflichtige betroffen, mit einer gänzlichen Umstellung ist Mitte 1982 zu rechnen. Lediglich die elektronische Verrechnung der Abgabenstrafen befindet sich noch in der Konzeptphase.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE wie die bisherigen Umstellungen angenommen wurden, sagte Mayr, daß die diesbezüglichen Änderungen sehr servicefreundlich sind, es allerdings notwendig ist, die entsprechenden Formulare genau auszufüllen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

60 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. KUCHAR (FPÖ), in welcher Weise sich durch die zuständigen Magistratsabteilungen die Kontrolle der Wohnbauträger vollzieht, die Förderungsmittel in Anspruch nehmen, sagte Stadtrat HATZL (SPÖ), daß durch ein exaktes Prüfungsverfahren durch die Magistratsabteilungen 25, 40 und 50, durch das Energiereferat der Stadtwerke und von der Stadt beauftragte Zivilingenieure sowie durch die zentrale Schlichtungsstelle die Gewähr gegeben ist, daß die geförderten Bauten in jeder Beziehung kontrolliert werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, in welchem Ausmaß die Gebarung der Genossenschaften - nicht der einzelnen Projekte - geprüft wird, sagte Hatzl, er halte die Prüfungen bei weitem ausreichend um die von LAbg. Kuchar angesprochende Gefahr einer ähnlichen Entwicklung wie bei der WBO für kaum denkbar zu halten.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es für die prüfenden Magistratsabteilungen auf Grund ihrer personellen Situation nicht schwierig sei, genaue Prüfungen durchzuführen, sagte Hatzl, er halte die Prüfungen für das Land Wien und den Revisionsverband in jedem Fall für ausreichend. Auf Grund der Vorfälle im Burgenland werden jedoch noch verstärkte Prüfungen vorgenommen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

61 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP), welche Schwerpunkte die Novelle des Wiener Müllabfuhrgeetzes beinhalten werde, antwortete Stadtrat VELETA (SPÖ), daß das derzeit bestehende Gesetz den Anforderungen des Umweltschutzes nicht mehr gerecht werde. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann mit einer Vorlage der Novelle zu rechnen sei, nannte Veleta als voraussichtlichen Termin Mitte 1982.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. Ing. HOFSTETTER (SPÖ), wann der Entwurf für ein neues Wiener Naturschutzgesetz vorlagereif sei, antwortete Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), daß der Entwurf soweit ist, daß er zum externen Begutachtungsverfahren ausgesendet werden könnte. Damit wird jedoch noch bis zum Inkrafttreten des Washingtoner Atemschutzübereinkommens und der entsprechenden Bundesregelung - voraussichtlich im April 1982 - zugewartet. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Neuerungen vorgesehen seien antwortete Schieder, daß eine Anpassung an den modernen Umweltschutz notwendig sei. Natur- und Landschaftsschutz müssen auf die Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichtes ausgerichtet sein. Besonders wichtige Änderungen betreffen u.a. Bauführungen in Landschaftsschutzgebieten, die Neuregelung der Naturschutzgebiete, eine strengere Fassung der Bestimmungen über die Organe des Naturschutzes, sowie die Verankerung einer Anbotsverpflichtung an die Stadt Wien beim Verkauf von Grundstücken in Schutzgebieten beziehungsweise mit Naturdenkmälern. Die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der Naturschutzbeirat in die Vorarbeiten miteinbezogen wurde, bejahte Schieder. Es wurden auch zahlreiche Anregungen des Beirates aufgegriffen. Selbstverständlich wird der Entwurf auch nach der externen Begutachtung neuerlich dem Naturschutzbeirat vorgelegt werden. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

62 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. FÜRST (ÖVP), warum es in Wien noch immer kein Zivilschutzkonzept gibt, antwortete Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), daß ein exaktes Konzept für die zivile Landesverteidigung und das Katastrophenhilfegesetz vorliegen. Eine Information der Bevölkerung über den Zivilschutz wird im erste Halbjahr 1982 erfolgen. Die Einsetzung von Bezirkskommissionen war bisher nicht möglich, weil noch keine Übereinstimmung der Gemeinderatsklubs über eine notwendige gesetzliche Änderung besteht.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum die vor einem Jahr zugesagte Broschüre noch nicht hergestellt wurde, antwortete Schieder, daß die inhaltlichen Unterlagen dafür seit einem Jahr fertig sind. Allerdings sollten auch die Bezirkskommissionen in dieser Broschüre aufgenommen werden und über diese Kommissionen gibt es eben noch immer keine Einigung.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob ein Zuwarten in dieser Frage nicht unverantwortlich ist, antwortete Schieder, daß für einen Katastrophenfall durch das Konzept für die zivile Landesverteidigung und das Katastrophenhilfegesetz ausreichend vorgesorgt ist.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. HABERL (SPÖ), wie vom Land Wien für die Durchführung des vom Nationalrat beschlossenen Beitritts Österreichs zum Artenschutzübereinkommen vorgesorgt wird, antwortete Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), daß der Nationalrat diesen gesetzesändernden Staatsvertrag noch genehmigen muß. Gleichzeitig ist ein Durchführungsgesetz des Bundes notwendig. Weder der Beitritt Österreichs noch ein Durchführungsgesetz wurden bisher kundgemacht. Auf Initiative des Landes Wien wurde in Arbeitskreisen eine Vereinheitlichung der Länderinteressen angestrebt. Ein Rohentwurf für ein Wiener Landesgesetz liegt vor. Am 1. März findet eine Länderbesprechung über eine bundeseinheitliche Vorgangsweise statt. (Forts.) sei/gg

Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

63 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE des LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Trassenvarianten im Bereich zwischen Praterbrücke (Knoten Kaisermühlendamm) und Harrachgasse bei der Detailplanung der A 22 derzeit geprüft werden, antwortete Planungsstadtrat Univ. Prof. Dr. Rudolf WURZER (SPÖ), daß das Projekt nach der abgeschlossenen Projektbesprechung im Jahre 1980 dem Anhörungsverfahren zugeführt worden sei. Da keine Einwendungen gegen das Projekt erhoben wurden, hat das Bundesministerium für Bauten und Technik am 20. November 1981 die nötige Verordnung verlautbart. Mit der Detailprojektierung für diesen Abschnitt der A 22 wurde bereits begonnen. Lärmschutzmaßnahmen werden aufgrund der lärmtechnischen Messungen verwirklicht. Im Bereich der Alten Donau werden Ufergestaltungsmaßnahmen für Freizeit und Erholung geplant. Auch sei nur eine geringe Inanspruchnahme von Wasserflächen angestrebt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE ob der Stadtrat aussagen könne, wieviele Bäume der Planung zum Opfer fallen können, erwiderte Stadtrat WURZER, daß diese Angaben derzeit nicht gemacht werden können. Erst nach Vorlage des Detailprojektes könne in der Baumfrage entschieden werden. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Landtag (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

64 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE des LAbg. LUDWIG (SPÖ), welche Erkenntnisse aus der Zusammenarbeit der Bundesländer Wien-Niederösterreich und Burgenland im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost gewonnen werden konnten, gab Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER einen Überblick über die bisherige Tätigkeit der Planungsgemeinschaft Ost. Die im April 1978 über Initiative von Landeshauptmann Leopold GRATZ gegründete Planungsgemeinschaft Ost hat die Aufgaben der Ausarbeitung gemeinsamer Raumordnungsziele für die Ostregion, die Koordinierung raumwirksamer Planungen, die Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber Dritten und die Durchführung von Forschungsvorhaben übernommen. Bereits im Juni 1979 wurden gemeinsame Raumordnungsziele für die künftige Entwicklung einhellig beschlossen. Die im Entwurf des Stadtentwicklungsplanes für Wien enthaltenen überregionalen Ziele decken sich daher im wesentlichen mit jenen für die Entwicklung der gesamten Ostregion. Es ist die Ausarbeitung eines gemeinsamen Forderungskataloges für den Bundesstraßenbau gelungen. Überregionale Verkehrsfragen konnten im Interesse Wiens geklärt werden. Weiters wurde ein Donauauenplan, ein Landschaftsrahmenplan Wien-Hainburg sowie ein Schottergewinnungskonzept erarbeitet. Für den Ausbau des Hafens Albern, der für die gesamte Ostregion von Bedeutung ist, konnte eine überregionale Übereinstimmung erzielt werden. Schließlich wurde auch ein Maßnahmenkatalog für Park-and-Ride-Standorte in der Ostregion erarbeitet, um das Kerngebiet Wiens vom Autoverkehr zu entlasten. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Landtag (9)

Utl.: Anträge

=++++

65 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Dem Landtag lagen ein Antrag der FPÖ betreffend die Novellierung des Gesetzes zur Bestellung eines Wohnbauförderungsbeirates sowie ein Antrag der ÖVP zur Schaffung einer Handelsakademie für behinderte Schüler vor. Sie wurden dem Stadtrat für Wohnen und Stadterneuerung beziehungsweise dem Landeshauptmann zugewiesen. Eine Gesetzesvorlage der SPÖ für eine Änderung des Parkometersgesetzes wurde dem Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik zugewiesen.

Zwtl.: Neuwahlen

Labg. Prof. WIESINGER hat seine Funktion als Mitglied des Landessportrates zurückgelegt. Landtagsabgeordneter LUDWIG wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Landessportrates berufen. Als neue Mitglieder des Landessportrates wurden die Landtagsabgeordneten FREINBERGER und VEJTISEK (beide SPÖ), als Ersatzmitglieder die Landtagsabgeordneten HANKE und Leopoldine PFAUSER (beide SPÖ) gewählt. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Gebrauchsabgabengesetz

=++++

66 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR (SPÖ) beantragte eine Novellierung des Gebrauchsabgabengesetzes. Die Novelle soll eine Anpassung des Tarifes an die seither eingetretenen wirtschaftlichen und technischen Änderungen bringen. Seit 1966 betrug die Indexsteigerung 130 Prozent, die Tarife werden in der Regel um 150 Prozent angehoben. Höhere Steigerungen wird es geben, wenn öffentlicher Grund in Anspruch genommen wird. Der Mindesttarif wird generell entsprechend dem Aufwand zur Einhebung mit 50 Schilling festgesetzt. 17 Posten werden aufgelassen, ein neuer für Klimageräte eingeführt. Aus Vereinfachungsgründen werden mehrere gleichartige Posten zusammengefaßt.

Das dient der Erfassung durch ADV und damit einer rascheren Anpassung an wirtschaftliche Veränderungen. Der Geltungsbereich wird auf Bundesstraßengrund ausgeweitet, um Kurzparkzonen zum Beispiel auch am Naschmark einführen zu können. Das Abgabengjahr wird dem Kalenderjahr angepaßt. Dazu kommen einige Klarstellungen. Der Bund hat sich gegen die Novelle insofern ausgesprochen, als auch seine Einrichtungen besteuert würden. Die Kammer lehnt die Erhöhung der Post für Baustofflagerungen ab, das ist jedoch, so Mayr, notwendig, um die Lagerdauer möglichst kurz zu halten. Schanigärten sollen besteuert werden. Das ist gerechtfertigt im Hinblick auf die hohen Aufwendungen der öffentlichen Hand, die nun zu einem erhöhten Umsatz führen. Für Klimageräte gilt ein Satz von 400 Schilling. Für nicht ortsfest verbundene Stände werden Abgaben zwischen ein und drei Prozent des Umsatzes vorgesehen. Nun ist auch ein Strafsatz bis zu 30.000 Schilling aufgenommen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Landtag (11)

Utl.: Gebrauchsabgabengesetz

=++++

67 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Die Novelle zum Gebrauchsabgabengesetz setzt die Welle von unangemessenen Gebühren- und Abgabenerhöhungen fort, stellte LABg Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) fest. Die Tarifsteigerungen betragen in Einzelfällen 1.500 Prozent. In einzelnen Branchen wird diese Erhöhung auf die Preise durchschlagen. Begrüßenswert an der Novelle sei die Vorschreibung von Gebrauchsabgaben für das Leitungsnetz der Post. Für das Bau- und Baunebengewerbe ergeben sich allerdings schwere Belastungen. Für Baustofflagerungen ist die 15-fache Gebühr zu bezahlen. Die Gebrauchserlaubnis muß mindestens vier Wochen im voraus eingeholt werden. Bei kleineren Renovierungen wird dies zu Verzögerungen führen und sicherlich als Schikane empfunden. Die Novelle sei geradezu stadterneuerungsfeindlich. Die Fälligkeitsfrist für die Gebrauchsabgabe sei zu kurz bemessen. Das Gesetz sei unvollziehbar, die FPÖ wird dieser Novelle daher nicht zustimmen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Landtag (12)

Utl.: Gebrauchsabgabegesetz

=++++

68 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) LAbg. SCHNEIDER (ÖVP) kritisierte die im Gesetz vorgesehene Erhöhung der Gebühren für Schanigärten, die besonders für Lokale in Fußgängerzonen sehr hoch ist. Schneider sagte, dadurch werde es den Gastronomen schwer gemacht, ihren Beitrag zur Belebung des Stadtbildes zu leisten, den nun einmal ein Schanigarten bildet. Ist es schon schwierig und langwierig, eine Bewilligung zu einem derartigen Vorgarten zu erhalten, so ist es durch die Erhöhung der Gebühren für manche Geschäftsleute schon fraglich, ob es sich noch lohnt. Abänderungsanträge der ÖVP in dieser Frage sind von der Mehrheitsfraktion abgelehnt worden. Die ÖVP sieht sich daher nicht in der Lage, dem Gesetzesentwurf, der in vieler Beziehung einen Rückschritt bedeutet, ihre Zustimmung zu geben. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (13)

Utl.: Gebrauchsabgabegesetz

=++++

69 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) wies darauf hin, daß in dem Gesetzesentwurf auch Verbesserungen enthalten sind, so zum Beispiel die Abgabefreiheit für Blumen vor einem Lokal, was von der SPÖ sechs Jahre lang abgelehnt worden war. Im Interesse der Wirtschaft und der Stadterneuerung wären jedoch einige Änderungen notwendig. Goller stellte einen ABÄNDERUNGSANTRAG, der besonders eine wesentliche Verringerung beziehungsweise den Wegfall der Gebrauchsabgabe in einzelnen Positionen vorsieht. So soll beispielsweise die Gebrauchsabgabe für Schanigärten geringer als im Entwurf vorgesehen festgelegt werden, Gerüste sollen von der Gebrauchsabgabe wie bisher frei bleiben. Der jetzige Entwurf ist gegen die Stadterneuerung gerichtet, schloß Goller. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Landtag (14)

Utl.: Gebrauchsabgabegesetz

=++++

70 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Mit dieser Novelle werden auch einige Tarifposten wie die Abgabe auf die Behälter von Zierpflanzen aufgelassen, erklärte LABg SALLABERGER (SPÖ). Seit 1966 sind die Verbraucherpreise um 130 Prozent, die Grundstückspreise um 150 bis 200 Prozent gestiegen.

Die Aufwendungen der öffentlichen Hand für die Fußgängerzonen waren hoch. In der Kärtner Straße wurden 5.500 Schilling pro Quadratmeter, Am Graben 2.700 bis 2.900 Schilling pro Quadratmeter und in Favoriten 2.500 bis 2.600 pro Quadratmeter ausgegeben. Private würden bei solchen Ausgaben eine Miete zwischen 500 bis 800 S pro Quadratmeter im Monat verlangen. Falls die Gebrauchsabgabe für einen Würstelstand wirklich existenzgefährdend ist, könnte die Wiener Handelskammer ihre Kammerumlage ja auf das Niveau der anderen Bundesländer reduzieren. In Wien muß nämlich ein Würstelstand 1.100 Schilling pro Jahr Kammerumlage bezahlen, in den Landeshauptstädten zumeist bloß die Hälfte.

Stadtrat MAYR (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, daß man schon aus Konkurrenzgründen für die bessere Lage in Fußgängerzonen eine höhere Gebrauchsabgabe verlangen sollte. Das Gesetz wurde in der Wiener Landesregierung und im Finanzausschuß ausführlich beraten.

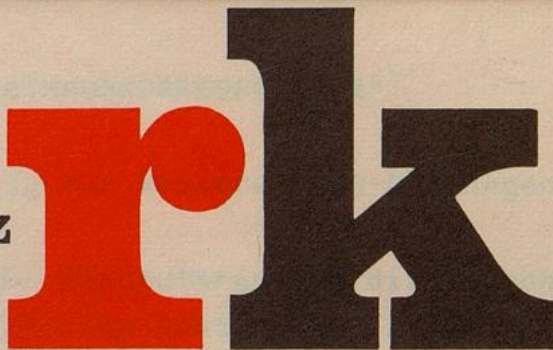
ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag der ÖVP fand nicht die Mehrheit, das Gebrauchsabgabegesetz wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die Sitzung des Wiener Landtags wurde um 20.40 Uhr geschlossen.
(Schluß) sei/sim

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Samstag, 27. Februar 1982

Blatt 567

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Planungsausschuß vergab Auftrag für weitere SMZO-Planung
(rosa) Grundankauf für Straßenbauzwecke
71 Millionen für öffentliche Beleuchtung

Nur

Über FS: 27.2. Dienstag Pressegespräch des Bürgermeister

Planungsausschuß vergab Auftrag für weitere SMZO-Planungen
=++++

1 #Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Den Auftrag für die Planung des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost vergab der Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung. Vorgesehen sind 980 Betten. Die Gebäude sollen im Pavillonverbundsystem mit maximal fünf Stockwerken errichtet werden.#

Wie berichtet, wird die Detailplanung etwa eineinhalb Jahre in Anspruch nehmen. Das Krankenhaus wird in mehreren Ausbaustufen errichtet und in Betrieb genommen werden.

Das neue Krankenhaus wird sich gut in die niedere, stark gegliederte Bebauung der Umgebung einfügen. Der Pflegebereich wird im ruhigen, südlichen Grundstücksteil, umgeben von Grün- und Erholungsflächen, angeordnet. Alle Einrichtungen für Untersuchung, Behandlung, Verwaltung usw. werden zur Langobardenstraße hin orientiert sein. (Schluß) and/bs

NNNN

71 Millionen für öffentliche Beleuchtung

=++++

2 #Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Einen Betrag von insgesamt 71,5 Millionen Schilling genehmigte der Gemeinderat für die Instandhaltung und den Neubau von öffentlichen Beleuchtungsanlagen.#

Wien gehört zweifellos zu den am besten beleuchteten Großstädten der Welt. Wie der für die öffentliche Beleuchtung zuständige Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erläuterte, sind auf den Wiener Straßen und Plätzen insgesamt rund 128.000 Beleuchtungskörper mit ca. 220.000 Lampen installiert. Hofmann: "Die gut ausgebaute öffentliche Beleuchtung trägt sehr wesentlich dazu bei, daß man sich in Wien auch bei Nacht möglichst sicher fühlen kann."

Für Erhaltungsarbeiten wurden vom zuständigen Gemeinderatsausschuß 42 Millionen Schilling genehmigt, 24 Millionen sind für Neubauten vorgesehen, und 5,5 Millionen entfallen auf Umbauten, die im Zusammenhang mit Verkabelungsarbeiten der E-Werke notwendig sind. (Schluß) ger/ap

NNNN

Grundankauf für Straßenbauzwecke

=++++

3 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz genehmigte den Ankauf eines 369 Quadratmeter großen Grundstückes von der Wiener Betriebsansiedlungs-Ges.mBH. Das Areal ist im 22. Bezirk gelegen, Bereich Eipeldauerstraße - Aladar Pecht-Gasse, und wird für Straßenbauzwecke benötigt. (Schluß) we/bs

NNNN

